

Die Neue Gesell- schaft 7

1980
27. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Postscheckkonto Köln 560 70-500
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10113506
Druck: NWV Druck & Service! 5300 Bonn 2

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 4,- DM, Jahresabonnement 42,- DM zuzüglich Versandkosten.
Studentenabonnement gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 30,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag.
Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 11

Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Willy Brandt
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Lengsfeld
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid †
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Dr. Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Zum Inhalt

Rechtzeitig zu den hoffentlich ein wenig ruhigeren Sommermonaten ein etwas dickeres Heft – die Redaktion der „Neuen Gesellschaft“ spekuliert bei ihren Lesern auf etwas mehr Muße als gewöhnlich. Die ist sicher auch nötig, um beispielsweise sich mit den Reden Willy Brandts und Helmut Schmidts auf dem Essener SPD-Parteitag auseinanderzusetzen oder den verschlungenen Pfaden des öffentlichen Dienstrechts im Artikel von Walter Seuffert zu folgen. Aber es lohnt sich, hoffentlich nach Meinung der NG-Leser. Denn natürlich sind normale Tageszeitungen oder andere Medien, selbst wenn sie wollten und entsprechende Genialität bei den Redakteurskollegen vorausgesetzt, gar nicht in der Lage, Reden des in diesem Heft abgedruckten Umfangs auch nur annähernd inhaltlich wiederzugeben; von Nuancen ganz zu schweigen.

Die Redaktion hat bewußt darauf verzichtet, das auch in der konservativen Presse durchaus positive Echo des Essener Parteitags ihrerseits noch um die eine oder andere geistreiche Wendung zu vermehren. Inhaltlich sind die Parteitagsthemen wie z. B. Entspannung/Abrüstung und Sozialpolitik in diesem Jahrgang der NG bereits recht ausführlich behandelt worden – das durch den deutschen 2,6-Milliarden-Nachschlag für die EG zur Zeit besonders aktuelle Parteitagsthema Agrarpolitik findet sich in diesem Heft. Die Redaktion und „ihre“ Autoren hatten natürlich nicht den Ehrgeiz, nun eine bis ins letzte Detail ausgefüllte sozialdemokratische Agrarpolitik als grünes Panorama in die Zukunft zu malen, aber über die populäre und zu einfache Forderung: „Es muß hier alles anders werden!“ gehen die vorliegenden 5 Beiträge schon hinaus. Nicht zuletzt, weil die deutsche Sozialdemokratie im Bereich der Landwirtschaftspolitik aus durchaus verständlichen historischen Gründen einen gewaltigen theoretischen und praktischen Nachholbedarf hat, wurde ein österreichischer Autor um einen Beitrag gebeten, der Wiener Landwirtschaftsminister Günter Haiden. Für Wahlpragmatiker: die SPÖ gewinnt auch in ländlichen Bereichen Mehrheiten und das durchaus zu Recht; denn sie hat auch der bäuerlichen Bevölkerung etwas zu bieten. In diesem Zusammenhang sei noch auf die entsprechenden Artikel in NG 5/80 hingewiesen, die sich ebenfalls mit dem „ländlichen Raum“, wenn auch unter einem anderen Blickwin-

kel, befassen.

Den bundesdeutschen Leser mag im ersten Augenblick die Bestandsaufnahme Friedrich Schäfers über Grundgesetz und Verfassungswirklichkeit in der BRD als die Beschreibung von etwas allzu Vertrautem vorkommen, aber der Adressatenkreis seines im vorliegenden Heft dokumentierten Vortrags – in der Mehrzahl Wissenschaftler aus der Sowjetunion – begründet die Wichtigkeit eines Dialogansatzes, der weniger aggressiv als üblich und damit vielleicht erfolgversprechender ist als andere Formen der Auseinandersetzung.

Ihren Themen angemessen, fällt die Beschreibung der Verfassungswirklichkeit durch Reinhard Schüben und Walter Seuffert nicht ganz so eindeutig positiv aus wie die Friedrich Schäfers. Beide Autoren befassen sich mit der innergesellschaftlichen Liberalität, wobei Seuffert, immerhin vor kurzem noch Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, einiges Kritische zu Praxis und Praktiken bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst zu sagen hat, ohne allerdings am Grunderfordernis für den Dienst am Staat Abstriche zu machen, daß der Staatsdiener den Staat als etwas Erhaltenswertes anzusehen habe.

Sven Papckes Essay zur „deutschen Sendung“ in der Welt beschreibt nicht nur die inzwischen glücklicherweise geborstenen Fundamente ehemaliger deutscher „Größe“, sondern auch diejenigen Strömungen innerhalb der deutschen politischen Kultur, die – seinerzeit unterlegen – trotz ihrer Niederlage ein Fundament für ein etwas anderes historisches Bewußtsein abgeben könnten, als es bislang nicht nur über die Geschichtsbücher in die Köpfe transportiert worden ist. Daß die Sieger die Geschichte schreiben, im deutschen Fall also (mindestens bis 1945) Monarchisten, Reaktion und Nazis, ist zwar üblich, aber nicht zwangsläufig.

Die „linke Stabilisierung“, nach der die Jungsozialisten ja schon einige Zeit mehr oder weniger erfolgreich streben, scheint nach dem Jusokongreß in Hannover einigermaßen geglickt, auch dann, wenn diese Stabilisierung sich zumindest vorläufig nur auf die Jusos selbst beschränken mag. Die innere Stabilität und der möglichst weitgehende Verzicht auf innerverbandliche Grabenkämpfe ist die Voraussetzung für Aktivität nach außen, und die wird dringend gebraucht.



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
		Thema: Landwirtschaft
548	Karl Ganser	14 Millionen für die Landwirtschaft
553	Klaus Peter Bruns	Gemeinsamer Agrarmarkt in der Klemme – wie geht es weiter?
556	Dietrich Sperling	Subventionen für das soziale Netz in der Landwirtschaft – Wie steht es mit der Solidarität?
560	Günter Haiden	Die Bauern gehören nicht den Konservativen allein
563	Hansmartin Simpfendörfer	Die Aufgabe der Nebenerwerbsbetriebe bei einer Neuorientierung der Agrarpolitik
		Dokumentation: Essener Parteitag
566	Helmut Schmidt	Wir werden den Frieden nach Innen und außen bewahren
569	Willy Brandt	Sicherheit für Deutschland – Die SPD vor der Bundestagswahl
600	Friedrich Schäfer	Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland
607	Reinhard Schubert	Innere Sicherheit – Schranke oder Schutz der Freiheit
612	Walter Seuffert	Der öffentliche Dienst in der freiheitlichen Grundordnung
620	Sven Papcke	Nationalismus oder Patriotismus? Zur „deutschen Sendung“ in der Welt
628	Rainer Diehl	Linke Stabilisierung – Anmerkungen zum Juso-Bundeskongreß in Hannover
632	Georg Huth	Alternatives Camping
634	Hans-Joachim Schabedoth	Sozialistischer Hochschulbund im Abseits – Der unaufhaltsame Abstieg am Beispiel des Marburger SHB
641	Horst Heimann	Theoriedefizit der Sozialdemokratie an den Hochschulen
648	Peter Corterier	Deutsch-amerikanische Beziehungen: Krisengerede oder politische Kooperation?
650	George Günther Eckstein	US-Gewerkschaften unter neuer Führung
653	Bernd W. Kubbig	Die Demokratischen Sozialisten in den USA formieren sich
		Berichte aus europäischen Ländern
655		Belgien: Regierungsinflation
656		Dänemark: Energieprobleme
657		Frankreich: Merkwürdigkeiten
658		Griechenland: Die wirtschaftlichen Probleme werden noch größer
659		Großbritannien: Außerordentlicher Parteitag der Labour Party
660		Irland: Auf dem Weg zum „Nationalen Konsens“
661		Italien: Wahlen zu den Regional- und Kommunalparlamenten
662		Luxemburg: Mutmaßungen über Thorn
663		Niederlande: Die Christdemokratie – Entkonfessionalisierung und Rechtswende
664		Mitarbeiter dieses Heftes



Karl Ganser: 14 Milliarden für die Landwirtschaft

Agrarpolitik für kleine Betriebe und benachteiligte Regionen — wie un- gerecht sind die Subventionen heute verteilt?

Die Landwirtschaft erhält gegenwärtig aus dem Bundeshaushalt rd. 14 Mrd. DM an Subventionen. Die meisten Steuergelder verschlingt die Stützung der Agrarpreise innerhalb der EG-Agrarmarkordnung, zu der die Bundesrepublik Deutschland einen Nettobeitrag von 5 Mrd. DM leistet. An zweiter Stelle stehen die Ausgaben für die soziale Sicherheit der Landwirte, wobei der Bund für Unfall-, Kranken- und Altersversicherung jährlich etwa 3,5 Mrd. DM beisteuert. Mit lediglich 1,6 Mrd. DM steht der gesamte Bereich der Strukturpolitik erst an dritter Stelle. Dabei handelt es sich um die Förderung einzelbetrieblicher Investitionen, um Flurbereinigung, um Wege- und Wasserbau sowie um die Verbesserung der Marktstruktur. Diese Ausgaben belasten die Länder zusätzlich mit 0,7 Mrd. DM jährlich, da seit 1973 zwischen Bund und Ländern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ eine gemeinsame Finanzierung der Strukturpolitik im Verhältnis 60:40 vorgesehen ist. Darüber hinaus erhält die Landwirtschaft noch weitere Vergünstigungen über 0,64 Mrd. DM, unter denen insbesondere die Verbilligung von Dieselkraftstoff erwähnenswert ist.

In den letzten drei Jahren sind die Ausgaben des Bundes für die Landwirtschaft um 50 % angestiegen. 1975 lagen die Gesamtausgaben noch bei 5,5 Mrd. DM. Zwischenzeitlich haben sich die Ausgaben also mehr als verdoppelt. Die höchsten Steigerungsraten weist die Stützung der Agrarpreise auf (vgl. Tab. 1).

Das Wachstum der Agrarausgaben im Bundeshaushalt liegt damit erheblich über den Steigerungsraten bei anderen Aufgaben und auch deutlich über der Inflationsrate. Zum Vergleich: Für den Woh-

nungsbau wurden im Jahr 1978 etwa 15 Mrd. DM aufgewendet (Barwertrechnung).

Da von der Agrarlobby gerne auf andere Subventionshaushalte verwiesen wird, um die eigenen zu rechtfertigen, ist folgender Vergleich recht interessant: Verteilt man die 12,2 Mrd. DM der Landwirtschaft (1979) auf die rd. 815 000 Betriebe in der Landwirtschaft oder auf die rd. 1,04 Millionen Arbeitskrafteinheiten in der Landwirtschaft, ergibt sich ein Betrag von 15 000 DM pro Betrieb oder von 11 800 DM pro Arbeitskrafteinheit. Die 15 Mrd. DM im Wohnungsbau ergeben eine Relation von 619 DM je Haushalt. Da liegen Größenordnungen dazwischen, die die Sonderstellung der Landwirtschaft eindrucksvoll belegen. Bedenkt man, daß vielleicht nur rd. 100 000 große Betriebe in der Landwirtschaft besonders stark von den 14 Mrd. DM profitieren, ist die Frage nach Berechtigung und Gerechtigkeit mit Nachdruck zu stellen.

Die politische Brisanz der Agrarsubventionen

Über den dicksten Posten bei den Agrarsubventionen wird in Brüssel entschieden. Hier haben sich die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft in den zurückliegenden Jahren unter dem Druck der „Bauern-Lobby“ bei den alljährlichen Agrarpreisverhandlungen immer wieder deutlich über dem sachlich zweckmäßigen und politisch vertretbaren Niveau geeinigt. Dies ging um so leichter, da bis vor kurzem jegliche parlamentarische Kontrolle fehlte und kein Landwirtschaftsminister zuhause als „Bauernfeind“ dastehen wollte. Denn was den französischen und niederländischen Bauern recht war, konnte man den bundesdeutschen schließlich nicht vorenthalten. Das nationale Parlament und der Finanzminister mußten ohnmächtig zusehen, wie auf diese Weise die Agrarsubventionen „ins Kraut geschossen“ sind.

Seit die Europäische Gemeinschaft eine direkt gewählte parlamentarische Vertretung besitzt, zeichnet sich eine Änderung ab. Im vergangenen Jahr hat sich das Europäische Parlament geweigert, den Haushalt der Gemeinschaft zu ratifizieren. Streitpunkt waren die Agrarausgaben. Diese belaufen sich zwischenzeitlich auf 74 % des EG-Haushaltes. Bei einem weiteren Anwachsen der Ausgaben für die Stützung der EG-Agrarpreise bleibt keine Mark mehr für andere, möglicherweise wichtigere Ausgaben in der Europäischen Gemeinschaft: z. B. für die Regionalpolitik, für den Sozialfond, für Umweltpolitik, für den Ausbau der europäischen Verkehrswege oder für die gemeinschaftliche Forschung.

Die europäischen Parlamentarier haben damit

Tabelle 1:

Haushaltsansätze des Bundes für den Agrarbereich 1977 und 1980 (in Mio. DM)

Maßnahmenbereich	Haushaltsansätze (Soll)		Veränderungs- rate
	1977	1980	1977-1980 in %
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) einschl. Programm für Zukunftsinvestitionen	1 387,0	1 630,0	17,52
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	2 955,0	3 462,0	17,16
Gasölverbilligung	548,0	640,0	16,49
Sonstige Maßnahmen	806,6	863,0	6,99
Haushaltsplan BML ¹⁾			
insgesamt	5 696,6	6 595,0	15,77
EG-Markt- und Preispolitik ²⁾	3 029,8	7 289,9	140,61
Insgesamt:	8 726,4	13 884,9	59,11

1) Haushaltsplan für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

2) Beiträge der Bundesrepublik Deutschland an den EG-Haushalt zur Finanzierung der Marktordnungsausgaben. Diese Summe vermindert sich durch die sog. Rückflüsse aus Abschöpfungen und Abgaben, die über 40 % der Einzahlungen betragen können.

Quelle: Agrarbericht 1978. In: Verh. d. Dt. Bundestages, Bonn, Drucks. 8/1500 vom 3. 2. 1978.

Agrarbericht 1980. In: Verh. d. Dt. Bundestages, Bonn, Drucks. 8/3655 vom 31. 1. 1980.

Eigene Berechnungen.

deutlich gemacht, daß sie vorläufig nicht bereit sind, einen höheren Anteil der EG an der Umsatzsteuer zu verlangen und damit die öffentlichen Haushalte der Mitgliedstaaten zu schmälern. Denn auf diese Weise würden die Strukturprobleme bei den Agrarsubventionen, die zwischenzeitlich ein politisches Ärgernis darstellen, nur vertagt; Immer weiter steigende Überschußproduktion bei zunehmender Umweltbelastung durch Intensivierung der Produktionsmethoden; steigende Privilegierung weniger Betriebe bei zunehmender sozialer Ungerechtigkeit innerhalb der Landwirtschaft; fortschreitende Benachteiligung der ausgedehnten Regionen in Europa mit schwierigen Produktionsverhältnissen auf der einen und Begünstigung der agrarischen Vorzugsgebiete auf der anderen Seite.

Die herkömmlichen Rechtfertigungsversuche ziehen nicht mehr

Die von der bäuerlichen Ständesvertretung und von Teilen der Agrarpolitiker immer wieder vorgetragenen Rechtfertigungen für hohe und weiter steigen-

de Agrarsubventionen überzeugen außerhalb der Landwirtschaft immer weniger.

Gleichwohl wird von Funktionären der Landwirtschaft immer wieder auf andere Subventionsbereiche verwiesen, so z. B. auf die Wohnungsbauförderung. Ohne Zweifel hat sich auch in der Wohnungsbauförderung ein für viele ärgerlicher „Subventionsmuff“ im Laufe der Jahrzehnte angesammelt. Man sollte jedoch eine fragliche Subventionspraxis in dem einen Bereich nicht mit der Begründung weiter perpetuieren, daß auch anderswo Unfug getrieben wird.

In Kenntnis dieser schwachen Argumentationsgrundlage wurde die Bauernvertretung nicht müde, immer neue Rechtfertigungen ins Gespräch zu bringen:

So wird z. B. noch immer die Not der Kriegs- und Nachkriegsjahre strapaziert, wenn von Autarkie und Selbstversorgung die Rede ist. Als ob diese außenwirtschaftlich so abhängige Republik im Krisenfall ausgerechnet durch die Autarkie in der Nahrungsmittelversorgung gerettet werden könnte. Die außenwirtschaftliche Abhängigkeit beim Export, in der

Energieversorgung und in der Versorgung mit Rohstoffen ist wesentlich gravierender.

Ähnlich unhaltbar ist die Rechtfertigung der zunehmenden Überschüsse bei allen Agrarprodukten mit dem Hinweis auf die Hungersnot der Welt. Zum einen gibt es keinen ökonomischen Mechanismus, um die Überschußherzeugung der europäischen Gemeinschaft an die notleidenden Staaten der dritten Welt zu vermitteln, zum anderen würden mit einer derartigen „caritativen Maßnahme“ die Kräfte dieser Länder, ihre Wirtschaft und Produktionskraft selbst zu entwickeln, weiterhin geschwächt.

Vor vielen Jahren schon wurde von den Lobbyisten der Landwirtschaft der „Bauer als Landschaftspfleger“ im öffentlichen Bewußtsein fest verankert. Nur mühsam gelingt es heute den in der Umweltpolitik Engagierten, die scheinharmonische Verbindung von Landbewirtschaftung und Umweltpolitik in Frage zu stellen. Denn immer weniger sind die heute betriebenen Formen der intensiven Landbewirtschaftung mit den Zielen der Landschaftspflege und der Umweltpolitik verträglich. Die Landwirtschaft hat in den zurückliegenden Jahren wahrscheinlich stärker dazu beigetragen als die emittierende Industrie, daß naturnahe Landschaften und Biotope zerstört, die Grundlagen für seltene Tier- und Pflanzenarten beseitigt, der Giftstoffeintrag in Boden und Wasser stetig vergrößert, und die Ausräumung vielfältiger Landschaften immer weiter vorangetrieben wurden.

Da diese Rechtfertigungen für die Subventionen der Landwirtschaft doch ein wenig morsch geworden sind, wird nach neuen Ausschau gehalten. Willkommen dabei ist die Energiekrise. Schon wird unter dem Stichwort „Biomasse“ die Landwirtschaft pauschal als zukunftsweisender Energielieferant ins Gespräch gebracht. Daß bei unseren klimatischen Verhältnissen die energetische Bilanz des Anbaus von Energiepflanzen vermutlich negativ sein würde, bleibt unerwähnt. Ebenso werden die vielfältigen ökologischen Folgewirkungen des industriellen Anbaus von Energiepflanzen im großen Maßstab nicht diskutiert.

Die Landwirtschaft hat es immer verstanden, an Hungersnot, Kriegsängste oder gesunde Umwelt zu appellieren. Sie hat sich also tief liegende Ängste und Sehnsüchte zu Diensten gemacht, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie hat nicht zuletzt auch immer wieder eine caritative Grundeinstellung der Bevölkerung für ihre Zwecke zweckentfremdet.

Es gibt also wohl kein Argument, die Subventionen der Landwirtschaft weiter ausbauen zu wollen. Die öffentlichen Ausgaben müssen vielmehr plafon-

diert und wirksamer verteilt werden. Wirksamere Verteilung bedeutet, daß die strukturellen, sozialen und ökologischen Ziele konsequenter als bisher verfolgt werden müssen. Dies geht an das Selbstverständnis der agrarpolitischen Interessenvertretung, die bislang die Agrarsubventionen jenseits aller öffentlichen Beteuerungen eben doch als Ständesubventionen verstanden hat.

Die mehrfache Ungerechtigkeit bei der heutigen Verteilung der Agrarsubventionen

Die milliardenschweren Subventionen für die Stützung des EG-Agrarpreisniveaus weit oberhalb der Weltmarktpreise nützen nicht allen Landwirten gleichmäßig. Wer viel produziert, erhält viel aus dem öffentlichen Topf, wer nur wenig erzeugt, kann sich nur mäßig bedienen. Dieses System hat dazu geführt, daß die Einkommensunterschiede zwischen kleinen und großen Landwirten und zwischen benachteiligten und begünstigten Regionen in den letzten Jahren immer größer wurden. Die Ständesvertreter verschweigen dies gerne und fechten mit Durchschnittswerten, wenn die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft diskutiert wird. Die vielen kleinen Betriebe mit ihren marginalen Einkommen geben damit den politischen Resonanzboden für die pauschale Erhöhung der Agrarpreise ab, der nachweislich sehr viel eher zum Vorteil der wenigen Großen gereicht.

Das im Prinzip gleiche Muster besteht bei den öffentlichen Zuschüssen zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Dort werden die großen Landwirte im Vergleich zu den kleinen begünstigt. Bei der Verteilung der Zuschüsse des Bundes zur Unfall-, Kranken- und Altersversicherung wird die Leistungsfähigkeit nämlich nicht im vollen Umfang berücksichtigt. Große, im Einkommen starke Betriebe werden auf diese Weise von den Sozialabgaben weit weniger als kleine und einkommensschwache belastet. Das sonst überall geltende Solidarprinzip ist also nicht verwirklicht und dies gerade in einem Bereich, wo die öffentliche Hand mit einem Aufwand von 3,5 Mrd. DM einen erheblichen Anteil der Sozialausgaben übernommen hat.

Bei einer durchschnittlichen Belastung der betrieblichen Einkommen in der Landwirtschaft durch Sozialabgaben in Höhe von 20 % beträgt die Belastung bei Betrieben mit 50 und mehr Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche nur 10 %, bei den kleinen dagegen 30 % und mehr.

Betrachtet man schließlich die Strukturpolitik und hier wiederum die einzelbetriebliche Investitionsför-

derung, so wird der leistungsstarke Betrieb auch dort begünstigt, denn in den Genuß von staatlichen Investitionshilfen kommen nur die Betriebe, die in einem Betriebsentwicklungsplan für die Zeit nach der Durchführung der Investitionen ein angemessenes Einkommen und eine übliche Kapitalverzinsung nachweisen können. Selbst wenn man eine derartige Selektion der sog. „existenzfähigen Betriebe“ für zweckmäßig hält, bestehen gegenwärtig innerhalb der entwicklungsfähigen Betriebe erhebliche Ungerechtigkeiten bei der Mittelverteilung. Wie anders wäre es z. B. zu erklären, daß in Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit einem hohen Anteil an großen Betrieben jährlich weit mehr Betriebe neu in das Einzelbetriebe-Investitionsförderungsprogramm eingehen, als in den süddeutschen Bundesländern mit einer insgesamt sehr viel schlechteren Agrarstruktur (vgl. Tab. 2).

Am Rande sei erwähnt, daß natürlich auch bei den sonstigen Vergünstigungen die großen Betriebe mehr aus dem „öffentlichen Kuchen“ herauschneiden als die kleinen. Wer z. B. mehrere PS-starke Traktoren hat, erhält einen höheren Anteil aus der Gas-Öl-Verbilligung.

Fazit:

Sozialpolitisch, regionalpolitisch und ökologisch ist die gegenwärtige Gestaltung der Agrarsubventionen also äußerst bedenklich.

- Sozialpolitisch betrachtet werden die Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft eher vergrößert als verkleinert.
- Regionalpolitisch betrachtet werden die agrarstrukturell und wirtschaftlich begünstigten Regionen mit guten landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Erwerbsbedingungen gestärkt, die benachteiligten Gebiete dagegen geschwächt.
- Ökologisch wird der Trend verstärkt, daß sich die intensive landwirtschaftliche Produktion immer mehr auf die ohnehin bereits stark umweltbelasteten Regionen und ausgedünnten Landschaften am Rande der Ballungsgebiete konzentriert. Gerade dort aber wäre es notwendig, die Umweltbelastung insgesamt abzusenken sowie naturnahe Räume zu sichern und zusätzlich auszubauen.

Markpunkte für die Neuorientierung der Agrarpolitik

In keinem Wirtschaftsbereich gibt es so wenig Marktwirtschaft und so viel Dirigismus, wie in der Landwirtschaft. In diesem undurchsichtigen Gestrüpp von staatlichen Eingriffen durch Subventionen und Marktordnungen wird man mit „Feinsteu-

Tabelle 2

Verteilung der Neubewilligungen für entwicklungsfähige Betriebe im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nach Bundesländern im Durchschnitt der Jahre 1975 und 1976

Bundesland	Förderfälle (Mittelwert 1975/76)		Förderfälle (Mittelwert 1975/76)
	Anzahl	in % des Bundes	in % d. Haupt- erwerbs- betriebe d. Länder
Schleswig-Holstein	1437	19,8	5,3
Hamburg	27	0,4	—
Niedersachsen	1755	24,1	2,1
Bremen	17	0,2	2,4
Nordrhein-Westfalen	966	13,3	1,3
Hessen	522	7,2	1,8
Rheinland-Pfalz	415	5,7	0,9
Baden-Württemberg	820	11,3	1,2
Bayern	1237	17,0	0,8
Saarland	61	0,8	3,0
Berlin (West)	12	0,2	5,5
Bund	7269	100,0	1,5 ⁽¹⁾

(1) ohne Hamburg

Quelle: Die Verbesserung der Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1975 und 1976. Bericht des Bundes und der Länder über den Vollzug der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. — Bonn 1978, S. 36.

Statistisches Jahrbuch 1975 für die Bundesrepublik Deutschland. — Stuttgart 1975, S. 168.

Ausgewählte Zahlen für die Agrarwirtschaft 1976. Fachser. 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. R. 1, Hrsg.: Statistisches Bundesamt. — Stuttgart 1977, S. 124 f.

Eigene Berechnungen.

rung“ bei einem Versuch der grundlegenden Neuorientierung nicht weiterkommen. Man kann die politische Aufgabe also wohl kaum den „Spezialisten“ und den „agrarischen Profs“ überlassen. Diese haben gegen jede auch nur geringfügige Innovation stets eine breite Palette von technischen und administrativen Argumenten der Nichtmachbarkeit parat. Man wird also ohne die „Grobheit“ der Finanzminister, getragen von der politischen Legitimation breiter Bevölkerungskreise, nicht auskommen.

Eine Neuorientierung der Agrarpolitik hat von folgenden tragenden Grundsätzen auszugehen:

1. Statt der allgemeinen und undifferenzierten Erhöhung der Einkommen in der Landwirtschaft muß vorrangig mehr innerlandwirtschaftliche Einkommensgerechtigkeit angestrebt werden.
2. Die Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion auf wenige Vorzugsregionen, verbunden mit der Stilllegung von Betrieben und Produktionsflächen in benachteiligten Gebieten, macht regionalpolitisch, sozialpolitisch und ökologisch keinen Sinn. Die Agrarsubventionen müssen daher in ihrer gesamten Ausgestaltung wesentlich mehr auf die Förderung der benachteiligten Gebiete umgestellt werden.
3. Der technische Fortschritt in der Landwirtschaft muß unter dem Eindruck zunehmender Überschussproduktion auf der einen und fortschreitender Umweltzerstörung auf der anderen Seite neu überdacht werden. Das gesamte Subventionssystem muß die Einführung umweltfreundlicher Produktionsverfahren und die Arbeitsintensivierung stärker begünstigen als die Kapitalintensität.
4. Die Verwirklichung der agrarpolitischen Ziele darf nicht zur weiteren Expansion der Agrarsubventionen führen. Sie müssen also innerhalb des gegenwärtigen Budgets durch Umverteilung erreicht werden.

Schwerpunkte für einzelne Maßnahmebereiche

Wer nicht soweit gehen und den Sinn einzelner Maßnahmebereiche in der Agrarpolitik generell in Frage stellen will, kommt innerhalb der etablierten Maßnahmebereiche noch immer zu Forderungen, die für die Kenner der Agrarpolitik utopisch anmuten mögen.

Unter dem Eindruck der Produktionsüberschüsse und im Interesse von mehr sozialer und regionaler Gerechtigkeit wird man die Preispolitik grundlegend überdenken müssen. Agrarpreise müssen wieder marktenkende Funktionen übernehmen und von der Aufgabe der Einkommenssicherung entbunden werden. Dies bedeutet eine allmähliche Annäherung der EG-Agrarpreise an die Marktpreise. Die damit verbundenen sozialen und regionalen Härten können auf unterschiedlichen Wegen aufgefangen werden:

- entweder durch eine gesplante Preissubventionierung
- oder durch direkte Einkommensübertragungen.

Das Prinzip der gespaltenen Preispolitik bedeutet, schwache Betriebe oder Betriebe in Regionen ohne ausreichende nichtlandwirtschaftliche Erwerbsalternativen erhalten für ihre Produktion höhere öffentlich gestützte Preise. Große Betriebe oder Betriebe

in Regionen, denen das Ausscheiden aus der Landwirtschaft Probleme macht, erhalten dagegen den niedrigeren, dem Markt angenäherten Erlös. Wenn dieses Prinzip administrativ zu aufwendig ist und wenn dabei zu viele Umgehensmöglichkeiten vermutet, möge sich zu direkten Einkommensübertragungen durchringen. Der Kreis der Begünstigten bleibt dabei der gleiche.

In beiden Fällen müssen die dafür benötigten Mittel innerhalb des gegenwärtigen Plafonds der öffentlichen Ausgaben für Agrarpreissubventionen verbleiben. Manche liebäugeln nämlich nur deshalb mit der direkten Einkommensübertragung, weil sie dabei eine größere Chance sehen, einen getrennten und zusätzlichen Etat zu schaffen. Auf diese Weise bleiben die Preissubventionen und die damit verbundene Verteilungsungerechtigkeiten unangetastet.

Im Bereich der Sozialausgaben lautet die zentrale Forderung: Innerlandwirtschaftliche Solidarität! Die möglichen Einsparungen bei der derzeitigen Subventionierung einkommensstarker Betriebe könnten dafür verwendet werden, die Mehraufwendungen für den Sozialbereich zumindest etwas einzudämmen.

In der Strukturpolitik erscheint es zweckmäßig, überbetriebliche Maßnahmen (Flurbereinigung, Wegebau, Wasserbau) auf Kosten der einzelbetrieblichen Investitionsförderung zu stärken. Von überbetrieblichen Maßnahmen profitieren nämlich alle Betriebe, nicht nur die einkommensstarken. Soweit die selektive einzelbetriebliche Investitionsförderung überhaupt aufrechterhalten werden sollte, ist dort die Mittelzuteilung auf die benachteiligten Regionen und auf die Vollerwerbsbetriebe an der unteren Grenze der für die Existenzfähigkeit geltenden „Einkommenschwelle“ zu konzentrieren. Dies kann erreicht werden, indem

- leistungsstarke Betriebe grundsätzlich keine Mehrförderung erhalten (Prosperitivklausel),
- Betriebe aus benachteiligten Regionen stärker begünstigt werden,
- und ein erheblicher Anteil der Mittel von vornherein für benachteiligte Regionen vorbehalten wird.

Die direkte oder indirekte Subventionierung von Betriebsmitteln – hier in erster Linie von Gasöl und Futtermitteln – sollte grundsätzlich unterbleiben. Auf diese Weise würde insbesondere die flächenunabhängige Intensivierung der Produktion mit zunehmenden Überschüssen und Umweltbelastungen als Folge weniger attraktiv.

Die Betriebsmittel der Landwirtschaft sollten also den steigenden Marktpreisen ausgesetzt werden.

Auf diese Weise würden sich umweltpolitisch und regionalpolitisch positiv zu bewertende Effekte einstellen. Denn die besonders stark intensivierenden Betriebe sitzen vorrangig in den agrarischen Vorzugsregionen mit bereits hoher Umweltbelastung und nicht in den benachteiligten peripheren ländlichen Räumen.

Schließlich kann in diesem Zusammenhang die gerechte Besteuerung der Landwirtschaft nicht außer Betracht bleiben. Hier sollte der ebenso einfache wie gerechte Grundsatz gelten: Einkommen werden ohne Ausnahme nach den allgemein geltenden Tarifen besteuert. Die angeblich besonderen Schwierigkeiten der Einkommenserfassung in der Landwirtschaft lassen sich lösen. Sozial-, regional- oder strukturpolitisch begründete Einkommensvergünstigungen sollen offen durch Subventionen und nicht über Steuervergünstigungen gewährt werden.

Blauäugige Forderungen?

Sachliche Zweckmäßigkeit und der Vorwurf der „Blauäugigkeit“ gehören sehr häufig zusammen. Blauäugig ist dabei der, dem man unterstellt, er würde die politischen Restriktionen – gemeint sind die Machtverhältnisse – und die praktischen Schwierigkeiten übersehen. Angesichts der sehr großen Restriktionen ist die Forderung nach mehr struktureller Zweckmäßigkeit und sozialer wie regionaler Gerechtigkeit bei der Verteilung der Agrarsubventionen blauäugig, weil in der gegebenen Situation nicht realisierbar. Dazu ist die Interessenvertretung der Landwirtschaft zu gut organisiert. Politische Gruppierungen außerhalb der Landwirtschaft interessieren sich noch immer kaum für diesen Bereich und überdies kann man sich bequem hinter der gemeinsamen Agrarpolitik der EG und der gemeinsamen Aufgabenplanung zwischen Bund und Ländern im Agrarbereich verstecken. Die dort geschaffenen Systeme sind so unbeweglich und so fest verschnürt, daß man jede Neuerung stets am Widerstand von anderen scheitern lassen kann, ohne selbst sagen zu müssen,

daß man diese gar nicht wollte. Beim faktischen Zwang zu einstimmigen Beschlüssen wird im Kreis der vielen Beteiligten stets einer zu finden sein, der eine Neuerung zu Fall bringt. Die Komplexität der Regelungen und die Bestückung durch riesige bürokratische Apparate verschleiern klare politische Verantwortlichkeiten und machen die Kritiker angesichts der Fülle der Gegenargumente von Spezialisten schnell mundtot.

Unter dem Eindruck dieser Lähmung mehren sich die Stimmen, die mehr nationale und regionale Verantwortlichkeit in der Agrarpolitik – also eine Enteuropäisierung und eine internationale Dezentralisierung – verlangen. Man verweist dabei auf den wesentlich größeren politischen Handlungsspielraum in den Staaten, die nicht dem gemeinsamen EG-Agrarmarkt angehören. Eine derartige Entbürokratisierung ist wohl die wesentliche Voraussetzung für eine stärkere Politisierung der Agrarpolitik.

Politisierung heißt: mehr Rechte für die Parlamente, mehr Berücksichtigung der benachteiligten Gruppen in der Landwirtschaft und unterschiedlich strukturierten Regionen, mehr Anteilnahme aller gesellschaftlichen Gruppen.

Wer Mehrheiten für eine veränderte Agrarpolitik beschaffen will, wird zuerst einmal aufklären müssen. Er wird verdeutlichen müssen, daß die Interessen innerhalb der Landwirtschaft strukturell sehr unterschiedlich sind und der größere Teil der Landwirte in der bisherigen Agrarpolitik nicht zweckmäßig vertreten wird. Es wird ferner deutlich gemacht werden müssen, daß auch die nichtlandwirtschaftlichen Gruppen von der Agrarpolitik in erheblichem Umfang tangiert sind und dies nicht nur über die Mitfinanzierung der steigenden Agrarsubventionen aus Steuergeldern. Die Gestaltung des Lebensraumes durch Landbewirtschaftung ist erheblich und in der derzeitigen Praxis nicht immer ökologisch sinnvoll, wie dies die Landwirtschaft gerne behauptet.

Klaus Peter Bruns: Gemeinsamer Agrarmarkt in der Klemme – wie geht es weiter?

Von Jahr zu Jahr wachsen Produktion und Überschüsse von Agrarprodukten in der EG. Entsprechend steigen auch die Kosten des EG-Agrarmarktes,

da der größte Teil der Überschussprodukte (Butter, Magermilchpulver, Getreide, Zucker u. a.) auf Grund der EG-Marktordnungen auf Kosten der Gemeinschaft aufgekauft, gelagert und dann mit großen Zuschüssen und Verlusten auf den Märkten untergebracht werden müssen.

Schon für 1980 mußte befürchtet werden, daß die

Kosten des EG-Agrarmarktes die Einnahmen des EG-Haushaltes überstiegen. Damit wäre die EG zahlungsunfähig geworden oder die Partnerstaaten hätten ihre Zuschüsse in Form von bisher 1 % der Mehrwertsteuer erhöhen müssen.

Angesichts dieser Lage schlug die EG-Kommission eine sehr maßvolle Preisanhebung mit einer restriktiven Milchpreispolitik vor. Das EG-Parlament lehnte den EG-Haushalt zunächst gänzlich ab. Die Bundesrepublik setzte sich gegen eine weitere Ausdehnung der Agrarausgaben der EG zur Wehr, während Großbritannien jede Agrarpreiserhöhung für undiskutabel hielt und ultimativ eine drastische Senkung seiner EG-Beiträge forderte.

Diese krisenhafte Situation konnte in allerletzter Minute nur durch einen Kompromiß beendet werden, in dem die Bundesrepublik zur Entlastung Großbritanniens einen zusätzlichen Beitrag von 2,6 Milliarden DM (für 1980 und 1981) übernahm. Damit ist die Krise des EG-Agrarmarktes aber nicht beendet. Unabhängig davon, wie sich die Kosten des EG-Agrarmarktes auf Grund der Anhebung der Agrarpreise entwickeln und welchen zusätzlichen Anforderungen die Haushalte der Partnerstaaten ausgesetzt sind, wird für 1982 eine endgültige Regelung mit Großbritannien gefunden werden müssen.

Die Mehrheit der EG-Partnerstaaten wird aber nicht mehr gewillt oder nicht in der Lage sein, ihre Beiträge zum EG-Agrarmarkt ständig aufzustocken. Die sich verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Krisen in aller Welt (genannt seien nur die Energiekrise, der ungelöste Nahostkonflikt, die Lage im Iran, der Einmarsch der Russen in Afghanistan und die sich verschärfende Lage der armen Staaten der 3. Welt) verlangen von den EG-Staaten erhebliche zusätzliche finanzielle Anstrengungen. Selbst wenn es sinnvoll wäre und der gute Wille vorhanden wäre, würde eine weitere Aufstockung des EG-Agrarfonds an der Leistungsfähigkeit der Staatshaushalte scheitern.

Der Beitrag der EG zur Überwindung der wirtschaftlichen Krisen und zur Sicherung des Weltfriedens ist heute entscheidender denn je zuvor. Es ist daher aus gesamtpolitischer Sicht unverantwortlich, den Bestand der EG und deren Leistungsfähigkeit durch eine Agrarpolitik zu gefährden, die sich als unfähig erweist, Überschüsse und die Kosten zu deren Beseitigung in tragbaren Grenzen zu halten.

Auch im Interesse der EG selbst ist diese Verschwendung von Steuermitteln und Produktivkräften nicht weiter zu verantworten. 1979 betrug der EG-Haushalt rund 35 Milliarden DM, von denen rund

70 % auf den Agrarhaushalt entfielen, während für die Sozialpolitik, die Regionalpolitik und die Forschung nur 30 % der Summe zur Verfügung standen.

Diese Bevorzugung einer in sich inkonsequenten Preispolitik ist nicht länger hinzunehmen angesichts des Tatbestandes, daß es bisher weder gelungen ist, in den zurückgebliebenen und benachteiligten Regionen innerhalb der EG annehmbare Lebensbedingungen zu schaffen, noch die unerträgliche Einkommensdisparität in der Landwirtschaft abzubauen. Es darf nicht übersehen werden, daß die bisherige Agrarpolitik der EG und der Partnerstaaten trotz großer Leistung im sozialen Bereich die Einkommensstärken immer stärker gemacht hat, hingegen aber den Bauern in benachteiligten Regionen und auf unzureichenden Betrieben keine entscheidende Verbesserung ihrer Lage gebracht hat. Aus weltpolitischen, aus sozialen und aus wohlverstandenen agrarpolitischen Gründen bedarf es daher einer Kurskorrektur in der EG-Agrarpolitik.

Bevor wir aber Wege für eine solche Kurskorrektur aufzeigen und Forderungen stellen, müssen die Ursachen der Fehlentwicklungen genannt und der politische Handlungsspielraum abgesteckt werden: Die EG-Agrarpolitik ist zunächst eine wesentliche und unverzichtbare Grundlage für die Europäische Gemeinschaft. Sie entspricht in ihrer Grundkonzeption den Forderungen und zum Teil auch den wohlverstandenen Interessen Frankreichs und kann daher ohne Zustimmung Frankreichs nicht geändert werden. Die EG-Agrarpolitik ist, sieht man von der vermeidbaren Fehlentwicklung in Form von zu hoch subventionierten und kaum absetzbaren Überschüssen ab, eine wirksame Klammer und ein Motor der europäischen Einigung gewesen. Ohne diese EG-Agrarpolitik hätte es nicht die Expansion des innereuropäischen Warenaustauschs gegeben, die allen Staaten und insbesondere auch der Bundesrepublik großen Nutzen gebracht hat.

Die EG-Agrarpolitik hat in Zusammenarbeit mit den nationalen Agrarpolitiken den epochalen Strukturwandel in der Landwirtschaft, bei dem Millionen von Bauernfamilien ihre Höfe aufgaben, sozial abgesichert und ohne Erosionserscheinungen ablaufen lassen. Ebenso hat diese Agrarpolitik eine Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft bewirkt, wie sie kein anderer Wirtschaftszweig aufzuweisen hat. Die Nahrungsmittelversorgung der europäischen Verbraucher wurde nicht nur stets reichlich gesichert, sondern auch qualitativ verbessert. Der Tisch des europäischen Verbrauchers ist mit einer Fülle und Vielfalt qualitativ hochwertiger und meist preis-

günstiger Nahrungsmittel gedeckt, wie in kaum einer anderen Region der Welt.

Man darf nicht übersehen, daß nicht alle Agrarprodukte der Intervention unterliegen, d. h. teilweise dem Wettbewerb entzogen sind. Bei Eiern, Geflügel, Schweinen, Kartoffeln, Obst und Gemüse herrscht ein harter Verdrängungswettbewerb, der sich in den Verbraucherpreisen niederschlägt. Da Eiweißfuttermittel, pflanzliche Fette und Substitute abschöpfungsfrei vom Weltmarkt importiert werden, kann hier auch nicht auf eine indirekte Auswirkung der Marktordnung verwiesen werden. Die Marktordnungen sind wesentlicher Bestandteil der EG-Agrarpolitik. Sie sind auch als Instrument nicht von Übel, sondern nur ihre Überziehung und ihr Mißbrauch.

Bei diesem Mißbrauch sind in erster Linie der Milch- und der Weinmarkt zu nennen. Bei Gemüse, Obst, Wein und Oliven wird man schon in Anbetracht der bevorstehenden Eingliederung der drei südeuropäischen Staaten Griechenland, Spanien und Portugal gewisse Anpassungen vollziehen müssen. Notwendig ist eine Marktordnungs- und Preispolitik, die die Absatzmöglichkeiten und die Lage auf den Märkten berücksichtigt und die verhindert, daß laufend subventionierte Überschüsse erzeugt werden, die der Markt nicht aufnehmen kann. Auf Grund der Produktivitätssteigerung wächst die Agrarproduktion innerhalb der EG jährlich um 2 %, während der Verbrauch an Nahrungsmitteln bei stagnierender Bevölkerungszahl nur um 1 % zunimmt.

Der Versorgungsgrad der EG sieht zur Zeit wie folgt aus: 1978 war bei der pflanzlichen Erzeugung in der EG ein Selbstversorgungsgrad von 96 % erreicht und bei der tierischen Erzeugung einer von 103 %. Ohne eingeführte Futtermittel betrug der Selbstversorgungsgrad 86 %. Inzwischen steigt die Agrarproduktion aber unentwegt weiter. In Kürze werden wir auch bei Getreide eine 100prozentige Selbstversorgung überschreiten.

Unabhängig von der ständig steigenden Produktion und der Stagnation der Nachfrage werden wir aus handelspolitischen Gründen und aus Rücksicht auf die Entwicklungsländer die Einfuhr von Substituten, Eiweißfuttermitteln und pflanzlichen Fetten nicht begrenzen oder belasten können. Bei der Milch wird der Selbstversorgungsgrad der EG im Jahre 1980 sich der 120 %-Marke nähern.

Solange diese Tendenzen der Produktionsausweitung bestehen, andererseits der Absatz nicht zu steigern ist und keine neuen Märkte in der Welt erschlossen werden können, muß die EG-Agrarpolitik hierauf reagieren. Tut man dies aus Mangel an Soli-

darität, Einsicht und Mut nicht, dann wird sich die Krise weiter verschärfen und sich bis zu einem Bruch oder Kollaps auswirken.

Beispiel Milchmarkt

Die Milchmarktordnung ist infolge der Überproduktion der aufwendigste Teil der EG-Agrarpolitik. 1980 können die Milchmarktkosten auf über 11,5 bis 12 Milliarden DM steigen. Zumal auch in diesem Jahr die Milchproduktion weiter kräftig zunimmt. Ohne die EG-Agrarpolitik in ihrer Grundsubstanz zu ändern, wäre es möglich, eine restriktive Milchpreispolitik in Form einer entsprechenden Mitverantwortungsabgabe der Erzeuger durchzusetzen. Gleichzeitig müßten die Anreize zur Aufgabe oder Umstellung der Kuhbestände verstärkt werden, so daß alle Betriebe, die auf die Milchproduktion nicht angewiesen sind, diese auch wirklich aufgeben.

Diese EG-Agrarpolitik auf dem Milchmarkt müßte auch auf nationaler Ebene so unterstützt werden, daß Produktionsausweitungen bis zur Wiederherstellung des Marktgleichgewichts weitgehend unterbleiben. Hierbei ist zu beachten, daß wir in der EG zur Zeit über 25 Millionen Milchkühe zählen und daß diese Zahl trotz aller bisherigen Abschlacht- und Umstellungshilfen in den letzten Jahren nicht abgenommen hat. Dagegen steigt die Milchleistung pro Kuh in der EG vor allem wegen des Nachholbedarfs in einigen Ländern (Frankreich, Irland u. a.) ständig. 1976 betrug die Durchschnittsmilchleistung der Kühe in der EG noch 3700 kg/Jahr. 1985 müssen wir mit 4200 kg/Jahr rechnen, d. h. mit einer Leistung, die zur Zeit von den Kühen der Bundesrepublik erbracht wird.

Fragt man sich nun, warum in der EG keine energischen und wirksamen Schritte eingeleitet werden, um zunächst den kostenaufwendigsten und anstößigsten Teil der EG-Agrarpolitik in den Griff zu bekommen, dann muß man feststellen, daß hier einmal den verantwortlichen Politikern und Bauernverbandsführern in den meisten Partnerstaaten der Mut fehlt, zum andern, daß es innerhalb der EG weder Solidarität, noch ein gemeinsames agrarpolitisches Ziel gibt.

Statt Solidarität besteht zwischen den Bauern auf nationaler Ebene und zwischen den Partnerstaaten ein rücksichtsloser Verdrängungswettbewerb, der teilweise von der Gemeinschaft finanziert wird. Obwohl man die Ausgaben für die Agrarpolitik stets mit der schlechten Lage der Masse der kleineren bäuerlichen Familienbetriebe begründet, hat man sich noch nicht einmal darauf geeinigt, diese bäuer-

liche Struktur der Landwirtschaft auch erhalten zu wollen und sie vor der Konkurrenz und Ausweitung einer industriell-gewerblichen Agrarproduktion zu schützen.

So findet keine Bindung der Veredelungsproduktion an die selbstbewirtschaftete Fläche statt, so wird in Staaten wie England, Frankreich und Holland die gewerbliche Agrarproduktion nicht beschränkt, so lassen sich soziale und regionale Rücksichtnahmen bei der Preis- und Einkommenspolitik kaum durchsetzen.

Was ist also zu tun und zu fordern?

Zunächst sollte man das Gerede von der totalen Reform oder gar der Abschaffung der bestehenden gemeinsamen Agrarpolitik aufgeben.

Zu fordern ist zuerst eine Handhabung der Milchmarktordnung, die in absehbarer Zeit die Produktion den Absatzmöglichkeiten anpaßt. Dies ist durch eine restriktive Preispolitik in Form einer sozial gestaffelten Mitverantwortungsabgabe möglich, die auch regionale Gegebenheiten (Grünland- und Höhengebiete) berücksichtigt. Gleichzeitig müßte man die Anreize zur Aufgabe oder Umstellung der Milchkuhbestände so verbessern, daß die Zahl der Milchkühe in Europa um mehrere Millionen gesenkt wird. Die Wiederherstellung des Gleichgewichts auf dem Milchmarkt ist der Prüfstein europäischer Zusammenarbeit und der gemeinsamen Agrarpolitik. In der notwendigen Auseinandersetzung müssen nationale und partikuläre Interessen endlich gegenüber der politischen Gesamtverantwortung zurücktreten.

Die notwendigen Maßnahmen müssen durch mehr Solidarität und sozialen Ausgleich geprägt sein. Eine

aktive Preispolitik kann nur solange Teil der Einkommenspolitik für die Landwirte sein, wie sie ökonomisch sinnvoll und politisch verantwortbar ist und zur Einkommensverbesserung auch der Schwächeren und Benachteiligten beiträgt.

Es muß daher auch versucht werden, die tierische Veredelungsproduktion an die Betriebsfläche zu koppeln. Es muß verhindert werden, daß eine die Allgemeinheit stark belastende Preispolitik zur weiteren Konzentration führt, die innerlandwirtschaftliche Einkommensparität immer mehr ausweitet und die Boden- und Pachtpreise ins Uferlose treibt.

Zu lösen ist die Krise des europäischen Marktes mittels einer Agrarpolitik, die durch mehr Solidarität unter den Partnerstaaten und unter den Bauern gekennzeichnet ist. Zu einer vernünftigen Agrarpolitik gehört auch eine stärkere Beachtung ökologischer Gesichtspunkte. Die von der Gemeinschaft und den Staaten subventionierte Melioration und Zerstörung erhaltenswerter Landschaften und Feuchtgebiete sollte ein Ende haben. In der Gemeinschaft sollten stattdessen mehr Anstrengungen zum Schutz der Landschaft und der Umwelt unternommen werden.

Der Unsinn mit Hilfe nicht mehr finanzierbarer Subventionen unverwertbare Agrarüberschüsse zu erzeugen, muß ein Ende haben, da dieses Verfahren die Stabilität der Gemeinschaft gefährdet und auch den bäuerlichen Betrieben zum Nachteil gereicht.

Agrarpolitiker und Bauern müssen alle Anstrengungen unternehmen, die Krise des gemeinsamen Agrarmarktes zu überwinden, da wir auf ein geeintes und wirtschaftlich stabiles Europa im Interesse unserer eigenen Sicherheit und des Weltfriedens nicht verzichten können.

Dietrich Sperling: Subventionen für das soziale Netz in der Landwirtschaft — Wie steht es mit der Solidarität?

Sozialdemokraten knüpfen das soziale Netz für die Landwirte

Es ist das Verdienst von Sozialdemokraten, daß heute das Netz der sozialen Sicherheit auch für Landwirte aufgespannt ist. Sie haben innerhalb der sozialliberalen Koalition darauf gedrungen, daß die landwirtschaftliche Altershilfe fortentwickelt wurde, ein wirksamer Krankenschutz für alle selbständigen

Landwirte und ihre mithelfenden Familienangehörigen existiert, ein vorzeitiges Altersgeld bei Erwerbsunfähigkeit gewährt wird und Maßnahmen zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit mit eingeführt sind. Diese Maßnahmen wurden zum Teil gegen den heftigen Widerstand der CDU/CSU-Opposition im Bundestag durchgesetzt. Wesentlicher Bestandteil der Agrarsozialpolitik der SPD ist die Anpassung aller Sozialhilfen an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Was heute vielen Landwirten als Selbstverständlichkeit erscheint, ist entscheidend von Sozialdemokraten erarbeitet worden. Demgegenüber haben Verbandsvertreter der Bauern immer nur ein-

seitig an der preispolitischen Front gekämpft, wohl wissend, daß dadurch die soziale Lage der kleinen, alten und erwerbsunfähigen Landwirte nicht nennenswert verbessert werden kann.

Sozialdemokraten haben durch viele Gesetzesinitiativen bewiesen, daß jeder Bürger und somit selbstverständlich auch die Landwirte und ihre Familienangehörigen ein soziales Grundrecht auf eine ausreichende Alterssicherung, auf den Schutz bei Krankheit und auf eine bestmögliche Wiederherstellung der Gesundheit haben. Jeder Landwirt hat im gleichen Umfang und ohne Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Verhältnisse Anspruch auf die Maßnahmen der Agrarsozialpolitik. Sozialdemokraten haben sich damit weit mehr als die früheren konservativen Bundesregierungen für die sozialen Belange eines Standes eingesetzt, der mit Sicherheit nicht zu den traditionellen Wählergruppen der SPD gehört.

Werden die Bundeshilfen gerecht verteilt?

Für soziale Maßnahmen werden im Agrarhaushalt des Bundes gegenwärtig rund 3,5 Milliarden DM aufgewendet. Von 1977 bis heute sind diese Aufwendungen um rund 17 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind die Ausgaben für die Stützung der EG-Preispolitik von rund 3 Milliarden auf 7,3 Milliarden und damit um etwa 140 % gestiegen. Dies ist ein Mißverhältnis, das insbesondere unter sozialpolitischen Gesichtspunkten äußerst ärgerlich erscheint. Während nämlich die öffentlichen Gelder für die Preispolitik zwangsläufig ungezielt vergeben werden müssen und die einkommensstarken landwirtschaftlichen Betriebe begünstigen, fehlt es an Mitteln, um die noch immer bestehenden Mängel im sozialen Netz der Landwirtschaft zu beseitigen. Sozialdemokraten fällt es daher immer schwerer, den alljährlichen preispolitischen Beschlüssen der EG-Agrarminister mit horrenden Auswirkungen auf den Bundeshaushalt zuzustimmen.

Finanzminister Matthöfer hatte Recht mit seiner Aussage, er würde die zusätzlichen 2,6 Milliarden Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt an die EG lieber einer Regionalpolitik für die ärmsten der armen Regionen in Europa gewähren, als sie in einen morschen und ziemlich absurd anmutenden gemeinsamen Agrarmarkt zu stecken. Es wirkt immer weniger überzeugend, wenn die Einheit Europas und die Solidarität der EG-Staaten ausgerechnet von diesem von Grund auf überholungsbedürftigen EG-Agrarmarkt abhängig sein sollte.

Man sollte der Öffentlichkeit einmal aufzeigen, welche Regionen und welche Betriebe von diesem

EG-Agrarmarkt und damit von den öffentlichen Aufwendungen am meisten profitieren und dies den dringlichen Aufgaben einer gemeinsamen europäischen Politik gegenüberstellen. Hier wird verschleiert, wenn der Öffentlichkeit gesagt wird, die Mehraufwendungen für den EG-Haushalt und die damit möglicherweise verbundenen Steuererhöhungen im Inland seien notwendig, um den europäischen Gedanken zu retten.

Verschlingt die Stützung der Agrarpreise auch künftig soviel Mittel, werden diese für agrarsoziale Maßnahmen fehlen. Doch gerade da werden öffentliche Mittel benötigt, wenn dem Grundsatz Rechnung getragen werden soll, daß soziale Hilfen laufend an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt werden sollen. Denn die Landwirtschaft ist noch lange nicht in der Lage, die Mittel für die soziale Sicherheit aus eigener Kraft aufbringen zu können, also aus Beiträgen zu decken. Viel zu spät wurde die soziale Sicherung der Landwirte in Angriff genommen. Ein großer Teil der Landwirte hat dadurch nur wenige Versicherungsjahre aufzuweisen. In der Landwirtschaft mit einem hohen Anteil von kleinen Betrieben und Betriebsleitern im hohen Alter ist die „Alterslast“ besonders groß. Diese strukturellen Bedingungen und die politischen Versäumnisse der Vergangenheit dürfen diesen Menschen nicht zum Nachteil werden. Daher sind die erheblichen und weiterhin steigenden Bundesaufwendungen im Prinzip gerechtfertigt.

Glaubwürdigkeit und breite öffentliche Zustimmung für agrarsoziale Maßnahmen werden in Zukunft jedoch nur dann zu gewinnen sein, wenn das Prinzip der Beitragsbelastung nach Leistungsfähigkeit auch für die landwirtschaftliche Sozialversicherung ohne viele Ausnahmen eingeführt wird. Das bedeutet, daß die von der Gesellschaft zur Verfügung gestellten agrarsozialen Mittel nach dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und der Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe einzusetzen sind. Die landwirtschaftliche Bevölkerung kann von der Gesellschaft nur in dem Maße Solidarität und Unterstützung erwarten, wie sie selbst dem Prinzip der beitragsfinanzierten Sozialleistungen Geltung verschafft und die Situation der einkommensschwächeren Landwirte berücksichtigt.

Gegenwärtig beträgt die Belastung durch Sozialbeiträge in den großen landwirtschaftlichen Betrieben mit mehr als 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nur 10 % des Einkommens, in Betrieben mit weniger als 10 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche dagegen rund 30 %. Die durchschnittliche Belastung aller

landwirtschaftlichen Betriebe mit gesetzlichen Beiträgen zur sozialen Sicherung beträgt gegenwärtig rund 20 %. Dies ist eine durch nichts zu rechtfertigende Begünstigung der leistungsstarken Betriebe. Zumindest die öffentlichen Mittel haben hier korrigierend zu wirken.

Perspektive für die landwirtschaftliche Altershilfe

Die Alterssicherung für Landwirte wurde erst 1957 gesetzlich begründet. Die Hofübergabe sollte durch ein zusätzliches Altersgeld für die abgehende Generation erleichtert werden. Damals war das Altersgeld ein Taschengeld von rund 60 DM, als Ergänzung zu dem vom landwirtschaftlichen Betrieb zu gewährenden Anteil. Heute beläuft sich der Grundbetrag immerhin auf rund 400 DM. Um die Existenz der Anteilhaber zu sichern, bedarf es dennoch zusätzlicher Quellen.

Mitglieder der landwirtschaftlichen Alterskasse sind alle landwirtschaftlichen Unternehmen, die eine Existenzgrundlage für selbständige Landwirte darstellen. Alle Mitglieder zahlen ungeachtet ihrer Leistungsfähigkeit den gleichen Betrag und erhalten die gleiche Leistung aus den regional gegliederten Alterskassen. Das Beitragsaufkommen deckt die Ausgaben der Alterskasse zu etwa 23 %. Die übrigen Mittel müssen also aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden.

Nach den bisherigen Regelungen ist die Sicherung der mitarbeitenden Familienangehörigen und der jüngeren Witwen unzureichend. Eine Beteiligung an der Betriebsführung als „Mitunternehmer“ bzw. die Beschäftigung im Rahmen eines Arbeitsvertrages für mithelfende Familienangehörige wird zumeist unterlassen, um die Kosten für die Sozialversicherungen zu sparen. Die Lage der mithelfenden Familienangehörigen ist vor allem deshalb problematisch, weil sie im Regelfall keine andere Absicherung besitzen.

Der schwerwiegendste Mangel an der gegenwärtigen Regelung der Altersversicherung ist jedoch, daß das gesetzliche Altersgeld für Landwirte nur als Grundsicherung konzipiert ist und schon immer der Ergänzung durch andere Versicherungsformen (betrieblicher Altenanteil, allgemeine Rentenversicherung, Lebensversicherung usw.) bedurfte. Ausreichende und rechtzeitig abgeschlossene Zusatzversicherungen fallen jedoch besonders den kleinen und einkommensschwachen landwirtschaftlichen Betrieben schwer. Bei ihnen sind zusätzliche Absicherungen des Altersgeldes am geringsten ausgebaut. Da die gegenwärtige Agrarpolitik die innerlandwirtschaftlichen Einkommensdisparitäten kaum abzu-

bauen imstande ist und sie in Teilen eher verschärft wird der Kreis derer, die zusätzliche Ausgaben für die Alterssicherung verkraften können, immer kleiner.

Das bisherige Konzept, das landwirtschaftliche Altersgeld als Grundsicherung zu verstehen, entspricht also immer weniger der sozialen Realität. Das landwirtschaftliche Altersgeld muß deshalb zu einer existenzsichernden Rente fortentwickelt werden und zwar unabhängig von der betrieblichen Einkommenssituation. Ohne zusätzliche öffentliche Aufwendungen wird dies bei den gegebenen Verhältnissen nicht möglich sein.

Höhere öffentliche Aufwendungen sind jedoch nur dann gerechtfertigt, wenn sich die derzeitige Beitragsgestaltung wesentlich verändert. Zur Zeit ist die Beitragsbelastung der Landwirte in der Altershilfe ungleich günstiger als in den gesetzlichen Rentenversicherungen für die außerlandwirtschaftliche Bevölkerung. Für den gleichen Beitrag werden Ansprüche in Höhe einer 4- bis 5fachen Rente erwirkt. Außerdem sind die Beiträge einheitlich festgelegt, unabhängig von der Leistungsfähigkeit der Betriebe. Von daher ergibt sich auch, daß die Beitragspflichtigen unabhängig von der Höhe des Einkommens die gleiche staatliche Subvention erhalten. Sozialdemokraten fordern daher:

1. Das gegenwärtige Altersgeld in der Landwirtschaft muß in eine einheitliche existenzsichernde und betriebsunabhängige Rentenleistung bei Alter und Tod für alle Hinterbliebenen umgewandelt werden.
2. Die Leistungsaufwendungen sind grundsätzlich aus laufenden Beiträgen zu decken, wobei die Beitragsbelastung für alle Beitragspflichtigen gleich ist, also dem Solidaritätsprinzip entspricht.
3. Die Bundesmittel müssen der Beitragsentlastung der kleineren, einkommensschwächeren Betriebe vorrangig dienen. Auf diese Weise müßte es gelingen, die öffentlichen Aufwendungen für die Agrarsozialpolitik und damit für die Agrarpolitik allgemein in vertretbaren Grenzen zu halten.

Besserer Schutz und mehr Gerechtigkeit in der Krankenversicherung

Seit 1972 sind alle selbständigen Landwirte, mitarbeitenden Familienangehörige über 18 Jahre, Auszubildende und Altersgeldbezieher in der Krankenversicherung pflichtversichert. Ehefrauen, Kinder unter 18 Jahren und andere Unterhaltsberechtigte sind dabei mitversichert, sofern ihr eigenes Einkommen eine bestimmte Höhe nicht überschreitet.

Während im außerlandwirtschaftlichen System der Krankenversicherung die Beitragsbemessung einen einheitlichen Prozentsatz vom Einkommen ausmacht, wird in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung der Beitragssatz nach verschiedenen Maßstäben vorgenommen. Als Bemessungsgrundlage dient einigen landwirtschaftlichen Krankenkassen der sog. „Arbeitsbedarf“, anderen die Fläche des landwirtschaftlichen Betriebes.

Während die Beiträge die Leistungen an landwirtschaftliche Unternehmer und ihre Angehörigen voll abdecken, trägt der Bund mit öffentlichen Mitteln die Leistungsaufwendungen für die Altersgeldbezieher.

Das zentrale Problem der landwirtschaftlichen Krankenversicherungen liegt in der Bemessung der Beiträge. Im gegenwärtigen System sinkt die prozentuale Belastung der landwirtschaftlichen Familien mit steigendem Einkommen. Auch hier ist also das Prinzip der Beitragsgerechtigkeit und der innerlandwirtschaftlichen Solidarität nicht gewährleistet. Ferner besteht ein sehr ungünstiges Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern. Gegenwärtig beträgt dieses im Bereich der Landwirtschaft 1 zu 3, während im Bereich der allgemeinen Krankenversicherung ein wesentlich günstigeres Verhältnis von 1 zu 2 besteht. Dies erklärt sich aus der hohen Zahl der in der Landwirtschaft mitversicherten Personen.

Die Landwirtschaft ist insgesamt ein schrumpfender Sektor mit Überalterung. Dies rechtfertigt hohe öffentliche Aufwendungen, da sonst soziale Sicherheit nicht gewährleistet werden könnte. Voraussetzung für höhere öffentliche Zuwendungen ist jedoch, daß zuerst das Solidaritätsprinzip auch im Bereich der landwirtschaftlichen Krankenversicherung verwirklicht wird. Die Schwierigkeit, die landwirtschaftlichen Einkommen exakt festzustellen, kann nicht länger als Entschuldigung gelten. Buchführungsunterlagen oder das Standard-Betriebseinkommen können durchaus als zuverlässige Bemessungsgrundlage verwendet werden.

Besserer Schutz und mehr Gerechtigkeit auch in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung

Die landwirtschaftliche Unfallversicherung ist eine gesetzliche Pflichtversicherung. Sie war ursprünglich darauf ausgerichtet, die Haftpflicht des Arbeitgebers gegenüber den Arbeitnehmern in der Landwirtschaft abzulösen. Da es kaum noch landwirtschaftliche Arbeitnehmer gibt, ist die Unfallversicherung zwischenzeitlich zu einer Versicherung von Unternehmern für Unternehmer geworden. Die Landwirte

sind in regional gegliederten Berufsgenossenschaften zusammengeschlossen und tragen die Kosten innerhalb ihres Mitgliederkreises. Zu den Aufwendungen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften leistet der Bund einen jährlichen Zuschuß von etwa 400 Millionen DM. Landwirtschaftliche Unternehmen werden dadurch von Beitragskosten entlastet. Im außerlandwirtschaftlichen Bereich erhalten die Berufsgenossenschaften dagegen keine staatlichen Zuschüsse.

Trotz staatlicher Zuschüsse sind die Unfallrenten in der Landwirtschaft für schwerverletzte Landwirte zu gering. Bei völligem Verlust der Erwerbsfähigkeit beträgt die Rente lediglich zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes. Da der tatsächliche Jahresarbeitsverdienst selbständiger Landwirte nicht exakt ermittelt werden kann, werden von den Selbstverwaltungsgremien der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften durchschnittliche Jahresarbeitsverdienste festgesetzt. Sie betragen zur Zeit rund 11000 DM. Dies bedeutet bei völligem Verlust der Erwerbsfähigkeit gegenwärtig eine Rente von lediglich 600 DM im Monat. Die volle Rente im gewerblichen Bereich beträgt dagegen gegenwärtig rund 1400 DM.

Der Gesetzgeber ist bemüht, die sozialen Härten dadurch aufzufangen, indem eine Schwerverletzten-Zulage gewährt wird. Sie beträgt gegenwärtig bis zu 50% der Vollrente und wird ausschließlich aus Bundesmitteln gezahlt. Die Unfallrente bei völliger Erwerbsunfähigkeit wird damit aus öffentlichen Mitteln von 300 bis auf 900 DM je Monat aufgestockt. Gleichwohl bleibt dieser Betrag unter sozialen Gesichtspunkten unbefriedigend. Die derzeitige Verteilung der öffentlichen Mittel ist vor allem deshalb unbefriedigend, weil sie auch den Betrieben in gleichem Maße zugute kommen, die eigentlich keiner Einkommenshilfe bedürfen. Die Bundesmittel müßten also in Zukunft nach der Leistungsfähigkeit der Betriebe gestaffelt werden. Einkommensschwächere Betriebe müßten mehr als bisher von den Beiträgen zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung entlastet werden. Die Maßstäbe für die Bemessung der Leistungsfähigkeit können die gleichen sein, wie bei der landwirtschaftlichen Krankenversicherung.

Schlußbemerkung

Die landwirtschaftliche Sozialversicherung hat viele Besonderheiten, die nur aus ihrer Geschichte heraus zu verstehen sind. Die kollektive Vorsorge gegen Unfall, Krankheit und für das Alter hat in der Landwirtschaft erst spät Eingang gefunden. Vor allem Sozialdemokraten haben seit 1969 den Gedanken eines

dicht geknüpften und von Solidarität getragenen Netzes der sozialen Sicherheit in die Landwirtschaft hineingetragen.

Die historischen Versäumnisse dürfen nicht auf den Schultern der Schwachen und Kranken ausgetragen werden. Dies rechtfertigte in der Vergangenheit hohe öffentliche Zuschüsse und macht in der Zukunft auch weiterhin erhebliche öffentliche Mittel notwendig. Denn im Vergleich zu den außerlandwirtschaftlichen Berufsgruppen ist die Mehrzahl der Landwirte noch immer nicht ausreichend sozial gesi-

chert. Daß große Betriebe und einkommensstarke Landwirte jedoch durch Sozialabgaben weit weniger belastet sind und gleich hohe Bundeszuschüsse empfangen, ist durch nichts zu rechtfertigen.

Mehr Beitragsgerechtigkeit und die Reservierung der öffentlichen Mittel für die bedürftigen Landwirte können dazu beitragen, daß die öffentlichen Aufwendungen für die Agrarsozialpolitik in vertretbaren Grenzen gehalten werden. Aufgabe von Sozialdemokraten ist es, dies allgemein bewußt zu machen.

Glünter Haiden: Die Bauern gehören nicht den Konservativen allein

Dem aufmerksamen politischen Beobachter müßte bei den unterschiedlichen Wahlgängen in Österreich in letzter Zeit eine gemeinsame Tendenz aufgefallen sein: Ob Nationalrats- oder Landtagswahlen, ja selbst bei den so sehr von örtlichen Verhältnissen abhängigen Gemeinderatswahlen zeigt sich ein in einer Hinsicht einheitliches Bild: In den kleinsten Dörfern sind die Verluste der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und die Gewinne der Sozialisten am größten! Die Sozialisten erobern das Dorf, gewiß schrittweise, da und dort gibt es in einer kleinen Gemeinde einen Erdrutsch, in anderen Dorfgemeinden wiederum kommen die Bauernstimmen der ÖVP nach und nach abhanden.

Die Bauern gehören nicht der ÖVP allein, läßt sich heute mit Fug und Recht sagen. Ja selbst bei Kammerwahlen schreitet dieser Erosionsprozeß, dem ÖVP und Bauernbund unterliegen, rasch fort, obwohl der Einfluß des Bauernbundes bei Kammerwahlen am massivsten ist. Trotz geheimer Wahl scheuen viele Bauern bei Kammerwahlen davor zurück, den Schritt der Trennung vom Bauernbund zu tun. Es kommt ja nicht selten vor, daß nach der Wahl die große Suche nach den verloren gegangenen „schwarzen Schafen“ beginnt. Und man scheut sich, in „roter Wolle“ für alle sichtbar dazustehen.

Dennoch, bei den letzten Kammerwahlen in Niederösterreich hat der Bauernbund über Nacht mehr als 5000 Stimmen verloren und die sozialistischen Arbeitsbauern haben 6000 Stimmen hinzugewonnen. Die sozialistischen Arbeitsbauern erreichten bei die-

sem Wahlgang einen Zuwachs von 4% der gültigen Stimmen.

In den Bezirkskammern hat sich die Zahl der sozialistischen Kammerräte von 35 auf 61 erhöht. Das ist bei politischen Wahlen ein Erdrutsch. Bei dieser Entwicklung müßte es für die ÖVP ein schwacher Trost sein, daß sie dennoch vorerst noch über sehr massive Mehrheiten in den Kammern verfügt.

Diese Entwicklung hat mehrere Ursachen: Zum ersten wirkt die Propaganda des Bauernbundes nicht mehr, die sich in den letzten dreißig Jahren ja kaum geändert hat. Selbst jene Bauern, die aus Tradition und Überzeugung fest im Lager der ÖVP stehen, erkennen, daß sich die sozialistische Regierung der Anliegen der Bauern annimmt. Nach zehn Jahren sozialdemokratischer Agrarpolitik glaubt nicht einmal mehr der voreingenommenste Bauernbundfunktionär, die Sozialisten hätten nichts übrig für bäuerliche Familien, ja sie wären die Vorbereiter der Enteignung und des Weges in die Kolchose. Die ÖVP-Propaganda ist angesichts der tagtäglichen Maßnahmen für die Bauern wirkungslos geworden.

Vor allem aber erkennen sehr viele Bauern an, daß die Agrarförderung nicht mehr ein „Geheimverfahren“ ist. Der Grundsatz, daß „Hilfe zur Selbsthilfe“ vor allem und verstärkt jenen Bauern zugute kommen muß, die in der schwierigeren wirtschaftlichen Lage sind und vielfach naturbedingte Bewirtschaftungsschwernisse für ihre Betriebe haben, findet immer mehr Anerkennung.

Bergbauernsonderprogramm und Grenzlandsonderprogramme, Bergbauernzuschüsse und Direktzahlungen sind wirksame Hilfen für jene Bauern, für die sie am vordringlichsten erforderlich sind. Dieses sind Instrumente einer sozialdemokratischen Agrarpolitik.

Allzu lange – vom Kriegsende bis zum Jahre 1970

- wurden die Bergbauern von der ÖVP-Bauernbundführung nur vorgezeigt. Sie dienten lediglich zur Demonstration dafür, wie schlecht es den Bauern insgesamt angeblich gehe. Für die Bergbauern selbst hatte die Bauernbundführung nichts übrig. Eine konsequente Politik für jene Bauern, deren Höfe unter erheblichen naturbedingten und daher kaum veränderbaren Erschwernissen bewirtschaftet werden müssen, also für Bergbauern, auf ihren vielfach hochgelegenen Höfen und steilen Hängen, die den Einsatz von Maschinen nur sehr eingeschränkt zulassen, nahm erst mit der Regierung Kreisky ihren Anfang.

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges ist in der Landwirtschaft Österreichs eine ungewöhnliche, rasch fortschreitende Mechanisierung und Technisierung vor sich gegangen. Gab es nach Kriegsende erst einige tausend Traktoren, so sind heute über 300 000 im Einsatz. Während wir heute also über 300 000 Traktoren haben und rd. 40 000 Pferde - die allerdings kaum mehr in der Landwirtschaft eingesetzt sind - waren es vor 25 Jahren etwa 280 000 Pferde und nur 40 000 Traktoren.

Zur Mechanisierung kommen Ertragssteigerungen durch den Fortschritt in allen Bereichen der Agrarforschung. Die Arbeitsproduktivität hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre etwa verdoppelt, d. h., daß die gleiche Anzahl der in der Landwirtschaft Tätigen heute doppelt so viel erzeugt, wie vor zehn Jahren. Die Flächenproduktivität hat sich innerhalb der letzten zwanzig Jahre ebenfalls verdoppelt. Der Produktivitätszuwachs ist jedoch in den Ackerbaugebieten ungleich größer als im Grünland oder gar im Berggebiet.

So sonderbar es sich anhört: Je größer der Fortschritt in der Landwirtschaft insgesamt, desto schwieriger wird die Lage der Bergbauern, weil jeder Fortschritt in den, von der Natur begünstigten Lagen, ungleich wirksamer ist, als in den ungünstigen Lagen der Bergregionen. Dies führte zu beträchtlichen und zunehmenden innerlandwirtschaftlichen Einkommensunterschieden.

Die Landbewirtschaftung in den Berggebieten ist aus vielen Gründen für uns alle wichtig. Ohne Landbewirtschaftung bleibt die Kulturlandschaft in den Bergen nicht erhalten. Was wir auf alle Fälle vermeiden müssen, sind Entsiedlungszonen mit verwilderten Landschaften ohne Infrastruktur. Bergbauernförderung bedeutet also nicht nur soziale Gerechtigkeit für bergbauerliche Familien, sondern letzten Endes Vorteile für alle.

Das 1. Bergbauernsonderprogramm geht auf die Anregung von Bundeskanzler Kreisky zurück und

wurde von Landwirtschaftsminister Weihs im Jahre 1971 eingeführt. Das 2. Bergbauernsonderprogramm wurde im Vorjahr in Angriff genommen und reicht bis zum Jahre 1982. Für diesen Zeitraum ist ein Förderungsvolumen von 4 Mrd. Schilling vorgesehen. Im wesentlichen beruhen die Bergbauernsonderprogramme auf zwei Arten von Maßnahmen:

1. Durch Investitionsförderung wird den Betrieben unmittelbar geholfen (einzelbetriebliche Förderung); durch die Förderung des Wegebau und anderer Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur haben die Betriebe einen unmittelbaren Nutzen (überbetriebliche Förderung).
2. Im Bergbauernsonderprogramm gibt es die sog. „Bergbauernzuschüsse“. Das Konzept des Bauernbundes bestand jahrzehntelang darin, mit dem Hinweis auf die Bergbauern höhere Preise für die Agrarprodukte insgesamt zu verlangen, von denen dann in erster Linie die Großen ihren Nutzen hatten.

Bei allgemein höheren Preisen für die Agrarprodukte geht nämlich der stärkere Einkommenszuwachs zwangsläufig in die günstigen Lagen und in die großen Betriebe, also nicht in die Berggebiete. Der Bergbauernzuschuß als produktionsunabhängige Direktzahlung ist dagegen ein neues soziales Element des Ausgleichs zur Überwindung der innerlandwirtschaftlichen Einkommensunterschiede.

Dieser Zuschuß wurde vom Bauernbund anfänglich als „Tabakgeld“ herabqualifiziert. Heute ist es so, daß auch die Bundesländer diesem Beispiel des Bundes folgen mußten und Zuschüsse dieser Art eingeführt haben. Im Jahre 1980 wird für die Zone mit den größten Bewirtschaftungserschwernissen der Bergbauernzuschuß S 5000,- bzw. S 6000,- betragen, und alles in allem werden rd. 57 000 Betriebe in diese Maßnahme einbezogen sein. Innerhalb des 2. Bergbauernsonderprogramms, also von 1979-1983, ist die Verdoppelung dieser Bergbauernzuschüsse vorgesehen. Die Bergbauern erkennen diese agrarpolitischen Maßnahmen an, auch wenn dies vielfach nur unter 4 Augen geschieht. Bei den letzten Landwirtschaftskammerwahlen in Salzburg hatten die sozialistischen Arbeitsbauern den stärksten Stimmenzuwachs im Berggebiet des Lungaus.

Neben den Bergbauern kümmern sich die österreichischen Sozialisten vor allem auch um die Nebenerwerbsbauern. Weit mehr als die Hälfte der österreichischen Bauern gehen zusätzlich einem außerlandwirtschaftlichen Erwerb nach. Die Anzahl der Nebenerwerbsbauern steigt von Jahr zu Jahr.

Der ÖVP-Bauernbund hat diese Entwicklung mit

Mißbehagen und untätig beobachtet, bis das Jahr 1970 kam. Für die Nebenerwerbsbauern hatte der Bauernbund seinerzeit, als nur ein Bauernbündler Landwirtschaftsminister werden konnte, nichts, aber schon gar nichts übrig. Die Bauern sollten schließlich in den Betrieben nicht mit Arbeitern zusammenkommen. Die politische Ansteckungsgefahr fürchtete der ÖVP-Bauernbund wie der Teufel das Weihwasser. Nebenerwerbsbauern wurden von den ÖVP-Agrarfunktionären als die „Abgehausten“, als untüchtige Bauern disqualifiziert. Heute sind die Nebenerwerbsbauern in der Agrarpolitik mit den Vollerwerbsbauern gleichgestellt und in die Förderungsmaßnahmen des Bundes einbezogen. Zusätzliche Förderungsmaßnahmen, wie etwa die Förderung der Maschinenringe, soll im besonderen auch Nebenerwerbsbauern Hilfe zur Selbsthilfe bieten.

80% der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Österreich sind kleiner als 20 Hektar. Es gibt nur zwei Wege, die Betriebsgrößenstruktur mit den modernen Methoden der Landbewirtschaftung in Einklang zu bringen:

1. Entweder man strebt wenige große landwirtschaftliche Unternehmen an, deren Flächenausstattung zur „Technologie unserer Zeit“ paßt. Das bedeutet, daß Tausende Bauern die Landbewirtschaftung aufgeben müssen. Dieser Weg käme geradezu einer groß angelegten Bauernvertreibung gleich und hätte zwangsläufig die Schwächung der ländlichen Infrastruktur zur Folge. Die Großagrarier hätten davon den Nutzen. Diesen Weg wollen und werden die Sozialisten aus vielen Gründen nicht gehen.

2. Die Alternative dazu ist die überbetriebliche Organisation; z. B. Maschineneinsatz in Maschinenringen. Den kleinen Betrieben wird dadurch die Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit erleichtert! Freilich muß Hand in Hand mit der außerlandwirtschaftlichen Berufstätigkeit des Betriebsführers die Extensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes gehen, damit die Arbeitsbelastung in vertretbaren Grenzen bleibt. Nebenerwerbsbauern tragen auf diese Weise zur Erhaltung unserer Landwirtschaft bei. Sie sichern Produktionsreserven und tragen gleichzeitig zum Abbau der Überschüsse auf den Agrarmärkten bei.

Diese Entwicklung sollten wir nicht bedauern, sondern begrüßen! Außerlandwirtschaftliches Einkommen und bäuerlicher Betrieb können einander ausgezeichnet ergänzen. Die ÖVP-Bauernbundfunktionäre stehen dieser Entwicklung auch heute noch sehr reserviert gegenüber. Wurden die Nebenerwerbsbauern früher fast als Abtrünnige gesehen, wird in jüngster

Zeit allzu gerne durch den ÖVP-Bauernbund gegen die Industrie im allgemeinen und gegen die verstaatlichte Industrie im besonderen polemisiert. Für die Industrie sichere der Staat ausreichend die Absatzmöglichkeiten, während für die agrarische Absatzsicherung viel zu wenig getan werde. Diese Behauptung ist einfach falsch! Das Gegenteil ist aus guten Gründen der Fall. Für keinen Bereich der Wirtschaft gibt es ein so wirksames System der Absatzsicherung wie für die Landwirtschaft.

Nebenerwerbsbauern sind aufgeschlossen! Sie waren bereit, den Schritt zu tun, der zum kombinierten Einkommen führt, und zumindest haben sie auch ihre Betriebe den geänderten Anforderungen angepaßt. Nebenerwerbsbauern sind auch politisch aufgeschlossen, und sie wissen, daß sie von ÖVP und Bauernbund nicht viel zu erwarten haben. Sie haben erheblich dazu beigetragen, daß die Sozialdemokratie im Dorf wachsendes Vertrauen gewinnt.

Bei den wichtigsten Agrarproduktionen wird wesentlich mehr erzeugt, als im Inland verbraucht werden kann. Fast alle Staaten stützen daher ihre Agrarexporte, um den heimischen Bauern ein entsprechendes Einkommen zu sichern. Marktordnungsgesetze sichern den Bauern den Absatz ihrer Agrarprodukte, unabhängig von den Schwankungen auf den internationalen Agrarmärkten. Transportkostenausgleiche sorgen dafür, daß marktferne Bauern die gleichen Produzentenpreise für wichtige Agrarprodukte erhalten wie die marktnäheren Bauern.

Die ständig steigende Produktion macht zwangsläufig eine umfassende Reform der Agrarmärkte erforderlich. Die wichtigste Änderung betrifft den Milchmarkt: Es ging darum, steigende Überschüsse von Milchprodukten zu vermeiden und von der Milch- zur Fleischproduktion umzulenken. Für jeden Schilling, der für Milchprodukte auf den Weltmärkten erzielt wird, müssen etwa zwei Schilling zur Exportstützung vom Staat dazugezahlt werden. Bei Rindern oder Fleisch kann man dagegen praktisch subventionsfrei exportieren.

Zur Lenkung des Milchmarktes wurde vor vielen Jahren durch die konservativen Agrarpolitiker der sog. „Krisengroschen“ eingeführt. Dieser Krisengroschen war eine Abgabe der Bauern, die von jedem Kilogramm abgelieferter Milch erhoben wurde. Bei steigender Produktion sollte die Erhöhung des Krisengroschens zur Finanzierung der Exporte beitragen und gleichzeitig produktionshemmend wirken. Dieses zweite Ziel wurde durch den Krisengroschen nicht erreicht. Ganz im Gegenteil! Bei höherem Krisengroschen haben viele leistungsfähige Betriebe in

den günstigen Lagen ihre Kuhzahl erhöht. Die Bauern in den Bergregionen konnten diese Entwicklung kaum durchhalten, vor allem dann, wenn die ausreichende eigene Futtergrundlage fehlte. Die Milchlieferleistung in den Voralpen ist bei dieser Entwicklung ständig gestiegen, und in den Berggebieten ist sie zurückgegangen. Der Krisengroschen wurde auf diese Weise zur Finanzierungsgrundlage der Exporterfordernisse zu Lasten der Klein- und Bergbauernbetriebe und führte zur Entlastung der leistungsfähigen Großbetriebe in den günstigen Lagen. Der Krisengroschen war also eine Umverteilung auf Kosten der sozial Schwächeren.

Bei den Marktordnungsverhandlungen vor zwei Jahren erfolgte daher nach langen schwierigen Verhandlungen die umfassende Reform. Wer bei der Milchlieferung, die für jeden Betrieb festgelegte Richtmenge überschreitet, hat für die Mehrlieferung eine zusätzliche Abgabe zu entrichten, die die Exportfinanzierung sichert. Das neue System ist sozialer und hat sich bewährt. Denn nur noch die Betriebe, die ihre Milchproduktion steigern, werden nun von dieser zusätzlichen Abgabe betroffen.

Für den Getreidemarkt besteht seit Sommer des vergangenen Jahres eine Vereinbarung zwischen Regierung und Wirtschaftspartnern, nach der vor allem der Qualitätsanbau gefördert wird. So werden etwa Weizensorten, die zwar hohe Erträge pro Hektar liefern, aber der Qualitätsnorm nicht entsprechen und daher auch kaum exportiert werden können, in die Einlagerungs- und Verwertungsmaßnahmen der Regierung nicht mehr einbezogen. Die Exportförderung tragen in diesem System der Staat und die bäuerlichen Produzenten je zur Hälfte.

Der „Grüne Bericht 1979“ stellt fest, daß im längerfristigen Vergleich das landwirtschaftliche Ein-

kommen je Familienarbeitskraft im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1969 jährlich real um 1,9 %, zwischen 1970 und 1978 dagegen jährlich um rd. 4 % real gestiegen ist. Die österreichischen Bauern haben also aufgeholt, und sie erinnern sich im übrigen noch sehr gut daran, daß damals, als die ÖVP allein die Regierungsverantwortung getragen hat, also von 1966 bis 1970, weder der Milch- noch der Getreidepreis für die Bauern erhöht wurde. Die bäuerlichen Einkommen sind seit 1970 ungleich stärker gestiegen als in den 60er Jahren und zwar real.

Die Sozialisten werden stets darauf hinarbeiten, daß Gerechtigkeit auch in der Agrarpolitik kein Schlagwort bleibt. Dann werden sich immer mehr Bauern von den Konservativen abwenden.

Bei zahllosen Versammlungen und Besuchen auf Bauernhöfen wird deutlich, daß der überwiegende Teil auch jener Bauern, die das politisch bleiben wollen, was sie durch Tradition, Familie, Erziehung und Umgebung sind, dennoch ein ganz anderes Verhältnis zur Sozialdemokratie haben, als noch vor wenigen Jahren. Sie erkennen, daß der Krieg ihrer Funktionäre gegen die Regierung zu nichts führt. Sie wollen die Zusammenarbeit mit der Regierung. Sie sind dankbar, daß ihnen die Hand gereicht wird. Unter jungen Bauern ist diese Strömung besonders stark. Sie emanzipieren sich gewissermaßen von ihren eigenen Bauernbundfunktionären. Viele von ihnen wollen auch deshalb freier werden, weil sie längst durchschaut haben, daß der Bauernbund mit zweierlei Maß mißt und für die überwiegende Zahl der Kleinbauern, der Bergbauern, der wirtschaftlich Schwächeren, nicht allzu viel übrig hat. Der im Ganzen befindliche Prozeß wird weitergehen: Die Bauern gehören längst nicht mehr der ÖVP allein, schon gar nicht die Berg- und Kleinbauern!

Hansmartin Simpfendörfer: Die Aufgabe der Nebenerwerbsbetriebe bei einer Neuorientierung der Agrarpolitik

Hauptkritikpunkte an der Agrarpolitik in der EG

Die Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft erzeugt weit mehr Nahrungsgüter als von uns verbraucht werden können. Dementsprechend nehmen die Kosten für die Verwertung der Überschüsse

zu und ebenso die Kritik an einem politischen System, das anscheinend unfähig ist, diesen ökonomischen Unsinn zu korrigieren.

Die Landwirtschaft in der EG erzeugt immer mehr Nahrungsgüter mit Hilfe von Futtermitteln aus Drittländern, von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln und mit immer stärkerer Inanspruchnahme von Landschaft, Wasserhaushalt und Bodenfruchtbarkeit. Dementsprechend nimmt die Kritik an einem politischen System zu, das diese Entwicklung weiterhin begünstigt und nicht begreifen will, welche Gefahren

für unsere überlieferten Lebensgrundlagen daraus erwachsen.

Es gibt also ökonomische und ökologische Gründe dafür, wesentliche Prinzipien und Praktiken der Agrarpolitik in der EG zu überprüfen.

Überproduktion ist keine vernünftige Vorratshaltung

Sowenig wie die strukturelle Überproduktion von Milch etwas mit vernünftiger Vorsorge und Vorratshaltung zu tun hat – zumal eine Abhängigkeit von der Einfuhr von Futtermitteln aus Drittländern besteht – so wenig hat die Intensivproduktion in Massentierhaltungen und die betriebswirtschaftliche Ausrichtung der überlieferten Kulturlandschaft mit der „ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung“ zu tun, von der das Bundesnaturschutzgesetz spricht. (Die Massentierhaltung geschieht ohnehin weitgehend bodenunabhängig).

„Die Bauern“ nicht verketzern

Diese Behauptungen als Schuldzuweisungen an „die Bauern“ zu verstehen, ist völlig falsch, belastet die Diskussion und führt zur Verhärtung. Denn „die Bauern“ sind gewiß nicht schuld „an der Misere“. Sie haben sich vielfach mehr widerwillig als freiwillig einer Entwicklung gebeugt, aus der einige zwar große Vorteile ziehen können, unter der eine größere Zahl jedoch zu leiden hat.

Die Betroffenen selbst stellen deshalb immer häufiger die Frage, wie es denn eigentlich weitergehen solle. Gefragt sind die Institutionen, Einrichtungen, Verbände und Politiker, die für die derzeitigen Rahmenbedingungen der Agrarproduktion mitverantwortlich sind.

Wir Sozialdemokraten können dieser Frage um so weniger ausweichen, als die betroffenen Bauern die wirtschaftlich schwächeren und die betroffenen Regionen die wirtschaftlich benachteiligten oder ökologisch besonders belasteten sind.

Was technisch möglich ist, ist nicht immer politisch wünschenswert

Dabei sollten wir die Diskussion nicht vorrangig unter dem Gesichtspunkt der Einsparung öffentlicher Mittel führen. Unsere Ziele sollten es vielmehr sein: die Produktion und den Bedarf an Nahrungsgütern in Europa in ein besseres Gleichgewicht zu bringen und den betriebswirtschaftlichen Zwang zu immer mehr Produktion je Einheit von Fläche oder Vieh und zum Einsatz von immer moderneren Technologien und immer mehr Kapital zu bremsen.

Es ist zwar technisch möglich, die ganze Schlacht-

schweineproduktion bei uns im Land auf 40 000 Betriebe zu konzentrieren. Aber es ist politisch gewiß nicht wünschenswert, daß es geschieht.

Es ist ebenso vernünftig, in guten Ackerbaustandorten mit immer höherem Aufwand an öffentlichen Mitteln eine kleine Zahl von Betrieben so zu fördern, daß sie gut verdienen und gleichzeitig in benachteiligten Gebieten die Landbewirtschaftung überhaupt zu gefährden, weil die Jugend aus Mangel an landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten abwandert.

Einkommenskombinationen fördern

Während die einzelbetriebliche Strukturpolitik sich seither in erster Linie am Wachstum des Betriebs orientiert hat und die Preispolitik die umsatzstarken Betriebe begünstigt, sollten die Agrarpolitiker mehr darüber nachdenken, wie mit weniger aufwendigen Maßnahmen die Einkommenskombination gefördert, die Abwanderung gebremst und die Erhaltung der Kulturlandschaft gesichert werden kann.

Kleine Vollerwerbsbetriebe und Zuerwerbsbetriebe sind keine Wachstumsreserve für die Großen

Von 815 000 landwirtschaftlichen Betrieben ab 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche wirtschaften ca. 400 000 im Vollerwerb. Das untere Viertel dieser Gruppe, d.h. 100 000 Betriebe erzielen im Schnitt lediglich ein Reineinkommen (Gewinn) von ca. 9300 DM je Familienarbeitskraft (FAK). Daneben gibt es 95 000 Zuerwerbsbetriebe, die im Schnitt ca. 12 000 DM Reineinkommen je FAK erzielen. Dies sind zusammen fast 200 000 landwirtschaftliche Betriebe, deren landwirtschaftliches Einkommen nicht ausreicht, die deshalb ganz oder teilweise auf einen außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatz angewiesen sind und die überwiegend regional konzentriert im Westen und Süden der Bundesrepublik verteilt sind. Ich halte es aus regionalpolitischen, sozialen und ökologischen Gründen für falsch, diese Betriebe als die Wachstumsreserve der Vollerwerbsbetriebe zu betrachten. Eine Politik, die einen Teil dieser Betriebe zu Lasten der übrigen und außerdem der nebenberuflich bewirtschafteten Betriebe aufstocken wollte, würde viel Geld kosten, ohne daß für die dabei intensivierte Produktion ein Markt vorhanden wäre. Die Aufgabe der überwiegenden Zahl dieser Betriebe zu Gunsten einer Minderheit ist regionalpolitisch unerwünscht, weil sie mit einer Tendenz zur Abwanderung verbunden ist, wo doch die Erhaltung der ansässigen Bevölkerung ein wichtiges Ziel für solche benachteiligten Regionen ist.

Sie ist aus sozialen Gründen falsch, weil die Aufgabe des erbten Eigentums die einzelnen in ihrem Sozialstatus benachteiligt, und sie ist ökologisch falsch, weil das Wachsen weniger Betriebe zu Lasten anderer und in der Zukunft zur Intensivierung der Boden- und Viehproduktion führt.

Künftige Förderkriterien

Die zukünftige Agrarstrukturpolitik sollte sich auch weiterhin am außerlandwirtschaftlichen Einkommen orientieren, dieses aber nicht zu einer sklavisch gehandhabten Meßlatte machen. Denn es ist nicht vernünftig, den in der Landwirtschaft Beschäftigten ein geringeres durchschnittliches Einkommen zuzubilligen als dem Durchschnitt der Erwerbstätigen. Allerdings sollten die Nettoeinkommen solchen Vergleichen zugrunde gelegt werden. Im übrigen muß man prüfen, ob es nicht sachgerechter wäre, das Gesamteinkommen der Betriebe als Kriterium der Förderbedürftigkeit zugrunde zu legen, weil es vorrangig die soziale Lage der Familie bestimmt und nicht nur das landwirtschaftliche Reineinkommen.

In der Bundesrepublik liegt das durchschnittliche Gesamteinkommen der Nebenerwerbsbetriebe nur wenig unter dem der Vollerwerbsbetriebe, aber deutlich über dem der 100 000 schwächsten Vollerwerbsbetriebe und auch über dem der Zuerwerbsbetriebe.

Die Betriebsform des Nebenerwerbs hat eine Reihe von Vorteilen gegenüber der völligen Aufgabe der Landbewirtschaftung. Sie ist in einigen Regionen mit 60 oder 70 %-Anteil die weit überwiegende Betriebsform, ohne die eine Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung der Kulturlandschaft nicht zu gewährleisten ist. An Vorteilen läßt sich anführen:

- Der Ertrag je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ist im Schnitt wesentlich geringer als im Vollerwerb. Die Bewirtschaftung ist extensiver und belastet die Märkte und die Intervention dementsprechend weniger.
- Der Nebenerwerbsbetrieb sichert vielen Frauen eine Kombination von Berufstätigkeit und Hausfrauentätigkeit, die ein großes Maß an Selbstentfaltung ermöglicht.
- Der Nebenerwerbsbetrieb ergänzt das Erwerbseinkommen in Gegenden mit relativ niedrigem Pro-Kopf-Einkommen und gewährleistet eine sinnerefüllte Teilzeitgestaltung.
- Ohne die Nebenerwerbsbetriebe würden viele Dörfer zu Weilern verkümmern. Eine weitere Abwanderung von Arbeiterbauern würde die Siedlungsdichte derart reduzieren, daß die vorhandene öffentliche und private Infrastruktur nicht mehr

oder nur mit großem Subventionsaufwand gehalten werden könnte.

Allerdings ist die Nebenerwerbslandwirtschaft nicht ohne Probleme:

- Viele Betriebe werden ohne einschneidende Änderung in der Arbeitsorganisation weitergeführt wie vorher als Hauptidealbetriebe. Die Folge: Arbeitsüberlastung, insbesondere der Frauen.
- Viele Betriebe sind übermechanisiert. Das mindert den Hektarertrag erheblich.

Notwendig ist: mehr Beratung — mehr Förderung

Demnach ist es notwendig, den Arbeitseinsatz und die Arbeitsbelastung durch Umstellungs- oder Anpassungsmaßnahmen zu verringern. Dies gilt besonders für die Grünlandbetriebe der benachteiligten Gebiete.

In der Theorie der Agrarpolitik der Bundesregierung ist dies unbestritten. Es steht auch im Agrarbericht 1980. Getan wird dafür sehr wenig. Notwendig ist eine intensive Beratungsarbeit verbunden mit dem Angebot von Investitionshilfen besonders für die Wirtschaftsgebäude. Ebenso notwendig ist die Verringerung des Maschinenbesatzes auf ein vertretbares Maß. Dazu ist ebenfalls eine verstärkte betriebswirtschaftliche Beratung nötig und dazu die Förderung des überbetrieblichen Maschineneinsatzes. Modellvorhaben der Bundesregierung haben in den letzten Jahren gezeigt, daß beides möglich ist.

Voraussetzung für die vorgeschlagene Verlagerung des Schwergewichts der einzelbetrieblichen Strukturpolitik ist eine erfolgreiche Bereitstellung außerlandwirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten. Diese Voraussetzungen zu schaffen ist schwierig, weil notwendige Privatinvestitionen staatlicher Beeinflussung nur sehr bedingt folgen. Dennoch besteht Hoffnung. Die von Mikroprozessoren und Computern gesteuerte zukünftige Produktion ist leichter zu dezentralisieren als die seitherige Tendenz zur Produktion in großen Einheiten glauben macht. Auch Dienstleistungsunternehmen verschiedener Kriterien siedeln sich lieber in weniger stark belasteten ländlichen Gebieten an.

Eine finanzwirtschaftlich vernünftige, sozial gerechtere und ökologisch orientierte Agrarstrukturpolitik setzt voraus, daß Einkommenskombinationen möglich sind. Sie setzt auch voraus, daß man für eine regionalisierte Politik, einschließlich der Preispolitik, offen ist. Chancengleichheit heißt nicht, überall mit der gleichen Elle zu messen, sondern muß bedeuten, Ziele und Instrumente den jeweiligen Bedürfnissen der Menschen anzupassen.



DOKUMENTATION

Helmut Schmidt: Wir werden den Frieden nach innen und außen bewahren Rede auf dem Essener SPD-Parteitag am 9. 6. 1980

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Genossinnen und Genossen! Die achtziger Jahre haben weltpolitisch mit schwierigen Krisen begonnen. Wenn Richard Nixon und Franz Josef Strauß suggeriert haben, die Welt befände sich bereits im dritten Weltkrieg, so war dies allerdings eine Übertreibung. Wir alle haben aber in den letzten Monaten erkannt, daß der Friede der Welt zerbrechlich ist und daß es stetiger Mühe, Besonnenheit und Festigkeit bedarf und immer wieder auch Opfer kostet, den Frieden zu erhalten. Für die Alten, für die Älteren unter uns, die einen oder zwei Weltkriege erlebt haben, ist das keine neue Erkenntnis. Für manchen der Jüngeren, die in Sicherheit und sogar im Wohlstand aufgewachsen sind, ist es eine neue Erfahrung, auf die sie sich innerlich einstellen müssen.

Unser Volk hat in den letzten sechs Monaten auch immer gewußt, daß es möglich ist, den Frieden zu erhalten. Weder die Geiselnahme im Iran, noch die Invasion in Afghanistan, weder die andauernde Palästina-Krise, weder das andauernde Elend in der Dritten Welt noch die Gleichgewichtsstörungen durch übertriebene Rüstungsanstrengungen haben einen von manchen befürchteten Weltbrand ausgelöst. Die Chancen, dieser Krisen Herr zu werden, sind noch nicht verschüttet.

Wir Deutschen tragen Mitverantwortung dafür, daß diese Chancen nicht verschüttet, sondern daß sie genutzt werden. Gustav Heinemann hat gesagt: „Der Friede ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben.“ Das bedeutet: um den Frieden zu bewahren, müssen wir uns im Frieden bewähren.

In dieser Pflicht stehen wir Sozialdemokraten. Diese Pflicht werden wir erfüllen für unser Land

und im Dienste aller Deutschen und zugleich im Dienste aller unserer Nachbarn.

Ich gehöre zu einer Generation, die von der Diktatur und vom Kriege geprägt worden ist. Diese Erfahrung hat mich als Kriegsgefangenen in Yabbeke in Belgien 1945 zum Sozialdemokraten gemacht. Für mich ist dies die höchste Pflicht geblieben: den Menschen – im Innern unseres Landes und nach draußen – Voraussetzungen dafür schaffen zu helfen, daß Konflikte verhütet, daß Konflikte eingedämmt, die Konflikte mit der Kraft des ehrlichen Kompromisses überwunden werden. Ich glaube nicht an eine prästabilisierte Harmonie – weder in der Welt draußen, noch im Inneren unseres Landes, noch in unserer Gesellschaft.

Die deutschen Konservativen haben das Gemeinwohl immer auf prinzipielle Harmonie gegründet sehen wollen. Dabei soll „Jeder das Seine“ erhalten, und zwar von oben. Sozialer Konflikt bedeutet dann Unordnung. Anerkennung sozialer Konflikte bedeutet eine Gefährdung des Gemeinwohls. Deshalb sind dann Gewerkschaften ein lästiges Übel. Deshalb die innenpolitischen Feindbilder. Deshalb die Verschränkung von innerem Feindbild mit äußerem Feindbild: Wer nicht will wie die CDU/CSU, der muß ja von Moskau gesteuert sein. Deshalb „Freiheit statt ...“, deshalb „Freiheit oder ...“.

Diese Verkettungen des Gegners durch den Kanzlerkandidaten sind schon bei dem konservativen Adenauer sichtbar gewesen. Sie gehen aber noch viel weiter zurück; über die Weimarer Republik zurück bis auf Bismarcks Kampf gegen die Katholische Kirche und gegen die Sozialdemokratie; sie finden sich bereits in Metternichs reaktionärer Innenpolitik, aber auch in seiner „Heiligen Allianz“.

Carl Schmitts Freund-Feind-Begriff des Politischen bleibt einstweilen der Höhepunkt der theoretischen Begründung für obrigkeitliche Durchsetzung dieses konservativen Harmoniewahnes. Mit diesem antidemokratischen Begriff der Politik läßt sich übrigens zugleich auch die Diktatur rechtfertigen – ob von rechts oder von links, für Stalin und für Hitler gleichermaßen. Aber auch manche der heutigen CSU- und CDU-Redner waren auf ihrem Berliner Parteitag vom Freund-Feind-Denken voll geprägt.

Wir Sozialdemokraten haben dagegen immer gesagt: Interessenkonflikte, Anschauungskonflikte sind unvermeidlich. Es ist nötig, Verfassungsregeln, Verfahrensregeln zur friedlichen Erledigung von

Konflikten zu haben und diesen Regeln zu gehorchen. Es ist nötig, kompromißwillig und kompromißfähig zu sein. Es gibt keine endgültige, perfekte Ordnung, weder im Innern noch nach außen. Vielmehr müssen die Menschen innerhalb einer Gesellschaft ebenso wie die Staaten untereinander immer wieder aufs neue den Ausgleich willentlich herbeiführen. Das gilt innenpolitisch: Demokratie ist kein statischer Zustand, in dem man sich ein für allemal befindet, sondern Demokratie ist vielmehr ein dynamischer, ein kontroverser sozialer und politischer Prozeß. Der stetige Wille zur Reform ist eine zentrale Kategorie dieses politischen Prozesses. Der Konflikt um Reformen ist unausweichlich notwendig, wenn der innere Friede nicht in explosiver Weise unterminiert werden soll.

Das gilt ebenso außenpolitisch: Auch im Zusammenleben der Völker und Staaten sind entgegengesetzte Interessen unvermeidlich. Sie können durch Besetzung, durch Besatzung, auch durch bloße Drohung mit Einmarsch und äußerer Gewalt an die Wand gedrückt werden. Ebenso kann ein Volk durch Hybris gegenüber seinen Nachbarn selbst seinen Frieden verspielen. Wer den Frieden unter den Völkern bewahren will, der muß Kants kategorischem Imperativ folgen.

Die Maxime, so zu handeln, daß sich das eigene Handeln nicht unterscheidet von dem Handeln, welches man von den anderen Staaten erwarten muß, gilt immer. Diese Maxime gilt auch nach bewaffnetem Konflikt. Der Sieger bedarf der Mäßigung, um Sieg in Frieden zu verwandeln. Und der Verlierer muß seine Niederlage ebenso in Frieden verwandeln. Große deutsche Demokraten haben dieses Letztere nach dem Ersten Weltkriege vollbracht, von Ebert bis Stresemann. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Adenauer das gegenüber unseren westlichen Nachbarn vollbracht. Willy Brandt und Walter Scheel vollbrachten es gegenüber unseren östlichen Nachbarn. Dies war und ist nicht Frieden aus Nachgiebigkeit oder aus Schwäche, sondern es ist Frieden aus Einsicht in seine Notwendigkeit, es ist Frieden aus moralischer Stärke.

Der Wille zum Frieden hat immer auch Gegner, ebenso wie der Wille zur offenen Gesellschaft immer auch seine Gegner oder – wie Karl Popper gesagt hat – seine Feinde hat; immer wieder auch in unserem eigenen Volk. Von Hugenberg bis Hitler hat der maßstablose, der geifernde Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag schließlich zur Zerstückelung Deutschlands geführt. Das

Freund-Feind-Denken Hitlers hat seine innenpolitischen Gegner schließlich in die Konzentrationslager und in die Gaskammern geführt.

Wenn an diesem Pfingstsonntag ein CSU-Bundestagsabgeordneter unsere Ostverträge als, wie er sagte, „Schandverträge“ angegriffen hat, so werden damit die bösen Fehler der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten der 20er Jahre wiederholt.

Wenn dessen Parteivorsitzender dazu schweigt, so erhellt daraus die Gefahr, daß Deutsche abermals dazu beitragen könnten, den Unfrieden in der Welt zu mehren.

Die überwältigende Mehrheit der Deutschen in West und Ost will den Frieden und bejaht deshalb auch unsere tatsächlich auf Festigung des Friedens gerichtete Politik. Dieses Vertrauen hat sich in den Wahlen gezeigt. Seit der letzten Bundestagswahl haben CDU und CSU bei allen Landtagswahlen Stimmeinbußen hinnehmen müssen. Wir Sozialdemokraten hingegen haben unsere Positionen nicht nur gehalten, sondern gerade bei den letzten Wahlen beträchtlich verbessert; zuletzt hier in diesem Bundesland. Ich möchte meine Bewunderung ausdrücken für Johannes Rau und für die Freunde in Nordrhein-Westfalen zu ihrem großartigen Erfolg ebenso wie für Oskar Lafontaine und seine Genossen an der Saar.

Diese beiden Siege haben uns Sozialdemokraten in der ganzen Bundesrepublik zusätzliche Kraft gegeben. Und wir brauchen Kraft; denn die großen Herausforderungen, von denen wir im letzten Dezember auf dem Berliner Bundesparteitag gesprochen haben, sind durch die weltpolitische Entwicklung der letzten sechs Monate keineswegs kleiner geworden. Gegenüber diesen Herausforderungen müssen wir uns bewähren. Wir werden uns bemühen, die Interessen der anderen zu verstehen und sie zu berücksichtigen. Wir werden unsere eigenen Interessen dabei mit ruhiger Festigkeit vertreten.

Curt Bär, ein alter Hamburger Sozialdemokrat und in der Weimarer Zeit aktiv, hat mir kürzlich seine Lebenserinnerungen geschickt, wie er sie nennt: die „politischen Erinnerungen eines Hamburger Pädagogen“. Darin zeigt er mit einem Goethe-Wort, wie wichtig in unruhigen Zeiten Festigkeit sei. Ich zitiere aus „Hermann und Dorothea“: „Wer zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, mehret das Übel und breitet es weiter und weiter. Wer aber fest auf dem Sinne beharrt, der gestaltet die Welt sich.“

Wir beharren auf dem Prinzip des Friedens.

Wir halten fest am Grundgesetz und an den Grundrechten. Wir beharren auf Freiheit und Gerechtigkeit. Wir halten fest an der Solidarität. Wir wissen: Ohne harte Arbeit kann nichts vollbracht werden. Mit dieser Festigkeit des Sinnes gehen wir in den Bundestagswahlkampf. Wir handeln dabei auf einem soliden Fundament.

Wir können auf die Leistungen unserer Wirtschaft angesichts widriger weltwirtschaftlicher Umstände stolz sein. Diese Leistungen haben uns geholfen, unser soziales Netz intakt und leistungsfähig zu halten. Unser innerer Friede ist gut, unser sozialer Friede kann sich in der Welt sehen lassen. Alles das werden wir schrittweise weiter ausbauen. Wir werden weiter daran arbeiten, daß der technische und der wirtschaftliche Fortschritt für uns alle in humanen, in sozialen Fortschritt umgesetzt und daß dabei unsere natürliche Umwelt nicht zerstört wird.

Ich möchte an dieser Stelle eine nicht nur technische Bemerkung einfügen: Ich habe nicht die Absicht, die Delegierten unseres Parteitags zeitlich zu überfordern und werde deshalb weite Abschnitte meiner Ausführungen zwar im Manuskript für die Presse, für die Delegierten verbreiten, in meinem mündlichen Vortrag manches aber aussparen müssen, damit die Diskussionszeit des Parteitages nicht beschnitten wird. Ich will aber deutlich sagen: Alle Teile des nachher zu verteilenden Manuskriptes sehe ich gleichermaßen als wichtig an.

Zu unserem Wahlprogramm gehört die Ehrlichkeit, zu sagen, was verwirklicht werden kann und was nicht. Programme haben mit Glaubwürdigkeit zu tun. Deshalb sagt der Programmentwurf sehr deutlich: Wir versprechen nur das, was wir wirtschaftlich und finanziell auch ausfüllen können. Ich füge an dieser Stelle nachdrücklich die Bitte hinzu: Erhaltet bitte diese Glaubwürdigkeit auch bei der Beratung und Abstimmung über die Anträge. Nichts ist schlimmer, als eine gegebene Versprechung nachher nicht halten zu können.

Dies ist keine Absage an Reformpolitik und an den weiteren Ausbau unserer sozialen Sicherheit. Im Gegenteil, die beiden wichtigsten Aussagen hierzu mit Perspektive auf die 80er Jahre lauten im Programmentwurf:

1. „Wer morgen sicher leben will, muß heute die Zukunft gestalten. Der Wille zur Reform von Staat und Gesellschaft ist unverändert tragende Kraft unseres Handelns.“

2. „In schwierigen Zeiten verlangt der soziale

Friede mehr und nicht weniger Solidarität.“

Diese beiden gesellschaftspolitischen Leitlinien sind allerdings eine Absage an die konservativen Konzepte zur Rückkehr in die Vergangenheit.

Unser Wahlprogramm nimmt den Bürger nicht in die Zucht der Ellenbogengesellschaft, sondern es will den Bürger zur demokratischen Teilhabe befähigen, will die Familien zur eigenverantwortlichen Gestaltung ihres Lebens, zu mehr Bildung, die sozial Schwachen zu mehr sozialer Stärke, die Frauen zu mehr Gleichberechtigung, die ausländischen Arbeitnehmer zu besserer Integration befähigen. Und dies ist auch nötig.

Nötig ist für die nächsten vier Jahre, den Blick zu schärfen für kommende Gefährdungen und Veränderungen, ihn nicht verschleiern zu lassen durch falsche, durch Scheinkonfrontationen, Scheinalternativen oder durch sentimentale Rückblenden; kritisch zu fragen, ob alles, wozu menschlicher Erfindergeist fähig ist, auch tatsächlich gemacht werden müsse; nicht unkritisch eine seit der Industrialisierung eingeübte Fortschrittsgläubigkeit einfach nur fortzusetzen; mutig und solidarisches mitzuwirken an der Lösung heute manchmal noch unlösbar erscheinender Probleme und nicht angstvoll oder egoistisch darauf zu vertrauen, daß die alten Rezepte schon richtig waren.

Dies alles lernen zu wollen, ist anspruchsvoll. Wir Sozialdemokraten sind, wie die meisten Bürger, weit davon entfernt, diese Lektionen so zu beherrschen, wie es für die 80er Jahre notwendig werden wird. Aber wir stellen uns diesem Anspruch. Bequemlichkeit ist nicht gefragt, und Satisfaktion ist überflüssig; ebenso Angst und Zynismus.

Was gefragt ist, sagt dieses Programm mit einem sehr schlichten Satz:

Die Zukunft unseres Landes hängt nicht allein davon ab, was der Staat für die Bürger tut, sondern mehr noch von der Bereitschaft der Bürger, etwas füreinander und für das Gemeinwesen zu leisten.

Drei Bemerkungen zum Programm der CDU/CSU: Erstens. Dies ist ein bloßes Anti-SPD-Programm – man braucht nur die vom Sonthofener allein verfaßte Präambel zu lesen, um das zu erkennen.

Zweitens. Dies ist das Programm einer Partei, die das eigene Wahlprogramm gar nicht ernsthaft diskutiert hat, die keinerlei Anträge kannte, die zum vorgesehenen Zeitpunkt der Verabschiedung auf dem Parteitag gar nicht beschlußfähig war.

Drittens. Die Gewerkschaften kommen in jenem Programm mit keiner Silbe vor. Das ist verräterisch; denn die wirkliche Absicht jener Programm-Macher ist doch die Spaltung und die Gängelung der Einheitsgewerkschaften.

Ein Wort zu unserer Wirtschaftslage, die sich in diesem Jahre gut entwickelt hat: Die Wirtschaftslage hat auf die düsteren Prognosen vom Jahresbeginn keine Rücksicht genommen. Es wird gut investiert, und die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stande seit 1974.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die berufliche Eingliederung der geburtenstarken Jahrgänge sind hervorragende Erfolge einer Politik, bei der Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengewirkt haben. Von 1976 bis 1979 wurden rund 700 000 Arbeitsplätze neu geschaffen; in diesem Jahr kommen noch einmal 170 000 Arbeitsplätze hinzu. Die Arbeitslosigkeit ist auf 3,3 Prozent zurückgegangen; die Jugendarbeitslosigkeit liegt erfreulicherweise unter dem Durchschnitt.

Ich bin allen dankbar, die diese Erfolge möglich gemacht haben, den Unternehmensleitungen wie den Betriebsräten. Vor allem aber dem Handwerk, das die Zahl der Lehrstellen in fünf Jahren von 480 000 auf 680 000 gesteigert hat. Diese Erfolge wurden erzielt trotz Weltrezession und trotz der Preisexplosion bei Öl, von der die Wirtschaft schwer betroffen wurde.

Es bleibt am Arbeitsmarkt gleichwohl noch viel zu tun. Die jungen Mädchen brauchen bessere Ausbildungschancen. Die Bundesregierung erschließt ihnen mit einem Förderungsprogramm neue Berufe – aber die Mädchen und Frauen brauchen auch und vor allem die Solidarität der Kollegen in den Betrieben, damit sie nicht in Leichtlohngruppen abgedrängt werden.

Die Behinderten brauchen die Solidarität der Kollegen, ohne Unterschied zwischen Kriegsopfern und Zivilgeschädigten. Hier sind Aufgaben für Unternehmungen, die Gewerkschaften, für die Betriebs- und Personalräte. Die Arbeitgeber müssen gedrängt werden, ihre gesetzliche Beschäftigungspflicht von sechs Prozent voll zu erfüllen, statt sich mit einhundert D-Mark monatlich freizukaufen.

Insgesamt können wir deshalb mit Zuversicht in die wirtschaftliche Zukunft schauen, obwohl wir vor allem in der Ölversorgung und in der Ölpreisentwicklung sehr hohe Risiken vor uns haben – so wie die ganze Welt. Unter den großen Industrievölkern der Welt ist die unsrige be-

sonders flexibel und anpassungsfähig. Wir verdanken dies vor allem den Einheitsgewerkschaften und ihrer verantwortungsbewußten gewerkschaftlichen Praxis, die einerseits stetig die realen Löhne und die realen Gehälter verbessert, dadurch auch stetig Rationalisierungsdruck in den Unternehmungen erzeugt, aber andererseits keine Firma zwingt, den Heizer auf der Lok beizubehalten, die inzwischen elektrifiziert ist. Unsere Reallohne gehören zu den höchsten der Welt, ebenso wie unsere realen Renten. Aber natürlich gehören auch unsere Lohnkosten und Lohnnebenkosten zu den höchsten Produktionskosten der ganzen Welt – aber ebenso unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, unser Service, unsere Zuverlässigkeit, unsere Pünktlichkeit, unsere Erfindungsgabe. Auf all diesen Faktoren beruht meine wirtschaftliche Zuversicht.

Wir sind auch bisher mit Weltrezession und Inflation, mit Öl- und Energiekrise besser fertig geworden als viele andere Staaten. Unsere Währung ist stabil. Die D-Mark wird Tag für Tag von den internationalen Devisenbörsen außerordentlich stabil gehandelt, und zwar von Devisenhändlern und Kapitalisten der ganzen Welt, die weiß Gott kaum jemals Sozialdemokraten sind. Hier drückt sich das große Vertrauen der Welt in unsere Volkswirtschaft und in unsere Währung aus. Der Versuch der CSU und einiger ihr nahestehender Zeitungen, ihren Lesern eine bevorstehende Währungsreform der D-Mark zu suggerieren, wird an den Börsen in New York oder in Tokio oder in Zürich für Unfug gehalten – das ist auch Unfug, und zwar verantwortungsloser Unfug.

Seit Ausbruch der Ölkrise vor sechs Jahren haben wir Konjunktur und Beschäftigung in unserem Land durch mehrere Konjunktur- und Investitionsprogramme stabilisiert. Natürlich hat dies zu einer erhöhten Kreditaufnahme des Bundes geführt. Wir haben dies, weil ökonomisch vernünftig und sinnvoll, in Kauf genommen. Der konjunkturelle und beschäftigungspolitische Erfolg hat uns recht gegeben.

Setzt man unsere Kredite in Beziehung zum BSP, dann zeigt sich, daß die Schulden des Kaiserreichs vor dem 1. Weltkrieg mit 60 Prozent des damaligen BSP erheblich höher waren als die der Bundesrepublik im Jahr 1980 mit rund 30 Prozent. Diesen letzteren Wert erreicht übrigens heute auch die Schweiz.

Wir werden aber den Kurs einer soliden Finanz-

politik fortsetzen. Dazu gehört in der jetzigen Lage, daß die für das Haushaltsjahr 1980 vorgesehene Nettokreditaufnahme von rd. 24 Milliarden DM nicht erhöht werden darf. Es gehört auch dazu, daß die im Finanzplan für 1981 vorgesehene Nettokreditaufnahme von 27 Milliarden DM nicht erhöht werden soll, auch nicht angesichts der auf den Bund zukommenden Mehrausgaben auf Grund der Brüsseler Beschlüsse der vorletzten Woche.

Im Klartext heißt dies: Der Bundeshaushalt 1980 beweist und der Bundeshaushalt 1981 wird dies erneut beweisen, daß wir die Kraft und den Mut haben, unseren notwendigen nationalen und internationalen Aufgaben voll gerecht zu werden und zugleich an dem Grundsatz der Solidität unserer Finanzpolitik festzuhalten.

Wir halten gleichzeitig an unserem inzwischen vom Bundestag beschlossenen Gesetzentwurf über steuer- und familienpolitische Entlastungen mit einem Volumen von rd. 17 Milliarden DM zugunsten der Steuerzahler und der Familien fest. Wir tun dies vor allem deshalb, weil die Lohn- und Einkommensteuer im Bereich mittlerer Einkommen, insbesondere aber bei Arbeitnehmerehepaaren, bei denen beide Partner arbeiten, bei ledigen Facharbeitern und Angestellten sowie bei Gewerbetreibenden und Freiberuflern mit mittlerem Einkommen, überproportional wächst. Deshalb ist die vorgesehene Korrektur des Lohn- und Einkommensteuertarifs zum 1. Januar 1981 für uns unverzichtbar. Das gleiche gilt für die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages von 400 DM auf 600 DM zu Ende dieses Jahres 1980.

Ich füge hinzu, weil für viele Kollegen in den Betrieben diese Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages nicht weit genug geht: Als der CSU-Kandidat Finanzminister war, betrug der Weihnachtsfreibetrag ganze 100 D-Mark; das Weihnachtsgeld dieses Jahres wird durch den Freibetrag entlastet, der sechsmal höher ist als zu Beginn der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung.

Ich darf in dem Zusammenhang vielleicht eine Zahl nennen: Jede Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages um 100 DM pro Arbeitnehmer hat Steuerausfälle von 700 Millionen DM zur Folge.

Wir wollen ferner eine gezielte Entlastung der Familien mit Kindern. Bei diesem steuer- und familienpolitischen Programm wird es natürlich auch Kompromisse mit der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat geben, ohne deren Zustimmung dies alles nach der Verfassung nicht Gesetz werden kann. Aber zweierlei steht dabei fest: Erstens.

Der auf den Bund entfallende Anteil der finanziellen Lasten dieses Programms kann und wird nicht erhöht werden. Zweitens. Einen Rückfall in die Zeit der von uns abgeschafften, sozial ungerechten Kinderfreibeträge, durch die Spitzeneinkommensbezieher für ihre Kinder eine zweieinhalbfache so hohe Entlastung erhielten wie die große Mehrheit der Arbeitnehmer, wird es mit uns Sozialdemokraten nicht geben.

Hier, in dieser Sache, gibt es mit der CDU/CSU keinen Kompromiß.

Daß die Bundesregierung mit der Zustimmung zu den Brüsseler Beschlüssen in der letzten Woche zugleich die Finanzierung der daraus resultierenden Mehrausgaben beschlossen hat, beweist unsere Kraft und auch unseren Realismus, das Notwendige zu beschließen, und zwar auch dann, wenn es sich zunächst um unpopuläre Maßnahmen handelt. Wir sagen den Bürgern ungeschminkt, was wir, was sie an Opfern für eine handlungsfähige Europäische Gemeinschaft zu erbringen haben, sofern die Bundesländer nicht bereit sein sollten, ihren Anteil dazu beizutragen. Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft ist für uns ein ganz wichtiger Faktor dafür, daß das Gleichgewicht in Europa und der Frieden in Europa gewahrt bleiben. Wir sagen dies ganz bewußt vor der Wahl, damit jeder Bürger eindeutig weiß, was wir im Falle der Verweigerung durch die Länder finanzpolitisch für erforderlich halten, nämlich die Erhöhung der Mineralölsteuer und der Brantweinsteuer, aber auch gewisse Opfer der Landwirtschaft zur Finanzierung der aus den Brüsseler Beschlüssen resultierenden Mehrbelastungen.

Diese vorgesehene Erhöhung zweier Verbrauchsteuern steht übrigens nicht im Gegensatz zu der vorgesehenen Senkung der Lohn- und Einkommensteuer. Ich will die Zahlen nennen: Insgesamt sehen die Beschlüsse der Bundesregierung eine lohn- und einkommensteuerliche und eine familienpolitische Entlastung der Steuerzahler um jährlich 17,5 Milliarden DM vor, dagegen eine verbrauchsteuerliche Belastung um jährlich 1,5 Milliarden DM; netto bleiben also 16 Milliarden DM Steuersenkung pro Jahr.

Unter dem Stichwort „Solide Finanzpolitik“ möchte ich deutlich sagen: Die Aussage im Wahlprogramm, daß alle unsere politischen Vorhaben in die jeweils ökonomische Gesamtlage – besonders in die Lage der öffentlichen Finanzen – eingepaßt werden müssen, ist ernst gemeint, und sie ist übrigens selbstverständlich. Das gilt natürlich

auch für das „Programm zur zukunftsgerichteten Weiterentwicklung der Altersversorgung“. Wer dagegen das Wahlprogramm der CDU/CSU liest, erkennt, daß die dort vorgesehenen mehr als 20 Milliarden DM Mehrausgaben im Ernst nicht finanzierbar sind. Der Staat soll wesentlich mehr ausgeben als bisher – mindestens 20 Milliarden DM mehr –, zugleich aber soll er seine Steuereinnahmen noch stärker senken, zugleich soll er seine Kreditaufnahme senken. Man muß die CDU/CSU auffordern, Rechenschaft abzulegen: Wo wollen Sie denn das Geld für diese Wahlversprechungen hernehmen?

Welche Ausgaben sind es wirklich, die Sie streichen wollen? Mit der mir persönlich völlig unverständlichen Anordnung des Wegfalls von Zuschüssen zu Reisen bayerischer Jugendlicher nach Berlin ist das jedenfalls nicht zu finanzieren.

Wir werden an unserer finanzpolitischen Linie festhalten – zu der gibt es keine vernünftige Alternative –: strengste Kriterien für neue Ausgaben, schrittweise Rückführung der öffentlichen Kreditaufnahme, Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts zwischen Bund und Ländern. Ich bin in diesen drei Punkten mit Hans Matthöfer vollständig einig. Wir wissen beide: Stabile Finanzwirtschaft unseres Landes ist ein Eckpfeiler für unsere deutsche Friedensverantwortung in Europa, und das meine ich ganz wörtlich.

Ich will darauf nachher noch einmal zurückkommen, wenn ich über Außenpolitik spreche.

Wir werden in den kommenden vier Jahren auf dem Felde der Sozialpolitik wichtige Schritte nach vorn tun. Natürlich lag bisher und liegt zukünftig der Schlüssel für die Sicherung der Rentenfinanzen in einer ausreichenden Beschäftigung und ausreichenden Produktivität unserer Wirtschaft. Wir haben dadurch bisher nicht nur die Rückwirkungen der Weltrezession auf die Rentenfinanzen auffangen können, sondern wir haben die Maschen des sozialen Netzes zusätzlich noch verdichtet. Die Rentenfinanzen sind gesund. Auf dieser Basis werden wir die Aufgaben lösen, die in den nächsten Jahren vor uns liegen: die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung mit gleichen Rechten für Männer und Frauen, die der Kernpunkt einer zukunftsgerichteten Weiterentwicklung werden soll. Herbert Ehrenberg wird dem Parteitag heute nachmittag gesondert darüber berichten. Deswegen will ich im Vorwege hierzu nichts weiter sagen und mich dem Dank anschließen, den Hans Jürgen Wischniewski Herbert Weh-

ner wegen dieser Arbeit vorhin ausgesprochen hat. Hierin will ich auch Herbert Ehrenberg, Anke Fuchs, Helmut Rohde, die ganze AfA und vor allem Eugen Glombig einschließen.

Von 1973 bis heute sind die Welt-Ölpreise um das fünfzehnfache und mehr gestiegen. Das ist zu einem sehr kleinen Teil auch auf das allgemeine Preisniveau durchgeschlagen. Die hohe Rohöl-Rechnung hat unsere Leistungsbilanz ins Minus gedrückt. Aber das Öl hat unser Preisgefüge nicht aus den Angeln gerissen. Im Gegenteil: Die Bundesrepublik Deutschland bleibt eines der Länder mit den stabilsten Preisen der Welt. Und während wir unser Bruttosozialprodukt seit 1973 um 15 Prozent erhöht haben, haben wir unseren Ölverbrauch seitdem insgesamt nicht erhöht. Das heißt: Mit der gleichen Menge Öl haben wir 15 Prozent mehr materiellen Wohlstand erzielt. Das ist eine großartige Leistung. In dieser Bewertung müßten sich Ökonomen und Ökologen eigentlich einig sein können.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres haben wir sogar deutlich weniger Öl verbraucht als in den ersten drei Monaten des letzten Jahres. Das ist eine Einsparung von Gewicht: Denn in diesem Jahr wird die Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich 66 Milliarden DM für die Einfuhr von Öl ausgeben müssen. Dafür müssen wir entsprechend mehr exportieren. Und was wir exportieren, können wir nicht mehr selbst verbrauchen.

Zur Zeit sind wir mengenmäßig gut mit Öl versorgt. Die Lagerbestände sind weltweit und auch bei uns auf Rekordhöhe. Wir könnten 127 Tage ohne Importe von unseren Reserven leben.

Aber darüber hinaus bleiben wir mit der Hälfte unseres Rohöls von unsicheren Weltregionen abhängig. Niemand kann sagen, wie sich die Preise und die mengenmäßige Versorgung entwickeln werden. Deshalb bleibt die Energieversorgung das wichtigste wirtschaftliche Problem für die nächsten Jahre.

Die Bundesregierung hatte rechtzeitig die Weichen gestellt für eine Politik „Weg vom Öl“. Unser Parteitagsbeschuß von Berlin zur Energiepolitik unterstützt diese Position. Das heißt:

1. bessere Nutzung und Einsparung von Energie,
2. zukünftige Erschließung neuer Energiequellen wie Sonne, Wind, Erdwärme, Biogas – wobei ich hinzufügen möchte, daß sich niemand etwas über deren Beitrag zur Entlastung bei uns vormachen soll –,

3. für heute und morgen Vorrang der heimischen Kohle,
4. unter Beachtung dieses Vorrangs weitere begrenzte Nutzung der Kernenergie in dem energiepolitisch notwendigen Maß.

Diese Umstellung ist notwendig. Sie ist nicht einfach. Aber von dieser Umstellung auf neue Technologien, von der Entwicklung neuartiger Geräte wie beispielsweise der Wärmepumpen, gehen auch kräftige Impulse für unsere Wirtschaft aus. Konkret: Hier gibt es Investitionschancen, hier gibt es neue Arbeitsplätze.

Ein Kabinettsausschuß hat alle in der Öffentlichkeit gemachten Vorschläge zur Einsparung von Energie geprüft und eine ganze Reihe von Maßnahmen in Gang gesetzt. Für eine Autobahn-Geschwindigkeitsbegrenzung gibt es allerdings bisher keine Mehrheit.

Die deutsche Steinkohle hat klaren Vorrang.

Die langjährigen Subventionen für die Steinkohle haben sich als richtig erwiesen. Jetzt werden die Halden abgebaut, und die Förderung wird erhöht werden – vielleicht bis auf 95 Millionen Tonnen im Jahr. Dazu brauchen wir enorme Investitionen – etwa drei Milliarden DM pro Jahr; dazu brauchen wir mehr Bergleute – mehr junge, deutsche Bergleute. Der Absatz der steigenden Kohleförderung ist gesichert. Davon kann der Bergbau bei seinen Kalkulationen ausgehen.

Ein neues Feld der Kohleverwertung wird sich Mitte der achtziger Jahre mit der großtechnischen Verflüssigung und Vergasung von Kohle erschließen. Die Bundesregierung hat in den siebziger Jahren weit über 600 Millionen DM in Forschung und Pilotprojekte gesteckt, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Anfang dieses Jahres hat das Bundeskabinett ein Kohleveredelungsprogramm verabschiedet. Die Industrie hat dafür vierzehn Großprojekte angemeldet, die insgesamt ein Investitionsvolumen von vierzehn Milliarden DM ausmachen. Hier liegt übrigens einer der Gründe dafür, daß das Revier eine gute Zukunft hat.

Zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung gehört auch die maßvolle Nutzung der Kernenergie. In der Offenheit der Auseinandersetzung um die Kernenergie ist die Sozialdemokratische Partei weiter gegangen als jede andere Partei.

Wir sind denen zu Dank verpflichtet, die ihre unterschiedlichen Meinungen in diese Auseinandersetzung eingebracht haben.

Die Bundesregierung hat den begrenzten Aus-

bau der Kernenergie an zwei Bedingungen geknüpft: An die Gewährleistung der Sicherheit und an die Entsorgung; dabei bleibt es auch. Unsere Sicherheitsvorschriften sind im übrigen die penibelsten der Welt. Sie werden ständig an den Stand von Wissenschaft und Technik angepaßt.

Über die weiteren Arbeiten zur Entsorgung haben sich die Regierungschefs von Bund und Ländern am 28. September 1979 auf der Basis eines Vorschlages der Bundesregierung geeinigt. Ich danke besonders Johannes Rau und Holger Börner für ihre Unterstützung der Bundesregierung. Der Beschluß beschreibt mit genauen Fristen die weiteren Teilschritte für das integrierte Entsorgungskonzept. Gleichzeitig hält er fest, daß parallel dazu auch alternative Entsorgungstechniken wie zum Beispiel die direkte Endlagerung ohne Wiederaufbereitung geprüft werden.

Wirtschaft und Umwelt gehören zusammen; Weil die Wirtschaft sich in die Umwelt einpassen muß, und weil jedes Wirtschaften zugleich die Umwelt verändert.

Ich wiederhole, was ich in Berlin gesagt habe, und was seitdem sowohl in der Wirtschaft wie bei den Natur- und Umweltschützern akzeptiert worden ist: Die Ökonomie muß im Rahmen der ökologischen Gesetze bleiben und darf die natürlichen Wirkungszusammenhänge nicht zerreißen. Andererseits muß die Ökologie sich ökonomisch einrichten, damit nicht Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit, soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit über Bord gehen.

Das ist etwas ganz anderes als etwa ein Umweltschutz, der nur auf die Sicherung des Wirtschaftswachstums gerichtet wäre. Das ist aber auch etwas ganz anderes als eine grüne Ideologie, welche die ökologischen Gesetze absolut setzt – so als ob die inneren Reformen, der Lebensstandard der breiten Massen und ihre soziale Sicherung auch ohne Zunahme der Produktivität zu erreichen seien – oder als ob man auf all dies großzügig verzichten könnte. Vielmehr müssen wir der natürlichen und der sozialen Verantwortung des Menschen zugleich gerecht werden!

In seinem Buch „Haben und Sein“ ist Erich Fromm zu der Schlußfolgerung gekommen: „Wir müssen ein neues Gefühl des Eins-Seins – mit unseren Mitmenschen und mit der Natur entwickeln.“ Fromm plädiert für einen erlebnisreichen Seins-Modus. Er möchte in seinem nachdenkenswertem Buch jenem Habens-Modus absagen, der sich als vulgärer Materialismus breitmacht.

Die Bundesregierung hat 1971 mit ihrem Umweltprogramm den Grundstein zu einer umfassenden, systematischen Umweltpolitik gelegt. Im Umweltbericht von 1976 haben wir festgestellt: „Umweltpolitik erschöpft sich nicht in der Abwehr drohender Gefahren, der Beseitigung eingetretener Schäden. Vorsorgende Umweltpolitik verlangt darüber hinaus, daß die Naturgrundlagen geschützt und schonend in Anspruch genommen werden.“

Die bisherigen Ergebnisse unserer Umweltschutzpolitik können sich sehen lassen: Im Vergleich zu dem, was CDU-geführte Bundesregierungen früher versäumt haben, und auch im internationalen Vergleich. Von 1970 bis 1979 haben die Wirtschaft und die öffentlichen Hände rund 52 Milliarden DM im Umweltschutz investiert, davon allein 27 Milliarden DM im Gewässerschutz – das ist sehr viel mehr als die zwanzig Milliarden DM, die Bund und Länder in der gleichen Zeit für den sozialen Wohnungsbau ausgegeben haben. Zu den Investitionen kommen für die gleichen siebenziger Jahre nochmal siebzig Milliarden DM Betriebskosten für den Umweltschutz. Rechnet man beides zusammen, dann sind das mehr als 120 Milliarden DM.

Das ist genauso viel wie Bund und Länder in diesen zehn Jahren für die Hochschulen ausgegeben haben. Das ist fast doppelt so viel wie die öffentlichen Hände für die gesamte Wohnbaupolitik in dieser Zeit ausgegeben haben, 64 Milliarden DM für sozialen Wohnungsbau, für Bausparprämien, für Steuerminderungen wegen Eigentumsförderung und Modernisierung von Wohnungen – alles zusammen.

Dieser Einsatz hat sich gelohnt. Das Wasser und die Luft sind tatsächlich sauberer geworden. 1971 gab es in unserem Land 50 000 wilde Müllkippen. Heute gibt es stattdessen 4000 geordnete Deponien. Auch die Rohstoffgewinnung durch Recycling macht Fortschritte.

Dieser Einsatz hat beispielsweise auch dazu geführt, daß hier in Essen der Staub und das Schwefeldioxyd in der Luft gegenüber 1970 um rund ein Drittel verringert worden sind. Seit 1974 wurde der Bleigehalt der Luft um 60 Prozent, der Zinkgehalt um knapp 50 Prozent, der Cadmiumgehalt um 40 Prozent verringert – eine Konsequenz unserer Gesetzgebung.

Von den Autos gehen aber weiterhin Lärm- und Luftverunreinigungen aus, zum Teil bis zur Hälfte der Gesamtbelastung, und in den Straßen unserer Innenstädte noch darüber hinaus. Es wird

geschätzt, daß der Kraftverkehr an der Luftverschmutzung durch Kohlenmonoxyd heute zu 50 Prozent (1965 = 25 Prozent), durch Kohlenwasserstoff zu 43 Prozent (1970 = 34 Prozent) und durch Stickoxyde zu 31 Prozent (1970 = 21 Prozent) beteiligt ist. Trotz der Erfolge des Benzin-Bleigesetzes kommt der Bleigehalt der Luft heute zu 50 Prozent vom Kraftverkehr. 70 von 100 Bundesbürgern fühlen sich durch den Straßenverkehrslärm belästigt.

Ziel unserer Politik kann es nicht sein, das Auto abzuschaffen, sondern vielmehr den Autoverkehr umweltfreundlicher zu gestalten.

Es bleibt immer noch viel zu tun, ehe der Himmel über der Ruhr wirklich wieder ganz blau ist – wie Willy Brandt es schon vor 20 Jahren gefordert hatte. Aber ich bin zuversichtlich – denn hier an der Ruhr hatte es schon Umweltschutz im großen Stil gegeben, als das Wort Umweltschutz noch gar nicht erfunden war.

Vor einigen Wochen habe ich hier in Essen dem Kommunalverband Ruhrgebiet zum 60jährigen Bestehen gratuliert – und zugleich zu einer großartigen Leistung:

60 Prozent der Verbandsfläche, über 2500 Quadratkilometer, sind Grünfläche – hier mitten im Revier. Diese Grünflächen und Freizeitparks und Naherholungsgebiete anzulegen und zu erhalten, die Wunden der industriellen Entwicklung zu heilen und eine Zersiedlung der Landschaft zu verhindern, die Entsorgung zu organisieren – das sind kulturelle Leistungen.

Denn die Kultivierung und Rekultivierung von Landschaft ist Kulturarbeit im besten ursprünglichen Sinne.

In Düsseldorf habe ich im Februar die größte Umweltschutzmesse Europas eröffnet. Ich freue mich, daß diese Messe mit einer Fülle von technischen Neuerungen und Anregungen zum Umweltschutz in unserem Land stattgefunden hat: Denn wir müssen ja in der Umweltschutztechnik auf der Höhe sein, um zum Beispiel die neuen Probleme der großtechnischen Kohlevergasung zu lösen.

Umweltschutz erfordert das Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden, die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft. Er erfordert Gesetze, er erfordert Geld, und er erfordert persönliches Engagement. Wir haben in Berlin ein ökologisch-ökonomisches Gesamtkonzept beschlossen. Es wird – wie es unser Wahlprogramm vorsieht – Grundlage unserer zu-

künftigen Umweltpolitik sein.

Dabei müssen wir uns vor Rückschritten hüten. Deshalb verwahre ich mich gegen den Versuch dreier CDU/CSU-geführter Länder, das bewährte Abwasserabgabengesetz vom Bundesrat her mit dem „Bürokratievorwand“ zu verwässern. Ein gewisser Aufwand ist nun einmal notwendig, um ein solches Gesetz in Vollzug zu setzen! Dieser Aufwand darf kein Alibi für Rückschritte sein. Ich appelliere zugleich an die Länder, dem Beispiel von Nordrhein-Westfalen zu folgen und möglichst bald Landeswassergesetze in Kraft zu setzen!

Umweltschutz ist auch Sache des persönlichen Engagements – nicht nur auf dem Papier, sondern draußen in der Natur. Ich habe mich in Berlin für die Erhaltung von Feuchtgebieten und für den Schutz von Stelzvögeln eingesetzt und bin dafür von einigen, die vielleicht einen Reiher nicht von einem Brachvogel unterscheiden können, ausgelacht worden. Ich bleibe dabei: Wir brauchen praktischen Naturschutz – damit die Papiere mit den ökologischen Resolutionen auch praktisch verwirklicht werden.

Ich bleibe auch dabei: solch praktische Arbeit könnte für initiativreiche Leute in unserer Partei zu einer Quelle der Freude und Befriedigung werden!

An dieser Stelle ein Wort zur Grünen Partei. SPD und FDP können die Wahl am 5. Oktober nur gewinnen, wenn die Zahl derjenigen, die ihre Stimme einer grünen Partei geben, so klein wie möglich bleibt. Darum bitte ich euch, den Bürgern, die noch mehr für den Umweltschutz getan haben wollen, dieses klarzumachen:

1. Wer grün wählt, dessen Stimme fällt mit hoher Wahrscheinlichkeit unter den Tisch, weil die Grünen keine 5 Prozent bekommen werden. Jede verlorene Stimme hilft aber jener Partei, die in den letzten Jahren immer wieder versucht, unserer Umweltpolitik im Bundesrat die Zähne zu ziehen.
2. Wer grün wählt, der weiß nicht genau, ob er „roten“ Grünen oder ob er „schwarzen“ Grünen seine Stimme gibt.
3. Wer grün wählt, der unterstützt eine Partei, die alle politischen Fragen nur aus einem einzigen Blickwinkel sieht. Weil die Grünen eindimensional denken, deshalb kommen sie zu politisch naiven und gefährlichen Schlußfolgerungen, zum Beispiel in der Außen- und Sicherheitspolitik. In der Haushaltsdebatte der Bremer Bürgerschaft haben die

Grünen z. B. eine Kürzung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau verlangt.

Dem Umweltschutz wird kein guter Dienst erwiesen, wenn dieses wichtige Anliegen in das enge Korsett einer Splitterpartei gezwängt wird. Die engagierten Umweltschützer müssen vielmehr ein überparteiliches umweltpolitisches Gewissen für die großen Parteien bleiben!

Fortschritt der Technik und Fortschritt der Wirtschaft haben den Umweltschutz erst notwendig gemacht – aber Wissenschaft und Technik selbst machen den Umweltschutz tatsächlich möglich. Wissenschaft und Technik machen erst den Fortschritt des materiellen Lebensstandards möglich, zu dem wir uns bekennen, aber sie dürfen das Humanum nicht gefährden, nicht zerstören. Deshalb werden wir neben der Förderung der technologischen Entwicklung unsere Anstrengungen für die Humanisierung der Arbeitswelt verstärken müssen.

Mir geht es dabei in erster Linie immer noch darum, die schweren körperlichen Belastungen an vielen Arbeitsplätzen zu verringern. Ich denke z. B. an die Schichtarbeit. Ich denke auch an die besondere Arbeitssituation im Bergwerk. Meine alljährlichen Betriebsbesuche unter Tage haben mir gezeigt, wie weitgehend eine Humanisierung dieser schweren und immer noch nicht ungefährlichen Arbeit technisch möglich ist. Es lohnt sich, hier mehr zu tun. Die Arbeitnehmer können sich darauf verlassen, daß wir Sozialdemokraten uns auch in Zukunft um den Abbau körperlicher und psychischer Belastungen am Arbeitsplatz kümmern werden. Das ist unsere Sache.

Ich will offen hinzufügen: Die Möglichkeiten im Parlament und in der Regierung sind begrenzt. Wir Sozialdemokraten tragen aber als Gewerkschafter hier eine besondere Verantwortung. Starke und handlungsfähige Gewerkschaften sind Voraussetzung für die Lösung dieses Problems von mehr Humanität am Arbeitsplatz.

Es kommt auf die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter im Unternehmen und im Betrieb an. Das sind notwendige Voraussetzungen. Deshalb werden wir darauf achten, daß die erreichten Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer nicht ausgehöhlt, sondern zu gegebener Zeit fortentwickelt werden.

Ich weiß, daß technischer Fortschritt auch höherqualifizierte Arbeitsplätze hervorzubringen vermag. Es wird von politischen, von gewerkschaftlichen und auch von unternehmerischen Entschei-

dungen abhängen, ob für die Arbeitnehmer mehr die Belastungen oder mehr die Chancen in den Vordergrund treten. Hier liegt ein wichtiges Feld nicht nur für politisches, sondern auch für tarifpolitisches Handeln.

Die Auswirkungen des verstärkten Einsatzes von Mikroprozessoren machen aber auch eine staatliche, dem Vollbeschäftigungsziel konsequent verpflichtete Politik unverzichtbar.

Wir halten es dagegen für unverantwortlich, wenn maßgebliche CDU-Politiker einen Verzicht auf aktive Beschäftigungspolitik empfehlen.

In ihrem Wahlprogramm zählt die CDU/CSU die Entpersönlichung, die Anonymität sowie die zunehmende Einsamkeit vieler Mitbürger richtigerweise zu den ernststen Gefahren der modernen Industriegesellschaft. Sie redet dann von der „Mißachtung der Familien in großen Teilen der Massenmedien“. Die CDU/CSU hat aber keine eigene Antwort auf die Frage nach den humanen und den sozialen Folgen des technischen Fortschritts. Die Frage, die z. B. auf einem Felde, auf dem jene Partei sich besonders engagiert, an sie gerichtet werden muß, lautet: Wie wollen sie angesichts der zunehmenden Abhängigkeit der Kinder vom Fernsehen das Bedürfnis nach Miteinander in den Familien befriedigen, wenn sie zugleich unbekümmert die Vermehrung des Funk- und Fernsehangebots, die Zulassung privater Rundfunkveranstalter, die Nutzung neuer Kommunikationstechnologien in großem Umfang verlangen?

Wir Sozialdemokraten sind nicht gegen Großversuche oder gegen Pilotprojekte. Ich bin dabei aber für Nüchternheit – auch in den Kosten. Wir Sozialdemokraten halten an der öffentlich-rechtlichen Organisationsform der Rundfunk- und Fernsehanstalten fest.

Wenn der Ministerpräsident Albrecht im Gewande scheinbarer Liberalität die Anstalten privatwirtschaftlich organisieren will, so spekuliert er darauf, daß sie dann öffentlich für seine politische Grundrichtung eintreten. Das ist der innere Grund. Dieser politische Zweck seines Unternehmer-Fernsehens ist ganz offensichtlich. Das Urteil zum NDR-Streit hat ihm erst einmal einen Strich durch seine Rechnung gemacht, Ministerpräsident Stoltenberg, der das Ganze nicht so recht gewollt hatte, muß nun die Suppe auslöffeln. Der zwischen Stoltenberg und Albrecht verabredete Staatsvertrag ist Makulatur. Dieses Urteil ist also eine Chance für die Rückkehr zur medienpolitischen Vernunft.

Ich hoffe, daß die Vernünftigen in der CDU

ihre Chancen nutzen, um sich gegen die Kalkülisierenden durchzusetzen, die immer wieder Medienpolitik als Machtpolitik betreiben. Ich hoffe zugleich, daß die Vernunft zur Ausräumung jener Kritikpunkte im NDR führt, die auch wir am öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem bemängeln müssen.

Albrechts Drohungen, bei für ihn unbefriedigenden Verhandlungsergebnissen den Staatsvertrag nunmehr für Ende 1985 kündigen zu wollen, sollte man nicht überbewerten, denn bis 1985, lieber Karl Ravens und lieber Klaus Matthiesen, wird es ja in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein noch einmal Landtagswahlen geben. Da ist ja etwas zu tun!

Da müßt ihr diesen schamlosen Versuch, aus öffentlich-rechtlichen Anstalten privatwirtschaftliche, privatpolitische Machtinstrumente zu machen, den Leuten richtig erklären. Unsere deutschen Bürgerinnen und Bürger sind sehr sensibel für Fernseh-, für Medienmißbrauch.

Nicht alles, was machbar ist – dies muß man der CDU/CSU entgegenhalten –, muß deswegen tatsächlich auch gemacht werden. Machbar ist natürlich die Verkabelung ganzer Städte und Stadtlandschaften. Die Frage ist, ob wir das auch bezahlen können. Die wichtigere Frage ist, ob das überhaupt notwendig ist. Ich selbst bezweifle einstweilen – ich sage das nur für mich –, daß Kabelfernsehen und Breitband uns mehr Informationen, mehr Überblick verschaffen werden. Sie werden uns gewiß mit Scheininformationen überschütten. Leisten wir uns – das sage ich für mich persönlich – die Freiheit des Verzichts. Lernen wir rechtzeitig, nein zu sagen, ehe allen die allerneuesten Technologien ein bewußtloses Ja-Sagen eintrichtern.

Immer wieder müssen wir uns in der Aufgabe bewähren, das richtige Gleichgewicht zwischen innerer Ordnung und Liberalität zu finden. Wir haben die innere Sicherheit unseres Landes gewahrt, auch in Situationen, die für Bürger und Handelnde seelisch außerordentlich schwierig waren. Wir wollen auch künftig unsere Liberalität bewahren. Wer die Liberalität einschnüren will, nimmt uns allen die Atemfreiheit.

Dank politisch-geistiger Auseinandersetzungen, dank der Wachsamkeit unserer Sicherheitsbehörden und ihrer Beamten, dank sorgfältiger und mühsamer Aufarbeitung durch die Gerichte ist es gelungen, dem Terrorismus in unserem Land das Wasser abzugraben. Manche anderen Länder sind in einer schlimmeren Situation.

Aber diese zweifellos vorhandenen Erfolge können nicht für alle Zeit beruhigen. Ebensovienig wie andere Länder sind wir vor neuem Terror gefeit, zumal auch internationale Kräfte bei uns Gewalt ausüben können.

Wer gewaltlos sein Recht auf Demonstrationsfreiheit ausübt, braucht sich nicht mit Rechtsbrechern gleichsetzen zu lassen.

Aber er muß auf sein Umfeld achten. Denn wenn andere bei der Demonstration Eisenstangen einsetzen, Fahrzeuge umstürzen und Menschen angreifen, dann ist dies nicht Demonstration, sondern es ist Landfriedensbruch und Schlimmeres.

Aggression und Gewalttaten sind in einer demokratischen Gesellschaft falsche Mittel, um den Frieden zu bewahren und zu gestalten. Wer einen politischen Gegner niederbrüllt, wer ihn mit Tomaten oder Farbbeuteln bewirft, wer Gewalt übt: das sind alles Gegner der demokratischen Gesellschaft. Und wer andere dazu verleitet, sich selbst aber die Hände nicht schmutzig macht, der ist nicht besser – ob er sich gegen Strauß oder gegen irgendeinen anderen richtet.

Wir wollen keine Kontroverse scheuen. Wir wollen insbesondere jungen Menschen nicht nur die Möglichkeit, sondern sogar den Ansporn geben, sich im Rahmen des geltenden Rechts für Veränderungen einzusetzen. Gesellschaft und Staat brauchen die Kritik der Jungen – die Jungen brauchen übrigens ebenso den Staat und seine Einrichtungen –, auch wenn manche das nicht wahrhaben wollen.

Die Liberalität unseres Volkes und die Qualität unseres Staates und seiner Einrichtungen sind daran zu messen, wieweit wir Kritik an uns und unseren Einrichtungen ertragen, ob wir auf Falsches maßvoll erwidern und ob wir für Richtiges offen sind. Die Zuverlässigkeit des Rechts aber hängt davon ab, ob wir Rechtsverletzungen und Gewalt mit Festigkeit begegnen.

Millionen ausländischer Arbeitnehmer haben uns im Laufe der letzten Jahre unschätzbare Dienste erwiesen. Manche von ihnen leben immer noch unter sehr unwürdigen Umständen, manche werden vom Vermieter ausgebeutet. Heinz Kühn hat sich durch seine Analyse der Ausländerprobleme mitten unter uns ein großes Verdienst erworben.

Heute ist klar: Es war ein Fehler, so viele Ausländer ins Land zu holen. Aber jetzt müssen wir aufpassen, daß wir nicht die Ausländer diesen Fehler entgelten lassen.

Es gibt leider eine latente Ausländerfeindlich-

keit. Sie wird in Baden-Württemberg und in Bayern zum Teil in raffinierter Weise unter Ausnutzung der tatsächlichen, sehr komplexen Asyl-Problematik hochgespielt.

Für Sozialdemokraten muß gelten, ob es populär ist oder nicht: Der legal eingereiste ausländische Arbeitnehmer und seine Familie haben Anspruch auf unsere Solidarität.

Ich will den vielfachen Mißbrauch des sehr liberalen deutschen Asylrechts nicht verschweigen. Maßnahmen gegen diesen Mißbrauch sind in Vorbereitung. Aber für die große Zahl derer, die wir selbst ins Land gerufen haben, damit sie uns in unserer Industrie helfen, und auch für die echten Asyl-Suchenden, die zu Hause verfolgt werden, tragen wir mitmenschliche Verantwortung.

Es wird eine der schwierigsten und komplexesten Reformaufgaben der achtziger Jahre sein, die hier aufgewachsenen Kinder, sofern die Eltern es wünschen, voll in unsere eigene Gesellschaft zu integrieren.

Das gilt z. B. für die Schule und die Berufsausbildung. Diese Kinder brauchen gleiche Chancen.

Nach Heinz Kühns Vorarbeit hat die Bundesregierung vor ein paar Monaten eine weitreichende Orientierung für sich selbst und für Länder und Gemeinden zu dieser Reform erarbeitet.

Für die zweite Generation der Ausländer soll ab dem 18. Lebensjahr unter bestimmten Voraussetzungen ein Anspruch auf Einbürgerung eingeräumt werden. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat hierzu schon gute Vorarbeit geleistet.

Einen Vorschlag werde ich nicht unterstützen: die Zulassung von ausländischen Staatsbürgern zum Gemeindewahlrecht.

Das klingt so vernünftig. Aber es wäre eine Einladung zur Bildung fremdsprachiger Rathausparteien, die der Durchsichtigkeit ermangeln müßten.

Ich bin vielmehr für volle Staatsbürgerschaft nach entsprechender Qualifikation, wenn der Kollege es wünscht. Damit stehen ihm dann alle politischen Möglichkeiten offen, nicht nur die Wahl zu seinem eigenen Gemeinderat.

Natürlich können wir den Anwerbestopp nicht aufheben, so sehr manche Arbeitgeberverbände uns deswegen bedrängen. Wir wollen kein Einwanderungsland mit Nationalitätenproblemen werden. Wir haben an der Teilung der eigenen Nation genug zu verkraften. Aber wer hier ist und die Voraussetzungen erfüllt und hier bleiben will, dem müssen wir ermöglichen, hier zu bleiben.

Wer später wieder nach Hause will, dem müssen wir dies erleichtern. Dazu wird ein entwicklungspolitisches Programm zur beruflichen Re-Integration in das Heimatland und zur Förderung von Investitionen durch hier tätige Ausländer in ihrem Heimatland helfen, damit die Rückkehr tatsächlich ermöglicht wird.

Unser Wahlprogramm hat die schrittweise volle Integration der ausländischen Arbeitnehmer mit Recht aufgenommen. Wenn wir diese Integrationsaufgabe in den nächsten Jahren nicht meistern könnten, stünden uns erhebliche Gefährdungen unseres sozialen Friedens ins Haus.

Leopold Senghor hat kürzlich in Bonn uns Deutsche als ein historisches Gemisch von Kelten, Germanen und Slawen bezeichnet. Die Wahrheit ist ja noch ein bißchen bunter und enthält nicht nur diese drei Faktoren. Aus dieser Buntheit stammen ja unsere vielfältigen kulturellen Kräfte und Begabungen. Diese Vielfalt und diese Kräfte und Begabungen werden eher noch zunehmen, wenn italienische und griechische und serbische und andere Kinder dazukommen.

Die Weltbevölkerung nimmt weiterhin fast explosionsartig zu. Heute leben über 4 Milliarden Menschen auf der Erde, im Jahre 2000 werden es mindestens 6 Milliarden sein. Die Regierungen sind aufgerufen, stabilisierend einzuwirken, soweit dies durch Familienplanung möglich ist.

Alle westlichen und östlichen Industriestaaten hingegen erleben seit längerem einen Geburtenrückgang. Die Bundesrepublik gehört mit Österreich, der Schweiz, Schweden usw. zu den ersten Ländern, welche die Erfahrung rückläufiger Bevölkerungszahlen machen, weil hier der Geburtenrückgang schon am längsten andauert.

Das ist für ein dicht besiedeltes Land wie die Bundesrepublik bisher kein Unglück. Man wird in mancher Hinsicht umdenken müssen. Vor allem ist es nötig, mit dem Vorurteil aufzuräumen, Wohlstand und verbesserte Lebenschancen seien nur bei wachsender Volkszahl möglich. Wer von den hohen Geburtenzahlen der 60er Jahre träumt, sollte sich einmal die Schwierigkeiten dieser Jahrgänge, einen angemessenen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden, deutlicher vor Augen halten.

Auch die Zukunft der Rentenversicherung wird viel weniger von demographischen Veränderungen, als vielmehr von der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und der Sicherung einer hohen Beschäftigung bestimmt.

Im übrigen darf man sich von der Raum-ohne-Volk-Agitation – wie ich in Umkehrung des berühmten Buchtitels „Volk ohne Raum“ sagen will – einiger Konservativer nicht beeindrucken lassen.

Man darf sich auch nicht zu einer Familienpolitik mit bevölkerungspolitischen Hintergedanken drängen lassen.

Das ist Sache zweier Menschen, ob sie und wieviel Kinder sie haben wollen. Es ist nicht Sache der Parlamente.

Unserer Familienpolitik geht es vielmehr darum, die Lebensbedingungen der Familien um derer selbst willen zu verbessern. Wir haben mit diesem Ziel in den letzten Jahren materiell mehr für die Familien erreicht als jede Bundesregierung vorher. Wir werden an diesem Kurs festhalten: gezielte Hilfen für diejenigen, die sie wirklich brauchen, die besonders benachteiligt oder belastet sind; Maßnahmen, die für die Frauen ihren Freiheitsraum in Familie und Beruf erweitern; staatliche Hilfen, die für alle Kinder gleich sind und die nicht etwa mit dem Einkommen der Eltern der Kinder ansteigen.

Die Opposition versucht, Unzufriedenheit in die Familien zu tragen. Sie schürt ein Anspruchsdenken, das sie an anderer Stelle anprangert. Wie wenig ernst man ihre Schwarzmalerei für die Rentenversicherung nehmen darf, wird unter anderem daraus deutlich, daß im Programm der Opposition der Rentenversicherung neue, schlechthin unfinanzierbare Aufgaben in großem Umfang zugewiesen werden: Anrechnung von fünf Kindererziehungsjahren und zusätzlich rückwirkend ein rentensteigerndes Jahr pro Kind. Finanzvorschläge fehlen bei all diesen Dingen. Wir versprechen weniger.

Ich denke, Politik zugunsten der Familie ist notwendig um der Würde des Menschen in der Familie willen, um seiner Familienbindung willen, des Humanums wegen – aber nicht, damit es mehr Deutsche oder mehr Soldaten oder mehr Arbeiter oder mehr Steuerzahler oder mehr Beitragszahler für die Sozialversicherung gibt.

Die Familie ist kein Mittel zu staatlichen Zwecken, sondern die Familie ist ein Grundwert!

Lassen Sie mich zur Außenpolitik kommen. Nur wer innerlich seiner Sache sicher ist, kann anderen Sicherheit vermitteln. Wer Angst verbreitet, der verleitet zur Überreaktion oder verleitet umgekehrt dazu, den Kopf in den Sand zu stecken. Beides ist gefährlich. Angst provoziert neue Unsicherheiten.

In Europa hat sich unsere Sicherheitspolitik bewährt: einerseits Verteidigungsanstrengungen zur Herstellung des Kräftegleichgewichts, andererseits Entspannungspolitik. Und dies beides in Übereinstimmung mit unseren westlichen Verbündeten. Seit dem Ausbruch der beiden Krisen in Teheran und Afghanistan bestand zunächst die Gefahr – und sie ist noch nicht wirklich behoben –, daß das verschärfte Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten auf Europa durchschlagen könnte. Wir haben dazu beigetragen, diese Gefahren zu verringern.

Wir haben uns dabei nicht nur auf den Rückhalt Frankreichs, unseres wichtigsten Partners in Europa, stützen können. Wir haben dabei nicht nur die Billigung durch unsere anderen Bündnisgenossen erfahren. Wir beobachten auch in der DDR und in Polen und in anderen osteuropäischen Staaten ein starkes Interesse an der Aufrechterhaltung der Entspannungspolitik und an ihrer Fortentwicklung.

Die jüngsten weltpolitischen Krisen sind besonders bedrohlich, weil sich der Afghanistan-Konflikt mit der amerikanisch-iranischen Krise und mit der Palästina-Krise zu einem einzigen Konflikt verschmelzen könnte, obwohl sie alle drei ihren Ursprung nicht im Ost-West-Gegensatz haben. Die Iran-Krise und der Afghanistan-Konflikt haben uns eine wichtige Veränderung der internationalen Gefahrenmöglichkeiten vor Augen geführt. Die Gefährdung der Situation besteht nicht primär in einer Ost-West-Konfrontation in Europa, sondern mindestens ebenso durch Ost-West-Konflikte in der Dritten Welt. Das begann vor fünf, sechs Jahren mit der indirekten sowjetischen Intervention mit Hilfe kubanischer Soldaten in Angola; andere Beispiele waren Äthiopien, Süd-Jemen, vorübergehend auch Somalia. Der eklatanteste Fall ist der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, der die Beziehung zwischen den beiden Weltmächten auf beunruhigende Weise beeinträchtigt. Er hat auch durch den geostrategischen Positionsvorteil der Sowjetunion in Südwestasien eine potentielle Gefährdung der lebenswichtigen Energieversorgungslinien der westlichen Welt bewußt gemacht. Wir müssen für denkbar halten, daß Interessenkollisionen zwischen den beiden Weltmächten in der Dritten Welt ausbrechen und daß sie auf Europa zurückschlagen.

Diese neue Entwicklung erfordert eine neue Betrachtung der Sicherheitspolitik, die wir weltweit anstellen müssen. Eine westliche Gesamtstrategie

muß darauf gerichtet sein, die Konfliktgefahren in der Dritten Welt einzudämmen; das Umfeld des Persischen Golfs ist hier an erster Stelle zu nennen. Unser deutscher Beitrag dazu kann nur wirtschaftlicher, kann nur politischer Art sein. Wir sind keine Großmacht, deshalb kann ein militärisches Engagement der Bundesrepublik immer nur in das Kräftegleichgewicht in Europa gemäß dem Nordatlantikpakt eingebracht werden.

Unsere politische Aufgabe besteht darin, zusammen mit unseren Verbündeten, mit unseren Partnern jenen Staaten in der Dritten Welt, die tatsächlich blockfrei sind und blockfrei bleiben wollen, die Voraussetzungen für ihre Stabilität zu verbessern, auch ihre Kooperationsbereitschaft mit dem Westen zu fördern. Herr Genscher hat mit Recht gesagt: „Das Konzept für eine westliche Dritte-Welt-Politik kann nur heißen: Unterstützung der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Dritten Welt. Allein ein solches Konzept hat Zukunft, es allein kann den Frieden erhalten. Im Westen wie in der Dritten Welt muß hierbei Mißtrauen abgebaut werden. Das Mißtrauen der Blockfreien hat seine Ursachen in den Erfahrungen der Kolonialzeit; dabei wird verkannt, daß der Wille zur Partnerschaft heute überall im Westen vorhanden ist. Das Mißtrauen im Westen hat seine Wurzeln in dem engen Zusammengehen von blockfreien und kommunistischen Ländern in der antikolonialen Phase der Blockfreien-Bewegung; dabei wird übersehen, daß dieses Zusammengehen sehr oft von den Völkern der Dritten Welt weder gesucht noch gewollt war, ihnen aber durch Kurzsichtigkeit und Fortschrittsverweigerung westlicher Staaten aufgezwungen wurde.“

Er sagt dann – das ist nicht neu bei Genscher, er vertritt das seit vielen Jahren –, daß eine aktive deutsche Teilnahme an einer solchen gesamtweltlichen Politik der Internationalen Stabilität dient. Ich füge hinzu: Sie kann von niemandem als aggressiv mißdeutet werden. Ich muß für einen sozialdemokratischen Parteitag nicht hinzufügen, daß dies Auffassungen sind, die wir Sozialdemokraten immer schon vertreten haben, selbst schon zu Zeiten jenes Essener Parteitages, von dem vorhin Katzor und Wischniewski gesprochen haben, heute vor mehr als 70 Jahren.

Der Westen darf nicht zu verhindern suchen, daß sich Staaten eine andere Gesellschaftsordnung als die unsrige geben. Er darf nicht versuchen, unsere eigenen Ordnungsvorstellungen anderen in der Dritten Welt aufzudrängen. Im Gegenteil,

der Westen muß jeden eigenständigen Weg in der Dritten Welt akzeptieren.

Zu der notwendigen Stärkung der Unabhängigkeit der Staaten in der Dritten Welt müssen wir beitragen, damit die Konflikte in der Dritten Welt friedlich, damit sie durch Verhandlungen gelöst werden. Damit sie nicht zu Ost-West-Konflikten gemacht werden, damit sie nicht auf Europa zurückschlagen können. Zimbabwe war dafür ein gutes Beispiel. Ich hoffe, dieser Erfolg wird demnächst auch auf Namibia ausstrahlen. Wir werden uns daran aktiv handelnd beteiligen.

Die Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit den fünf ASEAN-Staaten oder der euro-arabische Dialog sind andere gute Beispiele.

Die Afghanistan-Krise resultiert aus der Verletzung des Völkerrechts, im besonderen resultiert sie aus der Verletzung des Prinzips der Blockfreiheit der souveränen Staaten der Dritten Welt. Sie trifft vor allem auch alle islamischen Staaten, die sich ohnehin wegen der Teheran-Krise und wegen der Palästina-Krise gefährdet fühlen.

Nach einer Pause des Schocks hat jetzt das internationale Gespräch über eine Entschärfung der Krise in Afghanistan endlich begonnen. Das ist ein Fortschritt gegenüber der gefährlichen Sprachlosigkeit bis in den Monat Mai hinein. Wir haben vielfältig gedrängt und vielfältig geholfen, diesen Fortschritt zustande zu bringen. Wir bleiben daran beteiligt, ohne daß wir uns in den Vordergrund drängen und ohne daß wir dabei vergessen, daß wir in diesem Konflikt nicht zwischen den Fronten, nicht zwischen den Lagern stehen, sondern daß wir Teil der westlichen Bündnisse Nordatlantikpakt und Europäische Gemeinschaft sind und bleiben wollen.

Wir haben in den vergangenen Monaten große Anstrengungen gemacht, damit trotz verschärfter Spannungen in der Welt der Entspannungsprozeß in Europa nicht beschädigt, sondern weiterentwickelt wird. Darin war unsere Politik zu jedem Zeitpunkt vorherkalkulierbar. Dies gilt auch für den politischen, den finanziellen, den militärischen Beitrag zum eigenen Bündnis; er war zu jedem Zeitpunkt kalkulierbar.

Dies gilt ebenso auch für die Erfüllung unserer innerhalb des Bündnisses übernommenen Verpflichtungen. Wir sagen dort zu neuen Vorschlägen niemals leichtfertig ja, sondern wir verhandeln zäh darüber und verfolgen dabei durchaus unsere eigenen Interessen. Das tun die anderen Bündnisgenossen auch. Wenn wir aber abgeschlossen ha-

ben, dann kann sich jeder auf unser Wort verlassen. Ich füge hinzu: Vertragstreue nicht nur in westlicher Richtung, sondern in allen Himmelsrichtungen ist für den Erfolg deutscher Friedenspolitik ganz unerlässlich.

Unsere gegenwärtig wichtigsten Bemühungen gelten weiterhin dem Versuch, Rüstungen und Streitkräfte durch Ost-West-Verhandlungen zu begrenzen oder – besser – zu vermindern. Wir halten es deshalb unverändert für nötig, daß der SALT-II-Vertrag durch den amerikanischen Senat ratifiziert wird.

Wir halten unverändert Verhandlungen über SALT III und über das europäische Ungleichgewicht im nuklearen Mittelstreckenbereich für unerlässlich.

Wir halten es für notwendig, daß nach mehr als sechs Jahren Verhandlungen ein erstes MBFR-Abkommen über den Truppenabbau auf Gegenseitigkeit in Mitteleuropa abgeschlossen wird. Wir begrüßen die Pläne, welche die Abrüstungsgespräche durch Vereinbarungen über vertrauensbildende Maßnahmen ergänzen und stützen wollen, und sind deshalb interessiert an Vorschlägen von Valéry Giscard d'Estaing und von Edward Gierek im gesamteuropäischen Rahmen. Wir werden daran mitwirken, daß auf der KSZE-Folgekonferenz im Herbst in Madrid der Entspannungsprozeß in Europa neue Schubkräfte erhält.

Nicht jeder Konflikt auf der ganzen Welt muß zu einem europäischen West-Ost-Konflikt werden. Sonst hätten wir Europäer die für den ganzen Kontinent wichtigen Verhandlungen z. B. zum Helsinki-Schlußdokument niemals führen können. Aber umgekehrt bleibt auch wahr: Wenn regionale Konflikte oder Teilkonflikte in der Welt ungelöst bleiben, wenn sie sich gar verschärfen, dann kann eine Generalisierung, eine allgemeine Verschärfung der Gefahr schließlich auch für Europa unvermeidlich werden. Dies werden wir, Herr Genscher und ich, Ende des Monats in Moskau auch sehr klar vortragen. Wir werden unsere Besorgnisse vortragen. Wir werden im nationalen Interesse sprechen, aber in Abstimmung mit unseren Verbündeten. Denn auch den scheinbar kleinsten Beitrag, den wir Deutschen zur Sicherung des Friedens leisten können, müssen wir erbringen. Wir werden offen reden. Wir werden zur Sache reden, ohne falsche Höflichkeit. Niemand wird uns knieweich erleben; aber ebensowenig wird uns einer überheblich oder musketrollend auftreten sehen.

Die Sowjetunion weiß, daß wir zum Westen

gehören. Sie wird das nicht ändern wollen. Sie kennt die Prinzipien unserer Sicherheitspolitik. Ich will sie noch einmal nennen:

Die enge internationale Verflechtung unserer Verteidigungspolitik ist eine Folge von Rechtspflichten aus dem Nordatlantikpakt. Aber dieser Pakt ist eine vernünftige Konsequenz der Tatsache, daß keines seiner Mitglieder und daß auch die Bundesrepublik unter keinen denkbaren Umständen allein auf sich gestellt, sondern daß jeder nur in Gemeinschaft mit den anderen Bündnispartnern sich und seine Freiheit verteidigen kann.

Unter dieser für alle gleichen Voraussetzung ergibt sich für uns:

Erstens: das Gleichgewichtsprinzip. Grundlage unserer Sicherheitspolitik ist die Aufrechterhaltung des europäischen militärischen Gleichgewichts. Die Sicherheit Westeuropas und die Erfolgsaussichten unserer Entspannungspolitik hängen von der Erhaltung des Gleichgewichts der in Europa wirksamen, von außen auf Europa wirkenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte ab.

Zweitens: das Defensivprinzip. Unsere Entspannungspolitik verlangt, daß unsere Verteidigungsmaßnahmen auch nach außen erkennbar defensiv sind. Das Defensivprinzip verlangt eine defensive Grundstruktur der Bundeswehr hinsichtlich ihres militärischen Aufbaus, auch hinsichtlich ihres Umfangs.

Drittens: das Prinzip der Bündniserhaltung und Bündnistreue. Solange es in Europa weder Abrüstung noch Rüstungsbegrenzung noch ein europäisches Sicherheitssystem gibt, so lange hängen die Aufrechterhaltung des politischen und militärischen Gleichgewichts und unsere Sicherheit weitgehend von der politischen Kooperation innerhalb der Allianz und von der militärischen Funktionsfähigkeit der NATO ab. Wir müssen zu ihrer Aufrechterhaltung den uns politisch, den uns wirtschaftlich, den uns militärisch angemessenen Beitrag leisten.

Viertens: das Prinzip der Verhältnismäßigkeit von Auftrag und Mitteln. Weder darf der politische Auftrag an unsere Streitkräfte die verfügbaren Mittel und damit im Ergebnis die Soldaten überfordern, noch dürfen mehr Mittel bereitgestellt werden, als es der Auftrag notwendig macht.

Diese Prinzipien und ihre Erläuterung habe ich meinem Buch über die Strategie des Gleichgewichts entnommen, das 1969 mit dem Untertitel „Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte“

erschienen ist. Ich habe in drei Jahren als Verteidigungsminister unter Willy Brandt und in sechs Jahren als Bundeskanzler immer an diesen Prinzipien festgehalten. In der gleichen Überzeugung haben der sowjetische Generalsekretär Leonid Breschnew und ich im Mai vor zwei Jahren schriftlich formuliert und erklärt:

Beide Seiten betrachten es als wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Sie gehen davon aus, daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen.

An diesem Satz werde ich auch in Zukunft festhalten.

Aber ich werde auch an den Sinn des Mottos festhalten, das ich damals meinem Buch vorangestellt hatte, nämlich: Das Gleichgewicht ist eine notwendige Bedingung für den Frieden, aber es ist allein noch keine hinreichende Bedingung. Hinzukommen muß die Achtung vor der Gleichberechtigung, der Unabhängigkeit aller Völker und die Achtung vor ihren legitimen Interessen. Hinzukommen muß der Wille zum Frieden. Hinzukommen muß der Wille zum Ausgleich und zum Kompromiß. Und auch der Wille allein reicht noch nicht aus, sondern es muß auch die Fähigkeit zum Kompromiß hinzukommen.

Hier, im Mangel an Fähigkeit zum Kompromiß, hier liegt die gegenwärtige Gefahr.

Natürlich werden wir in Moskau auch über die eurostrategischen Mittelstreckenwaffen reden. Wenn der sowjetische Generalsekretär kürzlich gesagt hat, die Sowjetunion sei im Rahmen von SALT III zu Verhandlungen darüber bereit, so ist das grundsätzlich nicht zu beanstanden, wenn gleich dadurch viel Zeit verlorengehen könnte.

Gefährlich aber erscheint mir die forcierte sowjetische, das Gleichgewicht in Europa destabilisierende Mittelstrecken-Rüstung. Sie überschreitet nach meinem Urteil sowjetische Verteidigungsbedürfnisse. Die durch den Doppelbeschluß der NATO vom Dezember veranlaßte amerikanische Nachrüstung kann frühestens in der zweiten Hälfte des Jahres 1983 zu ersten Dislozierungen führen. Das heißt, bis zum ersten Instellungbringen dieser amerikanischen Waffen dauert es immer noch mehr als drei Jahre. Die NATO, d. h. die Vereinigten Staaten haben gleichzeitig unverzügliche Verhandlungen über beiderseitige Begrenzung dieser eurostrategischen Waffen angeboten.

Der soeben von mir genannte, bis in den Herbst 1983 reichende Zeitfaktor läßt theoretisch der

Sowjetunion die Möglichkeit, bis dahin ihren heutigen Vorsprung außerordentlich auszubauen. Schon im Mai 1978 habe ich den sowjetischen Generalsekretär auf die in diesem Vorsprung liegende Gefahr aufmerksam gemacht. Unsere gemeinsame Erklärung vom Mai 1978 bezieht sich darauf.

Meine kürzliche Anregung, den Zeitfaktor für Verhandlungen zu nutzen, ehe weiterhin disloziert wird, ist von sowjetischer Seite zurückgewiesen worden, und einige im Westen haben den Vorschlag mit Fleiß als Aufweichung mißverstehen wollen. Ich bleibe dabei: Es wäre dem Frieden nützlich, wenn man für die nächsten drei Jahre auf beiden Seiten nicht weiter dislozierte, sondern alsbald über beiderseitige Begrenzung verhandelte. Ich gehe davon aus, daß es jedenfalls im Zusammenhang mit SALT III zu Verhandlungen kommen wird. Wir werden dazu beitragen – auch wenn wir als Nicht-Nuklearmacht natürlich nicht selbst verhandeln können und wollen.

Ende der vorletzten Woche hat in Bonn die deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission ihre neunte Tagung abgehalten. Die Gespräche haben bestätigt, daß die langfristig vereinbarte wirtschaftliche Zusammenarbeit in einer Krise stabilisierend wirkt. Ich habe ein ausführliches Gespräch mit dem Politbüromitglied und stellvertretenden Ministerpräsidenten Tichonow gehabt. Ein sehr offenes Gespräch – man hat sich nichts vorenthalten – in einer sehr sachlichen Atmosphäre. Beide Seiten waren sich darüber klar, daß die Chancen einer weiteren Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten nur dann verwirklicht werden können, wenn es gelingt, der Gefahren der internationalen Lage Herr zu werden.

Beide Seiten wissen: Was in zehn Jahren Entspannungspolitik erreicht worden ist, darf nicht der gegenwärtigen Krise zum Opfer fallen.

Wir wissen, daß wir unsere deutschen Interessen nur gemeinsam mit den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft, gemeinsam mit den Partnern im Bündnis wahrnehmen können.

Am 5. Februar dieses Jahres haben deshalb Präsident Giscard d'Estaing und ich angesichts der Krise gemeinsam die Treue unserer beiden Länder zum nordatlantischen Bündnis bekräftigt, und wir haben die Entschlossenheit bekräftigt, unser beider Bündnisverpflichtungen einzuhalten. Wir haben dann noch hinzugefügt – ich zitiere –:

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland,

deren Bürger die Schrecknisse der beiden Weltkriege auf ihrem eigenen Boden erlebt haben, haben sich dreißig Jahre lang für die Schaffung einer stabileren und friedlicheren Welt eingesetzt. Dabei waren ihre gegenseitige Aussöhnung, ihre gemeinsame Mitwirkung zum Aufbau Europas, ihr paralleles Wirken für die Entspannung Etappen auf diesem Wege. Sie sind der Auffassung, daß die europäischen Mächte unter den derzeitigen Umständen besondere Verantwortlichkeiten zu übernehmen haben, wobei sie sich, zusammen mit ihren Bündnispartnern, versichern, daß das grundlegende Gleichgewicht, das die Sicherheit ihrer Länder und die Sicherheit Europas bedingt, gewährleistet wird.

So weit das Zitat aus der gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung von Anfang dieses Jahres. Es spricht auch unser Verhältnis zu den anderen Bündnispartnern, vor allem zu den Vereinigten Staaten, an. Die Vereinigten Staaten, unser wichtigster NATO-Partner, tragen in den gegenwärtigen Krisen als Weltmacht eine besondere Verantwortung. Das gilt für Afghanistan, für Palästina, das gilt für Teheran, wo 53 amerikanische Staatsbürger inzwischen seit sieben Monaten völkerrechtswidrig als Geiseln festgehalten werden. Der Berliner Parteitag hat sich mit den Geiseln und ihrer Nation solidarisiert, und dies gilt heute ganz genauso wie damals.

Wir müssen im übrigen die Vereinigten Staaten und ihr Volk verstehen, wenn wir dort auf Verständnis für unsere Interessen rechnen wollen – die Interessen eines geteilten Landes, einer geteilten Nation, die Interessen der Stadt Berlin. Bei Präsident Jimmy Carter und bei vielen einflußreichen Amerikanern habe ich dieses Verständnis gefunden: Verständnis dafür, was Entspannung für Europa und was sie für die Deutschen bedeutet. Verständnis dafür, daß unser Handel mit der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten politisch mehr und politisch anderes bedeutet als der amerikanische Handel mit diesen Ländern. Verständnis dafür, daß wir unsere Verträge auch auf diesem Gebiet des Handels erfüllen wollen. Wir haben uns nicht über einen Mangel an Verständnis für unsere Interessen bei unseren amerikanischen Freunden zu beklagen.

Bisweilen wird von Anti-Amerikanismus in Deutschland geredet oder geschrieben. Solche Losungen haben mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Aber sie haben zu tun mit wahlpropagandistischen Bedürfnissen einiger deutscher Oppositions-

politiker, die in den USA Mißtrauen gegen die deutsche Bundesregierung wecken möchten. Sehr noble Patrioten sind das!

Sie werden damit wenig ausrichten. Denn die enge Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten bleibt unentbehrliche Voraussetzung unserer Sicherheitspolitik und unserer Entspannungspolitik. Das weiß jedermann.

Außerdem weiß ich um die große Bedeutung, die für mich und für viele Deutsche jene Grundwerte oder Grundrechte haben, die zuerst in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vor 200 Jahren ausgedrückt wurden und die inzwischen unser eigenes Grundgesetz und unsere eigenen Grundrechte ganz wesentlich beeinflußt haben. Anti-Amerikanismus wäre eine große Torheit. Ich würde mich entschieden dagegen wehren.

Allerdings bleibt es unsere Pflicht, Interessen von Verbündeten mit unseren eigenen nationalen Interessen zu verbinden. Wer z. B. unsere deutschen Beiträge für ein in sich geschlossenes Konzept des Westens für nicht statthaft halten wollte, der mißverstünde die Definition von Partnerschaft, wie sie zwischen uns und der amerikanischen Führung in Wahrheit ganz unbestritten ist.

Jimmy Carter hat dies im April in einer großen Diskussionssendung im Fernsehen bestätigt, wo er sagte – ich zitiere wörtlich –:

Wir leben eben in einer pluralistischen Gesellschaft. Jede Nation ist stark, selbstbewußt und unabhängig, und jedes Land besitzt eine andere Perspektive, je nach den besonderen Beziehungen mit seinen Nachbarn und zu den anderen Ländern in der Welt. Wir erwarten diese Vielfalt ... Wir achten ... diese Vielfalt, die ich für so fruchtbringend halte.

Interessenunterschiede und Meinungsverschiedenheiten gibt es auch gegenüber England und anderen Partnern, selbst gegenüber Frankreich bisweilen. Dies ist in einem Bündnis natürlich. Bündnisgenossenschaft erträgt nicht nur das offene Gespräch, sie verlangt es vielmehr. Es kennzeichnet unser Verhältnis, daß wir uns gegenseitig wohlwogenen Rat in Fragen gemeinsamen Interesses nicht vorenthalten. Wenn es anders wäre, dann wäre zwischen Freunden etwas nicht in Ordnung. Wir sind Verbündete, wir sind Freunde.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ihren Verpflichtungen innerhalb des Bündnisses stets loyal nachgekommen. Die Bundeswehr ist fest in das Bündnis integriert.

Unsere Streitkräfte sind gut ausgebildet und

gut ausgerüstet. Anders als in den USA, anders als in England beruhen sie auf der demokratischen Grundlage allgemeiner Wehrpflicht. Unsere Soldaten dienen dem Gleichgewicht der Kräfte, und damit dienen sie dem Frieden. Unsere Soldaten sind selbstbewußte, loyale Bürger unserer Demokratie. Vor 22 Jahren haben Willi Berkhan und ich uns sehr persönlich zu diesen Soldaten bekannt. Nicht jeder hat es damals verstanden, aber ich bin stolz darauf, daß heute jedermann sehen kann: Dieses Vertrauen war gerechtfertigt.

Im Rahmen der Arbeitsteilung unter Verbündeten haben wir es übernommen, wie im Vorjahr zur Zeit der Regierung Ecevit, so auch 1980 eine gemeinsame Hilfsaktion für die Türkei zustande zu bringen. 16 Länder haben über 1 Milliarde Dollar zugesagt. Unser deutscher Beitrag macht ein Viertel davon aus. Auch an unseren Bündnispartner Griechenland leisten wir Hilfe. Wir haben uns mit Erfolg für seinen Beitritt zur EG eingesetzt, und wir helfen bei der Verminderung der Spannung zwischen beiden Partnern.

Unsere außenpolitische Zusammenarbeit mit den EG-Partnern hat sich in den gegenwärtigen Krisen ebenso bewährt wie unsere Solidarität mit den USA. Wenn aber die Europäische Gemeinschaft in der Krise handlungsfähig bleiben soll, so muß sie ihre inneren Probleme lösen.

Während der letzten Monate hat der Gemeinschaft eine innere allgemeine Lähmung gedroht. Die Beilegung des Haushaltstreits mit dem Vereinigten Königreich war daher eine vordringliche außen- und sicherheitspolitische Aufgabe. Die Erhaltung des Gleichgewichts und die Stärkung der Rolle Europas bei der Bewahrung des Friedens in der Welt machten einen Kompromiß zugunsten Großbritanniens unabweisbar erforderlich. Er war auch ansonsten geboten. Die Bundesrepublik Deutschland hat hier ihren Anteil zu tragen wie die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft auch, und zwar gemäß dem Schlüssel des seit 1971 geltenden Finanzierungssystems der Europäischen Gemeinschaft.

Nach gegenwärtiger Brüsseler Schätzung bedeutet das allein für uns Deutsche für 1980 und 1981 zusammen zusätzliche 2½ Milliarden DM. Nach diesen Schätzungen werden wir im Endergebnis 5 Milliarden DM mehr an die EG abführen, als wir von der EG erhalten. Das ist ein Netto-Saldo von 5 Milliarden DM zu unseren Lasten. Außer uns werden nur noch Frankreich und England einen negativen Netto-Saldo haben. Andere EG-

Staaten, die pro Kopf kaum ärmer sind als wir, werden dagegen hohe positive Netto-Salden erzielen, mehr herauskriegen, als sie hineintun in die gemeinsamen Töpfe. Deshalb ist es nötig, daß bis 1982 die Ursachen für schlimme Ungleichgewichte beseitigt werden. Dies gilt vor allem für die bisherigen Durchführungsmethoden der Prinzipien der gemeinsamen Agrarpolitik.

Auch hier kann Solidarität keine Einbahnstraße sein. Die Gemeinschaft kann ohne die unerläßlichen Anpassungen der Agrarpolitik und ohne eine besser ausgewogene Verteilung der Lasten auch nicht diejenigen Aufgaben finanzieren, die mit der Erweiterung der EG nach Süden, ins Mittelmeer, auf uns zukommen. Der Beitrittsvertrag mit Griechenland ist abgeschlossen, mit Portugal und Spanien wird verhandelt.

Wir können diese große politische Aufgabe, die wir zur Stärkung der Demokratie in Europa übernommen haben, nur dann zum Erfolg führen, wenn wir uns als Europäische Gemeinschaft selbst stark und sicher wissen. Auf diesen Zusammenhang hat der französische Staatspräsident vor ein paar Tagen noch einmal hingewiesen.

Wer die schlimme Lage unserer Fischerei kennt, wird der Bundesregierung beipflichten, die letzten Mittwoch ihre Zustimmung zum Brüsseler Paket mit der Herstellung des vertragsgemäßen Zustandes des gleichen Zugangs zu den Seegebieten der Europäischen Gemeinschaft bis Ende dieses Jahres verbunden hat.

Wir Europäer brauchen die Europäische Gemeinschaft aus vielen Gründen, auch aus wirtschaftlichen, aus beschäftigungspolitischen und aus gleichgewichtspolitischen Gründen. Aber sie darf nicht zum Selbstbedienungsladen für Sonderinteressen werden. Sonst könnte sie nämlich nicht lebensfähig bleiben.

Bei dem Weltwirtschaftsgipfel Ende Juni werden diesmal voraussichtlich politische Themen stärker in den Vordergrund treten. Das Gewicht, das Europa heute in der Welt beigemessen wird, wird in Venedig an Frankreich, England, Italien und an uns große Anforderungen stellen. Auf Europa richten sich Hoffnungen – nicht nur im Ost-West-Konflikt, sondern auch in dem schwierigen Verhältnis zwischen hochindustrialisierten Staaten und unterindustrialisierten Entwicklungsländern.

Ich habe über die Entwicklungspolitik gesprochen, über die zunehmende Bedeutung der Länder der Dritten Welt, über die Blockfreiheit, über die Notwendigkeit, deren Blockfreiheit, deren

Selbständigkeit, deren Eigenständigkeit stützen und ausbauen zu helfen. Ich will ein Wort zum Umfang unserer ökonomischen Hilfe hinzufügen, die auch hier weltpolitisch, außenpolitisch bedingt ist, aber unsere Kasse trifft.

In dreißig Jahren hat die Bundesrepublik Deutschland rund 56 Milliarden D-Mark öffentliche Mittel netto; das heißt unter Abzug der Rückzahlungen, an die Entwicklungsländer ausgezahlt, davon allein seit Beginn der sozial-liberalen Koalition rund 38 Milliarden D-Mark. Im Rahmen der bis 1983 geltenden mittelfristigen Finanzplanung soll der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit jährlich um 12,5 Prozent steigen. Die größten Beträge erhalten Indien, Pakistan, Türkei, Indonesien, Ägypten und Bangladesch; Afrika und Südasiens sind regionale Schwerpunkte. Die Bekämpfung der absoluten Armut steht seit einigen Jahren im Vordergrund, die ärmeren Entwicklungsländer werden deshalb besonders gefördert.

Die Bundesrepublik Deutschland hat im letzten Jahr über 6 Milliarden DM öffentlicher Entwicklungshilfe geleistet. Das sind 30 Prozent mehr als im Jahr davor. Diese Steigerung ist eine ungeheure finanzielle Leistung – gemäß dem Wunsche der Partei und dem Wunsche manch anderer Kräfte, der Kirchen und anderer Leute mit Einsicht. Wir haben diese Einsicht geteilt. Wir haben eine ungeheure Anstrengung unternommen. Sie hat uns gemeinsam mit Frankreich auf den zweiten Platz der Geberländer gebracht. Im Volumen haben wir schon vor dieser 30prozentigen Steigerung dreimal so viel geleistet – wir Deutschen allein – wie der ganze Ostblock zusammen und achtmal so viel wie die ganze Sowjetunion, obwohl das viermal so viel Menschen sind wie wir. Eine ungeheure Leistung!

Die Ölrechnung der nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer wird 1980 auf ca. 55 Milliarden US-Dollar geschätzt. Zur Zeit leisten die westlichen Industriestaaten jährlich rund zwanzig Milliarden Dollar Entwicklungshilfe. Selbst eine Verdoppelung der westlichen Entwicklungshilfe würde nicht ausreichen, um die explodierte Ölrechnung der Entwicklungsländer zu begleichen. Hier zeigt sich die große Verantwortung der OPEC-Länder, denen wesentlich höhere Entwicklungshilfe, aber auch Direkt-Investitionen zur Finanzierung der Zahlungsbilanzdefizite der Entwicklungsländer dringend zugemutet werden müssen.

Außerdem leisten wir natürlich umfangreiche

humanitäre Hilfe – vor allem für Flüchtlinge. Unser Deutsches Rotes Kreuz steht dabei an der Spitze der internationalen Skala. Gegenwärtig stehen Somalia, Pakistan und Südostasien im Vordergrund. Somalia, das uns in einer schwierigen Situation außergewöhnlich geholfen hat, gehört heute natürlich unsere besondere Solidarität. Man muß sich das einmal angesichts der Geiselsituation im Iran vorstellen, was es bedeutet hat, daß eine farbige Regierung eines farbigen Landes uns erlaubte, mit unserer weißen Grenzpolizei in ihrem Lande mit Gewalt Geiseln aus der Hand von Verbrechern zu befreien.

Die Bundesregierung wird demnächst einen Bundesminister nach Somalia entsenden, um an Ort und Stelle die Voraussetzungen für weitere humanitäre Hilfe zu prüfen.

Ein Wort zur deutsch-deutschen Lage, zur Lage der Nation:

Zehn Jahre Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition haben uns ermöglicht, mehr für den Zusammenhalt der Deutschen und mehr für die Menschen in Deutschland zu tun, als in Jahrzehnten davor möglich war.

Ich habe jüngst im Bundestag Willy Brandts 20 Punkte von Kassel als Maßstab für das inzwischen Geleistete genommen. Sehr vieles von dem, was man sich 1970 vorgenommen hatte, ist verwirklicht worden. Aber vieles bleibt auch noch zu tun.

In der gegenwärtigen weltpolitischen Situation ist es wichtig, daß wir unsere Politik gegenüber der DDR kontinuierlich fortsetzen. Es war deshalb gut, daß die Verhandlungen über die Verbesserung der Verkehrswege nach Berlin im April erfolgreich abgeschlossen wurden und daß Gespräche über Gewässerfragen, insbesondere über die Werraver-satzung und über den Schutz der Berliner Gewässer – verabredet werden konnten. Es ist wahr: wir haben uns zu erheblichen finanziellen Leistungen verpflichtet; aber dieses Geld ist für den Zusammenhalt der Deutschen sehr gut angelegtes Geld.

Der Umsatz im Handel mit der DDR hat sich im letzten Jahrzehnt verdreifacht. Wir werden in diesem Jahr die 10-Milliarden-Grenze überschreiten. Auch das bewerte ich positiv.

Aber unsere Zusammenarbeit mit der DDR soll sich nicht auf wirtschaftliche und finanzielle Fragen beschränken. Es geht uns vor allem um eine Zusammenarbeit in Fragen, die unmittelbar die Menschen in beiden deutschen Staaten betref-

fen. Hierzu gehört die Familienzusammenführung, um die sich die Bundesregierung beharrlich und mit Erfolg bemüht. Hierzu gehören die Erleichterungen im Reiseverkehr, um die wir ringen. Die West-Ost-Reisen haben kräftig zugenommen. Aber die Ost-West-Reisen hinken hinterher, und es ist völlig unbefriedigend, daß nur ganz wenige jüngere Menschen aus der DDR zu uns zu Besuch kommen können.

Ich hatte in Belgrad Gelegenheit, mit dem Staatsratsvorsitzenden Honecker zu einem ausführlichen, sehr offen geführten Gespräch zusammenzukommen. Wir haben in erster Linie über die internationale Lage gesprochen. Naturgemäß sind dabei die bekannten Ost-West-Gegensätze in Erscheinung getreten. Wichtig ist, daß gerade in Krisenzeiten die Deutschen beider Seiten miteinander sprechen.

Darum begrüße ich, daß Volker Hauff kürzlich zu Besuch und Gespräch in der DDR war, daß Dr. Mittag, der führende Wirtschaftspolitiker der DDR, kürzlich uns besucht hat und ich Gelegenheit hatte, ausführlich mit ihm zu sprechen. Es bleibt meine Absicht, demnächst in der DDR mit Herrn Honecker erneut zusammenzutreffen.

Wenige Jahre nach Kassel, zu Beginn der siebziger Jahre, hatte Herbert Wehner gesagt: „Eine Stunde Null außerhalb der Blöndnisse und außerhalb der Gemeinschaften – sei es des Westens, sei es des Ostens – gibt es für die Deutschen nicht mehr. Sie müssen also im Rahmen der Blöndnisse und Gemeinschaften versuchen, soweit die Annäherung überhaupt möglich ist, die Regelung ihrer Fragen zu beeinflussen. Deshalb sage ich: Für unser Volk, aber auch für alle anderen Völker ist lebensnotwendig der Frieden. Der Friede steht noch über der Nation, weil ohne Frieden keine Lebens- und Entwicklungschancen für die Nation und für die Menschen gegeben sein würden. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik als gleichberechtigte, wenn auch völlig ungleichartige Partner am Verhandlungstisch, das wird besser sein als ein gedachter und proklamierter Alleinvertretungsanspruch ohne tatsächliche Alleinlegitimation aller Deutschen.“

Das, was damals richtig war, ist heute noch viel wichtiger geworden. Das hat sich bestätigt.

Im siebten Punkt von Kassel hatte es geheißen: „Die vertragschließenden Seiten erklären, daß niemals wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen darf.“ Ich bin innerlich tief berührt, daß im

Dezember des letzten Jahres Honecker und ich unabhängig voneinander diesen Satz öffentlich wieder ausgesprochen haben.

Ich habe einen sehr bestimmten Eindruck davon gewonnen, daß die kommunistischen Führer in der Deutschen Demokratischen Republik – aber darüber hinaus auch in anderen osteuropäischen Staaten – die Gefährdung, von der wir hier reden, sehr deutlich empfinden und daß sie auch ihre eigene Mitverantwortung empfinden und daß sie ihrer eigenen Mitverantwortung auch gerecht werden wollen.

Vor einer Woche hat der Papst vor der UNESCO einen Vortrag gehalten; er hat dabei über den Vorrang kultureller Wirklichkeit gesprochen. Er hat dabei über Kultur als Ausdruck fundamentaler Souveränität gesprochen.

„Ich bin Sohn einer Nation, die sehr große geschichtliche Erfahrungen gemacht hat, die von ihren Nachbarn wiederholt zum Tode verurteilt wurde, die aber überlebt hat und sie selbst geblieben ist. Sie hat ihre Identität trotz aller Teilungen und Fremdbesetzungen, ihre nationale Souveränität bewahrt, nicht weil sie zur physischen Gewalt gegriffen, sondern einzig und allein, weil sie sich auf ihre Kultur gestützt hat. Diese Kultur hat sich als eine Macht erwiesen, die größer war als alle anderen Mächte. Was ich hier vom Recht der Nation als Grundlage ihrer Kultur und ihrer Zukunft sage, ist also nicht der Nachklang irgendeines ‚Nationalismus‘. Es handelt sich vielmehr um ein festes Element menschlicher Erfahrung und menschlicher Vorstellung von der Entwicklung des Menschen. Es gibt eine fundamentale Souveränität der Gesellschaft, die in der Kultur der Nation ihren Ausdruck findet.“

Souveränität war dort nicht im staatlichen oder völkerrechtlichen Sinne gemeint, sondern als das Ergebnis der Erziehung des einzelnen, als das Ergebnis der Erziehung des Volkes, der Nation durch die Kultur.

Es ist, liebe Freunde, vor allem die Kultur, die uns in den beiden deutschen Staaten trotz aller Gegensätze gemeinsam ist, die Kultur, die grenzüberschreitend bleibt, so hart ihr auch die Grenzen gezogen worden sind. Könnte uns nicht die eine deutsche Kultur helfen, uns vielschichtiger, uns genauer zu definieren? Ich sehe hier eine Aufgabe für die achtziger Jahre, die sich beiden Teilen Deutschlands stellt.

Die Teilung Deutschlands hat nicht zwei verschiedene deutsche Kulturen entstehen lassen. Wir leben auf beiden Seiten in der Kontinuität derselben deutschen Sprache, Geschichte, der Kunst, der Literatur. Jurek Becker oder Böll oder Grass oder Heym oder Kunert oder Lenz oder Plenzdorf oder Weiss oder Christa Wolf – das ist alles eine einzige Literatur, die sich gegenseitig befruchtet.

Genauso waren vor Generationen und Jahrhunderten Martin Luther, beide Humboldts, beide Grimms oder Goethe oder Schiller oder Clausewitz oder Hegel trotz deutscher Kleinstaaterei – sogar trotz innerdeutscher Kriege jener Zeit – sich der einen deutschen Kultur und ihrer Gemeinsamkeit voll bewußt. Warum sollte das heute nicht genauso möglich sein?

Man darf fragen, ob diese kühne Idee von dem Günter Grass einer gemeinsamen Nationalstiftung – mit Sitz in beiden Teilen von Berlin – wirklich so utopisch bleiben muß, wie sie sich auf den allerersten Blick ansieht.

Unser oberstes Gebot – damit will ich dieses Kapitel schließen – ist die Wahrung und Festigung des Friedens. Diesem Ziel dient auch unsere Politik gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik.

Daran zu arbeiten und das Bewußtsein einer gemeinsamen historischen Identität, einer gemeinsamen kulturellen Identität zu stärken, das Bewußtsein der nationalen Identität zu erhalten und zu stärken, wollen wir alles tun, was möglich ist – und nichts versäumen!

Ich möchte an dieser Stelle einen harten Schnitt machen und etwas ausführen, was sicherlich von manchem für reine Expertendarlegung gehalten wird. Aber ich halte es politisch für notwendig, auf den nervus rerum zurückzukommen.

Bei der Verabschiedung der seit 1970 geltenden Finanzverfassung, die in ihrer umfassenden Reform ein Verdienst von Alex Möller gewesen ist, hat sich niemand den überproportionalen Anstieg der internationalen Aufgaben und Ausgaben und der supranationalen Ausgaben der Bundesrepublik Deutschland vorstellen können, wie er inzwischen im Laufe der siebziger Jahre tatsächlich eingetreten ist. Unsere Aufgaben und Ausgaben haben sich ganz wesentlich nach außerhalb der deutschen Grenzen verlagert: Entwicklungshilfe, Militärhilfe, Ausbau des militärischen Bündnisses, vor allem Ausbau der europäischen Gemeinschaft. Zum Teil ist diese Verlagerung eine Folge der Weltwirt-

schaftskrise, zum Teil ist sie eine Konsequenz der steigenden internationalen Bedeutung – auch der finanzwirtschaftlichen Bedeutung – der Bundesrepublik Deutschland. Ich habe im Laufe meines Vortrages eine Reihe von Zahlen genannt. Dazu kommen dann noch Deutschlandpolitik und Berlin-Hilfe. Auch dort gibt es nichts umsonst, auch dort sind Aufgaben und Ausgaben im Laufe dieser zehn Jahre gewaltig gestiegen.

Die Ausgaben außerhalb unserer Grenzen treffen ausschließlich den Bundeshaushalt. Außerdem hat der Bundeshaushalt die Hauptlast der Konjunktur- und Wirtschaftsstrukturpolitik zu tragen gehabt – vom Zukunftsinvestitionsprogramm bis zur Kohle und zur Eisenbahn; ebenso natürlich die Kosten der Verteidigung und alle die Hilfen zum Netz der sozialen Sicherheit.

Die Bundesländer haben dem Bund die notwendige Finanzausstattung dafür versagt. Sie haben die Vorschrift des Art. 106 des Grundgesetzes in den letzten zehn Jahren bei jeder einzelnen Steuerverteilungsregelung mißachtet. Der Bund hat sich fügen müssen, obgleich Art. 106 GG Bund und Ländern einen „gleichmäßigen Anspruch auf Deckung ihrer notwendigen Ausgaben“ gibt, obgleich das Grundgesetz einen „billigen Ausgleich“ vorschreibt, will heißen einen gerechten Ausgleich. Seit die CDU/CSU die Mehrheit des Bundesrats zum verlängerten politischen Arm der Bundestagsopposition gemacht hat, bedient diese Mehrheit kraft des Erfordernisses der Zustimmung des Bundesrats zu jedem Steuerverteilungsgesetz die eigene Tasche zu Lasten der Bundeskasse. Der Bundesrat wird hier mißbraucht. Der Bund soll finanziell ausgehungert werden.

Über all dies, auch über die Mischfinanzierung, auch über die damit verbundenen Belastungen der Länder, muß geredet werden. Es wird eine andere Grundhaltung bei der einfachen Gesetzgebung zur Steuerverteilung notwendig, wenn nicht das Finanzwesen Deutschlands in die Zustände des 19. Jahrhunderts zurückfallen und wenn nicht der Bund durch die Länder gefesselt werden soll.

– Ich sehe, daß der Beifall zögernd kommt. Ich sehe alle die Finanzscheichs aus den Gemeinden und Ländern auf ihren Horten sitzen. Sie wollen Entspannungspolitik, sie wollen Entwicklungspolitik, aber sie wollen dazu nichts beitragen. Das ist keine solidarische Haltung.

Ich weiß, daß das innenpolitisch eine der schwierigsten Aufgaben im Laufe des nächsten Jahrzehnts werden wird; ebenso schwierig wie die Integration

der Ausländerkinder. Jedenfalls muß es aufhören, daß die Länder den Bund – wie gegenwärtig – in die Kreditaufnahme zwingen, weil sie ihm die finanzielle Ausstattung verweigern, und anschließend – wie z. B. der bayerische Ministerpräsident – diese Kreditaufnahme dann wider besseres Wissen kritisieren.

Das hat mit Föderalismus nichts mehr zu tun. Das ist Rückfall in deutschen Partikularismus.

In sehr wohlthuendem Gegensatz dazu steht Johannes Raus Regierungserklärung von der letzten Woche.

Sie wurde formuliert, ehe er wußte, was uns an Lasten aus der Europäischen Gemeinschaft blühte. Das macht diese Regierungserklärung Raus noch zusätzlich wertvoll. Sie ist aus innerer Einstellung heraus formuliert worden. Johannes Rau hat ausdrücklich die neuen Lasten anerkannt, die infolge der weltpolitischen Situation auf den Bundeshaushalt zukommen. Er hat für das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen seine Bereitschaft erklärt, einen entsprechenden Anteil zu tragen. Ich begrüße das sehr.

Ich darf dem Parteitag sagen, daß Hans Matthöfer und ich gestern Abend ein Gespräch mit den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gehabt haben, das auf dieser Linie geführt wurde. Die Sozialdemokratie war nie eine partikularistische Partei. Schaut euch die Auseinandersetzungen an, die Kurt Schumacher heute vor 31, 32 Jahren um eine einheitliche Finanzverfassung geführt hat. Sie muß jetzt darum kämpfen, dem Bunde das zu geben, was notwendig ist, damit Deutschland seine Gleichgewichts- und Friedensrolle in Europa und in der Dritten Welt anständig und angemessen ausfüllen kann.

Der Gebrauch der Bundesratsmehrheit durch die CDU/CSU zur Blockierung gesunder Bundesfinanzen ist illegitim. Er widerspricht auch dem Grundsatz der Bundestreue des Grundgesetzes. Hingegen: Der Widerstand der CDU/CSU im Bundestage ist verfassungsgemäß und grundsätzlich legitim. Dort hat die CDU/CSU das uneingeschränkte Recht, der regierenden sozialliberalen Koalition Widerstand entgegenzusetzen. Zwar kann sie sich damit in aller Regel mangels einer zahlenmäßigen Mehrheit nicht durchsetzen. Aber sie könnte durch die Kraft ihrer Argumente auf die Mehrheit, auf die Bundesregierung doch durchaus einen unmittelbar wirkenden Eindruck machen, z. B. wenn wir erkennen müßten, daß sich die Opposition die Chance verschafft, mit

ihren Argumenten die Wähler insgesamt zu beeinflussen. Das ist doch der eigentliche Zweck, den die Opposition verfolgen müßte: dem Publikum überzeugende Alternativen anzubieten, die genug Wähler überzeugen, so daß bei der nächsten Wahl die bisherige Opposition die Mehrheit der Stimmen erhält.

Auch die Regierung – nicht nur die Wähler – haben einen Anspruch darauf, mit Kritik und Alternativen durch die Opposition konfrontiert zu werden. Die Alternative kann in der Sache, aber sie kann auch durch Personen dargestellt werden. Die Crux der heutigen CDU/CSU liegt darin, daß ihr die Alternativen in der Sache weitestgehend fehlen und daß die personelle Alternative keine Mehrheit finden kann.

Als wir Sozialdemokraten in der Opposition waren, haben wir in den 60er Jahren nicht nur hervorragende personelle Alternativen angeboten, sondern wir haben auch in der Sache Alternativen entwickelt, z. B. das ganze Konzept der Ost- und Entspannungspolitik, die wir hinterher, als wir Regierung wurden, verwirklicht haben. Die CDU/CSU könnte heute dem Lande und Europa einen großen Dienst erweisen, wenn sie eine Alternative zur EG-Agrarpolitik vorlegte, statt immer nur zu kritisieren, daß die Agrarpreiserhöhungen immer noch zu niedrig seien – sie ist ja frei und nicht an Absprachen mit anderen Regierungen gebunden. Gut wäre, wenn sie einen neuen Finanzmechanismus für die Europäische Gemeinschaft vorschlagen würde; wenn sie einen Vorschlag machen würde zu größerer Rationalisierung – sagen wir – bei den Verteidigungsaufwendungen des Bündnisses, statt immer nur zu verlangen, dafür solle noch mehr Geld ausgegeben werden, und zu allem Überfluß dann auch noch deutsche Truppen für den Einsatz im Persischen Golf anzubieten.

Die Opposition ist leider gegenwärtig nicht in der Lage, überzeugende sachliche Alternativen zur Regierungspolitik zu formulieren, die sie im Falle eines demokratischen Wechsels verwirklichen könnte. Sie erschöpft sich im Nein-Sagen oder in allgemeinen Versprechungen. Deshalb darf man die CDU/CSU in ihrem gegenwärtigen Zustand im Bund nicht mit Macht ausstatten.

Trotzdem ist die CDU/CSU ein bedeutender Gegner, der ernst genommen werden muß, und zwar aus mindestens zwei Gründen: Erstens weil in diesen beiden Parteien eine Menge guter Substanz und Tradition steckt: viele Menschen, die

katholischer Tradition, die evangelischer Tradition, die bürgerlich-demokratischer Tradition anhängen; viele Menschen, die sich um Staat, Gesellschaft, Gemeinde und Beruf verdient gemacht haben. Zweitens: Es stecken auch Geld und Macht und Einfluß hinter den Unionsparteien, tatsächliche Einflußmacht. Aus diesen beiden – sehr verschiedenen – Gründen müssen wir diesen Gegner ernst nehmen. Er selbst hat nach wie vor eine sehr ernsthafte Chance. Wir dürfen seine Chance keineswegs unterschätzen. Hier ist noch überhaupt nichts gelaufen.

Natürlich haben jetzt viele alte CDU-Wähler Schwierigkeiten mit ihrem Kandidaten. Er ist gewiß ein Mann von bemerkenswerten Fähigkeiten. Man darf auch ihn keineswegs unterschätzen. Zwar ist ihm die soziale Komponente weitgehend verkümmert, den Arbeitnehmern steht er genauso fern wie die Herren Kohl, Albrecht und Biedenkopf. Aber dafür hat er andere Fähigkeiten, andere Qualitäten. So überlegt er jede Entscheidung sehr lange – normalerweise ist er ein Zauderer –: ob es sich um die jahrelang überlegte Trennung von CDU und CSU handelte, ob es sich um seine eigene Kandidatur handelte, ob es sich um die gleiche Zahl arbeitsfreier Feiertage für Protestanten und Katholiken im Freistaat Bayern handelte, ob es sich um Zwischenlagerung oder Wiederaufarbeitung in Bayern handelte, ob es sich um die Aufstellung einer Mannschaft für den Bundestagswahlkampf handelte. Allerdings: Wenn er mit dem Rücken an der Wand steht, wie jetzt nach den Wahlergebnissen an der Saar und in Nordrhein-Westfalen, dann bricht es aus ihm heraus. Und diese Ausbrüche sind es, die ihn immer wieder bloßstellen. Er ist selbst sein ärgster Feind.

Keiner von uns sollte jemals so reden wie er.

Ich habe Egon Bahr gebeten, zu prüfen, ob wir nicht einen Teil der uns im Wahlkampf zur Verfügung stehenden Fernsehzeit für Wahlkampfsports benutzen sollten, in denen nicht SPD-Politik vorgeführt wird, sondern nur Straußsche Originalaufnahmen wiederholt werden.

Da würden dann jede Wählerin und jeder Wähler noch einmal genießen können, was er über uns schon alles gesagt hat: „Chamäleon“, „Werkzeuge Moskaus“, „Moskaufraktion“, „Unfähigkeit“, „Skrupellosigkeit“, „Größenwahn“, „Heuchelei“, „Verantwortungslosigkeit“, „Kriegskanzler“, „Kriegsandrohungskanzler“, „Panikkanzler“, „Reif für die Nervenheilanstalt“ – das wäre alles Originalton Strauß, und noch viel mehr. Dieser

Mann hat keine Kontrolle über sich, und deshalb darf er erst recht keine Kontrolle über unseren Staat bekommen.

Eine Spitzenleistung war sein Wort in Ingolstadt: Mit der CDU/CSU an der Macht in Bonn wären die Russen in Afghanistan nicht einmarschiert.

– Nein, das hat er nicht zum Lachen gemeint, sondern hier spricht die Selbstüberschätzung – welch eine lebensgefährliche Selbstüberschätzung!

Es ist ganz klar: der Kandidat der CSU hat die sozialliberale Koalition noch zusätzlich gefestigt. Mancher alte CDU-Wähler wird seinetwegen diesmal SPD, viele werden diesmal FDP wählen. Das wird der FDP guttun.

Nicht, daß der FDP-Partner immer einfach gewesen wäre – wir haben oft genug miteinander raufen müssen, vor allem auf dem Felde der Sozialpolitik: Die FDP wird immer das privatwirtschaftliche Versicherungsprinzip betonen und wir natürlich statt dessen die solidarische Vorsorge. Aber wir haben uns immer wieder zusammenraufen können, weil wir beide wissen: Es stehen noch wichtigere Dinge auf dem Spiel. Hans-Dietrich Genscher hat das immer gewußt, Wolfgang Mißnick hat das immer gewußt. Beiden sind wir zu Dank verpflichtet. Herbert Wehner weiß, was er an Wolfgang Mißnick hat – einen zuverlässigen Partner in jeder einzelnen Woche, in der in Bonn im Bundestag gearbeitet werden muß.

Die FDP ist eine durchaus eigenständige Partei. Kein Sozialdemokrat kann erwarten oder verlangen, daß die FDP sozialdemokratische Politik macht, genauso, wie die Liberalen nicht verlangen können, daß wir FDP-Politik machen.

Sondern von Fall zu Fall sind Auseinandersetzungen und Einigungen immer wieder nötig, immer wieder bleiben Kompromisse nötig – das muß man allerdings zugeben. Es hat keinen Zweck, sich von dieser Notwendigkeit abzuwenden.

Das Wahlergebnis der FDP in Nordrhein-Westfalen lag sicherlich auch daran, daß die gleiche Partei nur 300 km von Düsseldorf entfernt, in Saarbrücken, mit der CDU koalitiert.

Die 1700 – oder wie viele es am Schluß waren – Stimmen, die der FDP in Nordrhein-Westfalen an der Fünf-Prozent-Marke gefehlt haben, gehen zum Teil auf das Konto des Herrn Klumpp in Saarbrücken. Das ist ganz klar.

Ich muß heute nicht begründen, warum Freie Demokraten und Sozialdemokraten in Bonn abermals vier Jahre zusammengehen müssen und wollen; denn fast jedermann in Deutschland hat diese

Gründe lange schon verstanden.

Herr Genscher hat am Freitag gesagt und der FDP-Parteitag hat beschlossen – ich zitiere den Kernsatz –:

Die Freie Demokratische Partei erklärt ihren Willen zur Fortsetzung der sozialliberalen Koalition für die nächste Legislaturperiode. Sie ist entschlossen, unter Verwirklichung eines Höchstmaßes an liberaler Politik die Koalition auch weiterhin zu einem gemeinsamen Erfolg für unser Land zu machen.

Wir Sozialdemokraten begrüßen diese Willenserklärung, und wir erklären unsererseits unseren Willen zur Fortsetzung der sozialliberalen Koalition für die nächste Legislaturperiode: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist entschlossen, unter Verwirklichung eines Höchstmaßes sozialdemokratischer Politik die Koalition auch weiterhin zu einem gemeinsamen Erfolg für unser Land zu machen.

Es wird, liebe Freunde, auch in Zukunft innenpolitische Sachfragen geben, wegen derer auch zwischen SPD und FDP hart gerungen werden muß. Das kann man heute schon voraussehen. Zum Beispiel gilt das für die Forschungsförderung, beim Energiesparen, bei der Verstärkung der Rechte der Arbeitnehmer im Betrieb, in der Frage der neuen Medien. Das gilt übrigens auch hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung des europäischen Agrarmarktes.

Aber dies kann den Blick nicht dafür verstellen, daß es in den großen Linien, vor allem in der ganz zentralen Frage der Friedenspolitik, im Willen zur Liberalität unserer Gesellschaft, im Willen zur realistischen, schrittweisen Reform dieser Gesellschaft eine große und solide Übereinstimmung innerhalb der sozialliberalen Koalition gibt. Dies ist das Fundament, auf dem wir auch in den nächsten vier Jahren aufbauen werden.

Wir Sozialdemokraten haben 1980 keine Chance, eine absolute Mehrheit zu bekommen. Worum es geht, ist Erhaltung und Ausbau der sozialliberalen Mehrheit. Bisher hatte unsere Koalition im Bundestag nur eine hauchdünne Mehrheit von vier Stimmen, um Einsprüche des Bundesrates zurückzuweisen. Viele Gesetze konnten wir überhaupt nicht in unserem Sinne gestalten, weil der Bundesrat seine Zustimmung verweigert hat, die wir nicht ersetzen können. Nur mit sehr viel Ruhe und Umsicht, nur weil niemand im falschen Augenblick im Krankenhaus lag, haben wir in den letzten vier Jahren alle diese Klippen umschifft.

Es spricht für die Leistung, für die parlamentarische Gesamtleistung, daß der deutschen Öffentlichkeit dies gar nicht recht bewußt ist. Aber diese Mehrheit muß für die nächsten vier Jahre größer werden.

Wir Sozialdemokraten kämpfen darum, stärker zu werden als die CDU/CSU – so wie 1972.

Darunter hat die FDP 1972 übrigens nicht gelitten. Es hat allen gut getan, und es wird auch in Zukunft allen gut tun.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß wir den Frieden nach innen und nach außen wahren müssen und daß wir diesen Frieden wahren können. Die Krisen in der Welt haben uns in unserer Gewißheit bestärkt. Wir haben nicht nur den Willen, wir haben auch die Fähigkeit zum Frieden. Unmittelbar vor seinem Tode hat Carlo Schmid geschrieben:

Um des Weiterbestehens der Liberalität, der sozialen Solidarität, der freiheitlichen Rechtsstaatlichkeit und der auf Entspannung und

Sicherheit gerichteten Außenpolitik willen, die den Charakter der Politik der sozialliberalen Koalition kennzeichnet, darf die Bundestagswahl 1980 nicht verloren gehen.

Der Carlo hat recht gehabt: Freiheit und Frieden sind nicht ein für allemal zu gewinnen. Vielmehr müssen sie immer wieder – ich sage: tagtäglich – neu gewonnen, abermals gesichert und – oft genug – erneut erkämpft werden. Weil von Deutschland Krieg ausgegangen ist, weil unser Land, unsere Nation bis heute von den Kriegsfolgen gezeichnet ist, weil in jeder deutschen Familie bis in die Gegenwart Spuren des Krieges geblieben sind, gehört es zur nationalen Pflicht der Deutschen, den Frieden nicht nur zu wollen, sondern ihn auch tatsächlich zu festigen und zu gestalten.

Das werden wir gemeinsam tun, wir, die große Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Wir kämpfen gemeinsam für die Sicherheit aller Deutschen, für unser Land und für den Frieden!

Willy Brandt: Sicherheit für Deutschland Die SPD vor der Bundestagswahl Rede auf dem SPD-Parteitag in Essen am 10. 6. 1980

Verehrte Gäste! Liebe Genossinnen und Genossen! Dies war ein Parteitag der Arbeit. Vier Monate vor der Bundestagswahl mit einer so sachlichen Diskussion, mit so soliden Arbeitsergebnissen – dies soll uns erstmal eine andere Partei nachmachen!

Wir hatten nicht vor, mit dem CDU-Parteitag in Berlin zu konkurrieren, schon gar nicht mit Herrn Strauß. Wir setzen unsere eigenen Maßstäbe, und die Bürger unseres Landes werden, so denke ich, den Unterschied zwischen bloßer Polemik und Sachlichkeit zu schätzen wissen.

Ich nenne das eine sinnvolle Arbeitsteilung: Wir werben für unser Programm, Strauß wirbt gegen sich selbst.

Und dabei wollen wir ihm dann gern noch helfen.

Das Ergebnis unseres Parteitages, liebe Freunde, Genossinnen und Genossen, läßt sich leicht zusammenfassen:

● Erstens. Wir haben unser Programm für die Parlaments- und Regierungsarbeit der nächsten vier Jah-

re beschlossen. Dabei hat sich neben anderem nicht minder Wichtigem ergeben: Wir lassen uns nicht erschüttern in unserer Haltung als europäische Partei und als Partei des Westens. Aber diese SPD ist auch die Partei, die unermüdlich und unerschütterlich bleibt in ihrem Bemühen um Zusammenarbeit für den Frieden, und eine Partei, die auf gründlicher Reform bestehen muß – wir haben das an mehr als einem Punkt unserer Tagesordnung deutlich gemacht –, damit Europa nicht kaputtgeht.

● Zweitens. Unser personelles Angebot haben wir nicht besonders feilbieten müssen. Es ist da. Helmut Schmidt ist da, unser Volk kennt ihn, er bedarf keiner krampfhaften Hervorhebung. Unser Land kann sich Strauß statt Schmidt einfach nicht leisten!

● Drittens. Wir haben aufgezeigt, daß und wie eindeutig wir an der Seite der Arbeitnehmer stehen, wie wir weiter für soziale Sicherung sorgen, daß die Rentnerinnen und Rentner sich auf uns verlassen können und daß wir soziale Demokratie weiterhin gestalten und uns mit den Teilen der jungen Generation, die dies zusammen mit uns tun möchten, neuen Aufgaben zuwenden wollen.

● Viertens haben wir keine Zweifel daran gelassen, wie es nach dem 5. Oktober mit der Bundesregierung weitergehen soll. Wir wollen stärker werden

als die Unionsparteien, als CSU und CDU zusammen.

Und wir wollen die sozial-liberale Koalition weiterführen, mit möglichst viel sozialdemokratischer Politik. Dazu brauchen wir jede Stimme, jede einzelne Stimme, die für uns erreichbar ist.

Bevor ich mich weiter zur Sache äußere, möchte ich mich in vielfacher Hinsicht herzlich bedanken: beim Parteitag selbst, bei den Delegierten, die ihn ausmachen, beim Präsidium, das uns durch die Beratungen des gestrigen und des heutigen Tages hindurchgeführt hat.

Ich möchte mich bedanken bei Horst Katzor, dem Oberbürgermeister und Essener Parteivorsitzenden, für die nicht nur Freundlichkeit, sondern Freundschaft, mit der wir hier bei Euch in Essen aufgenommen worden sind.

Dank den Mitarbeitern! Egon Bahr und Fritz Halstenberg mögen das an die weiterleiten, die nicht so oft mit Namen genannt werden, ohne die wir aber unsere Arbeit nicht leisten könnten. Dank an die, die mit Herbert Wehner, Herbert Ehrenberg und Anke Fuchs an der Spitze das Programm zur zukunftsgerichteten Weiterentwicklung der Alterssicherung auf den Weg und hier zur Annahme gebracht haben. Dank denen, die unter der Federführung von Hans-Jürgen Wischniewski am Wahlprogramm gearbeitet haben, allen, die mitgearbeitet und, auf welche Weise auch immer, geholfen haben, nicht zuletzt Helmut Schmidt für die inhaltreiche sachliche Grundlage, die er gestern durch seine Rede für diesen Wahlkampf geboten hat, in dem er, Helmut Schmidt, sich auf diese seine, unsere Partei verlassen kann.

Ich denke, liebe Freunde, unser Wahlprogramm ist gut geworden. Es hat noch gewonnen. Die Leistungsbilanz ist hinzugekommen.

Wichtige Daten dürfen wir in der Tat nicht unter den Tisch fallen lassen. Es gibt Zeiten, in denen ist die Sicherung des Erreichten – zumal die Bewahrung dessen, was sich bewährt hat – von großer, von dominierender Bedeutung.

Nur gilt es dann, gleich hinzuzufügen: Für eine Partei der sozialen Demokratie und, was für mich gleichbedeutend, deckungsgleich ist, eine Partei des demokratischen Sozialismus kann Bewahrung allein natürlich nie das tragende Prinzip sein.

Die Leistungsbilanz ist notwendig. Wie kämen wir dazu, uns in dieser schnellleibigen, gefährvollen Zeit nicht auf das zu berufen, was unter zum Teil sehr widrigen, sehr schwierigen Umständen gesichert und neu geschaffen worden ist! Aber wir müssen, so gut

wie wir es können, auch denen gerecht werden, die mehr hören wollen – und dies, nachdem, wie Johannes Rau dieser Tage in seiner bemerkenswerten Regierungserklärung sagte, für viele unklar geworden ist, was Fortschritt bringt und was Zukunft bedeutet.

Es sind ja nicht nur junge Leute, von denen manche Angst vor der Zukunft haben und Hilfe suchen – nicht nur Trost, nicht nur Werte, sondern Perspektive, handfeste Orientierung, so man sie geben kann, über den Tag hinaus. Selbst der Auftrag des Grundgesetzes, den demokratischen und sozialen Bundesstaat immer wieder und weiter zu verwirklichen, läßt und ließe sich natürlich durch bloßes Beharren nicht erfüllen.

Und die Partei weiß – so sie es nicht wissen sollte, soll sie es wissen, gerade auch vor einem neuen Wahlkampf –, daß sie nicht nur gefragt ist, wo es darum geht, Wahlen zu gewinnen und Regierungseinfluß zu bewahren. Unsere Partei ist nach dem Wort eines unserer Parteigründer in einem Prozeß der permanenten geistigen Mauserung auch dazu da, neue Fragen aufzugreifen, den Weg nach vorn abzustecken, die Substanz freiheitlich sozialistischen Denkens lebendig zu erhalten und, so wir können, anzureichern.

Liebe Freunde, bevor wir diesen Parteitag zum Abschluß bringen, will ich noch einmal für mich und für andere meine Antwort suchen auf fünf Fragen, die hier eine besondere Rolle gespielt haben:

Wie ist der Frieden noch zu retten?

Was soll aus Europa werden?

Können wir der Jugend politische Heimat sein?

Was heißt das heute: Demokratie wagen?

Wohin treibt Strauß die Union?

Ich habe mir vielleicht nicht die leichtesten Fragen ausgesucht. Auf anderes brauchte ich jedoch nicht mehr einzugehen, zumal wir gestern zu vielem Erschöpfendes gehört und es in der Diskussion ergänzt haben, zumal wir auch gehört haben, wie wir wirtschaftlich dastehen und was wir zu erwarten haben, und nachdem gestern Abend zur sozialen Sicherheit hier so konstruktive Beschlüsse gefaßt worden sind. Meine Antworten mögen noch einmal zeigen, daß es über das Angebot zur Person hinaus nicht schwer ist, unseren Landsleuten zu sagen, weshalb sie gut beraten sind, sozialdemokratisch, die Kandidaten der SPD zu wählen.

Erste Frage: Wie ist der Frieden noch zu retten?

Wir wissen es alle: Es brennt fast rund um den Erdball. Vielerorts flackern die Krisenfeuer. Jedes einzelne hätte in früheren Jahrzehnten gereicht,

einen großen Krieg zu entfesseln. Und auch wir tun uns schwer, denn diese Brände lassen sich nicht mit einer Feuerpatsche ausschlagen. Regionale Rivalitäten verbinden sich mit Gegensätzen zwischen Ost und West, und diese wiederum vermengen sich mit den Folgen des krassen Nord-Süd-Gefälles. Die tief gestörten Beziehungen zwischen den Weltmächten lassen sich nicht gesundeten. Aber verschüttete Wege wieder gangbar zu machen, daran müssen und wollen wir mithelfen. Unsere wirklichen Interessen, die Interessen der Europäer und der westlichen Gemeinschaft, verlangen dies. Sie verlangen auch, daß wir aus dem Westen besser als bisher versuchen, jene zu begreifen, die traditionell anders denken und empfinden als wir – ob Schwarz oder Gelb, ob Moslem oder Hindu.

Denn alle Menschen, fast alle 4,3 Milliarden Menschen auf unserem Planeten, eint trotz aller bestehenden, gewachsenen und künstlich erzeugten Gegensätze dies: das zutiefst menschliche Interesse am Überleben.

Weltmächte – bei einigen Unterschieden, die wir natürlich nicht übersehen – gehorchen eigenen Gesetzen. Sie haben ihre eigene Art, Interessen durchzusetzen. Früher führte solche gegenläufige Eigengesetzlichkeit immer wieder zum Krieg. Heute, wo der Krieg das Ende aller Dinge sein kann, müssen alle bereit sein, auch Weltmächte, für den Frieden einen höheren Preis zu zahlen.

Kein Mitglied der Staatengemeinschaft kann das Recht haben, kurzfristigen Vorteile wegen den Frieden aufs Spiel zu setzen.

Es mag ja so sein und es ist gut, wenn die Periode der Sprachlosigkeit überwunden wird. Aber ob es alle schon begriffen haben oder nicht: Man muß miteinander sprechen, verhandeln und sogar Vertrauen wachsen lassen, wo Mißtrauen noch so lähmend wirkt.

Man muß nicht nur reden wollen, sondern man muß auch wissen, worüber zu reden ist. Deshalb ist es wichtig und richtig – oder umgekehrt: richtig und wichtig –, daß der Bundeskanzler sich nicht hat ausreden lassen, die Einladung nach Moskau anzunehmen.

Helmut Schmidt fährt nicht als Bittsteller. Übrigens: Er fährt als Kanzler eines Staates, zu dem auch die Neinsager gehören. Er vertritt sie insoweit mit.

Nun wollen wir uns nicht wichtiger nehmen, als wir es sind. Aber ich denke, man kann doch sagen, wir haben den Frieden in Europa sicherer gemacht durch die Politik der Verträge und der guten Nachbarschaft. Seht euch um in der Welt! Ob in Asien,

im Mittleren oder Nahen Osten, in Afrika oder in Mittelamerika: Krisen, Unsicherheit oder die Gefahr der Konfrontation. Europa ist die zentrale Zone der Stabilität und der Sicherheit auf der Welt geworden und wird dies hoffentlich bleiben können.

Nicht weniger, sondern mehr Entspannung auf der Welt heißt unsere Konsequenz.

Nicht nur für Europa, liebe Freunde, sondern auch für andere Kontinente mag unsere Erfahrung, die europäische Erfahrung des Gewaltverzichts und einer gar nicht immer so einfachen Entspannungspolitik gelten, damit der Frieden nicht nur bei uns, sondern weltweit sicherer wird; damit er nicht nur sicherer wird, sondern vielleicht eines Tages sogar sicher. Dies muß jedenfalls das große Ziel für die achtziger Jahre sein, das über allem anderen steht.

Eines wird die sowjetische Führung nicht vergessen haben: Die Amerikaner sind und bleiben die natürlichen Verbündeten Westeuropas, und eine funktionierende westliche Allianz erleichtert auch die Verständigung zwischen West und Ost, wenn man das richtig angeht.

Aber wir würden weder uns noch anderen einen Gefallen getan haben oder tun, wenn wir dazu beigetragen hätten oder beitrügen, daß in Europa noch ein akuter Krisenherd entstünde. Europa als Zone relativer Stabilität kann und muß erhalten bleiben. Das geht nicht ohne, schon gar nicht gegen die Sowjetunion. Wie immer man die Interessen dieser Weltmacht einschätzen mag: Die Lust am Untergang gehört meiner Einschätzung nach nicht dazu.

Die Sowjetunion hat mit inneren, zumal wirtschaftlichen Problemen zu tun. Ihre außenpolitische Bilanz ist übrigens auch nicht so eindrucksvoll, wie ihre Propagandisten und gewisse rechtsreaktionäre Scharfmacher uns in einem seltsamen Gleichklang weismachen wollen. So fabelhaft war das ja nicht mit den über hundert Stimmen gegen sich in der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Andererseits könnte von Moskau aus betrachtet die Welt allerdings auch so aussehen, daß vier von fünf Machtzentren dieser Erde sich einmal gegen sie zusammentun. Ich kann mir vorstellen, daß so etwas in den Köpfen mancher Leute umgeht. Wenn das so wäre, machte dies das Bemühen um ein militärisches Gleichgewicht ganz gewiß nicht leichter.

Im übrigen, liebe Freunde, wissen die Bauern in der Ukraine wie anderswo, daß nicht jede Saat aufgeht. Politiker im Kreml wissen oder werden neu zu lernen haben, daß manche Ernte verhagelt. Da stützt ich mich nicht notwendigerweise auf Meldungen des heutigen Tages, sondern das ist eine allgemeinere

Einschätzung.

Ich nenne im übrigen das Stichwort Karnbodscha. Ich rufe – und da muß ich nun auch die chinesische Adresse nennen – in unser Bewußtsein, daß es dort den größten Völkermord seit Hitler gegeben hat, und er ist immer noch nicht abgeschlossen.

Das vielzitierte Weltgewissen blieb schrecklich ruhig, fast grabesstill. Es war ja auch nicht mal Öl in der Nähe.

Die deutsche Politik darf sich nicht verheben. Wir sind nicht das Weltgewissen, erst recht nicht die Weltfeuerwehr. Aber wir sollten mutig, stark und wohl auch einflußreich genug sein, um unseren Friedenswillen überall zur Geltung zu bringen, mag die Chance im einzelnen häufig auch noch so klein sein.

Das gilt für Iran und Afghanistan. Das gilt auch für jeden Schritt zu noch mehr Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Das gilt für die Begrenzung nicht nur der Granaten und der Grenadiere, sondern auch der atomaren Massenzerstörungsmaschinen, ob sie nun interkontinental oder „bloß“ kontinental eingesetzt werden können.

Zum erstenmal in der Geschichte hat die Menschheit die technische Möglichkeit, sich selbst auszuroten. In der vor uns liegenden Zeit, wahrscheinlich noch in den achtziger Jahren, wird sich entscheiden, ob politisch verhindert werden kann, was technisch möglich ist.

Und so einfach sich das anhören mag, was ich jetzt sage; schwierige Dinge lassen sich auch in einfache Formeln bringen: Vornehmste Aufgabe deutscher Sozialdemokraten ist es und bleibt es, mit dafür zu sorgen, daß die Menschheit sich nicht zu Tode rüstet.

Bei allen Zwängen – nicht nur Zwängen, auch freien Vereinbarungen –, in die wir eingebunden sind, müssen wir dies stets in Erinnerung behalten.

Hier in Essen – wie auf dem Berliner Parteitag im Dezember – haben wir keinen Zweifel daran gelassen, für wie wichtig wir Verhandlungen halten; gerade auch über die strategischen Waffen in Europa. Dies ist sogar noch richtiger geworden.

Rüstungswettlauf ist ja auch kein Naturgesetz, sondern Folge politischer Entscheidungen. Wie schwierig Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sind, braucht uns keiner zu sagen. Aber unmöglich sind sie nicht. Sie sind es allerdings nur in einer Atmosphäre wiedergewonnener Entspannung.

Was sagen wir also den Menschen, gerade den jungen Menschen, die nach den Chancen des Friedens fragen? Wir können und wir dürfen ihnen den Ernst der Lage nicht vorenthalten, auch nicht die Größe

der Gefahren. Aber wir sagen ihnen: Wir Deutschen können etwas tun, und wir tun ja auch etwas. Die Regierung ist auf fast allen möglichen Gebieten tätig, und die SPD bemüht sich zusätzlich mit den Verbindungen, über die sie zu vielen Teilen der Welt verfügt.

Die Lage in der Welt wäre allein schon ein Grund genug, daß man uns am 5. Oktober mit zusätzlichem Vertrauen ausstattet. Deshalb sagt dies noch ein bißchen deutlicher als bisher: Wir Deutschen können etwas tun, um den Frieden retten zu helfen. Aber nicht mit Strauß und den längst überholten Programmen der CSU und CDU.

Ich stelle uns hier die Zusatzfrage: Wollen wir uns zumuten, in diesen Monaten auch noch über Nord-Süd-Fragen zu reden? Viele von uns halten dies für unumgänglich. Ost-West und Nord-Süd lassen sich, wie auch Helmut Schmidt gestern klargemacht hat, nicht mehr voneinander scheiden. Die schlimmen Gefahrenherde sind heute immer da, wo Ost-West-Konflikt und Nord-Süd-Spannung sich schneiden: Vietnam, südliches Afrika, Vorderer Orient, auch Afghanistan, auch Iran.

Ideen sind in den Nord-Süd-Zusammenhängen gefragt, vor allem aber mutige Schritte, um die beiden größten, in ihrer Wechselwirkung so explosiven Gefahren wirklich zu entschärfen: das Wettüsten und den Welthunger. Was immer den Hunderten von Millionen Kleinbauern in der Dritten Welt hilft, etwas mehr etwas weniger mühsam zu erzeugen, ist auch ein Beitrag zum Frieden.

Ich habe gesagt: zum erstenmal – nicht erst heute, sondern seit einigen Jahrzehnten – ist die Menschheit technisch in der Lage, sich auszuroten. Die Menschheit ist heute auch in der Lage, was sie nicht immer war, Hunger und Seuchen und krasses Elend abzuschaffen – mit weit weniger Mitteln als denen, die heute für Rüstungen ausgegeben werden.

Wie wir aus einem jüngsten Bericht der Vereinten Nationen wissen, eine Million Dollar pro Minute. Eine Million Dollar pro Minute!

Nun, Illusionen dürfen wir nicht verbreiten: als ob wir aussteigen und allein den Rüstungswettlauf bremsen könnten oder als ob wir allein die Gräben zwischen arm und reich auf der Welt zuschütten könnten. Aber gemeinsam mit anderen können und – ich denke, wollen wir mehr als bisher tun, um die weltwirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit so zu fördern, daß alle etwas davon haben, auch wir. Dabei denke ich nicht nur an Energie, sondern vor allem an neue zukunftsfruchtige Arbeitsplätze, die sich aus einem stärkeren Tempo wirt-

schaftlicher Entwicklung in anderen Teilen der Welt ergeben.

Was immer das Verständnis zwischen West- und Osteuropa fördert, kann Kräfte für die Überwindung des Hungers in der Welt freisetzen.

Ich frage uns jetzt noch einmal miteinander: Wo wohl würde Deutschland landen, wenn es sich von einer bewährten Vertragspolitik und von den Ansätzen einer weitsichtigen Entwicklungspolitik abbringen ließe? Wo kämen wir hin, wenn wir nach Straußschen Rezepten kochen würden? Dann säßen wir bald nur mit Chile und Südafrika am Tisch, um die Suppe auszulöffeln.

Auch dies: Dem Schah haben modernste Waffen und ein perfekter, brutaler Geheimdienst nichts genutzt. Anderswo werden sie auch nichts nützen, wenn die soziale oder nationale Rechnung nicht stimmt. Auch nicht in Südkorea; laßt mich das aus aktuellem Anlaß sagen.

Unmenschlichkeit bleibt für uns Sozialdemokraten Unmenschlichkeit, auch wenn sie da geschieht, wo manche militanten Antikommunismus mit demokratischer Gesinnung verwechseln.

Der ganze Westen muß aufpassen, daß er sich nicht vermeintlicher strategischer – manchmal auch ökonomischer – Interessen wegen immer noch einmal an Regime bindet, die die Zukunft hinter sich haben.

Der Westen ist nicht schwach, der Westen hat Trümpfe, was die Inhalte angeht. Aber er wird sie nur behalten, wenn auch die extremen Ungleichheiten zwischen den Nationen abgebaut werden. Nichts führt jedenfalls daran vorbei zu reden, zu verhandeln und zu handeln mit West und Ost, mit Nord und Süd. Das können die Unions-Parteien nicht so, wie es jetzt geboten ist, schon gar nicht in dem Zustand, in dem sie sich heute befinden. Hierzu braucht man das sozial-liberale Regierungsbündnis und den sozialdemokratischen Bundeskanzler.

Zweite Frage: Was soll aus Europa werden?

Das hat uns beschäftigt, und wir haben es uns nicht leichtgemacht. Vielleicht gähnt die deutsche Jugend nur noch vor Langeweile, wenn von Brüssel und von Straßburg die Rede ist. Sicher sind manche, die damals nach dem Krieg in Europa die große Hoffnung sahen, heute ratlos oder bitter enttäuscht.

Damals, nach 1945 – das wollen wir nicht vergessen, und die anderen, was Euer großer Vorteil ist, die Ihr noch nicht dabei sein konntet, solltet es auch mit in Euer Denken aufnehmen – waren es die Amerikaner, die uns auch auf Grund eigener Inter-

essen – aber nicht nur – mit dem Marshall-Plan wieder auf die Beine halfen.

Sie ermutigten uns, Europa zu einen, wenn auch manchmal in der irrigen Annahme, man könnte die neue Welt in der alten kopieren. Das war nie realistisch. Aber der Gedanke, sich zusammenzutun, ohne die nationalen Eigenheiten einzuebrennen, war richtig, und er bleibt richtig.

Damals, nach 1945, haben die Amerikaner nicht so recht verstanden, warum wir Westeuropäer uns so schwer taten, neue Formen der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Verantwortung mit einer gewissen Kühnheit durchzusetzen. Heute gibt es gelegentlich andere Schwierigkeiten der Verständigung über das große Wasser hinweg. Wer aus einem solchen Satz Antiamerikanismus macht, betreibt plumpe Brunnenvergiftung. Ich bin ausgewiesen nicht als Widersacher, sondern als Freund der Vereinigten Staaten.

Aber die Menschen in Europa müssen fragen dürfen, was ihnen nützt und was ihnen schadet. Das müssen sie so sagen dürfen, wie sie es für richtig halten, und müssen es einbringen in die gemeinsame Meinungsbildung.

Wir leben nicht ohne Verständnis für die äußeren und inneren Probleme der Amerikaner. Wir müssen darum bitten, daß man auch in Amerika immer wieder versucht, die Europäer zu verstehen. Dazu wollen wir beitragen, auch durch unsere Freundschaften und unsere persönlichen Kontakte.

Wenn man allerdings von Europa aus Ansprüche an andere stellt, muß man zuerst selbst solchen Ansprüchen gerecht werden, und zwar dadurch, daß man das eigene Haus in Ordnung hält oder in Ordnung bringt, wo es nicht in Ordnung ist.

Da ist innerhalb der europäischen Staaten und vor allem in der Europäischen Gemeinschaft viel zu tun.

Die EG ist die größte Handelsmacht der Welt. Vor zehn Jahren hatte ich gehofft und gesagt – übrigens auf unserem Saarbrücker Parteitag 1970 –, die EG könne über die Wirtschaftsgemeinschaft hinaus auch zur großen Sozialgemeinschaft dieser Welt werden. Da ist vieles in Ansätzen steckengeblieben, mehr noch: Die Gemeinschaft steckt heute in einer ersten Krise. Sie befindet sich in einem miserablen Zustand. Ich kann es mir leisten, noch etwas deutlicher zu sprechen als unsere Freunde in der Regierung. Ich treffe mich mit denen, die sich gestern und heute dazu im Rahmen des Parteitages geäußert haben.

Manche europäische Treffen vermitteln heute ein ärgerliches Bild. Da feilschen vielbeschäftigte Leute wie Händler im Basar, ohne den Teppich zu kaufen.

Das kann wohl nicht nur an London liegen. Ich will nicht noch einmal in dem Topf mit den EG-Finzen und dem britischen Beitrag herumrühren, der objektiv zweifellos weit überhöht war. Eine Entscheidung mußte getroffen werden. Die Bundesregierung hat sie getroffen. Wir drücken uns nicht an dieser Entscheidung vorbei. Aber ich will uns und unsere Öffentlichkeit erneut daran erinnern, wie aus einer vernünftigen Sache gefährlicher Unsinn werden kann.

Seinerzeit hat es einen Ausgleich zwischen Deutschen und Franzosen gegeben – das war damals zu Adenauers und de Gaulles Zeiten –, der seinen Sinn hatte. Die gemeinsame Agrarpolitik sollte die französische Landwirtschaft in Europa wettbewerbsfähig halten. Und wir erreichten für unsere Industrie die Vorteile des Gemeinsamen Marktes.

Was daraus geworden ist, kann meiner festen Überzeugung nach nicht mehr lange so bleiben. Wir stoßen ja auch auf wachsende, nein auf helle Empörung, nicht nur unter den deutschen Verbrauchern, die hohe Preise zahlen müssen, während die einfachen Landwirte selbst nicht besonders gut wegkommen. Und alle dürfen mitansehen, wie Lebensmittel anderswo vernichtet oder verramscht werden.

70 Prozent, über 70 Prozent – das muß noch einmal festgehalten werden – aller EG-Milliarden fließen in die diversen Agrarkanäle – der geringste Teil zu den eigentlichen Bauern selbst. Nur ein kümmerlicher Beitrag im Verhältnis dazu wird aufgewendet, um in strukturschwachen Gebieten neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Mißverhältnis führt auf Dauer dazu, daß sich Verbraucher und Arbeitnehmer immer weniger mit der Europäischen Gemeinschaft identifizieren.

Die Arbeitnehmer sagen – und wir mit ihnen – die Großproduzenten, die Agro-Fabriken, brauchen nicht immer noch bessergestellt zu werden; die Einkommensunterschiede in der Landwirtschaft müssen nicht immer noch größer werden, als sie es in den letzten Jahren geworden sind.

Butterberge, Rindfleischhalden und Weinseen sind nicht Krisenvorräte, wie man uns einreden will, sondern sie sind eine Mißwirtschaft.

Die Agrarpolitik der EG muß an Haupt und Gliedern reformiert werden: weniger Subventionen, die wie ein warmer Regen gleichmäßig auf Große und Kleine herniederrieseln. Die Reform muß bald kommen, soll nicht die Gemeinschaft – wie ich andeutete – kaputtgehen. Aus dem Reformauftrag an die Brüsseler Kommission wird im Ergebnis nichts herauskommen, wenn nicht auch ein starker Druck der

öffentlichen Meinungen auf die Kommission und auf die Regierungen im Ministerrat zustande kommt.

Das gilt übrigens auch für die Energiepolitik. Da kann mir keiner etwas sagen: Eine Kommission mit einer Anzahl erwachsener Leute – schlecht bezahlt werden sie auch nicht –, hätte in der Lage sein müssen, bis zu diesem Frühjahr 1980 die Andeutung eines europäischen Energiekonzepts auf den Tisch zu legen. Sie haben es nicht getan.

Druck auf die Regierungen – auch unsere eigene Regierung kann den Druck brauchen, anderen gegenüber. Auch die französischen Freunde müssen wissen, daß das alles so mit durchzuhalten gar nicht einfach ist.

Die zuständigen Ministerräte müssen Rechenschaft ablegen, ob sie wirklich immer zuständig sind, ob es eigentlich dem Vertrag von Rom entspricht, daß sich die Landwirtschaftsminister einfach „Ministerrat“ nennen. Das stand ursprünglich so nicht drin. Das ist so daraus geworden. Schonung haben die Institutionen, wo es um die kritischen Dinge geht, nicht mehr verdient.

Unsere wirtschaftspolitische Kommission – das haben wir übrigens schon am Sonntag beschlossen; wir haben es nicht deutlich genug gemacht in dem, was gestern gesagt wurde – soll gemeinsam mit unseren Europaparlamentariern und landwirtschaftlich Sachkundigen ein Reformkonzept vorlegen, und zwar nicht irgendwann, sondern in den nächsten Monaten. Ich will auch hier keine Illusionen nähren. Eine Politik, die sich nun 25 Jahre lang entwickelt und zu einem großen Teil fehlentwickelt hat, kann nur schrittweise korrigiert werden. Gemeinsame Korrekturen bei verschiedenen Interessen innerhalb der EG sind nicht einfach. Aber gerade darum müssen wir in der Bundesrepublik im Herbst dieses Jahres mit einem Stufenplan beginnen. Er muß so konkret wie möglich sein.

Wir deutschen Sozialdemokraten wollen gesicherte Einkommen auch für die Landwirte, so, wie wir auch die soziale Sicherung für die Landwirte gewollt und erreicht haben. Aber die öffentliche Verswendung können wir weder finanziell noch politisch länger dulden.

Das im vorigen Jahr gewählte Europäische Parlament tut sich schwer. Man hat ihm ja auch nicht allzuviel anvertraut. Es muß seinen Platz finden und helfen, daß sich europäisches Bewußtsein formt und daß auch von dort her Einfluß gegenüber den anderen Institutionen geltend gemacht wird – da kann es nur besser werden. Unsere Freunde in Straßburg brauchen sachliche Ermutigung und kritische Beglei-

tung. Ich hoffe, daß die Partei sie ihnen geben wird.

Das neue weltpolitische Bewußtsein des alten Kontinents, das Gefühl, gefordert zu sein, das ist die Chance, auch die Dinge innerhalb der Gemeinschaft ins Lot zu bringen.

Das können wir besser als eine Union, die selbst Adenauers Erbe schlecht, so schlecht verwaltet. Wir Sozialdemokraten sind traditionell europabewußt. Wir geben die Arbeit an Europa nicht auf. Aber wer für Europa ist, darf den Konflikt nicht scheuen. Die Idee bleibt richtig: Sorgen wir dafür, daß etwas Richtiges daraus wird!

Dritte Frage: Können wir der Jugend politische Heimat sein?

Wo es um die großen Herausforderungen geht, ist – wenn sage ich es hier – die Jugend besonders gefordert. Viele der Jüngeren spüren die Gefahren und sind offen für jeden ehrlichen Versuch, sich mit dem Widersinn von Wettrüsten und Welthunger auseinanderzusetzen – nicht abstrakt, sondern möglichst konkret und auch nicht nur mit dem eher bürokratischen Hinweis, daß wir allein nicht viel tun könnten.

Es sind auch Sorgen um den Sinn oder Widersinn des bloß Materiellen, die manche der Jungen – und nicht die schlechtesten – beschäftigen: Sorgen wegen der natürlichen Umwelt, wegen der Ohnmacht, die der einzelne empfinden kann gegenüber anonymen Mächten, gegenüber dem lautlosen Diktat vermealntlicher Sachzwänge.

Wir müssen weiterhin sehr darauf achten, daß uns nicht eine Plakette mit den Stichworten „Gängelei“ und „Bvormundung“ ans Hemd gepappt wird – da gehört das nicht hin.

Bei der Bundestagswahl 1972, in Ansätzen schon 1960/61, als wir das Wort „Ökologie“ noch nicht kannten – Ich jedenfalls nicht –, haben wir die Frage nach der Qualität des Lebens gestellt. Wir haben seit 20 Jahren – mit unterschiedlichem, aber im ganzen nicht geringem Erfolg, wie sich aus den gestern vorgetragenen Ziffern gezeigt hat – daran gearbeitet, die natürliche Umwelt zu schützen. Und es wurde gezeigt, daß Fortschritt möglich ist, ohne die Gesamtverantwortung für die produzierende Wirtschaft zu vernachlässigen.

Ich möchte mal wissen, wer im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie klarer und konsequenter wäre, als wir es mit dem sind, was auf dem Berliner Parteitag vor einem halben Jahr beschlossen und hier bestätigt worden ist. Jetzt gilt es, dies, so zügig wir können, in praktische Politik umzusetzen – und natürlich nicht nach dem Motto: Je mehr Öko-

logie, desto weniger Ökonomie.

In unserer Partei ist man aufeinander zugegangen, und das finde ich gut. Was Helmut Schmidt gestern über die Grenzen des technisch Machbaren sagte, was dem Parteitag zum Thema „Schadstoff-Wachstum“ unterbreitet wurde, führt die Meinungsbildung vorteilhaft voran.

Liebe Genossen, wo es um Beschäftigungspolitik geht, um Ausbildung, Lehrstellen und neue Arbeitsplätze, dürfen wir nie selbstzufrieden werden. Und es ist eine Aufgabe für alle jetzt überschaubaren Zeiten, den technischen Wandel beherrschbar zu machen.

Unser Weg kann nicht der einer – ich greife das Wort noch einmal auf – Ellenbogengesellschaft sein, also einer, die durch Rücksichtslosigkeit geprägt ist. Wir sind angetreten, um Solidarität in der Gesellschaft und mehr Menschlichkeit verwirklichen zu helfen.

Es gilt auch zu verstehen: Einer ganzen jungen Generation – oder großen Teilen von ihr – müssen wir als eine Partei erscheinen, die schon lange dran ist: Diejenigen, die im Oktober zum ersten Mal an Bundestagswahlen teilnehmen, waren vier Jahre alt, als wir – oder einige von uns – in die Bundesregierung gingen, und sie waren gerade zur Schule gekommen, als wir in Bonn die Führung der Regierungsgeschäfte übernahmen. Von diesem etwas plumpen Hinweis, der einfach mit dem Lebensalter von Erstwählern zu tun hat, einmal abgesehen: Kann man eigentlich sicher sein, liebe Genossen, ob und daß wir als SPD immer sensibel genug sind, die Impulse einer neuen Generation aufzunehmen?

Nun denke ich: Die Zahl solcher, die die SPD für arg mitgenommen halten, ist – absolut betrachtet – nicht sehr groß. Aber immerhin war sie groß genug, uns in Schleswig-Holstein um die Regierungsverantwortung zu bringen oder den NDR an einen Punkt zu treiben, an dem nur noch Richter in Berlin ihn retten konnten.

Deshalb: Einige wenige Prozent dieser Stimmen können die Wahlen im Herbst entscheiden.

Ich möchte, daß wir – gerade aus den Reihen der Jüngeren – viel Zustimmung auf Grund der Einsicht bekommen, daß wir eine vernünftige Politik machen, und daß wir die Fähigkeit haben, uns auch in jahrelanger Verantwortung immer wieder zu erneuern. Daß man uns also nicht nur will, weil man gegen Strauß ist. Dazu gehört, daß wir den Jungen nicht vormachen, wir hätten jetzt bloß mit einer Reihe von Einzelkrisen oder Pannen fertigzuwerden und könnten dann quasi zu einem „Normalzustand“ zurück-

kehren. Die Krisen, die uns heute herausfordern, sind in Wahrheit Elemente eines tiefen Umbruchs.

Ich denke, wir haben miteinander das Gefühl und die Gewißheit: Die SPD – unsere SPD – ist kein vergreister Wahlverein. Wir sind als Partei 117 Jahre alt; das ist wahr. Ob ihr es glaubt oder nicht: Daran kann selbst ich mich nicht mehr genau erinnern. Aber eines weiß auch ich auf Grund jahrelanger Erfahrung: Im Auf und Ab der deutschen Geschichte hat unsere Partei immer wieder die Kraft gehabt, alte Grundüberzeugungen mit neuen Erkenntnissen auf einen Nenner zu bringen.

Mir fällt es selbst nicht leicht, die neuen Riten jener Teile einer neuen Generation zu verstehen, die sich in mehr oder minder ausgeprägter Form dem, was ist, verweigern. Vielleicht täuscht mein Eindruck, aber ich zweifle sehr, ob man wirklich dabei ist, eine neue, eigene Kultur zu begründen. Ist es nicht vielmehr, so frage ich mich manchmal, die Addition individueller Einsamkeit? Auch das müßte übrigens ernstgenommen werden, mit dem klaren Eingeständnis, daß wir nicht wissen, wie alle Probleme gelöst werden sollen. Aber wir wissen, daß Weglaufen nicht hilft, jedenfalls hilft es ganz selten und nicht vielen.

Ich weiß, es ist nicht immer leicht für die SPD, den Bogen zu denen zu schlagen, die eigentlich bei uns und für uns sein müßten. Schließlich können wir auch nicht alles auf einmal oder zugleich bieten: gewissermaßen ein Gehöge für seltene Tiere, eine Idylle im Dreißig-Prozent-Turm, das geräumige Mehrzweckhaus der führenden Regierungspartei. Nein, wir müssen uns auf das konzentrieren, was unser geschichtlicher und aktueller Auftrag ist und was wir in Godesberg daraus gemacht haben. Wenn man es allen einfach nur recht machen will, macht man es bekanntlich niemandem recht! Und wer gerade den Jüngeren einfach nach dem Mund redet, wird rasch auch von ihnen als Schwätzer durchschaut.

Unser Weg, liebe Genossen, zur großen, linken Volkspartei war nicht einfach, aber er war Voraussetzung dafür, die führende Regierungspartei zu werden. Hier wird nichts zurückgedreht und nichts aufs Spiel gesetzt, hoffe ich. Darum müssen wir uns immer wieder klarmachen: Volkspartei ist man nicht, man muß es immer wieder aufs neue werden. Dazu gehört dreierlei:

Erstens das Vertrauen rechtfertigen, das die deutschen Arbeiter, für die wir angetreten sind, in uns setzen.

Zweitens noch mehr solcher Wähler gewinnen, die

zu CDU oder CSU kein Vertrauen mehr haben.

Und drittens offen sein gegenüber dem, was sich neu regt und nach vorn drängt. Das bedeutet dann eben auch: Was richtig ist an den ökologischen Fragen, hat in der SPD seinen natürlichen Platz.

Daß sich die Frauen mit vielem nicht mehr abfinden, was war und was – trotz vorgeblicher Gleichberechtigung – geblieben ist, sollten auch manche Sozialdemokraten gefälligst bald zur Kenntnis nehmen.

Viele Frauen lassen sich nicht mehr in die Fallgruben des Protestfeminismus oder der Heimchen-am-Herd-Ideologie locken. Viele gehen längst ihren eigenen Weg und brauchen nicht erst durch uns auf ihn gesetzt zu werden. Wir sozialdemokratischen Männer sollten ihnen jedenfalls keine Steine in den Weg legen.

Genossen, im Zusammenhalt liegt unsere Stärke, auch in der geistigen Vielfalt und Lebendigkeit. Ich sage mit Bedacht: Ja, wir wollen uns Mühe geben, daß wir vielen aus der jungen Generation politische Heimat sein können.

Vierte Frage: Was heißt heute: Demokratie wagen?

Übertriebene Selbstbescheidung und Selbstbeschränkung sind der Arbeiterbewegung noch nie und in keinem Land der Welt gelohnt worden. Das gilt für die Gewerkschaften, und das gilt für den politischen Arm, wie man uns früher nannte.

Lassen wir uns, liebe Freunde, nicht ins Bockshorn jagen: Mehr Demokratie ergibt sich nicht nur aus unserem Programm, sondern auch aus dem Grundgesetz. Mehr Demokratie fängt allerdings im Kopf an und muß meist erst noch zum Herzen finden.

Wir haben, denke ich, nichts aufgegeben von dem, was in einer simplen Formel steckt. Ich wiederhole es und sage nicht ohne Stolz: Wir haben Demokratie gewagt; wir müssen mehr Demokratie wagen.

Seit unserem Wahlerfolg an Rhein und Ruhr – und schon an der Saar – gefällt man sich darin, das Gespenst einer SPD-Übermacht in Bonn, gar eines sozialdemokratischen Machtmißbrauchs an die Wand zu malen.

Soweit es um Strauß geht: Der zeichnet sich mehr und mehr dadurch aus, daß er sich von der Wirklichkeit entfernt. Deshalb könnten wir die Sache eigentlich auf sich beruhen lassen. Aber ein deutliches Wort kann wohl doch nicht schaden: Es kann schließlich nicht ewig bei jener deutschen Tradition bleiben, daß die Rechte die Linke angreift und das Umgekehrte als unsittlich gilt.

Ich habe ein paar Beispiele dafür, in denen ein erschreckender Mangel an demokratischer Substanz sichtbar geworden ist.

Erstens: Es bedurfte erst des Gerichtsurteils von Berlin, um gewisse Herren zu lehren, daß Rundfunk und Fernsehen kein privates Spielzeug sind. Wir fordern die mit zuständigen Herren auf, endlich das Mikeln und das Drohen zu lassen und statt dessen mitzuhelfen, das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem wieder mit Leben zu erfüllen.

Ich halte im übrigen nichts vom Prinzip einer gelassenen, bürokratischen Ausgewogenheit um jeden Preis.

Dies kann zum Tod des besten Systems werden, und demokratisch ist es auch nicht. Ertragen wir doch einmal einen richtig reaktionären Kommentar, wenn wir uns dafür auch einmal einen wirklich sozialdemokratischen und, was hoffentlich dasselbe ist, fortschrittlichen Kommentar anhören können.

Zweitens: Die SPD hat beschlossen, daß sie überall, wo sie die Verantwortung trägt – wir haben es hier eben vor zwei Stunden noch einmal unterstrichen –, die formalen Voraussetzungen dafür schaffen will, um die Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst so zu gestalten, wie sie unserem demokratischen Staat ansteht. In der Praxis ist es noch längst nicht überall so, wie es sein sollte. Der Wille dieses Parteitagcs war klar: Wir dürfen uns hier wiederum keinen Illusionen hingeben, wir dürfen keinen Illusionen nachjagen, was die rechtliche und grundgesetzliche Lage angeht. Aber grober bürokratischer und juristischer Unfug muß abgestellt werden, und zwar auch, falls es sich nicht nur um schwarze Ländchen handeln sollte.

Drittens: Man vergleicht die Bundesrepublik oft mit der Republik von Weimar. Sie ähneln sich wie die Väter den Söhnen. Nur leben die Söhne noch; also darf man von ihnen noch das Beste hoffen. Beim Hoffen allein können wir es aber wohl nicht belassen. Auf geschichtlich neue Weise ist unsere Republik nicht allein auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, sondern zugleich auch auf Sozialstaatlichkeit angelegt. Hier werden die Gegensätze immer tiefer. Maßgebende Kräfte in der CSU und CDU bewegen sich immer mehr weg vom sozialstaatlichen Prinzip und hin zum ständestaatlichen Prinzip. Dabei scheuen sie kaum ein Mittel. So machen sie aus parteipolitischem Egoismus dann auch unseren alten Menschen Angst, was wir nicht hinnehmen dürfen.

Die besondere Bedeutung von Art. 20 unseres Grundgesetzes muß herausgestellt werden. Er bestimmt die Richtung: immer wieder hin zum demo-

kratischen und sozialen Bundesstaat. Der Grad an Sozialstaatlichkeit, den wir erreicht haben, ist eine der großen Leistungen der Bundesrepublik. Auswüchse, manche sagen: Mißbräuche werden diskutiert, vor allem seit wir mit dem Kopf an die Decke finanzieller Belastbarkeit gestoßen sind. Daß es hier keine Tabus gibt, macht unser Programm deutlich.

Für uns Sozialdemokraten, so möchte ich hinzufügen, darf die Humanisierung des Arbeitslebens nicht zur Leerformel werden. Das Thema der Demokratie in der Wirtschaft überhaupt läßt sich nicht in Schubladen packen, an die man das Schild „Mitbestimmung“ klebt. Wir wollen einerseits, wie es hier durch unsere Beschlußfassung klargeworden ist, nichts zurückdrehen lassen; wir wollen andererseits und darüber hinaus mehr Mitbestimmung, wirkliche Mitbestimmung ohne Privilegienvorbehalt.

Heute früh hat man mich gefragt, ob ich etwas zum Urteil des Bundesarbeitsgerichtes in Sachen Aussperrung sagen würde. Es ist dies ein differenziertes Urteil, das man sich sehr genau angucken muß. Als Gewerkschafter oder als Sozialdemokrat wird man, denke ich, nicht mit allen Teilen einverstanden sein. Ich begnüge mich damit, im Blick auf die Frage, wie wir dieses Urteil kommentieren, hier dick zu unterstreichen, was dieser Parteitag in den ersten Teil des Wahlprogramms mit den beiden Sätzen hineingeschrieben hat: Die Aussperrung hat keine moralische Basis. Sie muß deshalb mit dem Ziel der Abschaffung mit allen geeigneten Mitteln bekämpft werden. – Dies haben wir beschlossen.

Liebe Freunde, wir sind nicht am Ende, wir stehen am Anfang einer Entwicklung über die Industriegesellschaft hinaus. Auf das Neue wollen wir mit Augenmaß einwirken, und zwar so, daß die Menschen etwas davon haben, alle, auch die übrigen, die uns nicht wählen – oder zumindest die meisten von ihnen.

Auch dies sei gesagt: Ohne die Mitwirkung schwieriger Freunde oder auch deren unbequeme Kritik ist Politik im Sinne der sozialen Demokratie nicht möglich. Ferdinand Lassalle hat vom Bündnis der Denkenden mit den Leidenden gesprochen. Das ist lange her. Das Lager der sozialen Demokratie braucht aber immer noch und immer wieder einen Pakt mit denen, die Kultur schaffen. Wieviel Demokratie wir eigentlich wagen wollen? Nun, der Auftrag aus dem Grundgesetz ist nicht befristet, der aus dem Godesberger Programm erst recht nicht.

Fünfte Frage: Wohin treibt Strauß die Union?

Der Kandidat gab die Parole von der schärferen

Gangart aus. Das fiel ihm nicht schwer. So ist er. Wir haben uns aber – damit hat er vielleicht nicht gerechnet – nicht provozieren lassen. Strauß hat sein Dilemma gewollt. Erst wollte er durch eine staatsmännisch gemäßigte Aufführung in die Mitte einbrechen. Inzwischen zieht der abgeschminkte Staatsmann es wieder vor, ohne Maske zu kämpfen.

Es wird von uns, liebe Genossinnen und Genossen, von unserem Wahlkampf, von uns allen abhängen, ob es ihm und seinen Büchsenspannern gelingt, Ressentiments zu aktivieren und Haß zu wecken. Das darf man dann nirgends, wo man es registriert, durchgehen lassen.

Strauß – das haben nun viele erfahren – hat keine festen Überzeugungen. Er ist – ich will das ausdrücklich noch einmal bestätigen – weder Faschist noch eigentlich Nationalist. Er ist auch nicht – wie Adenauer – konservativ. Er steht nur bis zu den Knien im rechten Sumpf.

Er ist zaudernd und schwach, so schwach, wie es die vermeintlich starken Männer fast immer sind – zu Lasten der Völker.

Man hat allen Anlaß, den Kandidaten für das Gegenteil von dem zu halten, was er spielt.

Was die Freiheit braucht, sind mündige Bürger, auch solche in Uniform. Die Freiheit braucht Mut zur Demokratie und Zivilcourage – keine Kraftmeier, keine Maulhelden.

Strauß ist unverwechselbar, aber er ist nicht unaustauschbar. Andere Unionsführer reden ihm seinen Unsinn nach oder wollen ihn sogar noch überbieten, einige deshalb, weil sie an den Tag danach denken. Aber ob das als ein mildernder Umstand gelten kann?

Der Jammer ist doch – auch dies müssen wir, bitte, deutlich genug machen –, daß beide Unionsparteien so weit nach rechts gerückt sind oder daß rechte Rabulisten so sehr das Sagen haben. Es geht also nicht allein um den Kandidaten. Es geht um die Parteien, die ihn auf ihren Schild haben schieben lassen.

Diese Parteien bieten ganz gewiß kein überzeugendes Bild. Manch einer spielt eine Mittläuferrolle, an die er später vielleicht nicht gern erinnert werden will.

Wir sollten, so wir es können, die psychologischen Mechanismen bloßlegen, nach denen Strauß operiert. Gehen wir den einfachen Weg und fragen unsere Landsleute, ob sie sich in ihm, in dem Kandidaten wiedererkennen mögen.

Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung – im Feuilleton, versteht sich – hat das schreckliche Wort

vom Unkraut aufgespießt, das er, der Kandidat, jüngst auf dem Berliner Parteitag gebrauchte, nachdem man ihm die Ratten und die Schmeißfliegen zeitweilig ausgeredet hatte.

Ungeziefer, das man vernichtet; Unkraut, das man ausreißt oder weghackt: Das ist nicht die Sprache eines Christen. Nicht die Sprache eines Humanisten. Nicht die Sprache eines Demokraten.

Fordern wir, liebe Freunde, unermüdet, daß der Kandidat seine positiven Ziele darlegt, so er welche hat; daß er seine Karten offenlegt.

Dann wird sich zeigen, daß Strauß im Grunde eine andere Republik will. Aber die, die wir haben, ist bei allen Mängeln immerhin das erfolgreichste deutsche Staatswesen der Geschichte.

Zu Strauß fällt mir sonst nichts mehr ein, außer daß man sich über seine Mannschaft nicht zuviel Gedanken zu machen braucht: Das Schattenkabinett wird im Schatten bleiben und im Nichts enden.

Zum *Schluß*, liebe Genossen:

Unsere Partei hat ein Recht darauf zu wissen, wozu sie unserer Meinung nach da ist:

Gewiß dazu, daß in kritischer Zeit das Ruder nicht in die Hände von Hasardeuren gelegt wird; gewiß dazu, möglichst nichts zurückdrehen zu lassen, was – im ganzen – gut auf den Weg gebracht worden ist.

Aber wenn die Partei sich als gestaltende politische Kraft – auch als geistig-politische Gemeinschaft – bewähren will, muß sie *in sich* verständigungsbereit sein. Ich habe es auf diesem Parteitag als wohlthuend empfunden, daß die Verständigungsbereitschaft stärker als manchmal in zurückliegenden Jahren ausgeprägt war. Und das ist so wichtig. Denn, liebe Genossen, wenn wir uns zu wenig Mühe geben, *einander* zu überzeugen, wie wollen wir dann *andere* von der Richtigkeit unserer Sache überzeugen?

In einer ungewöhnlich schwierigen Zeit gilt es, das Gebot der innerparteilichen Konzentration, des Ausgleichs unter uns Sozialdemokraten ganz ernst zu nehmen. Gehen wir unseren Weg, wie wir ihn 1972 unter schwierigen – übrigens auch innerparteilich schwierigen – Bedingungen gegangen sind.

Ich sage: Gehen wir unseren Weg. Muß ich Euch sagen, welcher Weg das ist?

Es ist der Weg, der vor zwölf Jahrzehnten mit Marx und Lassalle begann und auf dem es gelungen ist, aus den Nachfahren rechtloser Proletarier und unmündiger Frauen gleichwertige Staatsbürger werden zu lassen, die weithin sozial abgesichert sind.

Es ist der Weg, auf dem die deutsche Sozialdemokratie mit August Bebel zur größten Partei im alten

Reichstag wurde, zur großen Partei des arbeitenden Volkes, aber doch – und alle Opfer im Ersten Weltkrieg änderten daran nichts – um den Lohn der Demokratie gebracht.

Es ist der Weg, auf dem die Sozialdemokraten das Reich zusammengehalten haben, als die alte Ordnung 1918 zerbrochen war und als es das Bürgertum – noch einmal, nach dem verspielten 1848 – nicht über sich bringen konnte, die Macht mit der Arbeiterschaft auch nur zu teilen – mit der Folge, daß konter-revolutionäre und illusionär-revolutionäre Kräfte das Feld beherrschten.

Unser Weg, von dem ich spreche, ist der Weg, auf dem der Parteivorsitzende Otto Wels im März 1933, im zuende gehenden Reichstag der Weimarer Republik, sein mutiges Trotz alle dem sprach und dann unendlich viele Opfer gebracht wurden in Folterkellern und Konzentrationslagern, an mörderischen Fronten und im für viele trostlosen Exil. Julius Leber und Wilhelm Leuschner stehen stellvertretend für alle die, die ihr Leben gaben.

Unser Weg ist der Weg, auf dem der geschundene leidenschaftliche Kurt Schumacher 1945 zum Neubeginn rief und auf dem ihm Erich Ollenhauer als ausgleichender Vorsitzender folgte. Überall waren es Sozialdemokraten, die mitgeholfen haben – nicht zuletzt hier im Revier –, daß aus Ruinen neues Leben blühen konnte und daß wir in unserer Bundesrepublik ein neues staatliches Dach fanden, wenn es auch tief schmerzen mußte, daß uns die nationale Einheit vorenthalten blieb.

Unser Weg, liebe Genossinnen und Genossen, ist der Weg, auf dem wir den Buckel hingehalten haben – in Berlin mit Ernst Reuter und vielerorts sonst –, um unser Teil dazu beizutragen, daß dieser Staat dorthin gelangte, wo er heute immerhin ist, wo wir heute stehen, ohne irgendeinen europäischen oder internationalen Vergleich scheuen zu müssen. Der Essener Gustav Heinemann hat wie kaum ein anderer in dieser Phase gezeigt, was sozialdemokratische Bürgergesinnung zu sein hat und sein kann.

Unser Weg, liebe Freunde, ist der Weg, auf den ihr mich 1960 geschickt habt und der – nicht ohne Erfolg, wie wir wissen – viele von uns an den verschiedensten Stationen der Bundesrepublik zusammengeführt hat: von Berlin bis Trier, von Flensburg bis Konstanz und jeweils zurück.

Unser Weg, von dem ich spreche, ist der Weg, auf dem wir ohne große Worte seit vielen Jahren unse-

rem Volk dienen, zu dienen suchen – in Gemeinden, Ländern und im Gesamtstaat, in Europa, in der internationalen Gemeinschaft von Sozialdemokraten und demokratischen Sozialisten und im weltweiten Verband derer, die den Welthunger überwinden und den Weltfrieden sicher machen wollen.

Diesen Weg weiterzugehen, ist nicht nur unsere Pflicht, liebe Freunde.

Es lohnt sich nicht nur für die, die nach uns kommen.

Es ist eine schöne Aufgabe, der wir uns verschrieben haben. August Bebel hat in einem solchen Zusammenhang einmal vom Vaterland der Liebe und Gerechtigkeit gesprochen, das es anzustreben und zu gestalten gelte.

Ich weiß nichts Besseres zu sagen. Wo es um die wesentlichen Dinge geht, ist vieles Alte neu und so, daß man damit Zukunft gestalten kann. Das wollen wir – zusammen mit den vielen, die uns mit ihrem Vertrauen ausgestattet haben und, wenn wir uns Mühe geben, neu ausstatten werden.

Hüten wir uns aber vor der Vorstellung, alles sei schon gelaufen. Vieles ist gut angelegt, aber nichts ist schon gelaufen. Es kommt alles noch einmal auf die Arbeit an, über die wir mit den Genossen zu sprechen haben, sobald wir wieder zu Hause sind, jedenfalls noch in diesen Wochen.

Dies ist noch nicht der eigentliche Wahlkampf, aber in diesen Wochen bis zur Sommerpause und während der Pause ist schon viel zu beraten und zu tun. Berichtet bitte überall, zumal in Buren Vorständen, in diesem Sinne, und fragt Euch in den Vorständen, was Ihr jetzt schon tun könnt, wo es nicht eh angelaufen ist, um ein gutes Ergebnis vorzubereiten: durch hohe Wahlbeteiligung derer, die mit uns gehen, und durch das vieltausendfache Gespräch der einzelnen im Betrieb und anderswo, das immer wieder wichtiger ist als alle moderne Propaganda zusammengenommen.

Holen wir viele Direktmandate, mehr Mandate als die Unionsparteien. Sichern wir dem Bundeskanzler eine solide Mehrheit.

Unser Volk kann sich auf Helmut Schmidt, unser Volk kann sich auf die SPD verlassen.

Für Sicherheit und Frieden nach innen und außen. Dies ist auch in den 80er Jahren unter Führung der SPD zu gestalten, ist unser Ziel, ist unsere Aufgabe. Dafür laßt uns alle zusammen kämpfen.



Friedrich Schäfer: Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland

Vortrag von Prof. Schäfer anlässlich der Informations- und Pressetagung der Arbeitsgemeinschaft der Gesellschaften Bundesrepublik Deutschland-UdSSR, den Regionalgesellschaften Bundesrepublik Deutschland-UdSSR mit SSOD/Gesellschaft UdSSR-Bundesrepublik Deutschland und den Gesellschaften der republikanischen Sowjetrepubliken v. 26.-31. 5. 1980 in Wremen/bel Bremen. In der anschließenden vertiefenden und recht lebhaften Diskussion, versicherten die sowjetischen Teilnehmer, sie wollten ihrerseits wieder auf das Thema zurückkommen.

Red.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Sie ist nicht entstanden durch vertraglichen Zusammenschluß der Länder. Die Verfassung gilt für den Gesamtstaat und für die einzelnen Bundesländer. Die Verfassungen der Länder müssen den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne des Grundgesetzes entsprechen. Wenn ich daher auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland eingehe, brauche ich die der einzelnen Länder insoweit nicht zu berücksichtigen.

Unsere Verfassung, wie sie im Grundgesetz und in den Landesverfassungen ihren Ausdruck gefunden hat, ist nicht in erster Linie Organisationsstatut und Regelung über die Zuständigkeit der einzelnen Staatsorgane, sondern sie ist der verbindliche Ausdruck über das Verfaßtsein der Gesellschaft. Damit ist deutlich, daß Verfassung mehr ist als der Wortlaut des Grundgesetzes oder der Landesverfassungen. Es gehören dazu neben der Staatsform, der Einrichtung und Aufgabenstellung der Staatsorgane auch die Grundsätze des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenlebens und die Rechtsstellung des einzelnen Bürgers. Daher regeln auch einfache Gesetze, z. B. Wahlgesetze, oder das Betriebsverfassungsgesetz, das Verfaßtsein.

Die Verfassung ist der Generalkonsens der die Bundesrepublik tragenden Kräfte. Die Zustimmung des Volkes dazu muß mehr sein als formales Einverständnis. Die Verfassung muß als tragendes Element des Zusammenlebens in das Bewußtsein der Bevölkerung eingehen. Dies läßt sich nur innerhalb einer gewissen Zeitspanne erreichen. Verfaßtsein beinhaltet Kontinuität. Die mit der Verfassung umschriebe-

ne Wertordnung muß auch bei geänderten Zeitströmen ihre Gültigkeit behalten. Der Bürger muß auf die Dauerhaftigkeit der Wertordnung vertrauen können. Andererseits wandelt sich die Gesellschaft, das Zusammenleben im Staat und im privaten Bereich. Damit wandelt sich auch die Anwendung der Wertordnung, da diese ihren Bezug in der gesellschaftlichen Wirklichkeit findet. Diese beiden Komponenten – Kontinuität und Weiterentwicklung – sind von gleichem Gewicht.

Dem Begriff der Verfassung liegen bestimmte Grundentscheidungen zugrunde. Der Mensch hat einen eigenen selbständigen Wert, an dem sich die staatliche Ordnung ausrichten hat. Demgemäß sind die Menschenrechte der Grundkonsens der Verfassung. Sie leiten sich – wie die Präambeln der Menschenrechtspakte von 1966 der UNO, der Bürgerrechtspakt und der Sozialrechtspakt, es ausdrücken –, „als der dem Menschen innewohnenden Würde“ her, und „die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft innewohnenden Würde und der Gleichheit und der Unveräußerlichkeit ihrer Rechte bilden die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt“. Die Würde des Menschen ist damit Ursprung und Wesenskern der Verfassung, sie kommt einem jeden Menschen gleichermaßen schon aufgrund seiner Existenz zu, sie ist unverlierbar und unveräußerlich. Sie äußert sich in der Freiheit, die grundsätzlich jedem gleichermaßen gegeben ist. Die Menschenrechte stehen damit nicht unter dem Vorbehalt einer Gewährung durch den Staat, sondern sie sind dem Staate vorgegeben. „Der Staat hat dem Menschen zu dienen“ sagt eine unserer Landesverfassungen ausdrücklich. Weil der

Mensch dem Staate vorgegeben ist, kann kein Deutscher aus der staatlichen Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Niemandem kann die Staatsangehörigkeit entzogen, kein Deutscher ans Ausland ausgeliefert werden. Jeder hat das Recht, sich an jedem Ort niederzulassen und ohne Genehmigung zu reisen. Wenn er auswandern will, ist es seine alleinige unabhängige Entscheidung.

Die Bezogenheit auf den einzelnen Menschen findet besonderen Ausdruck in der Bestimmung: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Dies gilt für alle Menschen, die um ihres Glaubens, ihrer Rasse oder um ihrer politischen Auffassung willen irgendwo verfolgt werden. Sie finden Aufnahme in der Bundesrepublik. Daß dies in einem geordneten Verfahren erfolgt, wobei der Asylsuchende deutsche Gerichte anrufen kann, da es sich um ein Recht jedes Menschen handelt, dient allein der Sicherung dieses Rechtes in einem Staat, der dem Menschen dient.

Die auf den Menschenrechten aufbauende Grundlage der Verfassung läßt sich somit als eine Ordnung definieren, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt, wie es das Bundesverfassungsgericht ausdrückt. Es ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Diese Ordnung hat einige Grundprinzipien, die dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entsprechend unbestritten sind: „Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“

Dementsprechend stellt das Grundgesetz die individuellen Grundrechte an den Anfang. Sie binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht. Wir finden dort die Freiheit der Person, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Glaubensfreiheit, die Meinungsfreiheit garantiert. Erwähnt ist der besondere Schutz der Familie, die Gewährleistung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, das Briefgeheimnis, die Freizügigkeit, die Berufsfreiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Eigentum, das Petitionsrecht. Wenn ich auf die individuellen Grundrechte in meinen wei-

teren Ausführungen nicht eingehen werde, bedeutet dies keine Geringschätzung. Im Gegenteil: Ich betrachte diese Rechte als die selbstverständlichen persönlichen Grundrechte, die jedermann in jedem staatlichen Gebilde gewährleistet sein müßten. Nur so ist ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung möglich. Ich werde mich im folgenden insbesondere mit der Verfassung als dem geordneten Zusammenleben in Staat und Gesellschaft beschäftigen.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, das in Wahlen seinen Willen zum Ausdruck bringt, wen es mit der Führung der Politik beauftragen will. Es ist unserem Staate wesensgemäß, daß sich mehrere Parteien zur Wahl stellen. Die Bildung der Parteien ist frei, sie bedarf keiner Genehmigung, es erfolgt keine Prüfung und Zulassung. Die Parteien geben sich Programme und nehmen auf die Politik und die Gesellschaft Einfluß. Sie spiegeln in der Zahl ihrer Mitglieder und in dem Bestreben, möglichst viele Wähler zu erhalten, die Bestrebungen und Auffassungen in der Gesellschaft wieder. Sie zeigen ebenso die Konflikte auf. Sie sind die berufenen Träger zur Austragung und Lösung dieser Konflikte. Die Verfassung bestimmt: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Ihre Aufgaben sind im Parteiengesetz dahingehend umschrieben, daß sie

- auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen,
- die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden,
- sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen,
- auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluß nehmen,
- die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozeß der staatlichen Willensbildung einführen und
- für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.

Dies alles vollzieht sich im vorparlamentarischen, nicht staatlichen Raum. Das Volk nimmt also durch die Parteien hindurch sein Selbstgestaltungsrecht wahr. Durch die Wahl erhalten die Parteien vom Bürger die Legitimation für ihr politisches Handeln im staatlichen Raum. Bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Zielvorstellungen müssen sie sich im Rahmen der Wertordnung der genannten Prinzipien halten. Stellen sie sich gegen diese Wertordnung, werden sie auf Antrag durch einen Spruch des Bun-

des Verfassungsgerichts als verfassungswidrig verboten.

Die Partei oder die Parteien, die in den Wahlen die Mehrheit auf sich vereinigen können, stellen die Regierung. Für den Bestand unserer Demokratie ist es ohne Bedeutung, welche Partei die Mehrheit erhält. Und doch hat dies auf die Ausgestaltung unserer gesellschaftlichen Ordnung seine große Bedeutung, denn die Verfassung läßt verschiedene Entwicklungen zu. Durch die Wahl wird die siegende Partei oder Parteiengruppe immer nur Macht auf Zeit erhalten; denn die Periodizität der Wahl ist ein Wesensmerkmal unserer Verfassung. Nach vier – in einigen Ländern nach fünf – Jahren entscheidet der Bürger von neuem. Die Regierung gibt Rechenschaft über ihre zurückliegende Tätigkeit, und die sie tragende Partei bewirbt sich um eine neue Beauftragung. Die Opposition bemüht sich, Alternativen zu entwickeln und den Bürger davon zu überzeugen, daß durch sie viele Fragen besser gelöst werden könnten.

Die Stellung des deutschen Bundeskanzlers, der die Richtlinien der Politik bestimmt, ist durch den Akt seiner Bestellung stark. Er kann nur schwer abberufen werden. Dies gilt für die ganze Regierung. Kanzler und Regierung können bislang immer davon ausgehen, eine volle Wahlperiode für ihre Arbeit zur Verfügung zu haben. Nur einmal führte die Bundesregierung bereits nach drei Jahren Neuwahlen herbei.

Während der Wahlperiode kann die Mehrheit des Parlaments und die von ihr getragene Regierung nicht frei schalten und walten. Jede Entscheidung des Parlaments oder der Regierung muß sich im Rahmen der Verfassung bewegen. Zur Nachprüfung, ob dies der Fall ist, kann das Bundesverfassungsgericht angerufen werden, dessen Spruch Gesetzeskraft hat und damit für alle Verfassungsorgane verbindlich ist. Die Einhaltung der Verfassung durch Parlament und Regierung ist also der Überprüfung durch das unabhängige Verfassungsgericht unterworfen. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß das Gericht seine Aufgabe sehr sorgfältig wahrnimmt: es hat eine hohe Autorität erlangt. Die Gestaltung unserer Gesellschaft aufgrund neuer Entwicklungen im Rahmen der geltenden Verfassung hat immer wieder zur Anrufung des Gerichts geführt. Durch das Urteil des Verfassungsgerichts wird die Verfassung konkretisiert, ohne daß die weitere Entwicklung gehemmt werden dürfte.

Im Parlament und außerhalb desselben muß die Regierung stets Rede und Antwort stehen. Im Parla-

ment ist es die legitime Aufgabe der Opposition, Alternativen zu entwickeln, der Konzeption der Mehrheit eine eigene gegenüberzustellen, das Verhalten der Regierung in aller Öffentlichkeit zu überwachen und zu kritisieren. Um dies möglich zu machen, hat die Opposition im Parlament so viele eigene Rechte, daß sie durch niemand daran gehindert werden kann, nach ihrer eigenen Entscheidung tätig zu werden. Ja, sie kann verlangen, daß Untersuchungsausschüsse eingesetzt werden, die jeden Vorgang der Regierung oder der Verwaltung öffentlich untersuchen können.

Nicht nur die Opposition beobachtet und kritisiert die Regierenden; Presse, Fernsehen, Rundfunk, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, große Vereinigungen melden sich zu Wort. Es ist ein Wesensmerkmal unserer Verfassung, daß jeder das Recht hat, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Er kann sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden, alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. – Alle, die ich eben aufzählte, die Medien und die Verbände, die Versammlungen der Bürger, können sich ohne Hinderung mit den politischen Fragen beschäftigen und ihre Auffassung öffentlich darlegen. Ein Blick in die deutsche Presse zeigt, daß diese Rechte voll in Anspruch genommen werden. Ein Abend am Fernsehschirm genügt, um zu wissen, daß es keinen staatlichen Einfluß auf die Gestaltung des Programms oder die Nachrichtensendungen gibt.

Das Verfaßtsein der Gesellschaft bestimmt sich nicht nur nach der politischen Entfaltungsmöglichkeit des einzelnen, nach der Machtbalance im Staat, sondern ganz entscheidend nach der Ausgestaltung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der einzelnen Menschen in den Fabriken. Es bestimmt sich nach der Stellung des Menschen am Arbeitsplatz, nach seinen Arbeitsbedingungen, danach, ob er als Untertan behandelt wird oder als Mitarbeiter und Mitverantwortlicher. Das Grundgesetz bestimmt: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.“ Das ist die verfassungsmäßige Garantie der Koalitionsfreiheit.

Das bedeutet in der Praxis, daß Gewerkschaften einerseits und Arbeitgeberverbände andererseits sich frei bilden können und daß sie in freier unabhängiger Vereinbarung Tarifverträge schließen, die Allgemeinverbindlichkeit erlangen. Lohnpolitik ist einer der entscheidenden Faktoren der Wirtschaftspolitik. Die Abschlüsse der Tarifpartner kommen ohne Beteiligung des Staates zustande. In 30 Jahren hat es sich gezeigt, daß durch die Tarifpartner selbst der angemessene Anteil der Arbeitnehmer am Produkt erreicht werden kann. Darüber hinaus ist zu beachten, daß die Tarifverträge nicht nur Lohnabschlüsse sind, sie regeln vielmehr rechtsverbindlich weitgehend das ganze Arbeitsleben, die Arbeitsbedingungen, die Urlaubsgewährung, die Sicherung gegen Rationalisierungsfolgen, die Arbeitszeit. Die Arbeitnehmer können ihren Forderungen durch Streik Nachdruck verleihen. Auch hier ist keine Möglichkeit für staatlichen Eingriff vorgesehen.

Um die Tarifverträge im einzelnen Betrieb durch konkrete Maßnahmen durchzusetzen, haben wir das Betriebsverfassungsgesetz geschaffen, das mit gutem Grund diesen Namen trägt, denn es bestimmt, daß in den Betrieben durch alle Arbeitnehmer ein Betriebsrat gewählt wird, und es bestimmt die Rechte dieses Betriebsrates. Danach hat das Unternehmen einen besonderen Ausschuß des Betriebsrates über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens und die beabsichtigten Maßnahmen laufend zu unterrichten. Die Ausgestaltung der Arbeit, die Entscheidung, ob Zeitlohn oder Stücklohn, die Festsetzung des Stücklohnes, personelle Entscheidungen, Einstellung und Kündigung von Mitarbeitern können nur mit Zustimmung des Betriebsrates erfolgen. Der Betriebsrat kann im Streitfall das Arbeitsgericht anrufen. Die Betriebsräte sind gegen Kündigung geschützt. Die gewählten Betriebsräte tragen ein hohes Maß an Verantwortung für das Schicksal ihrer Arbeitskollegen und für die Funktionsfähigkeit des Unternehmens. Nur wenige Fälle sind bekannt geworden, bei denen in den Betrieben zwischen Betriebsrat und Unternehmen Schwierigkeiten entstanden. Die jugendlichen Arbeitnehmer haben darüber hinaus eigene Jugendvertretungen.

Der Gleichrangigkeit von Kapital und Arbeit Rechnung zu tragen, dient das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz) vom 4. Mai 1976. Mit diesem Gesetz wird in Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die mehr als 2000 Arbeitnehmer beschäftigen, eine gleichberechtigte und gleichgewichtige Mitbestimmung der Arbeitnehmer eingeführt. Dies wird damit

erreicht, daß sich der Aufsichtsrat der betroffenen Unternehmen, der die Geschäftsführung zu überwachen hat, je zur Hälfte aus Mitgliedern der Anteilseigner, d. h. des Kapitals, und der Arbeitnehmer zusammensetzt. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte mit einer Mehrheit von $\frac{2}{3}$ seinen Vorsitzenden. Beschlüsse des Aufsichtsrates bedürfen in der Regel der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Der Vorstand, d. h. die Geschäftsführung des Unternehmens, bedarf zu seiner Bestellung und Abberufung einer Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der Mitglieder des Aufsichtsrates.

Wir Sozialdemokraten sind der Meinung, daß den Grundprinzipien des Verfaßtseins auch im Arbeitsleben durch diese Regelungen noch nicht zur Genüge Geltung verschafft worden ist. Wir bemühen uns daher weiter im Verein mit den Gewerkschaften, die alle Arbeitnehmer repräsentieren, dem Menschen zur Mitbestimmung und Eigenbestimmung seiner Arbeit zu verhelfen. In der Montanindustrie gilt das Gesetz der vollen Mitbestimmung seit 1952. Es hat sich bestens bewährt.

Der Zugang zu den Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen ist für jedermann offen. Es ist eine entscheidende Frage in unserem Staat, daß jedes Kind, ohne Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse der Eltern, seine Gaben entfalten kann. Der Erwerb des für den gewünschten Beruf, dessen Wahl frei ist, erforderlichen Wissens, die Aneignung der der Persönlichkeit entsprechenden Bildung ist von finanziellen Sorgen frei. Das Studium an den Universitäten und an den Fachhochschulen ist gebührenfrei. Der Zugang zu diesen Bildungseinrichtungen wird dadurch ermöglicht, daß den Eltern begabter Kinder vom 16. Lebensjahr an eine ausreichende Erziehungsbeihilfe gewährt wird. Und wenn sie nach dem Abschluß der entsprechenden Prüfungen an die Universität gehen wollen, dann haben sie einen Rechtsanspruch auf die Gewährung eines staatlichen Stipendiums, das verständlicherweise von den Einkünften der Eltern abhängig ist, das aber später nicht zurückbezahlt werden muß. Wir haben deshalb in der Bundesrepublik kein Bildungsmonopol irgendeiner Schicht. Wir haben vielmehr eine laufende Umschichtung, die die dazu Befähigten an die richtige leitende Stelle bringt. Auch wenn die Begabung eines Kindes erst später deutlich wird, haben wir staatliche Förderungsmaßnahmen, um ihm die Ausbildung zu ermöglichen.

Die vom Staat geförderten Ausbildungsmaßnahmen beschränken sich nicht auf das Gebiet des höheren Schulwesens und der Universitäten. Wir wissen, daß durch Rationalisierungsmaßnahmen in der

gewerblichen Wirtschaft mancher nicht mehr den von ihm erlernten Beruf ausüben kann. Wir geben ihm die Möglichkeit, unter Fortzahlung seiner bisherigen Einkünfte durch den Staat sich umzuschulen und weiterzuschulen, um eine gesicherte neue Existenz zu bekommen. Die Erfahrung zeigt, daß viele Menschen den ihnen lieb gewordenen Beruf im Laufe eines Arbeitslebens wechseln müssen; der Staat hilft ihnen dabei.

Grundvoraussetzung für die Selbstbestätigung und Selbstverwirklichung des Menschen, die wir in unserem Staate gewährleisten wollen, ist die soziale Sicherheit. Die umfassende soziale Sicherung gehört zum Grundprinzip der solidarischen Gemeinschaft älterer Bürger. Diese soziale Sicherung darf nicht nur für die gelten, die im Arbeitsleben oder nicht mehr im Arbeitsleben stehen, sondern ihre wahre Bewährung findet sie gegenüber den Benachteiligten unserer Gesellschaft, den Kranken, den Alten und den Behinderten. Ihnen eine gesicherte Teilnahme am Leben zu ermöglichen, ist eine Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte.

Wir sprechen hier von einem Netz der sozialen Sicherung. Es gewährleistet dem einzelnen Bürger den notwendigen Lebensunterhalt bei Krankheit, bei Unfall, bei Arbeitslosigkeit oder im Alter. Alle Arbeitnehmer sind pflichtversichert. Bei Krankheit tritt die Versicherung zeitlich unbeschränkt für sie ein. Der Unternehmer trägt die Versicherung für den Fall, daß der Arbeitnehmer bei der Arbeit seine ganze Arbeitskraft oder einen Teil davon einbüßt. Bei Arbeitslosigkeit werden Leistungen gewährt, die die Existenz des Betroffenen sichern. Das Altersruhegeld ist nach einem erfüllten Arbeitsleben ungefähr gerade so groß wie die zuletzt bezogenen Netto-Einkünfte. Angst vor den Altwerden, vor den Schicksalsschlägen des Lebens gibt es nicht. Und wenn durch besonders widrige Umstände alle diese Maßnahmen versagen, dann besteht ein Rechtsanspruch auf Sozialhilfe durch die Gemeinden, das Existenzminimum wird allemal gewährleistet. Für die Gruppen der geistig oder körperlich Behinderten haben wir Gesetze erlassen, denn die Gesellschaft ist für alle ihre Glieder verantwortlich. Das zeigt sich gerade in den Maßnahmen zugunsten der Schwachen, die sich nicht selbst helfen können und die daher im allgemeinen Existenzkampf und im Wettbewerb sich nicht behaupten können.

Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden. Die Hilfen, die der Staat gibt – sei es durch finan-

zielle Förderung der Ausbildung, der Umschulung oder durch den Nachweis von Arbeitsplätzen –, sind lediglich Hilfen für den einzelnen. Die Entscheidung liegt bei ihm selbst. Selbst wenn jemand arbeitslos ist und Arbeitslosenunterstützung bezieht, sind die Möglichkeiten, ihm diese Unterstützung zu entziehen, weil er einen nachgewiesenen Arbeitsplatz nicht angenommen hat, sehr begrenzt.

Wir gehen davon aus, daß jeder Gesunde und Arbeitsfähige seinen Lebensunterhalt selbst verdient und daß er einen gefundenen Arbeitsplatz nicht unwillig aufgibt. Die Erfahrung zeigt, daß die Bevölkerung sich demgemäß verhält. Das freie System der Wahl des Arbeitsplatzes hat sich bewährt.

Die Verwaltung steht unter der Kontrolle des Parlaments. Der verantwortliche Minister muß für alles, was in seinem Geschäftsbereich vorkommt, gerade stehen. Besonders wirkungsvoll ist aber die gerichtliche Kontrolle der Verwaltung, die durch den einzelnen Bürger angestrengt werden kann. Der Bürger steht dem Staat und seiner Verwaltung nicht als Unterworfener schutzlos gegenüber. Nach dem Verständnis unserer Verfassung ist der Staat um des Menschen willen, nicht der Bürger um des Staates willen da. Um das zu sichern, bestimmt das Grundgesetz: „Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen.“ In der Bundesrepublik Deutschland ist das System des Rechtsschutzes sehr weit ausgebaut. Jeder kann eine Maßnahme der Verwaltung, die ihn betrifft, daraufhin überprüfen lassen, ob sie mit den bestehenden Gesetzen übereinstimmt, ob die Gesetze und Verordnungen richtig angewendet worden sind und ob er nicht im Vergleich zur Allgemeinheit unbillig betroffen wird. Es ist so, daß der Bürger durchaus selbstbewußt ist und seine Rechte kennt.

Die Zurückhaltung des Staates, sich in die Angelegenheiten der Bürger, insbesondere des Wirtschaftsablaufs einzumischen, stellt die Frage, wie unser Staat den geordneten Ablauf des Lebens und insbesondere die Freiheiten des Bürgers schützt. Da ist zunächst die verfassungsmäßige Regelung der Dreiteilung der Gewalten in Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung und Rechtsprechung. Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, darüber wacht das Verfassungsgericht; Regierung und Verwaltung sind an Gesetz und Recht gebunden, darüber wacht das Parlament, und jeder Bürger kann wegen jeder Maßnahme, durch die er betroffen wird, ein Gericht anrufen. Gegen jedes Gerichtsurteil gibt es grundsätzlich die Möglichkeit der Anrufung eines höheren Gerichts.

Günter Walpuski

Verteidigung + Entspannung = Sicherheit

Texte und Materialien zur Außen- und Sicherheitspolitik

3., überarbeitete und erweiterte Auflage 1980 (1. Auflage 1972)

176 Seiten. Plastikeinband 24,— DM

ISBN 3-87831-322-5

SALT, MBFR, Cruise Missiles — nur noch Spezialisten finden sich in der komplizierten Terminologie um Rüstung und Abrüstung zurecht. Und dabei gibt es doch kaum ein Gebiet der Politik, das stärkeren Einfluß auf unsere Zukunft hat.

Walpuski macht in diesen Texten und Materialien die Diskussion um Frieden und Landesverteidigung transparent, in der Absicht, Sozial- und Gemeinschaftskundelehrern der Sekundarstufen I und II eine qualifizierte Einführung der Schüler in diesen Themenkomplex zu ermöglichen und jedem Interessierten Grundinformationen über Probleme und Sicherheitspolitik an die Hand zu geben.

Ausgehend von der im Titel aufgestellten These, daß Sicherheit nur durch eine Kombination von Verteidigung und Entspannung gewährleistet wird, interpretiert er Sicherheit als einen Prozeß, der neben politischen und militärischen zunehmend wirtschaftliche und soziale Dimensionen einschließt.

Der Band enthält vier Lektionen, die jeweils aus einem Textteil mit Grund- und Zusatzinformationen sowie aufbereiteten Arbeitsmaterialien und Literaturhinweisen bestehen, und einen Anhang mit Hinweisen zur Bewertung von Stärkevergleichen, Institutionen, die Informations- und Arbeitsmaterialien versenden, Abkürzungen, Fachausdrücken und einem Literaturverzeichnis.

Der Autor hat das im Unterricht vielfach bewährte Werk für die Neuauflage völlig neu bearbeitet und aktualisiert.

Günter Walpuski, geb. 1937, war Offizier im Bundesgrenzschutz. Nach dem Abitur auf dem zweiten Bildungsweg arbeitete er als Studienleiter in der Erwachsenenbildung und studierte daneben Politische Wissenschaften, Soziologie und Erziehungswissenschaft. Seit 1973 ist er Direktor der Gesellschaft für Politische Bildung e. V., Würzburg.

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

Postfach 200 189

5300 Bonn 2



Zu dieser Teilung der Gewalten kommt im Bundesstaat die vertikale Teilung. Der Bund ist nur für die Gesetzgebung zuständig soweit das Grundgesetz es ausdrücklich bestimmt. Die Durchführung der Bundesgesetze ist eigene Angelegenheit der Länder. Die Länder wirken über den Bundesrat bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit. Im Bundesrat sind die Länder je nach Größe durch drei bis fünf Kabinettsmitglieder vertreten. Da die Länderregierungen zum Teil von anderen politischen Parteien gestellt werden als die Bundesregierung, entsteht zwischen Parlamentsmehrheit und Regierung einerseits und dem Bundesrat andererseits ein Spannungsverhältnis. Wir haben im politischen Raum ein Balanceverhältnis der politischen Kräfte. Im Bund und in allen Ländern – zur Zeit mit Ausnahme von Bayern – genügt eine Verschiebung um wenige Prozent bei einer Wahl, um die seitherige Regierung in die Opposition zu bringen. Dadurch entsteht ein Wettbewerbs- und Kontrolleffekt, der außerordentlich bedeutsam ist.

Der Wettbewerb ist auch das entscheidende Instrument, um die Kontrolle in der Wirtschaft durch einen automatischen Mechanismus zu sichern. Wettbewerb muß sein, er hält die Preise in Grenzen, er wirkt Machtstellungen in der Wirtschaft entgegen. Um dies zu sichern, wurde das Bundeskartellamt geschaffen. Es greift ein, wenn Produzenten Preisabsprachen treffen oder wenn sie marktbeherrschende Stellungen erlangen und die Gefahr besteht, daß sie dies ausnutzen. Ziel aller Maßnahmen ist, den Wettbewerb zu sichern und damit die gegenseitige Kontrolle zu gewährleisten. Schwierig ist dies auf den Gebieten, die international eng verflochten sind, wie z. B. bei der Ölversorgung.

Dieses Prinzip der Balance gibt es in vielen Bereichen. Es wäre unerträglich, wenn ein Zeitungskonzern das ganze Presse- und Nachrichtenwesen beherrschte. Wir sind der Auffassung, daß verschiedene politische Standpunkte in den Zeitungen ihren Ausdruck finden müssen. Als die Gefahr bestand, daß ein Pressehaus überragenden politischen Einfluß auf diese Weise gewinnen könnte, wurde ernsthaft in Erwägung gezogen, durch ein Gesetz die Vielfalt der Zeitungen zu gewährleisten und der Monopolisierung entgegenzutreten. Mit dem Gesetz sollte nicht in die Pressefreiheit eingegriffen werden, sondern die wirtschaftliche Machtstellung einer Gruppe und damit die einseitige politische Meinungsbildung verhindert werden. Nur die Balance wiederherzustellen, könnte der Sinn einer staatlichen Maßnahme sein.

Seine Interessen wahrzunehmen ist nicht unehren-

haft. Menschen mit gleicher Interessenlage schließen sich meist in Verbänden zusammen. Diese haben zum Teil Millionen von Mitgliedern, manche vertreten starke wirtschaftliche Gruppen. Sie alle wirken auf Parlament und Regierung ein. Wir haben gelernt, ihr Wissen zu verwerten und ihren gesuchten Einfluß durch andere Gruppen auszugleichen. Das Parlament pflegt bei der Beratung von Gesetzen öffentliche Anhörungen durchzuführen, es entsteht dadurch der Zwang, seine Interessen offen darzulegen und für das Parlament entsteht die Notwendigkeit, den Interessenausgleich zu finden, ihn zu begründen und öffentlich zu vertreten. Die gegensätzlichen Interessenlagen werden dabei deutlich. Die Entscheidung darüber liegt bei der Volksvertretung.

Aus diesem Balanceverhältnis entsteht ein ständiges Werben, das Bemühen, sich zu behaupten und durchzusetzen. Es ist ein freies Spiel der Kräfte, die sich gegenseitig die Waage halten. Es entstehen in keinem Raum übermäßige Kräfte.

Die Freiheit des einzelnen Bürgers und seine Entscheidungsfreiheit werden dadurch am sichersten erreicht.

Es gibt Bereiche, in denen nur der Staat die Sicherheit des einzelnen gewährleisten kann. Dies gilt nicht nur, wie bereits dargestellt, für die soziale Sicherheit, sondern das gilt für die Sicherheit nach innen und nach außen. Der Staat beansprucht für sich das Machtmonopol der Polizei. Sie hat für den Bestand der demokratischen Grundordnung zu wirken, sie wendet von den einzelnen Gefahren ab, durch die die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet ist; sie verfolgt Straftaten. Sie darf einen Bürger nur bis zum Ende des nächsten Tages festhalten; über die Zulässigkeit der Verhaftung darf nur der zuständige Richter entscheiden.

Auch auf dem Gebiete der Polizei haben wir eine Machtverteilung; denn die Polizei ist grundsätzlich Angelegenheit der Länder, der Bund hat nur die verschiedenen Kräfte des Bundesgrenzschutzes, des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit ihren Nachrichtenzentralen zur Verfügung. Nur bei besonderen innenpolitischen Notständen kann der Bund die Polizeikräfte der Länder mit seinen eigenen zusammenfassen und einsetzen.

Die Gewährleistung der äußeren Sicherheit ist Angelegenheit des Bundes. Nach der Bestimmung des Grundgesetzes kann sich der Bund „zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen,

die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern". Die Bundesrepublik ist Mitglied der NATO; ihre Streitkräfte, die Bundeswehr, sind in die NATO integriert.

"Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen." Die Bundesrepublik ist Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Viele Rechte der Gesetzgebung und der Verwaltung sind auf diese supranationale Einrichtung übertragen worden. Über dem Bundesstaat Bundesrepublik beginnt sich ein neues Gebilde mit bundesstaatlichen Elementen zu bilden. Die gewaltenteilende Funktion eines Bundesstaates wirkt so auf vielen Gebieten im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft.

Wir müssen uns bewußt sein, daß das institutionelle Miteinander einer gemeinsamen Grundüberzeugung bedarf. Diese Grundüberzeugung orientiert

sich an der Menschenwürde. Es ist die europäische Grundrechtsgemeinschaft.

Die Mitgliedstaaten des Europarats – über die Zahl der Europäischen Gemeinschaft hinaus noch weitere zwölf Staaten – haben durch ihren Beitritt zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten eine größere Einheit geschaffen. Jeder Bürger kann seine nationale Regierung vor der Menschenrechtskommission anklagen und die Entscheidung verlangen, ob seine Menschenrechte verletzt werden.

Wie jedes Volk nimmt auch das deutsche das Recht der Selbstbestimmung für sich in Anspruch. Das Grundgesetz hat in seiner Präambel dem Ausdruck verliehen, indem es sagt: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freien Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Reinhard Schubert: Innere Sicherheit – Schranke oder Schutz der Freiheit?

Die Humanistische Union richtete am 10. September 1979 einen offenen Brief an den Bundeskanzler, die Bundesminister der Justiz und des Inneren sowie die Vorsitzenden der drei Bundestagsfraktionen; sie kritisierte ein bestimmtes Verständnis von innerer Sicherheit, das seit dem Beginn der siebziger Jahre einer freiheitsverkürzenden Gesetzgebung und Verwaltungspraxis des Bundes zugrunde gelegen habe:

„...Gemeint ist die These, die innere Sicherheit des Staates sowie die seiner Bewohner vor politischer Gewaltkriminalität und vor Unterwanderung des Staatsapparates stehe in einem antagonistischen Verhältnis zu der Freiheit der Bürger von Staatsgewalt; man müsse beides gegeneinander abgrenzen und sich auf der Grenzlinie, im Zweifel, entweder für die Freiheit oder für die Sicherheit entscheiden.“

Die Humanistische Union hält „Die Annahme, innere Sicherheit könne man nur auf Kosten von innerer Freiheit haben“, für ein unbewiesenes Vorurteil, dem sie ihre Antithese entgegensetzen will, daß „die innere Sicherheit eines Staates ... umso größer (sei), je mehr politische und rechtliche Freiheiten er seinen Bürgern läßt“. Sie schlägt deshalb vor, „das Steuer erneut herumzureißen“.

Aus dem offenen Brief läßt sich die Kritik herauslesen, Gesetzgebung und Verwaltungspraxis hätten in den letzten Jahren in bestimmte Freiheitspositionen eingegriffen, ohne daß diese Eingriffe zum Schutz der Rechte anderer oder von Rechtsgütern der Gemeinschaft geboten gewesen wären. Das ist eine wichtige, teilweise gewiß richtige Kritik. So hat sich auch die Bundesregierung zum Erlass neuer Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue beim Zugang zum öffentlichen Dienst veranlaßt gesehen (17. Januar 1979). Auf Initiative von SPD und FDP hat der Bundestag im Juni 1980 beschlossen, § 88a des Strafgesetzbuches („verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalttaten“) aufzuheben. Die tatsächlichen Auswirkungen der gesetzgeberischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, ein verbesserter Datenschutz im Sicherheitsbereich, die Amtshilfe-Problematik werden im parlamentarischen Bereich wie in der politischen Öffentlichkeit ausführlich behandelt.

Weitere Korrekturen an der Fahrweise des „Staatschiffes“ sind wahrscheinlich; jedoch besteht kein Anlaß, „das Steuer erneut herumzureißen“.

Die Kritik der Humanistischen Union ist sprachlich zu dick verpackt. Die Politik der sozial-liberalen Koalition hat nicht etwa einen kontinuierlichen Freiheitsabbau zugunsten der inneren Sicherheit bewirkt. Dies zu zeigen, bedarf es keiner ausführlichen Analyse der heute kontroversen staatlichen Maßnahmen.

Der Hinweis auf die Fälle, in denen demokratische Freiheitsrechte seit 1970 zu Lasten des staatlichen Strafanspruchs gesetzlich gesichert werden konnten, mag genügen. Gemeint sind die Reform des Demonstrationsstrafrechts, das Straffreiheitsgesetz, das Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten, die seit dem 1. Januar 1980 wirksame Aufhebung des „Maulkorbparagraphen“ (§ 353 c des Strafgesetzbuches).

Richtig, wenngleich aus anderen Gründen, ist hingegen die Auffassung, daß Freiheit und innere Sicherheit in keinem „antagonistischen Verhältnis“ zueinander stehen. An anderer Stelle gebraucht die Humanistische Union das Bild von der Waagschale der Schutz- und Freiheitsrechte, aus der etwas weggenommen und auf die zweite Waagschale der inneren Sicherheit gelegt werden. Um in diesem Bild zu bleiben: *In der ersten Waagschale liegt nicht immer ein Freiheitsrecht, in der zweiten niemals die innere Sicherheit.*

Nicht jedes bislang gesetzlich zulässige, ungeahndete Verhalten bedeutet Freiheit im Sinne eines positiven Rechtes. Freiheit – das ist stets nur die rechtlich ausgestaltete und umgrenzte Freiheit. Aus der Tatsache eines neuen, belastenden Gesetzes folgt die „Freiheitsverkürzung“ deshalb nicht zwingend. Die Strafvorschriften gegen Luftpiraterie und Attentate auf Luftfahrzeuge, gegen erpresserischen Menschenraub, erpresserische Geiselnahme und die Gründung einer terroristischen Vereinigung, alles Gesetz auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, nehmen der Freiheit keinen Zentimeter. Stets muß im Einzelfall gefragt werden, welcher positive Wert der vom Gesetz eingeschränkten und inkriminierten Verhaltensmöglichkeit zugekommen ist und zukommen sollte.

Die innere Sicherheit schließlich rechtfertigt keine einzige Freiheitsbeschränkung. Nicht sie liegt in der zweiten Waagschale, sondern die Rechte anderer – beim Kontaktperreresetz zum Beispiel das Leben der Geisel – sowie gemeinschaftsbezogene Rechtsgüter. So gilt es im Strafrecht und Strafprozeßrecht zwischen bestimmten Verhaltensmöglichkeiten des Beschuldigten und seines Verteidigers und einer am Maßstab der Sozialschädlichkeit orientierten Strafgesetzgebung sowie der Aufrechterhaltung einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege abzuwägen.

Die innere Sicherheit ist kein solches, eigenständiges Rechtsgut. Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung gab dem Reichspräsidenten die Befugnis, bei erheblicher Störung der öffentlichen Sicherheit bestimmte Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft zu setzen. Heute gibt es indessen keine Mög-

lichkeit, die Störung der inneren Sicherheit zur Grundlage für staatliche Eingriffe zu machen. Es ist dem Staat nicht erlaubt, sich so einfach mit einem Verweis auf die innere Sicherheit der rechtsstaatlichen Begründung seines Vorgehens zu entziehen.

„Innere Sicherheit“ ist vielmehr ein Begriff der politischen Sprache, der zumindest heute noch nicht auf übereinstimmenden inhaltlichen Vorstellungen der Sprachgemeinschaft beruht. Für Heinz Schwarz ist sie der „Schutz der Bürger vor Kriminalität und der Bestand unserer demokratischen Ordnung“, für Günther Nollau der „Grad von Stabilität vor umstürzlerischen Bestrebungen, den eine gegebene Ordnung aufweist“, für Gerhard Stoltenberg ist „die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland unteilbar“. Es wäre geradezu gefährlich, einen solchen Wandlungen unterworfenen, gleichsam im Übergang befindlichen Begriff gegenwärtig zu einem Rechtsbegriff zu machen. Solche bedenklichen Tendenzen sind freilich seit kurzem zu verzeichnen, wenn der Bundesminister des Innern zur Amtshilfe des Bundesgrenzschutzes unter anderem schreibt: „daß solche Informationen, die nach Abwägung der Interessen der äußeren und inneren Sicherheit mit den Erfordernissen des Persönlichkeits- und Datenschutzes unverzichtbar erscheinen, dem BfV bzw. BND vom BGS* nach wie vor zur Verfügung gestellt werden können.“ Vermutlich soll mit dem Begriff „innere Sicherheit“ hier der gesamte Zuständigkeitsbereich der Sicherheitsbehörden gemeint sein – ähnlich einer vom Bundestag am 22. Mai 1980 beschlossenen Formulierung zur eingeschränkten Geheimhaltung von Sozialdaten; jedoch können und dürfen bloße Zuständigkeiten keine staatlichen Eingriffe rechtfertigen. „Innere Sicherheit“, als Rechtsbegriff verwendet, verschleiert die mögliche Tragweite von Freiheitsbeschränkungen. Wer von einem Antagonismus zwischen Freiheit und innerer Sicherheit redet, könnte unwillentlich dem Irrtum Vorschub leisten, beide Begriffe seien strukturell vergleichbar und in derselben Ebene angesiedelt. Die Vorhersehbarkeit staatlichen Handelns verlangt aber, klar zu unterscheiden: die Freiheit als Rechtswert, die innere Sicherheit als politischen Begriff. Letztere ist schon deshalb keine übermächtige Schranke der Freiheit.

Zutreffend ist ferner die Annahme der Humanistischen Union, innere Sicherheit und Frieden stünden in einem durchaus versöhnlichen Verhältnis zueinan-

*BfV = Bundesamt für Verfassungsschutz; BND = Bundesnachrichtendienst; BGS = Bundesgrenzschutz

der, ja daß die Verletzung der Freiheit die innere Sicherheit schädigen kann. Das ist nicht augenfällig und bedarf einiger begrifflicher Erläuterungen. Diese Erläuterungen bedeuten zugleich den Versuch, dem politischen Begriff „innere Sicherheit“ Konturen zu geben.

In einem Beschluß des SPD-Bundesparteitages in Hamburg 1977 heißt es: „Innere Sicherheit ist Bestandteil unserer Gesellschaftspolitik und beruht auf der Schaffung des inneren Friedens durch die Verwirklichung von Chancen- und Rechtsgleichheit sowie sozialer Sicherheit.“ Die innere Sicherheit stellt sich bei dieser Sicht als Teilaspekt des durch eine umfassende Politik zu erreichenden inneren Friedens dar, mit klarem Bezug auf den Bürger und seine tatsächliche Freiheit. Diese Deutung ist möglich, denn sie führt lediglich zusammen, was durch die geschichtliche Entwicklung zeitweilig getrennt worden war. „Friede“ ist schon sprachgeschichtlich eng mit dem Wort Freiheit verwandt und hat stets Bedeutungsvarianten besessen, die über den Zustand der bloßen Gewaltlosigkeit hinausgegangen sind. „Friede“ war für das Mittelalter gleichbedeutend mit dem Sinn und Zweck jeder menschlichen Gesellschaft und umfaßte gleichermaßen Gerechtigkeit und Sicherheit. Erst unter dem Eindruck von Glaubensspaltung und konfessionellen Bürgerkriegen entwickelte sich der Friedensbegriff zum „Staatsfrieden“, der allein den Sicherheitsaspekt wiedergab und den faktischen Sicherheitszustand wie das subjektive Sicherheitsgefühl meinte. Friede und Gerechtigkeit wurden voneinander getrennt; Friede war vor allem Sicherheit, die nur die staatliche Zwangsgewalt zu bieten vermochte. Im 18. Jahrhundert stand schließlich außer Frage, daß vornehmster Sinn des Staates die Erhaltung des von ihm geschaffenen Friedens, im Sinne einer gesicherten Ordnung sei, ungeachtet des Gerechtigkeitsgehalts dieser Ordnung. Der Friede wurde zur „öffentlichen Ruhe und Sicherheit“. Im 18. und 19. Jahrhundert war dieser Sinngehalt so selbstverständlich, daß der Friedensbegriff überhaupt nicht mehr die innerstaatliche Ordnung, sondern gemeinhin einen zwischenstaatlichen Zustand bezeichnete. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts brachten jedoch die sich entwickelnden sozialen Bewegungen „Frieden“ wieder in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen. Der innere Friede meint seither einen gesellschaftlichen Zustand, und zwar eine freie, gerechte und solidarische Lebensordnung.

Sicherheit als Teilaspekt des inneren Friedens tritt uns gegenwärtig bereits in der Definition der „sozia-

len Sicherheit“ entgegen; im Evangelischen Soziallexikon (5. Auflage 1965) heißt es: „Soziale Sicherheit...ist eine Art Lebensgefühl, ein beruhigendes Bewußtsein von nicht nur äußerer, sondern auch innerer, durch (die) gesellschaftliche Umwelt garantierter Sicherheit.“ So verstanden wird soziale wie innere Sicherheit zur Teilbeschreibung eines Zustands, den anzustreben allgemeine Aufgabe politischen Handelns ist. Die Begriffe können allerdings auf diese Weise nicht mehr einen abgesteckten Bereich politischen Handelns bezeichnen, sondern gehen in einer umfassenden politischen Zielsetzung auf.

Es hat jedoch wenig Sinn und ist der sprachlichen Verständigung abträglich, etwa für die Sozialdemokratie den Begriff „innere Sicherheit“ ausschließlich als Teilbeschreibung eines gewollten Zustands mit dem demokratischen Sozialismus gleichzusetzen. Mit gutem Grund wird in der Sozialpolitik zur Kennzeichnung der konkreten, politischen Aufgaben nicht von „sozialer Sicherheit“ gesprochen; die politische Aufgabe wird als „soziale Sicherung“ umschrieben. Ein vergleichbarer Begriff für konkrete Aufgabenstellungen der inneren Sicherheit hat sich nicht herausgebildet. Ihr sollte deshalb ein selbständiger Inhalt gegeben werden, der geeignet ist, ein bestimmtes Feld politischen Handelns zu bezeichnen.

Der Begriff „innere Sicherheit“ ist alt. Wilhelm von Humboldt spricht in seiner Jugendarbeit „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ (1792) bereits von der „inneren Sicherheit der Bürger untereinander“. Sie zu erhalten, faßte er als Pflicht des Staates auf, die durch alle Einrichtungen erfüllt werde, „welche in der Absicht der Beförderung der öffentlichen Sicherheit geschehen“. Dabei bedachte Wilhelm von Humboldt von vornherein die Grenzen mit, die der Staat bei der Lösung dieser Aufgaben zu beachten hat. „Und vergißt man denn, daß die Geistesfreiheit selbst und die Aufklärung, die nur unter ihrem Schutz gedeiht, das wirksamste aller Beförderungsmittel der Sicherheit ist?“ Für den einzelnen Bürger stellt sich Sicherheit als „Gewißheit der gesetzmäßigen Freiheit“ dar. Um ihre Sicherheit zu erhalten, „kann das nicht notwendig sein, was gerade die Freiheit und mithin auch die Sicherheit aufhebt.“ Innere Sicherheit wird so zu einer staatlichen Aufgabe, die dem Schutz eines Höchstmaßes der persönlichen Freiheit verpflichtet ist und deshalb nicht zu Maßnahmen führen darf, die diese Freiheit aufheben.

Für die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik blieb

der Begriff „innere Sicherheit“ lange Jahre blaß. So wurde er im Sachregister der Verhandlungen des Bundestages erstmals 1973 zum Stichwortes erhoben; dann aber bis zum Ende der 7. Legislaturperiode (1976) gleich 42 mal, dabei weist eine Nennung mitunter auf eine Debatte von 15 Beiträgen hin.

Soweit der Begriff in den fünfziger und sechziger Jahren in der Öffentlichkeit überhaupt gebraucht wurde, bezeichnete er recht nüchtern bestimmte Staatsaufgaben. Einen faßbaren Inhalt erhielt der Begriff lediglich in der Bedeutungsvariante „innere Sicherheit der Bundesrepublik“, im Sinne der „Abschirmung unseres Staatswesens selbst gegen eine Bedrohung durch den Staatsfeind, der seine Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung, gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gar gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland richtet“ (Ritter von Lex) – also praktisch: Bekämpfung des Kommunismus.

„Innere Sicherheit“ ist erst seit 1969 zu einem häufig gebrauchten Begriff des politischen Lebens geworden. Wegbereitend für diese Entwicklung war der Ausbau der Sicherheitsbehörden des Bundes. In seiner ersten Regierungserklärung hatte Willy Brandt am 28. Oktober 1969 eine verstärkte Verbrechensbekämpfung angekündigt, „um die Sicherheit in unserem Lande zu gewährleisten“. Die darauf folgenden Maßnahmen und Programme zum Ausbau der Sicherheitsbehörden wurden als „Beiträge zur inneren Sicherheit“ bezeichnet.

Die Indienststellung der 1. Flottille des Bundesgrenzschutz-See am 28. August 1970 – eine Maßnahme „zur Stärkung der inneren (!) Sicherheit“, das Sofortprogramm zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung vom 29. Oktober 1970 – „ein wesentlicher Beitrag zur inneren Sicherheit“; ferner: das ständig fortgeschriebene Schwerpunktprogramm „Innere Sicherheit“; das von der Innenministerkonferenz 1972 verabschiedete, 1974 überarbeitete „Programm für die Innere Sicherheit 1978 bis 1980“ der Bundesregierung. In den Plenarprotokollen des Bundestages tauchte der Begriff „innere Sicherheit“ dementsprechend bei der Beratung des Sofortprogramms und einer Anfrage der Opposition zur Verbrechensbekämpfung am 4. November 1970 in der neuen Bedeutungsvariante auf.

Die verschiedenen Programme und ihre öffentliche Erörterung haben aber nicht nur den Begriff „innere Sicherheit“ im politischen Bewußtsein fest verwurzelt; sie haben auch eine bedeutsame Erweiterung des Begriffsfeldes bewirkt. Es ging nicht mehr allein um die „innere Sicherheit der Bundesrepublik“ son-

dern vorrangig um die „innere Sicherheit in der Bundesrepublik“ und damit unmittelbar um den Schutz der Bürger vor Kriminalität. Vor allem der Ausbau des Bundeskriminalamtes und seiner Befugnisse führte zu dieser begrifflichen Ausweitung auf die allgemeine Verbrechensbekämpfung. Sie ist seitdem ein Teilaspekt der inneren Sicherheit.

Dennoch würde heute kaum jemand einen Kfz-Diebstahl „eine Gefährdung der inneren Sicherheit“ oder die Einstellung eines Bundesgrenzschutz-Beamten „eine Maßnahme auf dem Gebiet der inneren Sicherheit“ nennen. Laut Auskunft der Duden-Redaktion ist für den in Kürze erscheinenden 5. Band des „Duden“ folgende Definition der inneren Sicherheit vorgesehen: „Sichersein des Staates und der Bürger gegenüber Terrorakten, Revolten und Gewaltverbrechen.“

Das gibt in der Tendenz zutreffend wieder, wie sich das Begriffsfeld der inneren Sicherheit in den letzten Jahren qualitativ verengt hat: Nicht jede, sondern nur schwere Rechtsverletzungen werden als Bedrohung der inneren Sicherheit aufgefaßt. Spätestens seit 1973 ist der Begriff neu geprägt worden und hat die bisherigen Bedeutungsvarianten überlagert bzw. verändert. Die Mehrzahl der von da ab unter dem Stichwort „innere Sicherheit“ im Sachregister der Verhandlungen des Bundestages verzeichneten Äußerungen bezogen sich auf den Terrorismus und sonstige neue Formen schwerer Gewaltverbrechen. Das ist schon ein quantitativer Hinweis darauf, wie sehr insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus die Diskussion über die innere Sicherheit seitdem beherrscht hat.

Innere Sicherheit hat in diesen Jahren vorrangig bedeutet, terroristische Gewaltverbrechen zu bekämpfen. Die terroristische Woge der Gewalt wurde als plötzlicher Einbruch erlebt, der weit über sonstige Straftaten hinausging: ein Frontalangriff gegen den Staat, gegen das Vertrauen in seine Schutzfähigkeit, gegen die Wertordnung der Gemeinschaft.

Die Bedrohung betraf den „inneren“ Bereich, den Kern der innerstaatlichen Sicherheit. Das Eigenschaftswort „innen“ wies nicht mehr auf verschiedene umfassende staatliche Sicherheitsaufgaben – innere Sicherheit der Bundesrepublik, der Bürger in der Bundesrepublik – hin, sondern auf das qualitative Ausmaß der Rechtsverletzungen. Die gegenwärtige Begriffsdeutung ist davon geprägt. Sie wirkt zurück auf die neben der Terrorismusbekämpfung bestehenden älteren Bereiche des Schutzes der inneren Sicherheit, auf die allgemeine Verbrechensbekämpfung und auf den Staats- bzw. Verfassungs-

schutz. Nur schwere sonstige Verbrechen und nur Bestrebungen, die Ordnung des Grundgesetzes zu beseitigen, nicht alle Kriminalitätsformen oder verfassungswidrige Bestrebungen werden heute als Bedrohungen der inneren Sicherheit verstanden.

Die quantitative Einengung des Begriffs „innere Sicherheit“ brachte indes auch eine Ausweitung mit sich. Wenn die Grundlagen des Gemeinschaftslebens Schutzgut der inneren Sicherheit sind, so wird die Abwehr aller Gefahren, die sie betreffen, Gegenstand einer Politik für die innere Sicherheit. Eine begriffliche Beschränkung auf Terrorakte, Gewaltverbrechen und schwere Gefährdungen der verfassungsmäßigen Ordnung ist dann nicht mehr einsichtig. Folgerichtig heißt es im Wahlprogramm 1980 der SPD: „Nicht nur Kriminalität und Terrorismus, auch die Verweigerung von sozialer Gerechtigkeit, die Einschränkung der Lebensqualität durch Umweltschädigung und der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht unter dem Schein des Rechts gefährden die innere Sicherheit.“

Abstrakt formuliert bedeutet das, daß alle schweren Rechtsverletzungen, alle schweren Freiheitsgefährdungen die innere Sicherheit bedrohen können. Damit wird ein neuer Aspekt, die mögliche Gefährdung der inneren Sicherheit durch staatliches Verhalten deutlich. Staatliche Unterlassungen, die sozial oder wirtschaftlich Schwächere oder die Umwelt vor schweren Schäden zu schützen, stellen sich heute auch als Probleme der inneren Sicherheit dar.

Auf derselben Ebene liegen Freiheitsbeeinträchtigungen durch aktives staatliches Handeln, das das Schutzgut der inneren Sicherheit gefährdet. Es kann keinen Unterschied machen, ob persönliche Daten mißbräuchlich von Privaten oder von öffentlichen Stellen erhoben, gesammelt und weitergegeben werden, wenn zu beurteilen ist, inwiefern solche Praktiken die innere Sicherheit gefährden. Desgleichen kann nicht erheblich sein, von wem schwere Rechtsverletzungen begangen worden sind. Innere Sicherheit, verstanden als Aufgabe, die Grundlagen des Gemeinschaftslebens in einem umfassenden, polizeiliche oder nachrichtendienstliche Aufgaben übersteigenden Sinne zu schützen, kann von staatlichen Eingriffen gleichermaßen bedroht sein.

Das heißt nicht, daß jeder staatliche Übergreif zum Problem der inneren Sicherheit wird. Das grundgesetzliche System, die staatliche Gewalt in vielfacher Weise zu teilen, die Gewährleistung der Grundrechte, die Rechtsschutzgarantie gegenüber jeder Rechtsverletzung durch die öffentliche Gewalt bewirken, daß hier lediglich eine „lückenfüllende“ Aufgabe der

inneren Sicherheit in Betracht kommt. Schwerpunktmäßig geht es um Bereiche staatlichen Handelns, die gerade nicht durch ausreichende Gesetze geregelt sind und teilweise aufgrund technologischer Entwicklungen bedrohlich werden konnten oder können: Es geht um Datenschutz, Verfassungsschutz und die Kontrolle der Nachrichtendienste. In diesem Bereich bedrohlichen Erscheinungen entgegenzutreten, kann eine Aufgabe der inneren Sicherheit sein. Helmut Schmidt sagte in seiner Regierungserklärung am 16. Dezember 1976 mit Blick auf die Praxis der Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst: „Wir werden alles tun, um die Entstehung eines allgemeinen Mißtrauens zu verhindern, welches die persönliche Ausübung von Grundrechten mit Gefahren für die persönliche berufliche Zukunft belasten könnte; denn dies führt zu Leisetreterei und zu Furcht.“

Im zweiten Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz vom 18. Januar 1980 steht der Satz: „Einige Erscheinungsformen der Informationserhebung und -verarbeitung geben jedoch Anlaß zu rechtlicher Kritik, und einige Vorhaben – in Staat und Wirtschaft – lassen bedenkliche Tendenzen erkennen, die Technik zur Sicherung bestimmter Interessen zu nutzen und dabei weitere Abhängigkeiten der betroffenen Menschen zu erzeugen.“

Der Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des Bundestages in der 8. Wahlperiode zu dem gegen Strauß gerichteten Abhörfall gelangt zu der allgemeinen, von dem Ausgangsfall völlig losgelösten Feststellung: „Weder Dienstanweisungen noch die Rechtsfigur der Amtshilfe oder die weite Auslegung des übergesetzlichen Notstandes können jedoch eine Grundlage für Eingriffe in Grundrechte der Bürger bilden.“

Die Gefahr eines furchtsamen Verzichts auf die Ausübung von Grundrechten, die Gefahr weiterer Abhängigkeiten durch bestimmte Praktiken der Datenverarbeitung, rechtsgrundlose Eingriffe in Freiheitsrechte durch Verfassungsschutz und Nachrichtendienste – das sind Stichworte, die zu Aufgaben einer Politik für die innere Sicherheit führen. Sie zeigen die innere Sicherheit nicht als Schranke, sondern als unmittelbaren Schutz der Freiheit. Der positive Freiheitsbezug dieses Begriffes trägt dem grundsätzlichen Anliegen der Humanistischen Union, wie er in dem offenen Brief zum Ausdruck kommt, bereits Rechnung. Die innere Sicherheit ist nicht der Gegenpart der Freiheit.

Dieses Ergebnis wird gestützt und ergänzt durch weitere Aspekte, die durch die Diskussion über die

Bekämpfung des Terrorismus hervorgebracht worden sind. Aus zahlreichen Äußerungen aus allen Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens geht hervor, daß die Bekämpfung des Terrorismus weder ausschließlich noch vorrangig als polizeiliches Problem angesehen wird.

Die prägende Kraft der Diskussion über den Terrorismus für den Begriff der inneren Sicherheit hat bewirkt, daß der Schutz der inneren Sicherheit seither als politische Aufgabe angesehen wird. Das löst den Begriff der inneren Sicherheit nicht nur von den weiten staatlichen Sicherheitsaufgaben und ermöglicht seine qualitative Bestimmung; es eröffnet zugleich die Bedeutungsvariante, auch schwerwiegende staatliche Übergriffe dem Begriff zuzuordnen.

Ferner wurde eine tiefere Einsicht darüber gewonnen, worauf die innere Sicherheit in einem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat beruht. Sie beruht nicht entscheidend auf der Durchsetzungskraft staatlicher Machtmittel, vielmehr auf den gemeinsamen Überzeugungen der Bürger.

Max Weber hat Macht noch als die Möglichkeit definiert, den jeweils eigenen Willen dem Verhalten anderer aufzuzwingen. Das bietet keinen Ansatz zu erklären, wie sich Macht in einem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat bildet, was sie gegenüber totalitärer Gewalt unterscheidet und was sie befähigt, schweren Gefährdungen der Grundlagen des Ge-

meinwesens entgegenzutreten.

Diese Aufgabe erfüllt das Macht-Verständnis von Hannah Arendt: „Macht entspringt der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln.“ Sie schreibt: „Was den Institutionen und Gesetzen eines Landes Macht verleiht, ist die Unterstützung des Volkes...“

Innere Sicherheit umfaßt, in Weiterführung dieses Gedankens, ganz eindringlich den Schutz der politischen Freiheit, die allein die Kommunikation der Bürger und damit das Entstehen von Macht ermöglicht. Ohne Schutz der politischen Freiheit des einzelnen gibt es keine innere Sicherheit – solange der freiheitliche, demokratische Rechtsstaat jedenfalls seine Identität bewahrt. Es wird somit zur Aufgabe der inneren Sicherheit, alle substantiellen Eingriffe in wichtige Freiheitspositionen, seien es kriminelle Akte oder staatliche Übergriffe, abzuwehren.

Als Ergebnis aller Ausführungen läßt sich als Definition zusammenfassen: Der Begriff „innere Sicherheit“ umschreibt die politische Aufgabe, Staat und Bürger gegenüber schwerwiegenden Rechtsverletzungen und Freiheitsbeeinträchtigungen sowie gegenüber Bestrebungen, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen, zu schützen. Innere Sicherheit bedeutet also nicht Schranke, sondern Schutz der Freiheit.

Walter Seuffert: Der öffentliche Dienst in der freiheitlichen Grundordnung

Bei der Diskussion um die „Extremisten im öffentlichen Dienst“ muß hinter den aktuellen Einzelfällen, der Zurückweisung unverständiger Staatspraktiken auf der einen und falscher Schlagworte auf der anderen Seite, die immer offene Frage des Selbstverständnisses des Staatsvolkes darüber gesehen werden, was es bedeutet, daß der öffentliche Dienst sich zur Grundordnung des Staates bekennen und für sie eintreten muß, und daß niemand in diesen Dienst aufgenommen werden soll, von dem das nicht zu erwarten ist. Das Verhältnis zwischen Meinungs- und Gesinnungsfreiheit des Staatsbürgers und Dienstpflicht – das ist eigentlich das Verhältnis des Bürgers zu seinem öffentlichen Dienst – hat gerade in

Deutschland seine Geschichte, deren Entwicklung man sich in Erinnerung rufen sollte.

Als Ansatzpunkt für die Betrachtung bietet sich die Weimarer Verfassung an. Dort heißt es in Art. 128 Abs. 1: „Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen.“ Das ist die Abgabe gegen Adels- und Standesvorrechte und alle Privilegien und Sonderrechte für den Zugang zum und den Rang und das Amt im öffentlichen Dienst, der Ausdruck für den im Laufe des 19. Jahrhunderts überall jedenfalls der Rechtsform nach vollzogenen Sieg des bürgerlichen Staats über den Feudalstaat. Er fand sich so zwar nicht in der Reichsverfassung von 1871 (die ja mehr ein Bündnisvertrag als eine Verfassung war), aber bereits in so gut wie allen Länderverfassungen des Kaiserreichs (z. B. Preußen von 1848/50, Titel 4: „Die öffentlichen Ämter sind, unter Einbe-

tung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich"; entsprechend Bayern von 1818, Präambel und Titel IV §5; u. a. m.). Über die Treupflicht im öffentlichen Dienst und ihr Verhältnis zur politischen Überzeugung und Betätigung des Bediensteten sagt dieser Grundsatz zunächst nichts aus; er hatte denn auch bisher nicht entgegengestanden, wenn faktisch und disziplinar-rechtlich das Bekenntnis zu bestimmten politischen Anschauungen (insbesondere dem Sozialismus) als unverträglich mit dem öffentlichen Dienst angesehen wurde. Der Inhalt der Dienstverpflichtung war bisher maßgebend daher bestimmt worden, daß es sich um den Dienst des Landesherrn handelte. Nunmehr, in der demokratischen Republik, war und ist er aus dem Anspruch der Gesamtheit der Staatsbürger (jetzt ein Grundrecht aus Art. 3 Abs. 3 GG, wie an anderer Stelle ausgeführt wurde) auf die Integrität und Treue ihres Dienstes zu bestimmen. Der Grundsatz des gleichen Zugangs zum öffentlichen Dienst (jetzt Art. 33 Abs. 2 GG) besagt, daß Vorrechte und Ansprüche auf Aufnahme und Amt im öffentlichen Dienst – erorbt, erkaufte, wie auch immer erworben – nicht stattfinden; er würde verkannt, und es würde einen Rückfall hinter die historische Entwicklung in das Ordnungsdenken des Feudalstaats bedeuten, wenn man für den Zugang zum öffentlichen Dienst den Anspruch des Einzelnen auf ein Amt unter dem Stichwort der Freiheit der Berufswahl oder der Berufsausübung für ausschlaggebend halten wollte; das Schlagwort „Berufsverbot“ ist hier falsch am Platz. Deswegen hat das Bundesverfassungsgericht mit Recht den subjektiven Anspruch auf Ämter im öffentlichen Dienst aus Art. 12 GG abgelehnt (BVerfGE 39, 334, 369 f.) und den Anspruch des freiheitlichen demokratischen Staates auf die Treue seines Dienstes in den Vordergrund gestellt (aaO, S. 358).

Art. 130 Abs. 1 der Weimarer Verfassung („Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei“) ist ein Programmsatz ohne spezifische rechtliche Bedeutung, der eine Selbstverständlichkeit ausdrückt; heute findet er sich in den Beamtengesetzen. In die Verfassung wurde er wohl damals als Kommentar zu der neuen Situation eingeführt, daß nunmehr im parlamentarischen System der Wirkungsbereich der Parteien nicht auf die Legislative beschränkt bleibt, sondern in die Führung der Exekutive übergriff.

Dagegen bezeichnet Abs. 2: „Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet“ eine eigentliche

Umwälzung und gleichzeitig die Zwiespältigkeit der Grundsituation, in der die Weimarer Republik gegründet wurde und die sie letztlich nicht bewältigen konnte. Daß vom Beamten eine bestimmte politische Gesinnung verlangt wurde und eine andere Gesinnung vom öffentlichen Dienst ausschloß, hatte bisher unangefochten gegolten, trotz des „gleichen Zugangs“ zum öffentlichen Dienst – und um so weniger angefochten, weil diese Abgrenzung von den in erster Linie Betroffenen, der Partei der Arbeiterbewegung, den Sozialdemokraten, nicht nur akzeptiert wurde, sondern von niemand härter vertreten worden war als von ihnen selbst. Wenn dagegen jetzt, im Jahre 1919, gesagt wurde: „Beamte können auch Sozialdemokraten sein“, so mußte auch gesagt werden: „Sozialdemokraten können auch Beamte sein“, nämlich in einer bürgerlichen Republik. Die bisherige Position mußte auf beiden Seiten aufgegeben werden.

Was das Kaiserreich – vorab sein Kaiser, aber auch sein Bürgertum – unter „staatstragende Parteien“ verstand, ist gut genug bekannt und braucht nicht belegt zu werden. Die neben den Sozialdemokraten von dieser Abgrenzung betroffenen Parteien – der Freisinn, regional auch das Zentrum – bemühten sich allenfalls, auch als „staatstragend“ anerkannt zu werden und setzten sich schon damit von der Sozialdemokratie ab, die keinesfalls staatstragend sein wollte. Die Sozialdemokratie, die ihre Aufgabe in der Vertretung der Arbeiterinteressen unter der Parole „Die Phase des Kapitalismus nicht überspringen, aber abkürzen“ sah, konnte zur Teilnahme an der Politik im bürgerlichen Staat nur in der Rolle der grundsätzlichen Opposition bereit sein – und auch das nur, solange nicht Opposition, wie im parlamentarischen System, mögliche Übernahme der Regierungsverantwortung bedeutete. Danach bestimmte sich auch ihr Verhältnis zum öffentlichen Dienst. Eine Partei, die sich nicht gestatten wollte, ihr zustehende Sitze im Präsidium eines Parlaments einzunehmen, weil dadurch Sozialdemokraten zu „Hofgängern“ geworden wären, die die Zustimmung zu irgendeiner Haushaltsvorlage als Verrat angesehen hätte, und die sich einen sozialdemokratischen Geheimrat nur als Spottfigur vorstellen konnte (man lese Bebel's Reden in der Revisionistendebatte des Dresdner Parteitags 1903 nach), konnte ihren Mitgliedern weder zumuten noch gestatten, einen Beamteneid zu leisten. Mit ihrer Parole verbot sie sich gleichzeitig jede aktive Maßnahme gegen den Bestand des bürgerlichen Staates und jede Unterstützung desselben. Die nicht verbotene, dem Beamten aber nicht

erlaubte politische Gesinnung und Partei war auf diese Weise ein Tatbestand, der von beiden Seiten als richtig und als geradezu zwangsläufig angesehen wurde.

Das war freilich nicht nur die Haltung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber dem Kaiserreich, sondern die Haltung der sozialistischen Internationale. Als in Frankreich 1899 Millerand in eine bürgerliche Regierung eingetreten war, um in der Dreyfus-Krise den Republikanern gegen die Reaktion beizuspringen, und Jaurés das deckte (der einzige Fall einer sozialistischen Regierungsbeteiligung vor 1918), verurteilte das die Internationale auf die donnernden Angriffe Bebels hin (Amsterdam 1904).

Es ist hier nicht der Raum und die Absicht, die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Parteien der Arbeiterbewegung und dem bürgerlichen Staat im einzelnen auszuleuchten. Im Deutschen Reich erwies sich schließlich die – freilich nicht freiwillige – Zulassung der Sozialdemokratie als „Opposition“ als stabilisierender Faktor für das bürgerlich-monarchische Element, so daß hier beim Zusammenbruch die Partei der Arbeiterbewegung als Liquidator zur Verfügung stand, der bereit war, wesentliche Positionen der bürgerlichen Gesellschaft in den neuen Staatsaufbau zu übernehmen. Die Wandlung innerhalb der Sozialdemokratie, die dazu führte, war langsam, aber unvermeidlich. Sie konnte auch in der von ihr gewählten Rolle auf die Dauer nicht im System arbeiten, ohne sich in das System integrieren zu lassen; die Revisionisten mußten siegen. Es konnte nicht dabei verbleiben, etwa Schutz Zollfragen als „reine Bourgeoisfragen“ zu behandeln, wie Engels (Brief an Bebel vom November 1879) forderte. Der Weg führte von Bebels und Liebknechts „Diesem System keinen Mann und keinen Pfennig“ von 1870 bis zur mehrheitlichen Bewilligung der Kriegskredite von 1914 und schließlich zum Eintritt der Sozialdemokraten in das letzte kaiserliche Kabinett, um den Krieg ordnungsgemäß zu liquidieren. Dagegen war es 1914 Jaurés, der die internationale Arbeiterbewegung zur Verhinderung des Krieges aufrufen wollte, und der ermordet wurde, weil man ihm das zutraute.

Auf der einen Seite beseitigte also Art. 130 Abs. 2 WRV die bisherige Schranke zwischen der Sozialdemokratie und dem öffentlichen Dienst. Auf der anderen Seite besagte er, daß man nicht Republikaner und nicht Demokrat zu sein brauche, um im Dienst der demokratischen Republik Amt und Würden zu haben. Die Schranke zwischen der Sozialdemokratie und den übrigen „nicht staatstragenden“ Parteien und dem öffentlichen Dienst wurde einge-

rissen, aber gleichzeitig wurde mehr oder weniger ausdrücklich gesagt, daß vom Beamten überhaupt keine „staatstragende“ Haltung verlangt werden könne. Das war die Konsequenz aus der Gründungssituation der Republik, bei der sich die „Revolution“ von vornherein mit der empfundenen und wohl auch bestehenden Notwendigkeit abgefunden hatte, mit einem öffentlichen Dienst zusammenzuarbeiten, dessen große Mehrheit sich sinngemäß und politisch über den neuen Staat alles vorbehielt und eine „Treuepflicht“, die über die korrekte Erfüllung von Dienstpflichten allenfalls hinausging, nicht anerkennen wollte. Die Nationalversammlung von 1919 – das wird leicht übersehen – konnte sich nicht auf die geruhende Beratung der demokratischen Verfassung beschränken; sie und ihre „vorläufige Reichsgewalt“ mußten, noch bevor die Verfassung verkündet werden konnte, die Annahme des diktierten Friedensvertrags durchführen, mit dem Eisner-Mord, der Bayerischen Räterepublik und anderen gegen ihre eigene Existenz und Tätigkeit gerichteten Angriffen fertig werden und mußte dabei die Hilfe der durchaus nicht republikanisch gesinnten „Freicorps“ und der noch bestehenden Heeresleitung in Anspruch nehmen.

Worauf das für den öffentlichen Dienst hinauslief, wird deutlich durch das Gesetz vom 27. 7. 1922, durch das man – nach dem Kapp-Putsch und den Morden an Erzberger und Rathenau – im Zusammenhang mit dem Republikenschutzgesetz die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik näher definieren wollte. In dem damals in das Beamtengesetz eingefügten § 10a hieß es: „Der Reichsbeamte ist verpflichtet, in seiner amtlichen Tätigkeit (!) für die verfassungsmäßige republikanische Staatsgewalt einzutreten.“ Die weitere Bestimmung: „Er hat alles zu unterlassen, was mit seiner Stellung als Beamter der Republik nicht zu vereinigen ist“ ist mehr allgemein als genau. Die ihr zur Erläuterung dafür, was dem Beamten „insbesondere“ untersagt sei, angefügten Tatbestände beziehen sich nur auf die „Ausübung der Amtstätigkeit“ oder den „Mißbrauch der amtlichen Stellung“, lassen also ganz offen, was für das Verhalten des Beamten außerhalb seiner Amtstätigkeit gelte. In Abs. 3 ist dem Beamten keineswegs untersagt, in der Öffentlichkeit Bestrebungen zu fördern, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, sofern das nicht „gehässig oder aufreizend“ geschieht, oder solche Bestrebungen zu unterstützen, sofern das nicht „durch Verleumdung, Beschimpfung oder Verächtlichmachung der Republik oder von Regierungs-

mitgliedern geschieht. Dabei ist zu diesen, wahrlich zurückhaltenden Bestimmungen seinerzeit sehr ernsthaft die Frage aufgeworfen worden, ob diese „scharfe Begrenzung der politischen Bewegungsfreiheit der Reichsbeamten“ (Anschütz) nicht gegenüber der Reichsverfassung neues und strengeres Recht schaffe. Dies ist dadurch überspielt worden, daß das Gesetz mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossen worden war – sie kam zustande durch die Zustimmung der USPD, die vor ihrer Wiedervereinigung mit der Mehrheitssozialdemokratie stand, und der Mehrheit der Partei Stresemanns – was nach damaligem Recht die Verfassungsmäßigkeit sicherte.

Das Republikschutzgesetz hat die Republik nicht gerettet. Es wurde unter der Parole „Der Feind steht rechts“ beschlossen, in der Praxis wurde es aber vornehmlich gegen Kommunisten angewandt. Das war schließlich nur Bestandteil der allgemeinen politischen Entwicklung in dieser Republik, in deren Verlauf die Sozialdemokratie im Reich aus der Regierungsverantwortung verdrängt und in die Rolle der ständigen Opposition zurückgedrängt wurde, während ihre Stelle in der Regierung die monarchistische Deutsch-Nationale Partei übernahm, und die dazu führte, daß am Ende der Republik die maßgebenden Stellen im Reich so gut wie ausschließlich von Monarchisten eingenommen wurden.

Rechtlich handelte es sich bei alledem immer nur um die Verpflichtungen desjenigen, der bereits im Amt sich befand, wobei die Ahndung einer Pflichtverletzung die Feststellung eines konkreten Dienstvergehens in Disziplinarverfahren, an dem auch Gerichte beteiligt waren, voraussetzte. Die Entscheidung über die Aufnahme in den öffentlichen Dienst galt als reine Ermessensfrage, zu der – anders als jetzt – keine Gerichtsentscheidung herbeigeführt werden konnte (daß einmal ein von einem Selbstverwaltungsorgan Gewählter auf Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde klagen konnte, war ein Sonderfall). Dafür konnten deswegen auch keine rechtsverbindlichen Grundsätze, etwa im Sinne einer zu prüfenden „Gewährleistung“ festgelegt werden. Für das Disziplinarrecht hat dabei das in der Rechtsprechung führende Preußische Obergerverwaltungsgericht immer daran festgehalten, daß die den Beamten zugesicherte Meinungsfreiheit es ausschließe, das Bekenntnis zu einer politischen Partei oder die Mitgliedschaft bei ihr bereits als Dienstvergehen anzusehen; diese Freiheit enthalte „auch gegenüber verfassungswidrigen Zielen oder Mitteln keine Einschränkung“ (Band 78, S. 455). Nur die positiven Handlungen des Beamten selbst, durch die er eine Partei unterstütze oder

für sie tätig sei, könnten im Einzelfall als Dienstvergehen gewürdigt werden.

Auch die internationale Arbeiterbewegung hatte inzwischen ihre Haltung gegenüber der Regierungsbeteiligung in „bürgerlichen“ Staaten und damit gegenüber dem öffentlichen Dienst geändert. Nach dem Vorgang in Deutschland wurde nunmehr der Eintritt in die Regierungsverantwortung nirgendwo mehr ausgeschlossen, und damit entfiel auch der grundsätzliche Gegensatz zum öffentlichen Dienst (von den Ansätzen zu sozialistisch orientierten Regierungen blieb allerdings der in Deutschland, obwohl er schließlich scheiterte, noch der erfolgreichste). Die Auseinandersetzung mit dem reaktionären Monarchismus hatte die französische Republik bereits vor dem Weltkrieg siegreich durchführen können. In den übrigen Monarchien wurde die Frage der Staatsform zweitrangig, nachdem es sich überall durchsetzte, daß dem Monarchen kein Einfluß und keine Entscheidungen zur Politik des Landes zustehen. Der Teil der Arbeiterbewegung, der an der grundsätzlichen Bekämpfung des bürgerlichen Staates festhielt und die Führung der Sowjetunion vorzog, sammelte sich in der kommunistischen Internationale.

Für die Republik der Weimarer Verfassung führte die Garantie der Freiheit der politischen Gesinnung im öffentlichen Dienst dazu, daß sie keinen öffentlichen Dienst zur Verfügung hatte, auf den sie sich verlassen konnte, um ihn gegen die Feinde der Republik und der Demokratie einzusetzen. Schließlich geriet dann diese Republik in die Hände der Anti-Republikaner und Anti-Demokraten; so kam es endlich zu ihrem Zusammenbruch und zur Machtergreifung der Faschisten.

Der Nationalsozialismus führte dann natürlich gleich eine ganz andere Sprache. Nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ waren Beamte zu entlassen, „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“. Später wurde dann aus dem „nationalen“ Staat schlicht der nationalsozialistische Staat. Die Formel vom „Gewährbieten“, die damit auftaucht, bedeutet hier in der Sache, daß die „bisherige politische Betätigung“ zum Entlassungsgrund erklärt wird, womit bereits das gesamte Disziplinarrecht beiseite geschoben wird. Später wird dann die „Gewähr“ auch zur Voraussetzung der Anstellung erklärt (§ 26 des Beamtengesetzes); sie ist von der zuständigen Stelle der NSDAP zu bescheinigen. Damit waren nun allerdings Regelungen eingetreten, die den Na-

men „Dienstrecht“ nicht mehr verdienten. Das Bundesverfassungsgericht kam deswegen zu der Feststellung, daß nach dieser völligen Denaturierung des Beamtenrechts – es sprach von „Rechtszerstörung“ – nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Staates kein Beamtenrecht mehr bestand und alle Beamtenverhältnisse erloschen waren (BVerfGE 3,58 u.a.m) und hielt daran auch gegen den Widerstand der übrigen Gerichte fest. Die Bereinigung des öffentlichen Dienstes konnte zwangsläufig nur nach dem gleichen Grundsatz, nach der „bisherigen politischen Tätigkeit“, durch die Entnazifizierung und die Gesetze zu Art. 131 durchgeführt werden.

Das ist der Hintergrund, auf dem die heute geltenden Bestimmungen erwachsen sind. Ihm muß noch gegenübergestellt werden die Situation für „Verfassungsfeinde“, wie sie außerhalb des öffentlichen Dienstes, für den „normalen“ Staatsbürger besteht. Es ist die Situation, die zu der „nicht verbotenen verfassungsfeindlichen Partei oder Vereinigung“ geführt hat, jenem Phänomen, das in der Diskussion immer strapaziert wird. Wir haben bisher zwei Parteiverbote (KPD und SRP) durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen, führen sie aber nicht durch und tun so, als habe es sie nicht gegeben. Wenn eine Partei verboten worden ist, ist jede Fortsetzung dieser Partei oder einer Ersatzorganisation ein strafbarer Tatbestand. Was in dieser Beziehung mit der Billigung des Bundesverfassungsgerichts als Straftat angesehen werden konnte (z.B. die Kandidatur eines ehemaligen Kommunisten als unabhängiger Kandidat oder auf einer freien Liste, und vieles andere), ist in einer Reihe von Entscheidungen im 25. Band der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nachzulesen, und näher bei Alexander von Brünneck (Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Suhrkamp 1978). Nach jahrelangen Auseinandersetzungen kam es schließlich 1968 zur Reform der politischen Justiz durch das 8. Strafrechtsänderungsgesetz und zu einer Amnestie, vor allem auch zur Einführung des Opportunitätsprinzips für die Verfolgung aller politischen Delikte. Seitdem werden dieselben, früher kriminalisierten Tatbestände jeden Tag verwirklicht, ohne daß dagegen eingeschritten wird. Es gibt eine ganze Anzahl von Parteien oder Vereinigungen, die ohne weiteres als Ersatzorganisationen der verbotenen Partei qualifiziert werden könnten, und aus denselben Gründen wie diese zu verbieten wären. Es werden aber weder Anträge beim Bundesverfassungsgericht, noch Anträge auf Feststellung von Ersatzorganisationen als solche gestellt, es werden auch keine Straf-

verfahren durchgeführt. Die Neugründung der DKP wurde regierungsseitig – von allen Regierungen! – geradezu angeregt und sanktioniert (siehe v. Brünneck, S. 324 ff.: „ein beabsichtigter doppelbödiger Rechtszustand“). Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen festgestellt, daß die Antragsberechtigten für ein Parteiverbot (Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung) keine Rechtspflicht zur Antragstellung haben, sondern ganz nach politischer Zweckmäßigkeit entscheiden können; für das parallele Verfahren auf Verwirkung von Grundrechten hat es sogar verlangt, daß die „Gefährlichkeit“ des Betroffenen zur Überzeugung des Gerichts dargelegt wird. Soweit es sich um Parteien handelt und diese sich an Wahlen beteiligen, erhalten sie Wahlkampfkosten wie alle anderen, sofern sie nur 0,5% Stimmenanteil erreichen; in diesem Fall müssen ihnen laut Bundesverfassungsgericht sogar Sendezeiten für Propaganda verfassungsfeindlichen Inhalts gegeben werden.

In dieser Politik, wonach keineswegs verboten und bestraft wird, was verboten und bestraft werden könnte, sind sich alle Parteien und Regierungen einig und sie tun gut daran. Der politische Erfolg hat ihnen vollständig recht gegeben. „Die Demokratie ist die schwierigste Staatsform, sie muß die Rechte derer schützen, die sie bekämpfen“ (Pertini). Indem sie sich zu dieser Schwierigkeit bekennt und sich auch als „streitbare“ Demokratie so lange wie möglich auf die freie Auseinandersetzung, die für ihre Grundordnung schlechthin konstituierend ist (Bundesverfassungsgericht), verläßt, zeigt sie ihre Stärke, ist bisher erfolgreich gewesen und kann es weiter sein. Verbotsmöglichkeiten müssen schließlich sein. Man wird sie so wenig wie möglich anwenden und hat sie mit Erfolg bisher nicht angewandt oder die Verbote nicht durchgeführt, so wie man sich eine Armee zwar halten muß, aber sie mit dem Ziele unterhalten muß, wenn irgend möglich keinen Gebrauch von ihr zu machen. Es ist nämlich nicht nur so, daß es kein Fehler sein kann, „staatsgefährlichen“ Meinungsäußerungen oder Bestrebungen gerade dadurch zu Bedeutung zu verhelfen, daß man zuviel Zeit und Mühe darauf verwendet, sie zu bekämpfen.

Der 3. Titel des 1. Abschnitts des Strafgesetzbuchs „Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates“ behandelt Betätigungen „staatsgefährdender“ Gesinnungen oder Bestrebungen unterhalb des aktiven Hochverrats, der mit Gewalt arbeitet. Mit solchen Gesinnungen und Bewegungen kann ein gesunder Staat fertig werden – Revolutionen sind nicht immer unvermeidlich – aber in der Regel nicht und keines-

wegs ausschließlich durch Gesinnungsverfolgung, Verbote und Kriminalisierung. Das lehrt die Geschichte. Die Inquisition hat der Kirche nur Schaden zugefügt, die Heilige Allianz, der Vormärz haben sich selbst erstickt, das Sozialistengesetz wurde mit dem Stimmzettel weggefeht. Heute haben wir genügend Anschauung darüber, wie kommunistische Regime und Diktaturen aller Art durch Verbote, Verfolgung und Ausschaltung von Dissidenten und Unterdrückung von Meinungen die eigene Position keineswegs stärken, sondern nur schwächen und untergraben.

Die Situation in der Bundesrepublik ist damit nicht zu vergleichen; es gibt aber Grund zum Nachdenken darüber, welche Berechtigung hinter dem Unbehagen vor allem der Jugend (auch wenn sie sich oft handgreiflich falscher Schlagwörter bedient) stehen kann und wie eine Staatsverdrossenheit abgewandt werden kann.

Rechtlich kann die Frage der Dienstpflicht im öffentlichen Dienst („muß sich zur Grundordnung bekennen und für deren Erhaltung eintreten“, § 35 BRRG) eigentlich nicht ernsthaft zweifelhaft sein. Vom Beamten zu erwarten, daß er diesen Staat und seine Verfassung als einen positiven Wert anerkennt, für den einzutreten sich lohnt (Bundesverfassungsgericht), ist schließlich eine unbestreitbare Selbstverständlichkeit; es ist nicht mehr damit gesagt, als daß man nicht im Dienst eines Unternehmens tätig sein kann, wenn man das ganze Unternehmen für böseartig und vernichtenswert hält. Was die Weimarer Verfassung aus der Notlage, in der sie entstanden ist, heraus hier an Zweispaltigkeit zugestehen wollte, konnte keinen Bestand haben und mußte zum Unheil führen. Dabei gilt, daß, wie das Bundesverfassungsgericht eingeschärft hat, Folgerungen aus Verletzung der Dienstpflicht nur aufgrund eines begangenen konkreten Dienstvergehens gezogen werden können, dessen Nachweis vor Gerichten geführt werden muß, wobei zu der allgemein umschriebenen Treuepflicht „ein Minimum an Gewicht und an Evidenz der Pflichtverletzung“ (Bundesverfassungsgericht) treten muß und Dienstvergehen nicht in Gesinnungen, sondern nur in Handlungen gesehen werden können. Insoweit sind Konflikte zwischen Meinungsfreiheit und einer Dienstpflicht kein spezifisches Problem des öffentlichen Dienstes (das „besondere Gewaltverhältnis“ ist längst ausgemerzt); sie können bei Redakteuren, Theologen usw. in einem Dienst ebenso auftreten.

Die Abgrenzung der Dienstpflicht im öffentlichen Dienst führt zu einer gewissen Distanz zwischen

dem, was dem Staatsbürger im allgemeinen freisteht und dem, was im öffentlichen Dienst die Dienstpflicht erlaubt. Das ist nicht nur unvermeidlich, sondern auch natürlich und notwendig. Die Distanz vergrößert sich aber, wenn aus vernünftigen politischen Gründen der „verfassungsfeindlichen, nicht verbotenen“ Betätigung im allgemeinen viel Raum belassen wird, damit (wie der Erfolg zeigt) sich solche Bewegungen selbst widerlegen und totlaufen können. Eine *unverhältnismäßige* Distanz zwischen dem, was vom öffentlichen Dienst verlangt wird, und dem, was vom Staatsbürger sonst hingenommen wird, muß zu einer Grabenziehung zwischen dem Staatsdienst und der Staatsbürgerschaft insgesamt und schließlich wieder zur Aufteilung der Bürgerschaft in einen „loyalen“, „staatstragenden“ Teil und (potentielle) „Staatsfeinde“ führen. Das aber wäre eine weitaus größere Gefahr für die „politische Atmosphäre“ (Bundesverfassungsgericht) als diejenige, die bisher aus der Betätigung einzelner Beamter in „nicht verbotenen“ Parteien erkennbar geworden ist. In Konsequenz der vernünftigen Haltung gegenüber politischen Verböten, in der man sich einigt ist, und um die Erfolge dieser Haltung nicht in Frage zu stellen, muß man deswegen auch im öffentlichen Dienst versuchen, unterhalb des Möglichen zu bleiben und sich auf das wirklich Notwendige zu beschränken. Das Disziplinarrecht fordert ein schuldhaftes Vergehen, eine Pflichtverletzung von Gewicht; vor allem gilt der Grundsatz, daß die Grundrechte des Bediensteten nur durch die für die Erhaltung eines intakten Dienstes unerlässlich zu fordernden Pflichten eingeschränkt sind (vgl. BVerfGE 39, 334, 367). Das schließt Schematismus und Engherzigkeit aus und verbietet Gesinnungsprüfung und Gesinnungsschnüffelei. Diese Rechtslage wird freilich hoffnungslos verkannt mit krähwinklerischen Auffassungen, wie sie bei bestimmten Regierungen zum Vorschein kommen – etwa, daß Kriegsdienstverweigerer im Ersatzdienst nicht mit Kindern in Kontakt kommen dürfen, wegen der Gefahr staatsgefährdender Indoktrination.

Die Gerichte haben im allgemeinen bisher das auch nicht verkannt. Auch muß vermieden werden, Entscheidungen darüber, was „nicht verbotene Staatsfeindlichkeit“ ist, die die Regierungen bewußt nicht treffen, dem einzelnen Bediensteten zur persönlichen Verantwortung zuzuschieben. Auf diesem Gebiet sollte es auch keinen Bedenken unterliegen, bei gegebener Veranlassung amtlich Vereinigungen oder auch Parteien zu bezeichnen, denen anzugehören sich mit dem Dienst nicht verträgt; die Bedenken, die das Bundesverfassungsgericht geäußert

hat, beziehen sich nur auf generelle Vorschriften für *Einstellungsvoraussetzungen*. Das hätte den Vorzug, daß dann auch die betroffene Vereinigung aufgefordert und in der Lage ist, vor Gericht ihre Zielsetzung überprüfen zu lassen, und nicht nur dem einzelnen Beamten das Risiko der Entscheidung über die Verträglichkeit der Vereinigung mit der Dienstpflicht (und deren Vertretung in einem einigermaßen gespenstischen Verfahren, an dem die Vereinigung selbst gar nicht beteiligt ist) überlassen bleibt. Die jüngste Entscheidung des Bundesdisziplinargerichts legt eben dies nahe.

Problematischer ist die Entscheidung bei der *Einstellung* in den öffentlichen Dienst; sie ist auch der hauptsächlichste Angriffspunkt der Kritik und Ausgangspunkt der Beunruhigung. Sie ist nach wie vor eine Ermessensentscheidung, bei der aber die Grenzen des Ermessens vom Grundgesetz vorgegeben und vom Richter nachzuziehen und zu wahren sind, und diese rechtlichen Grenzen können nicht gesehen werden, ohne daß man die Auswirkungen auf das Demokratieverständnis bedenkt. Bei dieser Entscheidung sind nicht Dienstvergehen festzustellen, sondern es ist eine „Gewähr“ zu prüfen, die zur Eignung des Bewerbers gehört. Die viel strapazierte Pflicht der Einstellungsbehörde zu dieser Prüfung, von der das Bundesverfassungsgericht spricht, bezieht sich, wie man im Beschluß nachlesen sollte, auf die Prüfung, ob damit zu rechnen ist, daß der Bewerber im Dienstverhältnis disziplinarisch zu ahndende Verstöße gegen seine Treuepflicht begehen wird; sie soll, wie eindeutig gesagt wird, auf einer Prüfung seiner Persönlichkeit und einer Prognose seines künftigen Verhaltens beruhen. Dabei kann und muß natürlich auf gegebene Tatbestände in der Vergangenheit zurückgegriffen werden; aber diese müssen dabei, dem Sinn der Prüfung entsprechend, nach ihrer Bedeutung für die Persönlichkeit und das *zukünftige* Verhalten bewertet werden. Wenn sie einfach als abgeschlossene Tatbestände, als Einstellungshindernisse behandelt werden – so wie ein Dienstvergehen, das ja auch nicht ungeschehen gemacht werden kann, auch wenn dann Überlegungen über die (disziplinarische) Strafwürdigkeit stattzufinden haben – so findet damit eine nachträgliche Disziplinierung der allgemeinen Freiheitsphäre statt, ein Rückgriff, der durch die besondere Rechtslage im öffentlichen Dienst nicht mehr gedeckt ist. Denn erst jetzt, mit dem Eintritt in den öffentlichen Dienst, tritt ja jene Lage ein, in der die allgemeinen Freiheitsrechte mit der Grundentscheidung der Verfassungsordnung für die Treuepflicht des öffentlichen Dienstes konfrontiert

sind; das darf nicht rückwirkend disziplinierend auf das Vorleben zurückgreifen.

Das nationalsozialistische Gesetz hatte das „bisherige Verhalten“ rückwirkend inkriminiert und zum Entlassungsgrund gemacht; die freiheitliche Demokratie darf es nicht in derselben Weise zum Ablehnungsgrund machen. Dazu kommt wieder, daß es sich vielfach um Verhaltensweisen handelt, denen allgemein aus politischen Gründen – guten Gründen – Raum belassen wird, auch wenn ihnen von Rechts wegen nicht Raum belassen werden müßte. Die nachträgliche Verwertung solcher Tatbestände im Dienstrecht würde den Graben zwischen dem öffentlichen Dienst und dem „normalen“ Staatsbürger in gefährlicher Weise vertiefen. Wenn ein Beamter wegen Unterstützung einer kommunistischen Partei diszipliniert werden kann, so heißt das noch nicht, daß er abgelehnt werden kann, weil er sie früher einmal unterstützt hat.

Die „Regelanfrage“ bei der Einstellung verwischt von vornherein in bedenklicher Weise den wesentlichen Unterschied zwischen der „freien“ Vergangenheit und der Zukunft im Dienst, auf die es allein ankommt. Schon deswegen ist zu begrüßen, daß ihre Beseitigung vom SPD-Parteitag gefordert wurde und im Bund und vielen Ländern durchgeführt ist. Was mit Recht an ihr Anstoß erregt, ist nicht nur die Regelmäßigkeit – schließlich ist es ziemlich genauso schlimm, wenn wahllos gefragt werden kann, wie wenn immer gefragt wird – sondern vor allem, daß der Adressat der Frage der Verfassungsschutz ist. Es wird schwer sein, in der Geschichte Beispiele dafür zu finden, daß Geheimdienste ihrem Staat und seiner Ordnung nicht mehr Schaden als Nutzen gebracht hätten; sie können allenfalls als notwendige Übel damit gerechtfertigt werden, daß der wenige Nutzen, den sie bringen, so unentbehrlich sei, daß dafür Schaden in Kauf genommen werden müsse. Deswegen aber dürfen sie – erst recht in einem freiheitlichen Staat – nur so wenig wie möglich und nur bei besonderen Gründen in gewöhnlichen Rechtsverfahren eingeschaltet werden. Mit der Regelanfrage wird aber so verfahren, als ob über das ganze bisherige Leben der Betroffenen Personalakten, die als solche verwendbar wären, in Gestalt der Aufzeichnungen des Verfassungsschutzes geführt wären. Das Gegenteil ist der Fall: Die Akten des Verfassungsschutzes können weder auf Vollständigkeit Anspruch erheben, noch stehen sie zur Einsicht offen, damit ihre Vollständigkeit und Richtigkeit gesichert werden kann. Sie werden unter ganz anderen Gesichtspunkten geführt als Personalakten. Der Verfassungsschutz

behält sich vor (und muß sich vorbehalten), was er daraus bekanntgibt. Inwieweit der Verfassungsschutz überhaupt Personalkarteien in dem Umfang, wie es offenbar geschieht, über derart nichtige Tatbestände führen muß und soll, wie sie sich in seinen Auskünften finden, ist eine zweite Frage. (Übrigens sollten auch einmal die offenbar ziemlich absurden Praktiken der „Überprüfung für höhere Sicherheitsbereiche“ einer Überlegung unterzogen werden.) Jedenfalls dürfen solche Aufzeichnungen nicht durch die Regelanfrage so behandelt werden, als ob sie geeignete Unterlagen für dienstrechtliche Entscheidungen wären, in denen über die persönliche Haltung des Bewerbers gegenüber der Grundordnung zu befinden ist. Das wäre ein kapitaler rechtlicher Fehler, ohne daß dabei auf subtile Erwägungen abzustellen ist, wo das Zutragenlassen von Ermittlungen der Staatsschutzbehörden beginnt – was das Bundesverfassungsgericht als „schwerlich vereinbar“ mit dem Rechtsstaatsprinzip erklärt hat – und ohne daß man im einzelnen auf die teilweise geradezu grotesken „Beschuldigungen“, die auf diese Weise „verwertet“ werden, einzugehen braucht. Die Regelanfrage, gleichgültig wie sie rechtlich genau zu charakterisieren ist, ist jedenfalls jener giftige Unfug, der die politische Atmosphäre vergiftet und den freiheitlichen Staat diskreditiert.

Sie läuft im praktischen Ergebnis darauf hinaus, diejenigen Einschränkungen der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, die nur mit den für die Erhaltung eines intakten Beamtenums unerlässlich zu fordernden Pflichten begründet werden können, ins Vorfeld zu verschieben und über das gesamte Verhalten von Jugendlichen auszubreiten, für die der Eintritt in den öffentlichen Dienst später einmal in Frage kommt. Sie bewirkt das zudem durch die Verwendung von Unterlagen, die für irgendeine dienstrechtliche Entscheidung schlechterdings ungeeignet sind. Daß dann auch ganz unglaubliche Vorstellungen darüber zum Vorschein kommen, was alles ein Bürger nicht getan oder nicht geäußert haben darf, um später einmal in den öffentlichen Dienst gehen zu können, kann nicht verwundern.

Noch eine Bemerkung: Bedenklich ist eine Rechtsprechung, die neuerdings den Trennstrich, den das Bundesverfassungsgericht zwischen der Zugehörig-

keit zu einer Partei oder Vereinigung als Gesinnungs- und Meinungsäußerung und den persönlichen Aktivitäten, mit denen Folgerungen aus einer solchen Zugehörigkeit gezogen werden – und die die ausschlaggebende Grundlage für die Feststellung eines Dienstvergehens und für die Beurteilung bei der Einstellung bleiben müssen – bezeichnet hat, dadurch zu unterlaufen droht, daß die Mitgliedschaft insbesondere bei kommunistischen Parteien wegen der angeblichen Struktur dieser Parteien („Kaderpartei“) als etwas ganz besonderes gesehen wird, was es rechtfertigen soll, jede Aktivität solcher Parteien jedem Mitglied persönlich zur Last zu legen. Abgesehen von der Fragwürdigkeit solcher Feststellungen, was das Tatsächliche anbelangt, ist es denn doch wohl klar, daß das Bundesverfassungsgericht gerade diese Parteien und nicht „normale“ demokratische Parteien im Auge hatte, als es aussprach, daß die Parteizugehörigkeit als solche weder ein Dienstvergehen begründen noch allein eine Ablehnung rechtfertigen kann. In seinem Beschluß ist nicht die Spur einer Andeutung dafür zu finden, daß aus der angeblichen Struktur bestimmter Parteien ein Sonderrecht abgeleitet werden könnte. --

Es kann für die Bundesrepublik nicht in Frage kommen, wie früher einmal einen Graben zwischen dem Staatsdienst und der Freiheit des Staatsbürgers, zwischen den „staatstragenden“ und den „anderen“ Staatsbürgern zu ziehen. Ebensowenig sollten wir mit der Vorstellung eines Staatsdieners spielen, der die Grundordnung selbst verneint; das glaubte die Weimarer Republik aus einer Zwangslage heraus zugehen zu müssen, aber das hat ihr viel Unheil gebracht. Die rechtliche Begründung der Treuepflicht des Staatsdieners ist zwingend. Wie von ihr Gebrauch gemacht wird, ist vornehmlich eine Frage der Selbstdarstellung des freiheitlichen demokratischen Staates, dessen Stärke auf der Zustimmung seiner Staatsbürger, auf ihrem Vertrauen, auf der Identität des Bürgers mit dem Staat beruht. Es gibt keinen Grund, warum nicht im öffentlichen Dienst – in Einzelscheidungen wie in der großen Linie – mit derselben Gelassenheit verfahren werden könnte, die sich in der politischen Auseinandersetzung mit Bewegungen, die unseren Staat verneinen, gut bewährt hat.

Sven Papcke: Nationalismus oder Patriotismus? Zur „deutschen Sendung“ in der Welt

*Ich kann kein Volk mir denken, das zerrißner wäre wie
die Deutschen: Handwerker siehst du, aber keine Men-
schen, Denker, aber keine Menschen . . ., Herren und
Knechte, Jungen und gesetzte Leute, aber keine Men-
schen. Hölderlin, Hyperion (1799)*

Verordneter Neubeginn

„Es soll den Deutschen zu Bewußtsein gebracht werden, daß Deutschlands rohe Kriegsführung und der fanatische Widerstand . . . die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unausweichlich gemacht haben und daß die Deutschen der Verantwortung für das, was sie selbst über sich heraufbeschworen haben, nicht entgehen können.“

Derart formulierte am 26. April 1945 eine „Direktive an den Oberkommandierenden der Okkupations-truppen der Vereinigten Staaten, betreffend die Militärregierung in Deutschland“ (unter der Kennziffer JCS 1067/6) die „Hauptziele der Militärregierung in Deutschland“. Diese Anweisung war bindend für Politik und Verhalten der einflußreichsten westlichen Besatzungsmacht gegenüber dem besiegten Gegner; erst am 15. Juli 1947 wurde sie durch eine „Neue Direktive“ Washingtons an General Lucius D. Clay ersetzt. Man berief sich auf eine während der Konferenz von Jalta im Februar 1945 von Churchill, Roosevelt und Stalin gemeinsam abgegebene Erklärung, wonach „Deutschland nie wieder imstande“ sein sollte, „den Weltfrieden zu stören“. Mithin mußten Nationalsozialisten und Militarismus mit Stumpf und Stil ausgemerzt werden, weil nur dann für die Deutschen, wie es hieß, wieder „Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen“ könne.

In der Sowjetunion wurde die Erklärung von Jalta völlig anders ausgelegt. Moskau las daraus auch die Unterscheidung in „gutgesinnte“ und „schlechtgesinnte“ Deutsche ab. Über einen Kamm wollte man die Besiegten nicht scheren. Auf unzähligen Anschlägen war deshalb bald nach dem Einmarsch der Roten Armee jener Ausspruch Stalins zu lesen, für den „die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber, der deutsche Staat bleiben“. Die sowjetische Entnazifizierung ging daher auch andere Wege als die der West-Alliierten. Rasch gebildete soge-

nannte Antifa-Ausschüsse eröffneten eine gezielte „Selbstreinigung“ nach russischer Anweisung, die im Schnellverfahren bedenkenlos all jene Gesellschaftsgruppen aus dem Wege räumte, die den Moskauer Vorstellungen einer Neuordnung nicht entsprachen. Mit der Masse der nationalsozialistischen Mitläufer hingegen wurde durchweg gnädig verfahren. Die Richtlinien über die Behandlung der kleinen PGs, am 30. Oktober 1945 von der neugebildeten Partei-Einheitsfront formuliert, verwarfen eine Massenverfolgung zugunsten der Gewährung einer Chance, wie die Formel lautete, sich beim Aufbau des neuen Systems hervorzutun.

In Moskau wußte man, was man wollte. Man besaß überdies mit den in der UdSSR ausgebildeten Kaderleuten der einstigen KPD eine verlässliche Kontrollgruppe für den Wiederaufbau. Dagegen verhielten sich die Dinge bei den Amerikanern ganz anders. Dort hatte im Verlauf der letzten Kriegsjahre die These von der „Kollektivschuld“ einen bestimmten Einfluß erst auf das Deutschlandbild, dann auf die beabsichtigte Nachkriegspolitik. Die Entrüstung der öffentlichen Meinung – die sich im Morgenthau-Plan vom September 1944 mit seinem Begriff des „harten Friedens“ niederschlug – machte bald Berlin nicht nur für den Krieg und alle Kriegsfolgen verantwortlich; im Lauf der Ereignisse ging man noch einen Schritt weiter und klagte die Deutschen insgesamt für alle Greuel an. In dieser Stimmung verfaßt, enthielt die erwähnte Direktive JCS 1067 kaum konkrete Vorstellungen, wie der demokratische und pazifistische Umbau, den man sich vorgenommen hatte, durch Zusammenarbeit immerhin mit den unbelasteten oder gar oppositionellen Teilen der deutschen Bevölkerung langfristig zu gewährleisten sei.

Keine Experimente

„Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt werden, sondern als eine besiegte Nation. Ziel (der Militärregierung) ist . . . die Besetzung zur Erzielung gewisser wichtiger alliierter Interessen. In der Durchführung der Besetzung und Verwaltung sollen sie gerecht, aber fest und kühl sein. Sie werden Fraternisierung mit deutschen Beamten und der deutschen Bevölkerung energisch erschweren.“

Das der Kollektivschuldthese verpflichtete Vorgehen bewirkte eine politische Entmündigung der Deutschen: Weil mit ihnen eine Zusammenarbeit undenkbar schien, war alles von den Siegern zu leisten, selbst noch die verordnete Durchdemokratisierung des Landes. Eine „épuration“, eine Reinigungs-krise also, wie sie beispielsweise von der Resistance

in Frankreich eingeleitet wurde, sah sich unterbunden; dafür gab es die Nürnberger Prozesse, ein Paradebeispiel der demonstrativen Bevormundung. Solche Politik, die schlechtweg alle Deutschen verdächtigte, konnte auch nur zufällig Mitstreiter für eine demokratische Erneuerung im Lande finden, weil sie keine suchte. Wurde überdies nicht einmal zwischen „kollektiver Schuld“ und „kollektiver Verantwortung“ unterschieden, dann konnte das moralische Bewußtsein und die politische Motivation der Bevölkerung eigentlich nur noch abstumpfen. Die Folgen hat bereits 1946 Karl Jaspers in einem Essay über „Die Schuldfrage“ beschrieben:

„Der Horizont ist eng geworden. Man mag nicht hören von Schuld, von Vergangenheit, man ist nicht betroffen von der Weltgeschichte. Man will einfach aufhören zu leiden, will heraus aus dem Elend, will leben, aber nicht nachdenken. Es ist eher eine Stimmung, als ob man nach so furchtbarem Leid gleichsam belohnt, jedenfalls getröstet werden müßte, aber nicht noch mit Schuld beladen werden dürfte.“

Diese Kollektivverdrängung, der Ernst von Salomon 1951 in seinem Bestseller „Der Fragebogen“ literarischen Ausdruck verlieh, machte für die moralischen und politischen Ansprüche der Gegenwart unempfindlich. Die Sorge galt nur der Besserung der privaten Lage. Die Energien der deutschen Bevölkerung richteten sich einzig auf den äußeren Wiederaufbau des zerstörten Landes. Für die Aufarbeitung der kulturellen Trümmer blieb wenig Zeit, wie es vorerst ja auch kaum Gelegenheit dazu gab. Das überließ man angesichts der Verhältnisse gleichsam mit gutem Gewissen dem erhobenen Zeigefinger der Alliierten, die sowieso alles besser wußten und selber machen wollten. Diese urteilten angeblich exemplarisch einige wenige Bösewichter ab, entließen massenweise belastete Personen – die zumeist bald wieder ihren alten Dienst aufnahmen –, aber sie rührten nicht an den Kern des historisch-politischen Dramas der jüngeren deutschen Geschichte. Dieses Dilemma hatten sie mit der Kollektivschuldthese zwar angesprochen, aber zugleich auch wieder verdeckt: Das Dilemma nämlich, daß jener Leviathan, der unter dem Namen „Drittes Reich“ 4482 Tage lang Deutschland, Europa und die Welt tyrannisierte, als – wenn auch zum Exzeß gesteigertes – Produkt spezifischer Zutaten der deutschen Geschichte zwar keineswegs dem „Willen Aller“ entsprochen, zweifelsohne aber eine Art „Allgemeinwillen“ vertreten hatte.

Keine Alternativen?

Wollte man nach 1945 mithin wirklich eine „Fun-

damentaldemokratisierung“ einleiten, die nicht wie nach 1918 das Risiko einging, rein äußerlich und formal zu bleiben, dann hätte von alliierter Seite in der deutschen Sicht differenziert werden müssen. Jene oft gewaltsam verschütteten demokratischen Traditionen dieses Landes waren gegen den restaurativen „Allgemeinwillen“ aufzuspüren und nutzbar zu machen. Das betraf in der damaligen Lage *zum einen* die Dringlichkeit, deren überlebenden Vertretern – Sozialisten, Zentrumspolitikern, Liberalen, Widerstandskämpfern – selbst die Abrechnung mit den Repräsentanten des Faschismus zu überantworten. Das betraf *zum anderen* die Notwendigkeit, die schon einmal nach 1918 erhalten gebliebenen Machtballungen aufzulösen, die sich der Durchdemokratisierung in der Weimarer Zeit entzogen hatten. *Außerdem* waren die politischen und kulturellen Traditionen des deutschen Alltags zu entrümpeln, jene Werthaltungen zu sichten, die Hitler überhaupt erst ermöglicht hatten. Gab es Elemente und Quellen der deutschen Massenseele, die im Dunkel des Alltags jene begeisterte Unterordnung und angriffslustige Tüchtigkeit und Rechthaberei verursachten? Und wichtiger noch die Fragen: Wie stand es um die Alternativen zu diesem wiederholt beschrittenen Fehlweg? Waren es Alternativen, die nicht nur schöne Worte boten, sondern bisher unterdrückte Möglichkeiten der deutschen Vergangenheit freilegen konnten?

„Wir saßen in KZs, als andere Völker noch Bündnisse mit der Reichsregierung schlossen. Wir kommen daher nicht mit Bitten und Forderungen, wir wollen vielmehr eine gerechte und objektive Nachprüfung der Tatsachen.“ Was verdeutlicht diese von Kurt Schumacher im Herbst 1945 verlangte „Nachprüfung“? Ganz fraglos waren die deutschen Demokraten und Liberalen, war die deutsche Kultur selbst das erste Opfer der braunen Diktatur. Sicher auch, daß die Welt ringsum – ob im Westen oder Osten – lange, viel zu lange „Herrn Hitler“ als seriösen Politiker betrachtet hatte und willig mit ihm kooperierte; die Olympiade von 1936 in Berlin macht das nur besonders augenfällig. Das schien im Ausland aber auch lange Zeit unvermeidlich, weil dieser Mann offenbar von einer Massenzustimmung getragen wurde, die seit Bismarcks Zeiten kein deutscher Politiker mehr erlebt hatte. Konnten ausländische Stimmen sich befugterweise einmischen?

Es ist ja keine Frage, daß der Umbruch von 1933 einem politischen Herzensbedürfnis der Massen ebenso entgegenkam, wie er auch den durchaus *dominanten* Linien deutscher Politikauffassung entsprach. Der Aufhebnungsversuch von 1944 demon-

striert im Nachhinein zwar ebenso wie der weniger spektakuläre, nichtsdestotrotz aber viel dornenreichere Dauerwiderstand der sozialistischen und kommunistischen Opposition – oder wie zu Anfang des Regimes auch schon die Massenemigration –, daß Hitler nicht für das ganze Volk sprach – je länger der Terror und späterhin auch der Krieg dauerten, um so weniger. Von außen gesehen aber schienen Einheit und Einigkeit immer noch überwältigend zu sein, ein Eindruck, der propagandistisch geschickt durch hysterische Massenfeste wie die Bejubelung von Goebbels' zweistündiger Sportpalastbrüllerei im Februar 1942 gestützt wurde. Der Propagandaminister knüpfte mit der Losung vom „totalen Krieg“ überdies durchaus an deutsche Kampfvorstellungen an, die der Welt von Friedrich dem Großen bis General Ludendorff geläufig waren.

Alles über einen Kamm

Die zitierte Kollektivschuldthese war also fraglos eine Reaktion auf diese militante Einheitlichkeit deutscher Selbstdarstellung, die nach 1933 peinlich deutlich, aber auch schon vorher erkennbar war. Indem aber der demokratische Neubeginn nach 1945 in der Re-education gesehen wurde, sah sich in der westalliierten Kulturpropaganda die gesamte deutsche Geschichte und Geistesgeschichte als Vorläufer des Nationalsozialismus pauschal über einen Leisten geschlagen. Die Wurzeln des Übels sollten bis zu Luther, Karl dem Großen, ja oft bis zum Cherusker Arminius zurückreichen, dessen überraschender Sieg in der Hermannsschlacht im Jahre 9 die Entscheidung Roms maßgeblich beeinflusst hatte, auf eine weitere Eroberung Germaniens zu verzichten. So aber wurde die Zivilisierung der noch von Tacitus furchtsam bewunderten Wildstämme nördlich der Alpen verhindert – und Hitler ermöglicht! Tatsächlich kolportierte genau diese These geradezu naiv den von den Nazis selbst verbreiteten Germanenfilm, der ein biologisches Recht auf Vorherrschaft in Europa zu begründen suchte. Dazu knüpfte man bei der trotzigen Selbstbesinnung des deutschen Nationalismus im 19. Jahrhundert und seiner Idee einer eigenständigen Sendung in der Welt an. In ungeheuer populärer Weise hatte einst der Breslauer Professor für Deutsches Recht, Verfasser des 1867 erschienenen Romans „Ein Kampf um Rom“, Felix Dahn, dieser Germanomanie lyrischen Ausdruck verliehen:

*Thor stand am Mitternachtsende der Welt,
Die Streitaxt warf er, die schwere:
Sowelt der sausende Hammer fällt,
Sind mein das Land und die Meere!*

*Und es flog der Hammer aus seiner Hand,
Flog über die ganze Erde,
Fiel nieder an fernsten Südens Rand,
Daß alles mein eigen werde.*

*Seltdem ist es freudig Germanenrecht,
Mit Hammer Land zu erwerben:
Wir sind von des Hammergottes Geschlecht
Und wollen sein Weltreich erben.*

Diese Tradition eines abenteuerlichen Übernationalismus wurde bei der summarischen Verdächtigung des politischen Deutschlands vornehmlich zum Zeugen aufgerufen, die 1914 wie 1939 Krieg und Verheerung über die Welt gebracht hatte. Hierin erkannte man das einigende Merkmal deutscher Großmannssucht seit 1871. Und ganz ohne Zweifel verdeutlicht diese Tradition ein wesentliches Symptom der politischen Schizophrenie des Landes. Freilich zeigt eine genauere Betrachtung, daß solches Herostratentum immerhin jüngeren Datums ist als allgemein behauptet; und vor allem läßt sich zeigen, daß gegen die Erhöhung des Nationalismus zur Staatsreligion von verschiedener Seite ein erbitterter Widerstand geleistet worden ist, sowohl von der Klassik, wie vom deutschen Neuhumanismus des 19. Jahrhunderts, vom katholischen Deutschland ebenso wie von den sozialoppositionellen Kräften im Reich, vom süddeutschen Liberalismus wie vom Kosmopolitismus der großen norddeutschen Handelsstädte. Dieser Widerstand gegen die nationalistische Hoffart hat nicht ausgereicht, sicher nicht, er ist im Lauf der Zeit in einigen Bereichen zum Teil selbst infiziert worden, er hat aber bestanden.

Welche Traditionen?

„Traditionen sind keineswegs das Privileg konservativer Kräfte. Noch weniger gehören sie in die alleinige Erbpacht von Reaktionen, obgleich diese am lautstärksten von ihnen reden.“ Die Traditionen deutscher Gesinnung, die Bundespräsident Gustav Heinemann 1970 bei der Schaffermahlzeit in Bremen ansprach, waren sicher nicht konservativer Machart. Aber solche Traditionen waren es bisher, die – wieder und wieder aufgewärmt – der demokratischen Gegenwart in diesem Lande das Leben schwer mach-

ten, so noch in der Weimarer Republik, wo die Schwäche der staatlichen Souveränität und die vermeintliche nationale Erniedrigung dem romantischen Rückwärts-Sehnen Tor und Tür öffneten. Die Gefahr also, „ein geschichtsloses Volk zu werden“, vor der Bundespräsident Walter Scheel 1976 öffentlich warnte, birgt auch Chancen, wenn damit ein Dispens von jenen Überlieferungen eröffnet wird, die auch schon zur Zeit ihrer Entstehung und Hochblüte bloße Ersatzleistungen für fehlenden Bürgersinn darstellten. Der Appell an die *Traditionen um der Tradition willen* ist allemal klug, die Gegenwart mitzuprägen. Folglich kann „ein Übermaß Historie auch dem Lebendigen“ schaden, wie Nietzsche es ausdrückte, denn die einst gängigen nationalen Selbstbilder besitzen immer einen erheblichen Platzvorteil bei der Konkurrenz um die Standortbestimmung der Gegenwart, schon allein darum, weil sie volkstümlich sind. Verschlüttete oder unterdrückte Traditionen etwa der demokratischen und übernationalen Haltung haben es da wesentlich schwerer, denn sie sind bislang keineswegs bis in das kollektive Unbewußte vorgeedrungen. Solcher Popularität steht freilich auch die Tatsache im Wege, daß die vorherrschenden nationalen Identifikationsmuster ihrerseits ja den volkaskulturellen Werthaltungen entstammen. Die nationalistische Reizbarkeit etwa, die hierzulande so häufig die Oberhand gewann, entsprach durchaus einer privaten Untertanengesinnung und Gehorsamerziehung, die schon Hegel in seiner – wie Alfred von Martin sich ausdrückte – „Lehre vom preußischen Herrgott“ als „Volkserziehung“ fest schrieb und die im Begriff der „Aufzucht“ eine angemessene Selbstbeschreibung sah.

Eduard von Hartmann, der seinerzeit ungemein beliebte „Philosoph des Unbewußten“, erläuterte diesen Drill 1879 in seinem Werk über „Das sittliche Bewußtsein“ mit folgenden Worten: „Das ganze Geheimnis der Erziehung beruht darin, den Eigenwillen der Kinder durch die Autorität zu brechen, um die Unterordnung des kindlichen Willens unter den Willen der Autorität zur Gewohnheit zu machen.“ Derart bleibt dann im Sinne Hegels das Individuum wahrlich „nicht ein Subjektives“, sondern „wird im Staat objektiv“.

In einem Staat freilich, der sich seinerseits keineswegs als Ausdruck jener durch Wilhelm von Humboldt erwünschten „schönen Individualität“ verstand, sondern – jedenfalls in Preußen und trotz der hoffnungsfrohen politischen Erregung während der Befreiungskriege nach 1813 – eine schon von Johann Gottfried Herder beschimpfte „terra oboedientia“

blieb, eine Landschaft, die Ludwig Börne bald als das „Ghetto Europas“ bezeichnen sollte, in dem eine „brutale Ruhe“ herrsche, wie der vertriebene und verfolgte Heinrich Heine klagte. Schillers „heitere und stille Region der Idee“ war und blieb eine rührende Utopie und die durch Hölderlin mit „Gedankenfülle aber Tatenarmut“ bezeichnete deutsche Mentalität paßte nur auf die politische Ängstlichkeit der Untertanen, keineswegs aber auf den Durchsetzungswillen ihrer „Oberkeit“ (Luther).

Frühpatriotismus

„Der Deutsche lechzt nach der Aufdrückung eines Stempels, und er will, daß dieser zugleich sein Rangverhältnis zu den anderen bestimmt.“ So sah die Sache für einen Eingeweihten aus, und die 1808 von dem geheimen, hannoveranischen Cabinettsrath Ernst Brandes verzeichnete Einordnungsbereitschaft, diese Wollust der freiwilligen Konformität, die noch der Zopfzeit des eben erst untergegangenen Altreiches mit seinen vielen Hundert „Schurzflecken-Majestäten“ (Wekherlin) entstammte, diese Weltbetrachtung aus der Optik eines Dauerbücklings hatte wahrlich mit den zeitgenössischen Aufwallungen eines Schillers wenig im Sinn, der 1804 im „Wilhelm Tell“ immerhin auch hierzulande die Umrisse eines politischen Widerstandsrechtes angedeutet hatte:

*Neh, eine Grenze hat Tyrannenmacht:
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last – greift er
Hinaus getrosen Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ewgen Rechte,
Die droben hangen unveräußerlich
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst –
Der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht –
Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr
Verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben.*

Ein demokratischer Rüttelschwur, der entschlossen seine Rechte gegen die angestammten Mächte erstritten hätte, war in Deutschland nicht zu schmieden. Dazu mußten die Mächte erst in zwei Weltkriegen von außen zerschlagen werden. Die unveräußerlichen Menschenrechte wurden bis 1918 von der Menge nicht eingefordert. Die deutsche Antwort auf die Französische Revolution war (neben der Vertreibung Napoleons) eine national gefärbte Emotionalisierung, die jeden aufrechten Bürgersinn zu ersticken drohte. Und in diesem historischen Rahmen fehlte die Ausformung eines Verantwortungsbewußtseins für das

Geschick der Nation, eines *Patriotismus* also, wie er zur Förderung des Gestaltungswillens der eigenen Umwelt unumgänglich war und ist und der sich in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts in Deutschland durchaus zu regen begonnen hatte. Dies schlechte Zugehörigkeitsgefühl stellte weder die Ebenbürtigkeit anderer Völker in Frage, noch sah es das übernationale Recht im Konfliktfall als erledigt an. Als Patriotismus gilt so gleichsam die örtliche Arbeit an der Verbesserung des Menschheitsgeschicks. Der radikale Aufklärer Karl Friedrich Bahrdt hat diesen Frühpatriotismus in seinem „Handbuch der Moral für den Bürgerstand“ (Frankenthal 1790, S. 154 f.) zum Ausdruck gebracht:

„Es begreift sich, daß der *Patriotismus* den ... Kosmopolitismus, d. h. die allgemeine und alles umfassende Menschenliebe... schlechterdings nicht verdrängen müsse. Folglich ist unter jener Vorliebe zum Vaterlande bloß die Entschlossenheit zu verstehen, sein Vaterland zum engeren Wirkungskreis seiner Menschenliebe zu machen und im Kollisionsfall, wenn ein Staat mit dem andern in Streit kommt, erst meinen Staat zu retten und zu erhalten, ehe ich mich um die andern bekümmere. Und diese Vorliebe hat allerdings ihren natürlichen Grund, und kann vollkommen mit der allgemeinen Menschenliebe bestehen. Denn wenn ich als Menschenfreund für das Beste der Menschheit leben will, so ist es ja erstlich an sich selbst unvermeidlich, daß ich mit meinen eingeschränkten Kräften mir auch einen eingeschränkten Wirkungskreis wählen muß. (...) Und so weit nun erstreckt sich das erste Stück des Patriotismus, nämlich auf ein Vorzugsrecht des Vaterlandes, keineswegs aber auf ein ausschließliches: Daher euch als Bürgern, selbst in Kriegszeiten, *der Feind Mensch bleiben muß*, und ihr nie Haß, Grausamkeit, Treulosigkeit gegen ihn euch erlauben dürft.“

Dieser *Patriotismus* war zaghaft, friedfertig, gleichsam noch tastend geblieben, beschränkt auf die Vorstellungen einer Kulturnation. Er war entsprechend auch gänzlich unteutonisch, war versponnen, gleichsam „unmännlich“ wie jener Werther in Goethes monologischem Briefroman, der auch ein für die deutsche Tradition ganz untypisches, da empfindsames und zartes Männerbild zeichnete, das dann freilich gleich auch an seiner eigenen Kalamität zerbrach. Ebenso rasch ging jenes patriotische Frühverständnis einer deutschen Seelengemeinschaft zugrunde, das Goethe noch 1797 in den „Xenien“ mit der Empfehlung versah:

*Zur Nation euch zu bilden, ihr hoffet es, Deutsche, vergebens;
Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus.*

Entgegen diesem Wunsch begannen die Deutschen sich im nationalen Aufbruch gegen Napoleon weniger zu „freieren Menschen“ durchzuringen denn in den Traum einer kommenden Großmacht zu verliehen. Und diese Gestalt des nationalen Gedankens verdrängte nur allzu rasch jene Lehren, die noch kurz zuvor Patriotismus und Kosmopolitismus nicht nur als vereinbar, sondern sogar als sich ergänzend verstanden hatten.

Ersatznationalismus

*O Vaterland! Mein Vaterland!
Du heiliges, das mir Gott gegeben!
Sei alles eitel, alles Tand,
Mein Name nichts und nichts mein Leben –
Du wirst Jahrtausende durchblühen
In deutschen Treuen, deutschen Ehren:
Wir müssen bald von hinnen ziehn,
Doch Liebe wird unsterblich währen.*

Derart frohlockte nun mit Ernst Moritz Arndt ein Großteil des noch von den Aufklärern zur Mäßigung aufgerufenen Bürgertums. Entledigt hatte man sich seiner „Obertanen“ (G. A. Bürger) nicht; das Freiheitsbegehren der bürgerlichen Volksbewegung gegen die Franzosenherrschaft war nach deren erfolgreicher Vertreibung ebenso abgeflaut wie die Hoffnungen der erwachenden Deutschtümelei auf eine angemessene Staatsform. Mit dieser Enttäuschung veränderte sich der Charakter des Nationalgefühls, bis es sich im Laufe von zwei Generationen zu jenem „gesunden Volksegoismus“ (Wilhelm Jordan) und militanten Sendungsbewußtsein auswuchs, das dann mehrmals unter Aufbietung aller Weltkräfte zurückgestutzt werden mußte. Klopstocks dichterische „Weissagung“, dereinst werde in Deutschland „der Vernunft Recht vor dem Schwertrecht gelten“ schlug nun um in das Gefühl, ein Volk zu sein heiße, „mit dem blutigen Schwert der Rache zusammenzulaufen“, wie Arndt es geradewegs als „Religion der Zeit“ verkündete. Und Fichte, der die Deutschen gleich zum Volk der Völker – zum „Urvolk“ – erhob, von dem alle anderen Völker bloße Abspaltungen darstellten; dieser Philosoph, der die unglaubliche, aber auch unglaublich beliebte Losung in die Welt setzte,

daß „Charakter haben und deutsch sein ohne Zweifel gleichbedeutend“ wäre, Fichte wünschte sich bald im Namen der erstrebten nationalstaatlichen Einheit einen „Zwingherren“. Überdies sei es ein „den Menschen von Gott eingepflanzter Trieb“, so verkündete er in seinen Machiavelli-Artikeln, „das ganze Menschengeschlecht sich einzuverleiben“.

Die Hefe war angesetzt, die später im Kaiserreich ideologisch aufging. Das Bürgertum – der Citoyen –, als Träger der Emanzipation in Westeuropa blieb hierzulande in strikt bewachten Eng- oder Kleinmonarchien stecken, deren nach Belieben von oben gewährte Teilreformchen heute wieder als der Weisheit letzter Schluß aufgekklärter Staatskunst zu gelten scheinen, wenn eine neue Preußenbegeisterung über die Bundesrepublik schwappt. Darüber hinaus setzte sich das Bürgertum nicht einmal mit seinen Vorstellungen einer bald auch aus wirtschaftlichen Gründen drängenden Staatseinheit des Nationalkörpers durch. Als dann auch der Einigungsversuch von unten während der Revolution von 1848/49 scheiterte, ordneten sich beachtliche Gruppen des liberalen Bürgertums unter die Macht der Obrigkeit. Wenn es das Recht und der gute Wille nicht vermöchten, so vielleicht die Gewalt! Diese Stimmung wurde von der „Realpolitik“ Bismarcks aufgegriffen, wofür er anfangs – vor den großen Erfolgen – durchaus noch kritisiert wurde. Am 30. September 1862 verkündete er: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden ..., sondern durch Eisen und Blut... Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht.“

Macht vor Recht

Das traf zu dieser Zeit zwar noch keineswegs immer zu, zehn Jahre und drei Kriege später aber hatte Bismarck Recht behalten. Der oppositionelle Liberalismus in Deutschland war angesichts der Erfolgsschere der Macht zu Kreuze gekrochen und hatte allen moralischen und rechtlichen Bedenken abgeschworen, mehr noch, er begann selbst, diese machtsstaatlichen Verfahrensweisen als „Recht des Stärkeren“ zu moralisieren.

„Wir wollen sehen, wie die Gelehrten auf deutschen Gesichtskathedern ihre Gesichter in andere Falten legen und die ganze Weltgeschichte siegesdeutsch anstreichen und auf die Reichsgründung orientieren.“ Derart spottete Jacob Bruckhardt bald nach der Kaiserproklamation in Versailles. Und wahrhaftig: Die überkommene Sicht des Liberalismus, nach der Recht vor Macht und Frieden vor

Krieg ging, schien nun von heute auf morgen unattraktiv. Was fruchtete es, wenn Theodor Mommsen noch 1902 beklagte, Bismarck habe dem deutschen Liberalismus das Rückgrat gebrochen? Und was nutzte die Warnung des Altliberalen Gustav Freytag, der bereits im September 1871 vorausahnte, daß „wir es alle noch bezahlen werden, daß einer sich gewöhnt hat, selbstherrlich mit den Puppen zu spielen“? Für den Zeitgeist hatte bereits 1866 Hermann Baumgarten, einer der einflußreichsten zeitgenössischen Liberalen, die Angelegenheit arbeitsteilig entschieden: Der Bürger sei geschaffen zur Arbeit, so die politische Selbstbescheidung, die Aufgabe des Staatsmannes aber sei es zu herrschen. Die Gewaltschöpfung des Reiches im Namen des Nationalgefühls und im Interesse des Marktes war äußerlich gesehen ausgesprochen erfolgreich. Dieser Einigungsakt und die ihr folgende industrielle Zwangsmodernisierung des Landes blieb jedoch nicht ohne psychische Folgekosten. Aber diese durchaus beunruhigenden Folgen, und das macht stellvertretend der Entwicklungsgang Heinrich von Treitschkes deutlich, des vielleicht einflußreichsten ideologischen Mentors der Wilhelminischen Epoche, diese Irritationen konnten unter anderem aufgefangen werden durch eine bald geradezu ins psychotische gesteigerte Nationalidentifikation des sogenannten kleinen Mannes.

Geschichte und Gesellschaft gerieten Treitschke zu Feldern der Bewährung in einem gnadenlosen, unablässigen und gierigen Machtkampfauf allen Ebenen des Sein. Nur der Tüchtigste und Stärkste konnte hier bestehen – privat wie öffentlich. Entsprechend beherrschten die Gesetze des Dschungels die Innen- und Außenpolitik. Entweder war man Hammer oder Amboß. Innere Oppositionelle – sei es gleich die sozialdemokratische Partei der „sittlichen Verwilderung“ oder seien es die „den Volkskörper zersetzenden“ Juden – waren ebenso auszuschalten wie die äußeren Konkurrenten. Es triumphierte der Sozialdarwinismus. Der gesamte Furcht- und Bedrohungskomplex kulminierte in einem ins Groteske gesteigerten Nationalismus, weil angesichts solch dunkler Mächte der kleine und schwache Einzelne sich einzig und allein noch in der geharnischten und prächtigen Größe des Reiches geborgen fühlen konnte. Dieser Nationalgedanke, der bei Treitschke unversehens ins Völkisch-Rassische hinüberglitt, geriet vollends imperialistisch, als mit dem Anspruch auf einen „Platz an der Sonne“ die aufbrechenden inneren Spannungen der Reichspolitik kompensiert werden sollten durch koloniale Eroberungszüge, die zugleich der im Auf-

schwung begriffenen deutschen Wirtschaft hervorragend ins Konzept paßten.

Bürde der Tradition

„Die Geschlechter müssen vorübergehen, der Typus, den sie darstellen, muß sich abnutzen: Dieser widerwärtig interessante Typus des imperialen Untertan, des Chauvinisten ohne Mitverantwortung, des in der Masse verschwindenden Machtanbeters, des Autoritätsgläubigen wider besseres Wissen und des politischen Selbstkasteiers. Nach den Vätern, die sich abrackerten und Hurra schrien, kommen Söhne mit Armbändern und Monokeln, ein Stand von formvollen Freigelassenen, der sehnstüchtig im Schatten des Adels lebt.“

Heinrich Manns trostlose Beschreibung der „bürgerlichen Wüste“ in Deutschland von 1911 war freilich noch immer zu optimistisch, wie er leidvoll an seiner eigenen Biografie erfahren mußte, weil auch die „kommenden Generationen“ vom Ungeist nationaler Überheblichkeit und vordemokratischer Duckmäuserei angesteckt wurden. „Alles Herrschen heißt Aufnahme des Denkens und Wollens des Herrschers in das Sein der Beherrschten“, so hatte einst der Erzkonservative Friedrich Julius Stahl doziert. Solche politische Romantik wurde hierzulande in Haus und Hof gehegt und gepflegt und setzte sich über alle Umbrüche hinweg nahezu ungestört im „Schoß der Nation“ – der Familie – fort, wo eben noch 1933 die gleichen Romane gelesen wurden wie zur Zeit der Reichsgründung und noch dieselben Werte hochgehalten wurden wie zu Urgroßvaters Zeiten. Schule und Arbeitsplatz, Universität und Kirche, Armee und Öffentlichkeit, sie alle sicherten die überkommenen Tugenden: Anpassung, Unterordnung, Gehorsam, Pflicht, Leistung und vor allem – nationale Größe, Selbstaufopferung und Stolz. Alles Güter der Nation, die besonders nach 1918 wieder Auftrieb erhielten, als es galt, die neudeutsche Schmach zu tilgen, die angeblich unverschuldet war.

„Wenn Deutschland wieder hochkommen soll, dann müssen auch alle Kreise unseres Volkes zu der Ansicht kommen, daß Führer notwendig sind, die unbekümmert um den Wankelmut der Masse sich betätigen können“. Diese Parole des Präsidenten des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“ und Mitschöpfers der IG Farben AG – Carl Duisberg – aus dem Jahr 1926 bringt eine weitverbreitete Lage-sicht auf den Begriff. Hugo von Hofmannsthal hat ein Jahr später in seiner berühmten Rede über „Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation“ der zu verzeichnenden antidemokratischen Grundeinstellung

nur noch einen ästhetischen Anstrich zu verleihen brauchen, wobei sich sein Begriff der „konservativen Revolution“ keineswegs mehr auf das ideologische, sondern bereits auf das sichtbar werdende politisch-praktische Überhandnehmen dieses deutschen Befindens richtete.

Oppositionelle Widerrede

In einem „Appell an die Vernunft“ hat Thomas Mann 1930 verbittert gefragt, ob „das Wunschbild einer primitiven, blut reinen, herzense- und verstandes-schlichten, Hacken zusammenschlagenden, blauäugig gehorsam und strammen Biederkeit“ wirklich in einem „alten, reifen und vielerfahrenen Kulturvolke“ möglich sei? Wie verhielt es sich mit den Alternativen zu dieser „vollkommenen nationalen Simplizität“? Wo blieb das vielzitierte „andere Deutschland“, wo der Liberalismus, wo das katholische Deutschland, das unter dem Kulturkampf so gelitten hatte und das sich etwa mit Karl Hillebrandt erbost gegen die protestantisch-machtaustaatliche Geschichtsschreibung Berlins gewehrt hätte? Und wo blieb die sozialistische Opposition, die sich unter Berufung auf die patriotisch-humanistischen Vorbilder und den jüngeren ouvrieristischen Internationalismus doch energisch gegen den vorherrschenden Kommerspatriotismus verwahrt hatte? Keine Frage: Wenn Alternativen vorlagen, wurden sie in größerem Rahmen überhaupt nur durch die Sozialopposition vertreten. Bereits am 25. Mai 1871 hatte Bebel dem kaiserlichen Regiment – zusammen mit Solidaritätsbezeugungen für die Pariser Commune – den entschiedenen Widerstand gegen den offiziellen Konservatismus angekündigt. Man war in sozialistischen Kreisen, wie Wilhelm Liebknecht 1872 auf dem Leipziger Hochverratsprozeß erklärte, patriotisch nach dem Motto: „Hier ist Deutschland, hier ist der Kampf!“, und dieser Patriotismus beruhte auf dem Engagement für einen sozialen und demokratischen Volksstaat, nicht aber auf der völkischen Hysterie für den Status quo.

„Wir bekämpfen den Patriotismus nicht an und für sich, sondern nur insofern, als dieser als Hetzmittel gegen fremde Nationen dient... Der Patriotismus, der in der Liebe zu dem Lande besteht, in dem man geboren, in dessen Sitten und Sprache man erzogen ist, das mit einem Wort den Boden bildet, in dem unser Sein wurzelt und sich entfaltet, *dieser* Patriotismus wird von der Sozialdemokratie nicht nur nicht verworfen, er wird tagtäglich von ihr in höchstem Maße geübt, als sie das System, das auf diesem Boden herrscht, mit aller Kraft und allen Verfolgungen zum Trotz bekämpft und jedem, der diesen Boden

verlassen will, zuruft: Bleibe hier und kämpfe mit, denn hier ist der Boden, auf dem wir die Neue Zeit... zu schaffen haben."

Solcher Wille zur Nation als Wille zur Fundamentaltreform, wie ihn Bebel im April 1880 für die SPD formulierte, dieser verantwortungsbewußte Patriotismus konnte sich freilich gegen die erst machtsstaatlich, dann rassistisch gestimmten Nibelungenmythen der großen Mehrheit seiner Landsleute nicht durchsetzen. Das lag nicht allein an der unterlegenen Stimmenzahl der hiesigen Sozialopposition, die wenigstens in der Weimarer Republik ja keineswegs unbedeutend war. Das lag vielmehr am deutschen Alltag, an dem auch die Oppositionellen teilhatten und dessen Gehalt und Wirkung nur zum Teil im Nationalismus aufging. Andere Züge der Deutschen, etwa jene von Richard Müller-Freienfels analysierte Manie des „freiwillig bejahten Zwanges“, diese Ordnungsfreude und Dienstwilligkeit betrafen aber auch das Lebensgefühl jener auf politisch-bewußter Stufe vielleicht sozialoppositionell eingestellten „Staatsbürger“. Das Alltagsverhalten überwältigte oft einfach die Große Politik, indem die volkscharakterologischen Neurosen noch die Organisationsprinzipien und Handlungsweisen der Gegner des Bestehenden einführten, ein Zusammenhang, den im Lager der Sozialopposition Erich Mühsam, Gustav Landauer oder Fritz Brupbacher schon in seinen Anfängen aufgespürt haben. So blieb die patriotische Alternative zum übersteigerten Nationalismus politisch oft ohne Nachdruck, weil auch sie vor lauter Ordnungssinn nicht wirklich *radikal-liberal* auftrat.

Und weiter?

„Dies Deutschland, so zerschmettert es am Boden liegt, ist immer noch ein unheimliches Rätsel für die Welt und wird es bleiben, bis es einmal seine Sprache wiederfindet. Das neue Deutschland hat noch keine Stimme, es spricht die Außenwelt noch nicht an und gewinnt ihr gegenüber keinen Ausdruck. Alles was zu hören ist, ist ein gedämpftes, chaotisches Orchester, das mit mattem Ton seine verwirr-

ten Instrumente stimmt... Welches politische Idiom sich schließlich aus dieser Verwirrung herauslösen wird, können wir nicht voraussagen.“

Als Gustav Stolper 1947 diese Zeilen schrieb, war nicht vorherzusehen, daß Deutschland überhaupt nicht mehr mit *einer* Stimme sprechen würde. Angesichts der westalliierten Besatzungspolitik war aber eine eigenständige deutsche Stimme vorerst sowieso verdächtig. Unklar blieb auch, ob es ein Brustton demokratischer Überzeugung sein würde, mit dem das wiedererwachte Deutschland argumentieren würde. Das hing nicht zuletzt davon ab, ob die verordnete Demokratie wiederum nur formal bleiben oder über die Einsicht der Bevölkerung tatsächlich den deutschen Alltag inhaltlich füllen würde. Nur dann stand zu erwarten, daß die bislang kläglich zukurzgekommenen Traditionen des Humanismus und der Liberalität, der Demokratie und des wahren Patriotismus als politische Zivilcourage endlich auch östlich des Rheins heimisch werden konnten.

„Wir sind vernünftiger, konstruktiver, bescheidener geworden“, so hat Arnulf Baring in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (30. 10. 1979, S. 27) die Deutschen gelobt, „wir sind heute ungleich besser im Lot als je zuvor“. Keine Frage, die verqueren Wallungen deutschfeindlicher Überheblichkeit und Machtanmaßung finden sich nicht einmal mehr im Bayernkurier als Fortsetzung der Kreuz-Zeitung unseligen Angedenkens. Freilich, ganz so stimmungsgewaltig, wie Gustav Stolper das erhofft haben mag, spricht die Stimme der demokratisch-liberalen Vernunft hierzulande noch immer nicht. Das zeigt nicht allein eine Allensbach-Umfrage aus dem Frühjahr 1979, wonach über 36% der Bevölkerung – allerdings undifferenziert – den Konservatismus für gut halten; auch die Gratisverangstung und Verfolgungshysterien während der Terroristenjagden in den 70er Jahren gemahnen an Stimmungsbilder aus der Bismarckzeit. Es wird sich also erst noch zeigen, ob wir imstande sein werden, die vielen Probleme, die auf uns zukommen, mit neuerwordener demokratischer Gelassenheit zu meistern – oder in überdieser Manier.



Rainer Diehl: Linke Stabilisierung Anmerkungen zum Juso-Bundes- kongreß in Hannover

Um die Jungsozialisten ist es in der letzten Zeit ruhiger geworden. Gewiß hat der Vorstand unter der staatsmännischen Führung Gerhard Schröders nicht alle in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß dem jahrelang zerstrittenen Juso-Verband eine gewisse Stabilisierung gelungen ist, was denn auch von niemandem ernsthaft bestritten wird. Über den Charakter der erreichten Konsolidierung herrscht jedoch zwischen den drei großen Juso-Fraktionen (Reformsocialisten, Antirevisionisten und Stamokap-Gruppe) weitgehend Uneinigkeit.

Das Wort von der „halbblinken Stabilisierung“, das in den Debatten auf dem diesjährigen Bundeskongreß immer wieder fiel, mußte in diesem Zusammenhang als besondere Infamie gegen die Bundesvorstandsmehrheit empfunden werden, geht es doch zurück auf den 1969 abgelösten früheren Juso-Bundessekretär Ernst Eichengrün, dessen Name auf dem Kongreß allerdings nicht fiel. Eichengrün hatte 1969 in einem Memorandum für die Mitglieder des Parteivorstandes prognostiziert: „Die Lage bei den Jungsozialisten kann nur langfristig geändert werden; frühestens in vier bis sechs Jahren wird es möglich sein, die Organisation wieder halblinks zu stabilisieren und damit in ihrer Wirkung innerhalb und außerhalb der Partei zu neutralisieren.“ Diesen Zustand sieht die Stamokap-Gruppe jetzt eingetreten.

Das häufig vorgetragene Argument, man habe zwei Jahre lang so gut wie nichts von den Jungsozialisten in der Öffentlichkeit gehört, verfängt dabei freilich nicht. Denn die Repräsentanz der Jusos in den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse kann wohl kaum ein Indikator für erfolgreiche Juso-Arbeit sein; dennoch scheinen manche Jungsozialisten die eigene Organisation an eben dieser Elle messen zu wollen.

Positive Bilanz

Die mit Spannung erwartete Aussprache über den

politischen Rechenschaftsbericht Gerhard Schröders nahm bereits am ersten Tag die zentralen Themen des Kongresses vorweg. Das sonst übliche Ritual des Fensterredenhaltens der Vorstandskandidaten gestaltete sich diesmal, wie ein ausscheidendes Vorstandsmitglied es charakterisierte, zu einem „Catch-as-catch-can“ um die günstigste Ausgangsposition zu den Vorstandswahlen.

Vor allem Nachfolgekandidat Klaus-Peter Wolf (Berlin) hatte sichtlich Mühe, glaubwürdige Kritikpunkte an der Arbeit des alten Vorstands, dem er ja selbst angehört hatte, zu finden: Schröder habe seine Rede „vor einem falschen Plenum“ gehalten; solche „moderaten“ Töne seien eher vor der Bundestagsfraktion angebracht, der Schröder demnächst wohl angehören wird. So gerierte sich Wolf als der letzte aufrechte Kämpfer für eine sozialistische Orientierung der Jungsozialisten: Schröder und die Mehrheit des Vorstandes hätten permanent „Konflikte angezettelt“, die die praktische Arbeit der Jungsozialisten, vor allem im Gewerkschafts- und Schülerbereich, behindert hätten. Die „Strategie von Wiczorek-Zeul und Strasser, Teile der Jusos (gemeint sind die ‚marxistischen Kräfte‘, sprich: die Stamokap-Gruppe) aus dem Verband herauszudrängen“, sei von Schröders Bundesvorstand „fortgesetzt worden“. Dabei sei die praktische Arbeit auf der Strecke geblieben – ein Vorwurf, der schließlich auf Wolf selbst zurückfiel, nachdem bekannt geworden war, daß er trotz einmütigem Vorstandsbeschuß beharrlich nicht an den Tagungen der Hamburger Initiative gegen Berufsverbote teilgenommen hatte, auf die gerade Wolfs Freunde so viel Wert legen. Es spricht für die Fairneß seines Konkurrenten Willi Piecyk, daß dieser gleich zu Beginn an die Delegierten appellierte: „Wir sollten aufhören, uns gegenseitig Wankelmütigkeit in Sachen Verteidigung demokratischer Rechte vorzuwerfen.“

Tatsächlich kann sich das Ergebnis der Juso-Arbeit in den beiden vergangenen Jahren sehen lassen:

- Der Anteil der jungen Arbeitnehmer und Auszubildenden unter den aktiven Jungsozialisten ist stark angestiegen, der der Studenten, die teilweise zu den Grünen abwanderten, zurückgegangen, was dem Verband, der lange unter einer akademischen Dominanz gelitten hat, zweifellos guttun wird.
- Einen erfreulichen personellen Aufschwung können die Jusos gerade in kleinen und mittleren Städten, wo sie bisher immer einen schweren Stand hatten, verzeichnen.
- Im Schüler- und Hochschulbereich sind die Jung-

sozialisten zur stärksten politischen Kraft aufgerückt.

- In keinem gesellschaftlich-politischen Bereich ist die SPD-Jugend, trotz der relativen Ruhe um sie, in die Isolation geraten bzw. isolierter geworden, als sie es, meist unverschuldet wie z. B. in der Anti-Kernenergiebewegung, ohnehin schon ist.
- Nicht der Konflikt um jeden Preis stand auf der Tagesordnung, sondern die sachliche und kritisch-solidarische Auseinandersetzung mit der Partei und die Konzentration auf gemeinsame Arbeitsfelder – unter Ausklammerung der nach wie vor bestehenden ideologischen Differenzen.
- Auch die ansehnliche Opposition, die sich auf dem Berliner SPD-Parteitag bei den Abstimmungen über die sogenannte Nachrüstung und die friedliche Nutzung der Kernenergie formierte, rechnen sich die Jusos als eigenen Erfolg an.

Zu den positiven Erscheinungen gehört es sicherlich auch, daß die Schärfe und die Bedeutung der kräfteverzehrenden Fraktionskämpfe abgenommen hat. Nichts dokumentiert das Desinteresse der Juso-„Basis“ an den Fraktionsauseinandersetzungen in der Verbandsspitze drastischer als der Umstand, daß sich unter den über 100 Anträgen zum Bundeskongreß nur ein einziger einer Arbeitsgemeinschaft befand. Und der befaßte sich übrigens ganz konkret mit der Stellung der Jugendvertretung im Betriebsverfassungsgesetz. Diese Tendenz zur „Entfraktionierung von unten“ findet ihren Ausdruck in der Bildung einer (schon eifersüchtig so apostrophierten) „vierten Fraktion“, d. h. im Auftreten einzelner Jungsozialisten, die sich ausdrücklich als „kreisfrei“ verstehen. Immerhin ist mit Heinz Thörner (Bezirk Hannover) bereits ein Vertreter dieser „Richtung“ im neuen Bundesvorstand vertreten, zu der seit geraumer Zeit auch der mitgliederstärkste Bezirk Westliches Westfalen gerechnet wird.

Jusos in den Gewerkschaften: Fraktionierung oder Wahrung der eigenen Identität?

Schon lange vor dem Kongreß hatte sich abgezeichnet, daß die Anträge zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, sonst eher eine Pflichtübung auf Juso-Konferenzen, diesmal sehr kontroverse Diskussionen heraufbeschwören würden. Vorangegangen waren Auseinandersetzungen um die Rolle und die Praktiken der Kommunisten in den Einheitsgewerkschaften, in die auch Gerhard Schröder mit einem Beitrag im ötv-magazin eingegriffen hatte, das „Oberurseler Papier“ von Mitarbeitern der DGB-Bundesjugendschule, in dem auf einen zunehmenden Einfluß der

DKP/SDAJ in den Gewerkschaften hingewiesen wurde, und ein Artikel von Klaus-Peter Wolf im „Hannoveraner Kreisblatt“ der Stamokap-Gruppe, aus dem sich Passagen in den Kongreßanträgen der Bezirke Südbayern und Hamburg wiederfanden.

Angesichts des erfreulichen Zustroms junger Arbeitnehmer bei den Jungsozialisten ist der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ein ungleich wichtiger und praxisbezogener Stellenwert zugekommen, als sie ihn früher je hatte. Auch dies erklärt, warum auf dem Kongreß so hart um eine einheitliche Juso-Position gerungen wurde.

Die Jungsozialisten, so zeigte die Diskussion, verteidigen die Einheitsgewerkschaft als größte Errungenschaft der Arbeiterbewegung nach dem Krieg, respektieren die in ihr geltenden Spielregeln und Prinzipien und halten sich in ihrer Arbeit als Gewerkschafter loyal an die Beschlüsse der Gewerkschaften. An der schlichten Frage hingegen, inwieweit Jungsozialisten innerhalb ihrer Gewerkschaft jungsozialistische Positionen in die Diskussion einbringen dürfen, scheiden sich die Geister.

Ausgerechnet die Stamokap-Gruppe betrachtet es als eine flagrante Verletzung der Prinzipien der Einheitsgewerkschaft, wenn Jungsozialisten auf die Artikulation ihrer Auffassungen nicht verzichten wollen. Damit werde „parteiliches Hickhack in die Einheitsgewerkschaft getragen“ und „einer Fraktionierung Vorschub geleistet“. Die Jungsozialisten, so wurde erklärt, seien schließlich kein Bestandteil des DGB und könnten deshalb nicht ihre „Organisationsinteressen in den Vordergrund stellen“.

Solchen „Gewerkschaftsopportunismus par excellence“, wie er sonst eigentlich nur der DKP eigen ist, mochte die große Mehrheit des Juso-Kongresses freilich nicht teilen. Auch den Reformsozialisten ist nicht an einer Fraktionierung in den Gewerkschaften gelegen. Als Angehörige einer sozialistischen Organisation, erklärten sie, könnten die Jungsozialisten schlechterdings nicht darauf verzichten, ihre eigenen Vorstellungen zu artikulieren, wollten sie nicht Gefahr laufen, ihre eigene politische Identität, ihren eigenen sozialistischen Anspruch preiszugeben. Gerhard Schröder brachte es auf die Formel: „Rettet ein Stückchen Identität eures, unseres Verbandes“!

Nicht als Organisationsangehörige sollen sich die Jusos in der innergewerkschaftlichen Diskussion ausweisen, sondern als einzelne Vertreter bestimmter inhaltlicher Positionen. Als Jungsozialisten sollen sie dagegen in der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, die ja nach der Logik der Stamokap-Gruppe bereits Ausdruck einer „parteilichen

Fraktionierung“ wäre, aktiv mitarbeiten und diese in ihrer Arbeit unterstützen. AfA-Vorsitzender Helmut Rhode, aufmerksamer Zuhörer auf dem Kongreß, dürfte nach dieser Diskussion und den gefaßten Beschlüssen wohl kaum mehr einen Anlaß sehen, den hier und dort aufkommenen Gedanken an die Gründung einer AfA-Jugend weiterzuverfolgen.

Schülerarbeit: Streit um die Organisationsform

Noch immer können sich die Jungsozialisten den Luxus einer ausufernden Diskussion über die klassenanalytische Einordnung der Schüler leisten, ohne auch nur ansatzweise dazu in der Lage zu sein anzugeben, welchen praktischen Nutzen diese theoretische Diskussion für die Formulierung konkreter politischer Zielsetzungen haben kann. Von Interesse war daher eigentlich nur die Frage, in welcher Form die Jungsozialisten sich im Schülerbereich organisieren sollen. Bislang gibt es bundesweit rund 300 Juso-Schülergruppen, die auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken können und die stärkste politische Kraft im Schülerbereich darstellen.

Dagegen hatte der Juso-Landesverband Berlin vor einiger Zeit einen juso-unabhängigen „Sozialistischen Schülerbund“ (SSB) gegründet und war damit von dem Projektgruppenprinzip abgerückt, was den Juso-Bundesvorstand zum organisatorischen Einschreiten veranlaßte. Dieser so titulierte „Einmarsch in Berlin“ sorgte denn auch für Zündstoff auf dem Kongreß.

Einmal mehr erwies sich die Kritik am Verhalten des Bundesvorstandes als Bumerang. Klaus-Peter Wolf mußte sich mit Recht vorhalten lassen, Fraktionsloyalität vor Verbandsloyalität gesetzt zu haben, indem er einen klaren Mehrheitsbeschuß des Vorstands dadurch untergraben habe, daß er auch noch den Berliner Antrag, der die organisatorische Spaltung der Jusos in der Schülerarbeit betreibe, mitformuliert habe.

Eine der Politik des Sozialistischen Hochschulbundes nachempfundene „gewerkschaftliche Orientierung“ der Juso-Schülergruppen, wie sie vor allem von den ostwestfälischen Jungsozialisten vorgeschlagen worden war, erwies sich als nicht mehrheitsfähig. Sie hätte eine nahezu vollständige Konzentration auf die Arbeit in den Schülervertretungen bedeutet, die nach schmerzlichen Erfahrungen in Hessen fast zum Verfall der Juso-Schülergruppen zu führen drohte.

Einstweilen soll das Thema Schülerarbeit eingehend in der Organisation diskutiert werden, bevor es auf dem Bundeskongreß 1981 erneut auf der Tagesordnung steht. Bleibt zu hoffen, daß dies nicht über die Köpfe der betroffenen Schüler hinweg geschieht.

Kritischer Wahlauftritt für die SPD

Nur mitleidig belächelt wurde der Antrag der Jungsozialisten des süddeutschen Landkreises Harburg, die einen gemeinsamen Wahlkampf mit der SPD ablehnten, nachdem sie bei der Wahlkreiskandidatennominierung mit ihrem eigenen Bewerber unterlegen wären. Völlig außer Diskussion steht, daß die Jungsozialisten für einen Wahlerfolg der SPD, und zwar für eine absolute Mehrheit der Bundestagsmandate kämpfen und dazu einen eigenständigen Wahlkampfbeitrag leisten wollen.

Die eindringliche Mahnung Egon Bahr, der am ersten Kongreßtag zu den Delegierten sprach, doch über die ermutigenden Ergebnisse im Saarland und in Nordrhein-Westfalen „nicht ins Träumen zu geraten“, stieß bei den Delegierten auf taube Ohren. Bahr hält die FDP für stark genug, aus eigener Kraft wieder in den Bundestag einzuziehen; schon deshalb habe die SPD „keine Stimme zu verschenken, zu verkaufen oder zu verleihen“. Selbstverständlich, daraus machte der Bundesgeschäftsführer der Partei keinen Hehl, wäre eine absolute Mehrheit der Mandate im Bundestag das wünschenswerteste Resultat der Wahlen am 5. Oktober. Darauf zu orientieren, hieße jedoch gegenwärtig „den Boden der Tatsachen verlassen“. Der tosende Beifall auf Bahrs Bemerkung hin, daß die nordrhein-westfälische FDP nur um 1700 Stimmen die 5%-Klausel verfehlt habe, zeigte, daß seine Warnungen die Delegierten unbeeindruckt ließen.

Strittig schien auf dem Juso-Kongreß nur die Beurteilung der sogenannten Anti-Strauß-Komitees, in denen Vertreter unterschiedlichster Organisationen und Unorganisierte zusammenarbeiten. Ihrer bunten Zusammensetzung entsprechend, sind diese Komitees naturgemäß nicht in der Lage, eine klare politische Orientierung oder Wahlempfehlung für die SPD zu geben. Sie funktionieren nur auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners, und der besteht eben kaum in mehr als in der Ablehnung von Franz Josef Strauß, seiner Skandale und Unbeherrschtheiten.

Dies ist jedoch vor allem den Reformsozialisten entschieden zu wenig. Sie wollen weg von der Fixierung auf die Person Strauß, auf den viele Linke starren wie das Kaninchen auf die Schlange, und hin zu einer prinzipiellen und programmatischen Auseinandersetzung mit den Rechtstendenzen in der Bundesrepublik, für die die Strauß-Kandidatur nur ein Ausdruck und Voraussetzung, nicht aber die Ursache ist.

Daß die Reformsozialisten bei alledem nicht unkritisch gegenüber der Politik der Mutterpartei sind,

zeigte ihre Ablehnung eines Entwurfs des Bezirks Westliches Westfalen, den sie zwar als „nett formulierten Jung- und Erstwählerbrief“ passabel gefunden hätten, aber wegen seiner „Kritiklosigkeit gegenüber der Bundesregierung“ nicht zu beschließen bereit waren. Aber der Mehrheit der Delegierten blieb auch ein Rätsel, warum die Stamokap-Gruppe unbedingt eine angebliche Mitverantwortung der SPD-Regierungspolitik, deren Fehler und Irrtümer – genannt wurden Energieprogramm, Radikalenerlaß, Antiterrorgesetz usw. – erst die Kandidatur eines rechten Exponenten der Unionsparteien ermöglicht hätten, ausgerechnet in einem Wahlauf Ruf für die SPD hineingeschrieben sehen wollte.

Von einer Mitarbeit in den Anti-Strauß-Komitees hatten sich die Mitarbeiter erhofft, daß die Anti-Strauß-Bewegung auf eine möglichst breite Grundlage gestellt und auch zahlreiche Unorganisierte und Unentschlossene erfaßt würden. Dies begünstigte die Entstehung eines Meinungsklimas, das sich positiv für die Sozialdemokratie auswirken und eine drohende Isolierung der Jungsozialisten innerhalb der Linken verhindern könne. Allenfalls merkwürdig war es, daß auch die Protagonisten dieser Auffassungen den Kongreß-Gast Klaus Staack umjubelten, dessen erfolgreiche „Freiheit statt Strauß“-Initiative nun wirklich ohne Wenn und Aber sozialdemokratisch ausgerichtet ist.

Zweifellos haben die Reformsozialisten Recht, wenn sie empfehlen, in Staacks Initiative mitzuarbeiten, denn die ohnehin begrenzten Arbeitskapazitäten der Jungsozialisten in zahllosen Komitees mit oft zweifelhafter Zusammensetzung und Ausrichtung zu zersplittern, statt sie möglichst effizient zusammenzufassen und dazu zu nutzen, eindeutig auf die Wahl der SPD zu orientieren, könnte die Jusos in ein Debakel hineinstürzen, das die gerade erreichte Konsolidierung wieder empfindlich stören würde.

Defizit Sozialpolitik

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten fand eine Woche vor dem SPD-Wahlparteitag in Essen statt, auf dem die Partei die Vorlage der Kommission Sozialpolitisches Programm zur Rentenreform nahezu unverändert beschlossen hat – sicherlich die bedeutendste sozialpolitische Weichenstellung bis zum Ausgang dieses Jahrhunderts. Dies hätte für die Jungsozialisten ein Anlaß sein können (und von ihrem politischen Anspruch her auch ein Anlaß sein müssen), sich eingehend mit den durch die anstehende Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung aufgeworfenen Problemen zu befassen und nach

Möglichkeit weitergehende Vorstellungen und Vorschläge zu entwickeln.

Daß es dazu nicht kam und auch nicht kommen konnte, ist nur zum Teil auf den enormen Zeitdruck zurückzuführen, unter den sich der Kongreß durch seine spontane Exkursion nach Gorbien selbst gesetzt hatte. Denn sogar der scheidende Vorsitzende Gerhard Schröder gestand freimütig ein, daß er „auch nicht annähernd“ in der Lage sei, eine grundlegende, alternative Konzeption der Sozialpolitik zu entwerfen.

Nur gut zwei Dutzend Delegierte, die meisten wohl von ihren Delegationen zwangsweise abgestellt, verirrten sich in den eigens eingerichteten Arbeitskreis „Sozialpolitik“, um dort über zwei Stunden eine letztlich fruchtlose Diskussion zu führen. Wo ein fachlich kompetenter Delegierter erst einmal den Unterschied zwischen Mindestrente und Rente nach Mindesteinkommen auseinanderzulegen hatte, war seine zu Beginn des Arbeitskreises gestellte Frage, ob man eine grundlegende Alternative zu den Vorstellungen der Partei erarbeiten wolle oder auf der Basis eben dieser Vorstellungen Verbesserungsvorschläge formulieren solle, recht eigentlich rhetorischer Natur. Da wurde denn auch die schöne Frage nach der Finanzierbarkeit dessen, was alternativ zu fordern sei, gleich als „sekundär“ abgetan und lieber über das Problem gegrübelt, ob die Einführung der Mindestrente nicht eine Erhöhung des Werts der Ware Arbeitskraft bedeute, die doch nur in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit erkämpft werden könne und nicht, wie in der reformistischen Konzeption, über den bürgerlichen Staat.

Insgesamt hinkt die sozialpolitische Diskussion bei den Jungsozialisten weit hinter der in der Partei geführten zurück. Überdies konnten die dazu eingereichten Anträge aus Zeitmangel gar nicht mehr beraten werden, so daß eine einheitliche Juso-Position für den Essener Parteitag noch nicht einmal in Ansätzen formuliert werden konnte. Mit diesem programmatischen Defizit werden die Jusos augenscheinlich noch lange zu leben haben.

„Willi wählen!“

Nach dem überraschenden Verzicht von Reinhard Schultz auf eine Kandidatur als Bundesvorsitzender schien die Wahl für Willi Piecyk bereits gelaufen, zumal Gerhard Schröder schon im Vorfeld des Kongresses für Piecyk geworben und dessen Kontrahenten Klaus-Peter Wolf auf dem Kongreß jegliche Eignung zur Führung und Integration des Verbandes abgesprochen hatte. Auch Schultz raffte sich schließ-

lich zu einem klaren Votum für Piecyk auf.

Der rüde Ton, den Schröder unter reformsozialistischem Beifall gegen Wolf anschlug („Wenn man mit dieser Position Juso-Bundesvorsitzender werden kann, dann sage ich: Gute Nacht!“), hat möglicherweise den einen oder anderen Delegierten eher verärgert als überzeugt. Und so fand sich auch Wolfgang Krumbein, Vordenker des mittlerweile gespaltenen und im Schwinden begriffenen „antirevisionistischen“ Lagers, aus dem auch Schröder kommt, bereit, die Wahl Wolfs zu empfehlen – trotz aller Vorbehalte gegen die Monopoltheorie und die mit ihr verbundenen politisch-strategischen Konzeptionen der Stamokap-Gruppe.

Wolf selbst hielt sich überdies in einigen wichtigen Fragen, etwa der Gewerkschaftsdiskussion, sehr bedeckt und bot dadurch auch kaum Angriffsflächen. So umging er etwa das heikle Thema der Zusammenarbeit mit Kommunisten, indem er sich dafür aussprach, „daß die stellenweise vorhandenen Berührungspunkte gegenüber der BRD-Linken überwunden werden müssen, und damit ist klar, was ich meine.“

Wohl schon im Blick auf seine künftige Integrationsaufgabe bemühte sich Willi Piecyk auf dem Kongreß redlich, alle Spitzen gegen seinen Mitbewerber zu unterlassen und vielmehr konstruktive Diskussionsbeiträge zu leisten. Ihm scheint wirklich daran gelegen zu sein, die alten kleinlichen Fraktionsstreitigkeiten beizulegen. So appellierte er an seine innerverbandlichen Konkurrenten, ihre provozierende Eigenbezeichnung „Juso-Linke“ aufzugeben, die deshalb so diffamierend sei, weil es nach diesem Verständnis ja auch „Juso-Rechte“ geben müsse, die an einer Stabilisierung des Kapitalismus interessiert wären. Piecyk trifft die an der Juso-Basis weitverbreitete Stimmung sehr genau, wenn er das fast schon sakrosankte „Prinzip des Westfälischen Friedens“ in Frage stellt, nach dem jeder das zu glauben hat, was der Landes- bzw. Bezirksherr denkt.

Das Ansehen, das Piecyk bei großen Teilen der Jungsozialisten genießt, brachte ein Delegierter auf die schlichte Formel: „Willi wählen!“

Daß sich Willi Piecyk im ersten Wahlgang mit 136 Stimmen (gegen 125 für Wolf und 35 Enthaltungen) noch nicht durchsetzen konnte, störte die Kongregie merklich, denn Willy Brandt, der unmittelbar nach Verkündung des Wahlergebnisses zu den Delegierten sprach, hatte, wie er sagte, seine Rede eigentlich damit beginnen wollen, dem neugewählten Vorsitzenden zu gratulieren. Im zweiten Wahlgang, in dem Piecyk immerhin 150 von 299 Stimmen erhielt, konnte Wolf mit 132 Stimmen fast 45 % der Delegierten hinter sich bringen – ein beachtlicher Erfolg angesichts der Chancenlosigkeit, die man ihm nach dem Verzicht von Schultz allgemein orakelt hatte. Für die Stamokap-Gruppe ist dieses Ergebnis vielleicht sogar das beste aller denkbaren, da sie nun, ohne Mitverantwortung für eine weitere Konsolidierung des Gesamtverbandes tragen zu müssen bzw. zu wollen, unbeirrt in ihrer Fraktionierungsarbeit fortfahren kann. Wie gering die Bereitschaft dieser Gruppierung zur Verbandsloyalität wirklich ist, trat in den Diskussion auf dem Kongreß ohnehin deutlich genug zutage.

Mit überraschend sicherer Mehrheit wurde Rudolf Hartung, einer der Wortführer der Reformsozialisten, der die Kongregie führte, als Bundessekretär wiedergewählt. In ihm dürfte der neue Juso-Vorsitzende seine stärkste Stütze haben – sehr zum Verdruss der Stamokap-Gruppe, die den „politischen Generalsekretär“ wegen seiner herausragenden innerverbandlichen Stellung als vollwertiges achttes Vorstandsmitglied betrachtet.

Die Erwartungen, die Willi Piecyk entgegengebracht werden, sind hoch. Ob es ihm gelingt, sie zu erfüllen, wird entscheidend davon abhängen, daß der von Gerhard Schröder eingeschlagene Weg trotz der heftigen Widerstände weiterbeschritten wird.

Alternatives Camping

In arge Verlegenheit brachte den Hannoveraner Juso-Bundeskongreß schon am ersten Tag der Antrag des nicht mehr kandidierenden Vorstandsmitglieds Reinhard Schultz: Der ganze Kongreß solle seine Sachen packen und zum Ausdruck praktischer Solidarität das besetzte Bohrloch 1004 in Gorleben besuchen. Jusos wären nicht Jusos, hätten sie

nicht über diesen „Akt der Spontaneität“ erst lange papierene Debatten geführt. Einen Blumentopf vermag bei solchen Diskussionen ohnehin nur der zu gewinnen, der als erster mit fliegenden Rockschoßen das Rednerpult erreicht, um die Delegierten zu mahnen: „Genossen, man kann Spontaneität auch kaputtreden!“ Erster, wenn auch taktisch vielleicht noch etwas zu früh, war diesmal Willi Piecyk.

Eine Delegierte fühlte sich durch den Vorschlag

des Genossen Schultz (neuer Juso-Spitzname: „Loch tausendvier“) „schlichtweg verarscht“, wäre sie „dann doch lieber zum Tribunal gegen den § 218 in Frankfurt gefahren“ und sei sie doch eigentlich nur wegen des Frauenarbeitskreises, der nun auszufallen drohe, zum Kongreß gekommen. Man verständigte sich schließlich darauf, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen: straffe Verhandlungsführung am Vormittag, danach kürzere Arbeitskreissitzungen, anschließend „der Trip nach Gorleben“.

Auf die Jusos, die nach stundenlanger Fahrt am frühen Abend am Ort des Geschehens aus ihren gecharterten Bussen quellen, warten schon die als Ersatz für das ausgefallene Abendessen bereitgehaltenen „Lunchpakete“: Apfel, Banane, Frikadelle, Bröckchen, Butter, Senf – alles in einer handlichen weißen Plastiktragetasche. Der Anmarschweg zum Bohrplatz ist lang; zuerst muß sich der zur Demonstration hinter sechs wehenden Juso-Bannern formierte Bundeskongreß durch eine nicht enden wollende Allee links und rechts abgestellter Politouristen-Autos mit uniformen „Atomkraft? Nein danke“-Aufklebern quälen. Viele Delegierte haben, da die kurzfristig geordneten Busse wegen anderweitiger Einsätze völlig geräumt werden mußten, auch noch ihre Kongreßunterlagen mitzuschleppen.

Der Empfang, den die „Freie Republik Wendland“ dem Juso-Bundeskongreß zuteil werden läßt, ist reichlich kühl; schon am Eingang skandieren einige latzbehoste Besetzer: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ Auch Buhrufe und Pfiffe sind zu vernehmen. Die Jungsozialisten, also solche an ihren weißen Plastiktragetaschen weithin identifizierbar, sind hier ein Fremdkörper – nicht nur wegen der Aktentaschen und -ordner, die sie bei sich tragen: Kleidung, Haut und Haare sind sauber. Das macht sie hier verdächtig. „Die würden uns genauso wie fremde Tiere anglotzen“, sinniert ein Delegierter, „wenn wir alle im Smoking gekommen wären. Das wäre denen gar nicht aufgefallen.“ Der frühere nordrhein-westfälische Juso-Chef Jochen Stempkowski, der tags zuvor als einziger Delegierter in Schlips und Kragen auf dem Kongreß erschienen war, hat sich zur Erleichterung seiner Genossen trotzdem für Gorleben etwas legerer eingekleidet.

Gerhard Schröder darf einige Worte durch das schwächliche Platzmegaphon sprechen. Er tut dies sehr geschickt, ruhig, verständnisvoll und mit ungewöhnlich leiser Stimme, aber er dringt bei den Platzbesetzern akustisch kaum und emotionell schon gar nicht durch. Frenetischer Beifall wird dagegen einer ebenfalls eingetroffenen Delegation badischer Bür-

gerinitiativen zuteil, die eine Solidaritätsadresse abgibt und ein Bäumchen pflanzt – symbolische Geste gegen den rigorosen Kahlschlag auf dem vorgesehenen Bohrplatz, unter dem vor allem die zahlreichen von den Besetzern mitgebrachten Hunde leiden. In der Szene hält „man“ sich übrigens keine profanen Promenadenmischungen, sondern teure Rassehunde von stattlicher Größe. Um die Pflege der bei den katastrophalen hygienischen Bedingungen im Lager arg heruntergekommenen Tiere scheinen sich die Naturschützer allerdings wenig Gedanken zu machen.

Trotzdem: In der von Lagerfeuertrauch geschwängerten Luft über dem besetzten Bohrplatz schwebt unverkennbar ein Hauch von Pfadfinderromantik, von unbezähmbarer Abenteuerlust, von alternativem Camping. Einer der Jusos kommt sich vor „wie auf 'nem großen Abenteuerplatz“, was angesichts der zahlreichen Stadtindianer, die die Jusos in ihrem Reservat mißtraulich bedugen, gar nicht so abwegig ist.

Wohlwollen bei den „Einheimischen“ findet bloß das von den Jusos mitgebrachte Kulturprogramm. Bei den gemeinsam beklatschten Anti-KKW-Songs zur Gitarre kommt man sich scheinbar etwas näher. Nur als sich ein Freak auf die Bühne verirrt und mit schriller Stimme via Mikrophon bekennt: „Ich will nicht leben, wenn Helmut Schmidt lebt! Ich kann nur leben, wenn Schmidt und Strauß und all' die anderen Schweine verschwunden sind!“ – da will sich dann doch keine Juso-Hand zu Beifall rühren, und alle blicken betreten und ein bißchen schauerdend zu Boden.

Der luftverpestende Generator für Verstärker und Mikrophonanlagen, auf die auch radikale Konsumkritiker denn doch nicht verzichten wollen, bekommt mehrmals Schwächeanfälle und gibt schließlich seinen Geist auf. Die Gelegenheit, die vielgepriesenen alternativen Solarzellen, deren Wirkungsweise im Dorf aufwendig demonstriert wird, an der watzstarken Anlage zu erproben, wird freilich nicht beim Schopf ergriffen.

Einen, der arglos Karten für das Frankfurter „Rock gegen Rechts“-Konzert feilbietet, trifft der Bannstrahl der Latzhosen: „Hau ab, du Kommerzarsch!“ Das ficht freilich die grünen Devotionalienhändler, die ihre Stände am Dorfeingang aufgeschlagen haben, nicht an, denn die sind bei den Platzbesetzern wohlgehten.

Versuche, mit den Platzbesetzern politisch zu diskutieren, geben die meisten Jusos schnell auf. Einer muß sich sogar von einem Flippie anknurren lassen:

„Mach mich nicht an, sonst hau ich dich in die Fresse!“ Bei solcherart gestörten kommunikativen Beziehungen ist man nach einiger Zeit doch wieder unter sich, wendet sich seinem Juso-Lunchpaket zu, übt Manöverkritik – am bisherigen Ablauf des Bundeskongresses.

Unter einer idyllischen Nadelbaumgruppe am Rande des Lagers diskutiert eine Gruppe konspirativ dreinblickender Delegierter, unter ihnen Klaus-Peter Wolf. Ein einsamer Bundessekretär, in grünen Cord gehüllt, schweift durchs Gelände, mal mit diesem, mal mit jenem redend – gewiß nicht über Wetter und Natur.

Den Appell zur ermüdenden zweieinhalbstündigen Rückfahrt empfinden viele als Erlösung. Keiner ist

dem Angebot der Platzbesetzer: „Zwei Flaschen Sekt für jeden, der bis zur Räumung hierbleibt!“ nachgekommen. Zaghaft wird in den Bussen Resümee gezogen: Nein, eine Pleite auf ganzer Linie sei die Wallfahrt nach Göttingen nicht gewesen das Wichtige, das Entscheidende sei eben die „Außenwirkung“, die Ausgestellten am Bohrloch 1004 könne man ja ohnehin politisch nicht mehr erreichen. Und außerdem sei die Visite doch bei den Bürgerinitiativen im Landkreis Lüchow-Dannenberg gut angekommen. Nach Mitternacht wird es in den Bussen ruhiger. Man freut sich auf den morgigen Tag, auf die Fortsetzung des Bundeskongresses. Da fühlt man sich in seinem Element, da ist man wieder ganz unter sich.

Georg Huth

Hans-Joachim Schabedoth: Sozialistischer Hochschulbund im Abseits – Der unaufhaltsame Abstieg am Beispiel des Marburger SHB

Der Sozialistische Hochschulbund (SHB) versteht sich als marxistische Studentenorganisation, die ihre Aufgabe darin sieht, „die klassenbewußten Kräfte in der SPD zu stärken, um in der Partei Polarisierungsprozesse voranzutreiben“. Als „klassenbewußte Kräfte in der SPD“ gelten Parteimitglieder, die wie der SHB bereit sind, für die Aktionseinheit mit der DKP die eigene politische Glaubwürdigkeit zu opfern. Seine Politik sieht der SHB begründet im „wissenschaftlichen Sozialismus“, wie ihn Marx und Engels begründet haben, bzw. wie er von den Sowjet-Marxisten interpretiert wird. In der SPD möchte der SHB an die Tradition der „revolutionären Sozialdemokratie“ anknüpfen, die er durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht begründet sieht.

Unbeschadet der Tatsache, daß nur noch Minderheiten auf dem Stamokap-Flügel der Jungsozialisten den SHB nicht als eine Vorfeldorganisation der DKP betrachten, versucht der SHB seit einiger Zeit, für sich ein neues Image als „Marxisten in der SPD“ aufzubauen. Mit diesem diffusen, aber auch gegenüber anderen Linken in der SPD anmaßenden Anspruch hatte sich zuvor die Stamokap-Fraktion der Jungsozialisten ein neues Selbstverständnis gegeben, das

sich programmatisch auf die „Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD“ gründet. Der SHB versucht nun – bislang ohne größere Erfolge –, als Trittbrettfahrer auf diesen Zug zu springen, um seine innerparteiliche Isolierung aufzubrechen.

Von der Juso-Stamokap-Fraktion unterscheidet sich der SHB durch ein rein taktisch begründetes Bekenntnis zur SPD-Mitgliedschaft und die faktische Orientierung auf die DKP. Die Stamokap-Jungsozialisten hingegen bekennen sich als „Marxisten in der SPD“ prinzipiell zur SPD-Mitgliedschaft und orientieren in ihrer praktischen Politik auf die Jungsozialisten und die SPD. Für den SHB liefert die Stamokap-Theorie in sowjet-marxistischer Variante die Anleitung zur praktischen Arbeit; sie wird als „realistischer Weg zum Sozialismus“ begriffen.

Für den gesamten SHB hatte der SHB Marburg stets eine Sonderstellung, denn die Philipps-Universität in Marburg genoß in vergangenen Zeiten den zweifelhaften Ruf eine Hochburg der dogmatischen Marxisten zu sein. Die Mehrheitsverhältnisse in den Gremien der Universität und natürlich auch am umstrittenen Fachbereich Gesellschaftswissenschaften haben sich mittlerweile durch politische Klärungsprozesse entscheidend zuungunsten der Verfechter sowjet-marxistischer Positionen verändert.

Bei den Studentenparlamentswahlen entscheiden sich zunehmend weniger Studenten für die im prinzipiellen Bündnis stehenden Studentenorganisationen SHB und MSB-Spartakus, die offizielle Studenten-

organisation der DKP. Die bittersten Niederlagen mußte der SHB hinnehmen. Hatten die Marburger Studenten 1970 noch dafür gesorgt, daß der SHB 18 von 40 Sitzen im Studentenparlament einnehmen konnte, fiel er 1972 auf 12 und 1977 schließlich auf 6 Sitze zurück. Bis 1978 wirtschaftete er sich dann auf 3 Sitze herunter und muß seither mit anderen politischen Sektierern bei anstehenden Wahlen um die hinteren Plätze kämpfen. Auch personell droht dem SHB nun die Auszehrung. Ihre Ursachen hat diese Entwicklung nicht in einer von MSB-Spartakus, SHB und RCDS in seltener Einmütigkeit herbeigeredeten Rechts-Wendung der Studenten, sondern in der praktischen Politik des SHB.

Bei der Analyse von Organisationen, die wie der SHB mit dem Anspruch auftreten, Teil der sozialdemokratischen Bewegung zu sein, hat es sich stets als aufschlußreicher erwiesen, mehr die praktische Politik als die vorgegebene theoretische Fundierung auf diesen Anspruch hin zu überprüfen. Da es auch weiterhin erforderlich ist, sich mit Theorie und Praxis des SHB politisch und nicht mit administrativen Mitteln auseinanderzusetzen, und es darauf ankommt, Differenzierungsprozesse in der SHB-Mitgliedschaft nicht zu erschweren, bleiben solche Informationen hier ausgeklammert, die ein administratives Eingreifen der SPD provozieren könnten. Eine politische Auseinandersetzung muß mit dem Ziel geführt werden, weiteren SHB-Mitgliedern, die ihre politische Heimat in der DKP sehen, den freiwilligen Austritt aus der SPD zu erleichtern.

Der Versuch, die Juso-Hochschulgruppe in der Wiege abzuwürgen

Der SHB wußte sehr wohl, was für ihn auf dem Spiel stand, als Anfang 1976 eine Juso-HSG-Initiativgruppe sein Angebotmonopol für sozialdemokratische Politik an der Universität Marburg zu brechen drohte. Es war ihm selbstverständlich bekannt, daß eine Juso-Hochschulgruppe nur vom zuständigen Juso-Bezirksvorstand eingesetzt werden kann, trotzdem verlangte er, daß über die Einsetzung einer Juso-Hochschulgruppe an der Marburger Philipps-Universität ausschließlich der Vorstand der SHB-beherrschten Juso-AG Marburg-Stadt befinden solle.

Natürlich zeigten diese „Basis-Jungsozialisten“ kein Interesse, ihrem Hochschulparadepony SHB einen listigen Konkurrenten zu schaffen. Der damalige Hochschulreferent der Marburger Jusos – ein SHB’ler – nahm da kein Blatt vor den Mund. Etwas vorschnell behauptete er in seinem Rechenschaftsbericht (Febr. 76), daß „eine fortschrittliche sozialde-

mokratische Politik an der Philipps-Universität nur (!) durch eine weiterhin fruchtbare Zusammenarbeit der Marburger Jusos und des SHB gewährleistet werden kann“. Die Jungsozialisten, die sich zur Juso-HSG-Initiativgruppe zusammengefunden hatten, waren aus der Beobachtung der inflexiblen, aufgesetzten SHB/DKP-Einheitsbreipolitik zu der genau entgegenstehenden Einsicht gelangt. Da auch der zuständige Juso-Bezirksvorstand Hessen-Nord zu einer ähnlichen Einschätzung kam, wurde trotz des Gezetters aus dem Lager der Marburger Stamokap-Jusos zum Sommer-Semester 1976 eine Juso-Hochschulgruppe an der Philipps-Universität eingesetzt.

Die Juso-HSG hatte den Marburger Jusos und dem SHB noch vor ihrer endgültigen Zulassung durch den Bezirksvorstand in völliger Fehleinschätzung des SHB eine enge Zusammenarbeit angeboten. In einem Brief der Juso-HSG an die Marburger Jusos hieß es: „Unser natürlichster (!) Bündnispartner an der Marburger Hochschule ist der SHB. Es versteht sich von selbst, daß wir eine enge Zusammenarbeit mit ihm anstreben. Der SHB selbst wird es sein, der durch sein Auftreten das Klima dieser Zusammenarbeit bestimmt.“

Zur politischen Standortbestimmung hatte die Juso-HSG u.a. die folgenden Grundpositionen bekannt gemacht: „Die Mitglieder der Juso-Hochschulgruppen treten in den Gliederungen von Partei und Gewerkschaften dafür ein, die Strategie antikapitalistischer Strukturreformen im Produktions- und Reproduktionsbereich konsequent umzusetzen. Sie halten es in diesem Zusammenhang für falsch, den antikapitalistischen Kampf auf einen antimonopolistischen Kampf zu reduzieren ... Die Bevormundung durch eine selbsternannte Avantgardepartei lehnen sie ab, da der Sozialismus seinen demokratischen Charakter nur entfalten kann, wenn er von der Mehrheit der Bevölkerung aktiv vorangetrieben und durch Formen der Selbstorganisation in allen Bereichen der Gesellschaft mit Inhalt gefüllt ist ... Allgemeine, freie und geheime Wahlen, die Autonomie der Gewerkschaften mit vollem Streikrecht, die Möglichkeit organisierter Opposition, Minderheitenschutz, die Unabhängigkeit der Rechtsprechung von der politischen Führung, Meinungs- und Pressefreiheit sowie die weiteren Grundrechte sind unverzichtbar.“

Diese Positionsbestimmung demokratischer Sozialisten war in der Marburger Hochschulszene relativ unbekannt, wohl ein „Verdienst“ der so apologetisch gerühmten „fortschrittlichen sozialdemokratischen Politik“ des SHB. Derartig provoziert, antwortete der SHB mit seinem ersten öffentlichen Rundumschlag

gegen die Juso-HSG, die ihm als Agentur der rechten SPD-Führung erschien, um die Parteilinke zu schwächen. Diese SHB-Position überraschte nicht, befremdet war die Juso-HSG jedoch durch den unsolidarischen Stil der SHB-Kritik. Die Juso-HSG war damals immer noch überzeugt, daß es über Trennen- des hinweg doch noch eine Menge Gemeinsamkeiten geben müsse und die SPD-Parteilinke sich auch noch auf die Verfechter von SHB-Positionen stützen könne. Sozialismus, so wurde sie aber vom SHB belehrt, dürfe nicht zum Tummelplatz der Reaktion werden. Es sollte sich zum Auftakt des Studentenparlaments-Wahlkampfes zeigen, daß die Juso-HSG durch ihr Bekenntnis zur unaufhebbaren Einheit von demokratischen Freiheiten und Sozialismus dem Sozialistischen Hochschulbund einen Schrecken eingejagt hatte, der ausreichte, um die Juso-HSG fortan zum vorrangigen Gegner der selbsternannten „fortschrittlichen Sozialdemokraten“ zu stempeln.

SHB-Winkelzüge bei den Stupa-Wahlen 1976

Der SHB wollte zur Stupa-Wahl 1976 den eigenen Anspruch, eine Juso-Organisation zu sein, nicht mit der Juso-HSG teilen und ließ sich über die Marburger Jusos seinen Alleinvertretungsanspruch bescheiden. Zur entscheidenden Mitgliederversammlung der Jungsozialisten ließ der SHB seine eigene Mitgliederschar aufmarschieren und einen Wahlaufuf für den SHB gegen die Juso-HSG verabschieden. Der zweiseitige Wahlaufuf enthielt eine Vielzahl falscher Behauptungen, die nach nur zehn Minuten Diskussion per Abstimmung zur Wahrheit erklärt wurden. Im Wahlkampf selbst beschäftigte sich der SHB vorrangig mit der Juso-HSG. Die studentische Öffentlichkeit blieb dadurch unbeeindruckt.

Auf Anhieb gelang es der Juso-Hochschulgruppe 7 Sitze im Studentenparlament zu gewinnen. Der SHB verlor dabei zwar einen Sitz, sah sich jedoch noch nicht veranlaßt, seine eigene Politik gegenüber der Juso-HSG zu überdenken. Das herausragende Ergebnis der Stupa-Wahlen lag darin, daß MSB-Spartakus und SHB zusammen nur noch über 20 von 40 Sitzen verfügen konnten und zur Bildung eines Allgemeinen Studentenausschusses (ASTa) eine 21. Stimme benötigten. Der SHB verlangte, daß die Juso-HSG – im vorausgegangenen Wahlkampf noch als „Speer Spitze der SPD-Rechten“ diffamiert – in den ASTa eintreten und damit die verlorengegangene Mehrheit für MSB-Spartakus und SHB wiederherstellen solle. Das Angebot der Juso-HSG an den SHB, einen sozialdemokratischen Minderheiten-ASTa unter Tolerierung durch den MSB-Spartakus zu bilden, lag jen-

seits der Dimensionen, in denen der SHB zu denken gewohnt war.

In öffentlichen Verhandlungen mit MSB und SHB hatte die Juso-HSG erklärt, daß es nur einen ASTa mit ihrer Beteiligung geben könne, wenn dabei grundlegende Positionen der Jungsozialisten nicht aufgegeben werden müßten. Weil MSB und SHB nicht garantieren konnten, daß bei einem Koalitions-ASTa unter Einschuß der Juso-HSG die MSB/SHB-Stellvertreterpolitik, die zur Entpolitisierung und Isolierung der Studenten geführt hatte, ein Ende finden würde, verzichtete schließlich die Juso-HSG auf eine personelle Beteiligung am ASTa. An eine eigene aktive Mitarbeit war nicht zu denken, da MSB und SHB nicht eigenständige Partner, sondern nützliche Idioten suchten.

Da der Marburger ASTa sich immer noch in der Schußlinie der Angriffe auf das politische Mandat der Studentenschaft befand, sah die Juso-HSG im Oktober 1976 die Notwendigkeit, einen MSB/SHB-Minderheiten-ASTa zu stützen, nachdem dafür auch entsprechende politische Zugeständnisse ausgehandelt werden konnten. Zu den organisatorischen Vereinbarungen gehörten die Mitsprache in der Außenvertretung des ASTa auf der Landes- und Bundesebene, eine paritätische Besetzung der Marburger Studentenzeitung und die Besetzung des Studentenparlamentspräsidiums mit gleichberechtigten Vertretern der Studentenfraktionen MSB, SHB, Juso-HSG und LHV (Liberaler Hochschulverband).

Der SHB hat es der Juso-HSG nie verziehen, daß sie nicht bereit war wie der SHB, sich prinzipiell dem Machtkalkül der offiziellen DKP-Studentenorganisation MSB-Spartakus zu unterwerfen, und die Arbeit des neugewählten ASTa mit ständiger Kritik begleitete. Mit dem Apparat des ASTa koordinierte der SHB seine Schmutzkampagne gegen die Juso-HSG nach dem Sonthofen-Muster: „anklagen, verleumden, es wird schon etwas hängenbleiben“. Die infamsten Behauptungen standen im Zusammenhang mit der vorausgegangenen ASTa-Bildung. Auf die Unkenntnis der Erstsemester spekulierend, verbreitete der SHB in der Studentenschaft die Behauptung, die Juso-HSG trüge Mitschuld an Gerichtsurteilen, mit denen auf Antrag eines RCDS-Mitgliedes dem ASTa Marburg die Wahrnehmung des politischen Mandats untersagt worden war. Hätte nämlich die Juso-HSG die ASTa-Bildung nicht so lange verzögert, so folgte der SHB, wäre das Verwaltungsgericht Kassel in der Entscheidung zum politischen Mandat zu einem anderen, günstigeren Urteil gelangt. Die Mitglieder der Juso-Hochschulgruppe durften bald

erfahren, daß der SHB noch abenteuerlichere Legenden erfinden kann.

Juso-Hochschulgruppe zwischen Totengräber und Lebensretter

Ein häufig vom SHB strapaziertes Wechselspiel besteht darin, die Juso-HSG immer dann als 'Totengräber' der Bewegung alles Fortschrittlichen zu entlarven, wenn diese nicht bedingungslos auf MSB/SHB-Vorstellungen einschwenkt, andererseits jedoch sich an die Juso-HSG als 'Lebensretter' zu wenden, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Gebraucht wird die Juso-HSG, wenn die MSB/SHB-Stimmanteile nicht ausreichen, wenn bei Aktionen mit dem Namen der Jungsozialisten hauiert werden kann, wenn es zum Kreuzzug gegen die „Rechtssozialdemokratie“ gehen soll oder wenn wieder einmal ein SHB'ler in ein aufgestelltes Messer gelaufen ist und durch innerparteiliche Disziplinierung zum Märtyrer der „fortschrittlichen Sozialdemokratie“ zu werden droht.

Diese Vorgehensweise verfolgt das Ziel, die Juso-HSG in Aktionen einzubinden, deren politische Grundrichtung sie nicht selber mitbestimmen kann, wie dies in einem internen Strategiepapier des SHB ausgedrückt wurde. Die schizophrene Haltung des SHB im Umgang mit der Juso-HSG wird bereits deutlich in den Titulierungen, die er ihr anhängt. Je nach Belieben gelten die Mitglieder der Juso-HSG als Rechte, Linko oder gar Linkssektierer. Oft werden sie auf einer einzigen Wandzeitung als rechte Sozialdemokraten und als Linkssektierer entlarvt.

Die in Marburg zur Semesterroutine verkommenen 'Streiks' seien auch nie deshalb erfolglos verlaufen, weil immer mehr Studenten bei der Akklamation erheischenden Kampagnenpolitik des MSB/SHB ein resignierendes Desinteresse entwickelten oder die Aktionsziele unrealistisch waren, sondern entweder weil die Juso-HSG überhaupt nicht mitgemacht oder sich nicht genügend beteiligt habe. Dolchstoßlegenden dieser Art hinderten MSB-Spartakus und SHB bis heute, die richtigen Schlüsse aus ihrer falschen Politik zu ziehen.

SHB als Denunziant

Eines vorweg: Die Politik der SPD im Marburger Stadtparlament erscheint auch den Jungsozialisten in der Hochschulgruppe dringend revisionsbedürftig. Um die 6 DKP-Abgeordneten dort weitgehend zu isolieren, hat sich die SPD auf Absprachen mit der CDU eingelassen, die zwar der DKP schaden, der CDU jedoch in einem ungleich höheren Maß ge-

nutzt und der SPD nur Nachteile eingebracht haben. Die Juso-HSG hat diese Absprachen mehrfach als „Perversion sozialdemokratischer Politik“ verurteilt und der SPD empfohlen, die Auseinandersetzung mit der DKP ohne Berührungängste offensiv politisch zu führen. Der SHB hatte es nie verstanden, durch eine solidarische Form der Kritik in der Marburger SPD ein Umdenken einzuleiten. Fanatischer Haß auf die führenden Marburger Sozialdemokraten und die Strategie der Entlarvung ersetzen die konstruktive Arbeit um neue linke Mehrheiten in der Partei. Leider gelang es dem SHB, auch die Reste der Marburger Juso-Arbeit in diesen Strudel zu ziehen. Man muß diesen Hintergrund kennen, um die folgenden traurigen Heldentaten des SHB entsprechend würdigen zu können.

Im Zusammenhang mit ungerechtfertigten Angriffen auf den AstA der Universität Göttingen, Durchsuchungen der dortigen AstA-Räume und Privatwohnungen – auch die eines Mitgliedes der Göttinger Juso-HSG – hatte die Juso-HSG Marburg einen Aufruf zu einer Demonstration in Göttingen unterzeichnet, der auch von einer K-Gruppe unterzeichnet worden war. Die Tatsache, daß somit Juso-HSG und eine K-Gruppe auf einem Flugblatt zur selben Demonstration aufrufen, nahm der SHB zum Anlaß, die Juso-HSG bei der so innig verhaßten „rechten Marburger SPD“ anzuschwärzen. Mit dem Akt der Denunziation wollte der SHB belegen, daß die Mitglieder der Juso-HSG eben doch Linkssektierer seien. Ein sichtbarer Erfolg blieb zwar aus, doch ging es ihm langfristig darum, den Ruf der Juso-HSG negativ zu prägen.

Um etwas nachzuschieben, wurde in der Marburger SPD das Gerücht in Umlauf gesetzt, die Juso-HSG würde zum materiellen Schaden der Partei auf parteieigenen Druckmaschinen auch Flugblätter für die Basisgruppen drucken. Beim DGB Marburg versuchte man die Juso-Hochschulgruppe zu diskreditieren, weil sie im Zusammenhang mit einer Kritik an der DGB-Haltung zu Atomkraftwerken das Wort „Gewerkschaftsbonzen“ auf einer Wandzeitung benutzt haben sollte, was der Wandzeitungsschreiber bis heute noch energisch bestreitet.

Rückzugsgefechte am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

Daß der SHB selbst zum Mittel der Denunziation greift, um den eigenen politischen Einfluß und die einmal erreichten Machtpositionen zu verteidigen, resultiert aus seinem Monopolanspruch auf die Vertretung linker Politik, den er nur mit der DKP zu teil-

len bereit ist. So haben MSB-Spartakus und SHB jahrelang darüber gewacht, daß im Tutoren-Programm des Fachbereiches Gesellschaftswissenschaften die eigenen Genossen bei der Auswahl studentischer Tutoren bevorzugt werden. Dabei gingen MSB und SHB zum Teil sogar so weit, der hessischen CDU lieber eine offene Flanke für ihre traditionellen Angriffe auf den Fachbereich zu liefern als die pluralistische Besetzung des Tutorenprogrammes sicherzustellen. Ein Beispiel aus dem Sommer-Semester 1977: Der mehrheitlich vom MSB-Spartakus geprägte Lehr- und Studienausschuß des Fachbereiches hatte bei der Auswahl der Bewerber für sieben öffentlich ausgeschriebene Tutorienstellen für einen Grundarbeitskreis „Einführung in die Gesellschaftsanalyse“ fünf MSB-Mitglieder ausgewählt und dem SHB einen Tutor zugestanden. Die siebte Stelle, für die nur noch unorganisierte Bewerber und Mitglieder der Juso-HSG zur Verfügung standen, hatte man kurzerhand gestrichen. So waren schon im Grundarbeitskreis für Erstsemester sozialistische Positionen und Wissenschaftsansätze, die von der DKP-Doktrin abweichen, nicht mehr vertreten.

Die Juso-HSG verfolgte in diesem Zusammenhang das Konzept, diesen offenkundigen Machtmißbrauch nicht öffentlich zu kritisieren, sondern durch Änderung der internen Machtverhältnisse am Fachbereich unwiederholbar zu machen. Durch öffentliche Angriffe des MSB/SHB im AStA-Info und die Diffamierung der anderen Bewerber als „fachlich nicht qualifiziert“ wurde dieses Konzept durchkreuzt. Die Behauptung, eine siebte Stelle wäre gar nicht vorgesehen gewesen, wurde zur Entlastungslüge. In verkürzter und entstellender Art, die an die Biermann-Berichterstattung der UZ erinnerte, versuchte der MSB aus den Opfern seiner Machtpolitik die Täter zu machen. Die Angegriffenen sahen sich dadurch gezwungen, sich auch öffentlich zu diesem Skandal zu äußern. Im Gefolge dieser Auseinandersetzung ist es den Verfechtern eines wissenschaftstheoretischen Pluralismus am Fachbereich gelungen, ihre inhaltlichen und personellen Alternativen – auch über Berufungspolitik – durchzusetzen und zu verankern. Damit ist garantiert, daß unterschiedliche wissenschaftstheoretische Ansätze auch im Tutorenprogramm heute nicht mehr einem MSB-Spartakus/DKP-Machtkalkül geopfert werden können. Getreu den MSB-Vorgaben hatte die Fachgruppe des SHB bei diesen Auseinandersetzungen nicht diejenigen unterstützt, die Mißstände aufdecken und beseitigen wollten, sondern diejenigen, die diese Mißstände verursacht haben.

Alle Jahre wieder: Die Friedensdemo

Jedes Jahr erneut legt sich der SHB im Fahrwasser des MSB-Spartakus mit besonderem Eifer in die Riechen, um die studentischen Massen für die alljährliche Demonstration für Frieden und Abrüstung zu mobilisieren. In schöner Regelmäßigkeit gerät dabei die Juso-HSG in den Mittelpunkt der SHB-Kritik, denn bisher kam sie immer zu dem Ergebnis, daß eine solche Demonstration zwar nicht schade, die Bemühungen um Abrüstung und Entspannung aber auch nicht gerade vorwärtstreibe. Aus den unterschiedlichsten Gründen haben sich die Mitglieder der Juso-HSG stets geweigert, dieses Projekt mit ihrem Einsatz zu unterstützen. Der SHB hatte nie verstanden, daß auch zur Friedensdemonstration jedes Mitglied der Juso-HSG eine eigene Meinung äußern darf.

Die Ablehnungsgründe sind daher immer sehr vielfältig gewesen. Für die Mehrzahl der Juso-HSG Mitglieder ist Abrüstung kein moralisches Problem, bei dem man per Massenaktion nur an die Vernunft des Staates appellieren muß, damit Abrüstung beginnen kann, sondern ein politökonomisches, das in den Zusammenhang mit den Grundprinzipien der kapitalistischen Produktionsweise zu stellen ist. Andere Mitglieder der Juso-HSG haben keine Lust, sich auf stupiden Massendemonstrationen zum Objekt von DKP-Vorfeldorganisationen degradieren zu lassen. Einigen fällt es schwer, mit denjenigen gemeinsam zu demonstrieren, die kein Wort der Kritik zur Verherrlichung des Militarismus und zur paramilitärischen Erziehung der Kinder im Staatssystem der DDR verlieren. Auch die ungenügende Betonung der Probleme der Kriegsdienstverweigerer – hüben und drüben – führen für manche zur Ablehnung der Friedensdemonstration. Andere möchten nicht dafür sorgen, daß ihre Beteiligung gegen Sozialdemokraten und Organisationsteile der Jungsozialisten ausgespielt werden kann, die sich nicht beteiligen wollen. Für wenige reicht es schon zur Ablehnung, daß die Zielsetzung der Demonstration hinter die Beschlusslage der Jusos zurückfällt oder bei den bekannten Drohungen des SPD-Geschäftsführers die weitere Mitgliedschaft in der SPD eben wichtiger ist als die Beteiligung am Friedensmarsch.

Der SHB wäre nicht mehr die Studentenorganisation der „fortschrittlichen Sozialdemokraten“, wenn er nicht gerade auf das letzte Argument besonders abheben würde. So ist für ihn die Welt wieder in Ordnung, weil sich die Juso-HSG von der SPD-Führung abhalten läßt, Gutes zu tun. Die Jungsozialisten sind im einfachen Weltbild eines SHB'lers die rech-

ten Büttel der Baracke, während der SHB die Organisation der wahren Linken in der SPD ist. Für inhaltliche Einwände besitzen weder SHB noch Bruder MSB offene Ohren. Man hat ja auch hier seine Legende, die in ihren verschiedenen Versionen neu aufgelegt werden kann. Ein Mitglied der Juso-HSG machte den Fehler, nach einer fünfstündigen nervenzehrenden Sitzung des Studentenparlamentes – zu gegeben etwas salopp und verkürzt – von einer „Scheiß-Friedensdemo“ zu sprechen. Das MSB/SHB-Wutgeheul verebbte erst nach Tagen.

Alter Kack im neuen Frack: SHB-Wahlkampftrickliste 1977

Im Sommer-Semester 1977 standen Stupa-Wahlen und Wahlen zum Konvent der Philipps-Universität auf der Tagesordnung. Im Rahmen der Arbeitsteilung zwischen MSB und SHB beschäftigte sich der MSB im Wahlkampf hauptsächlich mit den erstmals kandidierenden Basisgruppen, während der SHB seine fast ungeteilte Aufmerksamkeit wieder einmal der Juso-HSG widmete. (Der Haß, den beide Organisationen gegenüber den Spontis in den Basisgruppen entwickeln, trägt schon pathologische Züge.)

Einige neue Tricks verdienen hier festgehalten zu werden: Es entspricht der SHB-Doppelstrategie, je nach Opportunität, einmal die Unabhängigkeit seines Verbandes von den Jungsozialisten herauszukehren („Durch seine eigenständige Position hat er das Band zerschnitten, mit dem die Rechtssozialdemokratie... die Jusos weiterhin zu maßregeln imstande ist“, SHB-Flugblatt), zum anderen aber über seine Mitglieder in der SPD die Aktionseinheits-Politik bei den Jusos durchzusetzen. Dieser Taktik entsprechend, rief dann auch der SHB in seiner Eigenschaft als Jusos in der Arbeitsgemeinschaft Marburg-Stadt auf, den eigenen Verband SHB als die Organisation der „fortschrittlichen Sozialdemokraten“ bei den Wahlen an der Uni zu unterstützen.

Um dieses einzige erfolgreiche Beispiel der Doppelstrategie à la SHB nicht offenkundig werden zu lassen, ist dem SHB auch noch etwas neues eingefallen: Mit vier Jusos aus dem SPD-Unterkreis Marburg-Stadt, die noch nicht Mitglied im SHB waren, aber die SHB-Politik unterstützen, bildete der SHB die Listenverbindung SHB/Jusos. Mit dem neuen Aushängeschild glaubte er Studenten beeindrucken zu können, die schon früher nicht mehr bereit waren, ihn als Anhängsel des MSB-Spartakus zu unterstützen. Um dem offenbar beabsichtigten Etikettenschwindel vorzubeugen, sahen sich der Juso-Bezirksvorstand Hessen-Nord und der Landesverband der

hessischen Jusos gezwungen, unmißverständlich zu erklären, „daß die Juso-Hochschulgruppe die politische Vertretung der Jungsozialisten an der Philipps-Universität ist und nicht der SHB.“

In der Interpretation des SHB ist es schon „rechte Politik“, wenn sich Jungsozialisten mehr um die Probleme der Jugendlichen kümmern, als fruchtlose Diskussionen über Mitarbeit in den verschiedenen Komitees zu führen. Der SHB setzt andere Schwerpunkte: Wie der Marburger SHB mit seinem Antrag zur 15. SHB-Bundesdelegiertenkonferenz offenlegte, hat für ihn die Stärkung sozialistischer Kräfte in der SPD zum Ziel, „die Politik der Aktionseinheit der Arbeiterklasse wieder zum festen Bestandteil sozialdemokratischer Politik werden zu lassen.“ Wenn diese Politik des Bündnisses mit der DKP gar als „wichtigste Aufgabe“ erscheint, der kann natürlich für die Orientierung der Juso-Arbeit auf verstärkte Arbeit in den Problembereichen der Gesellschaft nur Hohn und Spott übrig haben.

Die der Juso-HSG mit den beschriebenen Mitteln von den Stamokaps aufgezwungene Polarisierung stürzte den SHB in schwere Verluste: Im Konvent verlor er ein Drittel seiner Sitze, die Juso-HSG wurde stärkste studentische Fraktion. Im Studentenparlament verlor der SHB weitere zwei Sitze. Da der MSB/SHB-Block zum ersten Mal nicht einmal mehr über eine einfache Mehrheit verfügte, mußte die Bildung eines neuen AStA schwieriger denn je werden.

Der SHB zwischen allen Stühlen

Die Hoffnung der Jusos auf Bildung eines undogmatischen linken AStA erfüllte sich 1977 trotz der recht deutlichen Wahlabfuhr für den MSB und SHB wieder nicht. Der innere Zerfall der Basisgruppen hatte das Ziel, im Bündnis mit ihnen die Organisationen MSB und SHB im AStA der Philipps-Universität abzulösen, in weite Ferne rücken lassen. Ein ordentlich gewählter AStA unter Beteiligung der Juso-HSG erschien jedoch immer noch wünschenswerter als die Fortsetzung der AStA-Geschäfte durch einen kommissarischen MSB/SHB-AStA. Beschlossenes Ziel einer Juso-Beteiligung am Marburger AStA war es, die Politik von MSB/SHB zugunsten einer Politik zu beeinflussen, die den Einfluß der Juso-HSG stärkt und eine endgültige Ablösung von MSB und SHB bei den nächsten Stupa-Wahlen vorbereitet. Durch eine Neutralisierung des Marburger MSB/SHB-AStA sollte der Einfluß dieser Organisation in den Organen der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) verringert und der Spielraum

für die Politik der Jungsozialisten dort vergrößert werden. Das rein taktische Verhältnis zur AStA-Bildung hatten die Jungsozialisten auch in der studentischen Öffentlichkeit nicht verheimlicht.

Der sichere Machtinstinkt des MSB ließ in seinen Reihen trotzdem sehr schnell die Einsicht reifen, daß nur ein Bündnis mit der Juso-HSG die eigene AStA-Beteiligung sichern konnte, denn besonders für die DKP-Hochburg Marburg gilt: Ein MSB ohne AStA ist wie eine Spinne ohne Netz. Es begann die „Sozialdemokratisierung“ des MSB. Getreu dem DKP-Bündnis-konzept, auch noch „die geringste Übereinstimmung zum Ausgangspunkt des gemeinsamen Wirkens für gemeinsame Anliegen“ zu machen, räumte er Zugeständnisse ein, stellte eigene Positionen zurück und wechselte die alten und belasteten Verhandlungspartner aus. Ein Ärgernis für den MSB war es lediglich, daß sein Tender SHB nicht sofort begriff, was die Stunde für ihn geschlagen hatte. In peinlicher Weise spielten die „fortschrittlichen Sozialdemokraten“ bei den AStA-Verhandlungen ihre Rolle als 150-prozentige Spartakisten. Öfters mußte der MSB um Verhandlungspausen bitten, die er nutzte, um seinen Junior-Partner zur Zurückhaltung zu ermahnen.

Der SHB sitzt seit dem Eintritt der Juso-HSG in den AStA zwischen allen Stühlen. Einerseits scheitern seine politischen Vorstellungen am Nein der Jungsozialisten im AStA, andererseits wünscht der MSB nicht mehr, daß die alte Konfrontationspolitik des SHB fortgesetzt und damit die eigene, unter Opfern erkaufte Bündnisfähigkeit wieder eingeschränkt wird.

Der MSB/SHB/Juso-HSG-AStA konnte nach Abschluß der Verhandlungen im Februar 1978 seine Arbeit aufnehmen, ohne daß die Juso-HSG zur Politik der Aktionseinheit bekehrt worden ist – für den SHB eine Quelle immer neuer Vorwürfe. Bis heute blockieren sich Juso-HSG und MSB/SHB gegenseitig.

Die Wahlen 1978 und 1979 brachten noch keine Lösung, obwohl sich die Mehrheiten weiter zugunsten der Juso-HSG verschoben. Der SHB ist seither in Marburg kein ernstzunehmender politischer Faktor mehr – ein schlagender Beweis dafür, daß demokratisch-sozialistische Positionen im offensiven Meinungsstreit auch in Hochburgen der sowjet-marxistisch geprägten Linken mehrheitsfähig sind.

Quo vadis, SHB? – ein Fazit

Dem schwindenden Interesse an seiner Organisation begegnete der SHB nicht etwa durch ein selbst-

kritisches Überprüfen der eigenen Praxis und Theorie, sondern vornehmlich durch blindwütiges Eindringen auf die Juso-HSG. Die Mittel, die der SHB bei seiner Harakiri-Politik zum Einsatz brachte, sprechen für sich. Sie stehen in einem krassen Mißverhältnis zum propagierten Anspruch, auch ein Teil der sozialdemokratischen Bewegung zu sein.

Nicht nur in Marburg steht der SHB am Scheideweg. Seine verbale Orientierung auf die SPD bzw. auf ihren „marxistischen Flügel“ kann die praktische Orientierung auf die DKP nicht länger kaschieren. An den Hochschulen erfüllt der SHB die objektive Funktion, der offiziellen Hochschulorganisation der DKP als Mehrheitenbeschaffer zu dienen. Schon 1972 hat der spätere MSB-Bundesvorsitzende Steffen Lehnendorff bei seinem Übertritt vom SHB in den MSB-Spartakus dem SHB die Rolle des „Durchlauferhitzers“ für die DKP zuerkannt. In dieser Eigenschaft hat der SHB immer wieder versucht, bei den Jungsozialisten das Bündnis mit der DKP auf den ersten Punkt der politischen Tagesordnung zu setzen. In Marburg durchlief der SHB eine Phase, in der die Stärkung der DKP eindeutig das politische Ziel war. Ohne taktisches Geschwätz wurde in Erstersemester-Veranstaltungen auf dieses Ziel orientiert und faktisch zur Wahl der DKP aufgerufen. Die Politik der Juso-HSG, die sich nicht am Aktionseinheitskonzept der DKP ausrichtete, wurde als besonders geschickte integrationistische Politik der Partei-Rechten denunziert.

Der SHB hat sich mittlerweile endgültig bundesweit von den Jungsozialisten isoliert. Seinen letzten Rückhalt in der Juso-Organisation hat er im Zusammenhang mit der Diskussion um die Gründung einer Juso-geführten Bürgerrechtsbewegung zur Verteidigung demokratischer und sozialer Rechte verspielt. Positionen, die der SHB zur Inhaftierung des DDR-Oppositionellen Rudolf Bahro vertrat und die sich auf die Kurzformel „ein fortschrittliches Berufsverbot für den Gegner des Fortschritts“ bringen lassen, machten es selbst dem Stamokap-Flügel bei den Jungsozialisten schwer, noch solidarisch zum SHB zu stehen. Der Juso-Bundesvorsitzende Gerhard Schröder zog in seinem politischen Rechenschaftsbericht auf dem Juso-Bundeskongreß 1979 die Konsequenzen aus der Politik des SHB:

„Wir haben eine Auseinandersetzung mit dem SHB, der sich der Sozialdemokratie zurechnet. Diese Auseinandersetzung ist in der Sache mit der nötigen Härte geführt worden, ohne daß der Bundesvorstand es jemals an der erforderlichen Solidarität hätte missen lassen. Allerdings: Wenn die Führung des SHB

glaubt, dem Bundesvorstand der Jungsozialisten Versäumnisse im Kampf gegen die Berufsverbote vorwerfen zu müssen, wenn die Führung des SHB glaubt, die Jungsozialisten in innerverbandliche Konflikte hineintreiben zu können, dann irt sie sich gründlich. Dieser Verband, der nicht einmal die Hilfe eines großen Unterbezirks der Jungsozialisten ausmacht, wird das nicht erreichen. Die Genossen, die dort Mitglied sind, werden es auch nicht erreichen, den Jungsozialisten eine Bündnisdiskussion aufzuschwatzen, die mit der konkreten Arbeit nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wer meint den Bundesvorstand de-

nunzieren zu müssen, der wird auf unsere Solidarität in Zukunft verzichten müssen."

Es kann zwar nicht erwartet werden, daß der SHB im 20. Jahr seines Bestehens die richtige Konsequenz aus seiner schädlichen Politik zieht und auch seine organisatorische Eigenständigkeit aufgibt, dennoch muß an alle SHB-Mitglieder, die den Jusos politisch näher stehen als der DKP, auch hier die Aufforderung ergehen, entsprechend dem Aschaffenburg Bundeskongreßbeschuß von 1979, ihre politische Arbeit als Jungsozialisten auf Basis der Beschlüsse der Jungsozialisten in den Reihen der Juso-Hochschulgruppen fortzusetzen.

Horst Helmann: Theoriedefizit der Sozialdemo- kratie an den Hochschulen

Das Ende 1979 im Focus-Verlag in Gießen erschienene Buch von Richard Meng „Juso-Hochschulgruppen – Geschichte, Praxis, Perspektiven“ handelt von einem Problemkreis, der den Sozialdemokraten, aber auch den anderen etablierten Parteien zunehmend politische Kopfschmerzen bereitet, nämlich der Entwicklung des politischen Denkens und Verhaltens der akademischen Jugend, deren Mißtrauen gegenüber der Parteiendemokratie immer mehr auf breitere Kreise der gesamten jungen Generation übergreift. Bis in die jüngste Vergangenheit konnte die SPD unter wahltaktischen Gesichtspunkten mit dem universitären Bereich besonders zufrieden sein. Denn aus der Wählergruppe der Hochschulangehörigen, vor allem auch der Studenten, erhielt die SPD bei allen politischen Wahlen einen überdurchschnittlich hohen Prozentsatz der Stimmen. Im letzten Jahrzehnt ist das Gewicht der akademischen Wählergruppe darüber hinaus noch wesentlich größer geworden, da inzwischen rund 20 % eines Altersjahrganges der nachwachsenden Generation zu dieser Bevölkerungsgruppe gehören. Das Verhältnis der SPD zu dieser zahlenmäßig anwachsenden Bevölkerungsgruppe dürfte künftig nicht nur für weitreferende „Theoretiker“, sondern vor allem auch für pragmatisch und realistisch denkende Wahlstrategen zu einem brisanten Problem werden: Denn aus dieser Schicht verliert die SPD in den letzten Jahren überdurchschnittlich viele Wähler, weil sie entweder überhaupt nicht

mehr wählen oder aber zu den Grünen abwandern.

Dieses neue Wählerverhalten kann aber künftig auch auf andere Wählerschichten der SPD ansteckend wirken. Denn da diese von der SPD abwandernden Wählergruppen vorwiegend in pädagogischen, wissenschaftlichen, sozialen und publizistischen Berufen tätig sind oder tätig werden, wo sie für die politische Meinungsbildung breiterer Bevölkerungsschichten eine nicht zu unterschätzende Multiplikatorenfunktion ausüben, kann ihr Meinungsumschwung mittelfristig auch bei weiteren Bevölkerungsgruppen eine Abwendung von der SPD begünstigen. (Das Wählerpotential von CSU/CDU ist weit besser gegen eine solche Versuchung immun).

Wenn Sozialdemokraten dieses Problem erkennen und wenn sie dieser Entwicklung, die ihre künftige Mehrheitsfähigkeit gefährdet, erfolversprechend gegensteuern wollen, brauchen sie zunächst mehr Informationen über die Sonderentwicklung des politischen Denkens und Verhaltens in diesem für unsere politische Kultur so wichtigen akademischen Milieu. Eine Chance, die Motive und Tendenzen eines alternativen Denkens und Verhaltens besser zu verstehen, das bereits zu einer „zweiten Kultur“ geführt hat, bietet das oben erwähnte Buch von Richard Meng über die Entwicklung der Juso-Hochschulgruppen. Es könnte auch zum Nachdenken darüber anregen, auf welche Weise und mit welchen geistig-theoretischen Positionen die SPD auf breiter Basis den oft beschworenen Dialog mit der abwandernden jungen Generation führen könnte und welche Rolle die Juso-Hochschulgruppen dabei spielen sollten. Denn sie sind ja vielleicht ein Bein, das die SPD noch in diesem Milieu hat und ohne das dort

kaum der verlorene und noch weiter zurückgehende sozialdemokratische Einfluß zurückzugewinnen sein dürfte.

Wie paradox die Position der SPD im Hochschul- und Bildungsbereich ist, wird daran sichtbar, daß es in den Jahren vor der Etablierung der Juso-Hochschulgruppen zwischen 1973 und 1975 überhaupt keine eindeutig sozialdemokratisch orientierte hochschulpolitische Studentenorganisation gab. Paradox ist das Fehlen eines sozialdemokratischen Studentenverbandes deshalb, weil in dieser Phase Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre bei politischen Wahlen mehr als 50 % der Studenten SPD wählten. Die Studentenorganisationen, die bei universitären Wahlen kandidieren, standen dagegen eindeutig rechts von der SPD oder (wie jene Gruppen, die die Mehrheit der studentischen Stimmen auf sich vereinigten: maoistische K-Gruppen, DKP-orientierter MSB Sparatikus mit seinem orthodox-marxistischen Bündnispartner SHB, antiautoritäre Basisgruppen) links von der SPD.

Diese paradoxe Situation war nicht ohne Zutun der SPD entstanden: Als sich die SPD 1960 vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund trennte und den Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) gründete, brach sie – ohne es zu bemerken – die geistige Kommunikation mit den damals beginnenden neuen Bewußtseins- und Diskussionsprozessen ab. Da sie auf eine geistige Herausforderung nur eine organisatorische Antwort gab, verzichtete sie unbewußt darauf, die neuen Bewußtseinsprozesse im Hochschulbereich durch eigene geistig-theoretische Positionen zu beeinflussen, so daß sich der SHB in der Studentenrevolte schon weiter von der SPD entfernt hatte als es der SDS im Jahre 1960 gewesen war. Als Antwort auf diese alarmierende Entwicklung begnügte sich die SPD damit, ihrem „partei-fremden“ Studentenverband das Recht auf den Namen „Sozialdemokratisch“ abzuerkennen, ohne aber einen neuen Studentenverband zu gründen.

Gerade in der Zeit einer vorbildlichen Hochschulreform, mit der die SPD konstruktiv auf die Protestbewegung antwortete, war sie unter den Studenten, aber auch unter den anderen Gruppen der Universität, nicht mehr mit eigenen hochschulpolitischen Organisationen vertreten. Das hatte schwerwiegende Konsequenzen: Da es vor Ort keine ausreichende Basis für die praktische Umsetzung der demokratischen Mitbestimmungsmodelle und für die inhaltliche Ausgestaltung der Hochschulreform gab, wurden die wenigen Reformer zwischen rechten Gegenreformern und linken Antireformisten zerrieben. Auch Sozial-

demokraten wurden hochschulpolitisch aktiv vor allem in solchen Gruppen, die rechts oder links von der SPD standen und von diesen Standorten aus – allerdings mit unterschiedlichen Argumenten – die Hochschulreform bekämpften. Und da die SPD vor Ort nicht mit eigenen Organisationen und mit eigenen bewußtseinsbildenden theoretischen Konzepten vertreten war, verliert sie jetzt schrittweise immer mehr ihre Wähler im universitären Bereich.

Richard Mengs Darstellung der Juso-Hochschulgruppen sollte als Anstoß für Überlegungen und Initiativen genutzt werden, die jenem für die SPD gefährlichen Trend entgegenwirken könnten. Zum besseren Verständnis der „zweiten Kultur“ könnte sein Buch auch deshalb beitragen, weil er nicht als außenstehender und neutraler Beobachter, sozusagen „objektiv“ und „wissenschaftlich“, die Entwicklung im studentischen Bereich analysiert, sondern als Mitbegründer und engagierter Mitarbeiter der Juso-Hochschulgruppen. Die informative und materialreiche Darstellung, ergänzt durch einen Anhang sonst kaum zugänglicher Dokumente und Beschlüsse, beeindruckt auch durch die persönliche Betroffenheit des Autors und seine Bereitschaft, die Studentenbewegung und auch die Juso-Hochschulgruppen selbst einer schonungslosen kritischen Analyse zu unterziehen.

Wenigstens stichwortartig seien hier einige Ergebnisse seiner Analyse zusammengefaßt: Zum Nachdenken anregen sollte die große Diskrepanz zwischen den großen organisationspolitischen Erfolgen der Juso-Hochschulgruppen, vor allem bei universitären Wahlen, und dem Fortbestand der geistig-theoretischen Einflußlosigkeit der Sozialdemokratie im Hochschulbereich. Das organisationspolitische Vakuum, das infolge des Fehlens einer sozialdemokratischen Studentenorganisation für das sozialdemokratische Potential bestand, haben die Juso-Hochschulgruppen in erstaunlich kurzer Zeit – zwischen 1973 und 1975 – erfolgreich gefüllt. Dagegen ist es ihnen infolge des auch von Richard Meng eingestandenen Theoriedefizits nicht gelungen, auch das geistig-theoretische Vakuum zu füllen, so daß die potentiell sozialdemokratischen Studenten auch weiterhin vorwiegend den geistigen Einflüssen jener offensiv auftretenden Strömungen ausgesetzt sind, die rechts oder links von der SPD angesiedelt sind.

Obwohl die Juso-Hochschulgruppen nicht – wie 1960 der Sozialdemokratische Hochschulbund – auf Initiative der SPD zentral auf Bundesebene gegründet wurden, sondern dezentral und spontan auf lokaler Ebene entstanden, bildeten sich zwischen 1973

und 1975 fast 100 Juso-Hochschulgruppen mit mehr als 1000 aktiven Mitgliedern. Organisatorisch gestärkt wurden sie 1976, als die Mehrheit der zur Stamokap-Fraktion gehörenden studentischen Jusos, die bislang noch im SHB mitgearbeitet hatten, auf der Grundlage der „Freudenberger Plattform (in Auszügen dokumentiert S. 149 ff.) geschlossen und zielbewußt den SHB verließ und zu den Juso-HSG übertrat. Mit einem durchschnittlichen Stimmenpotential von 30 % bilden die Juso-HSG „seit 1976 die gemessen an Wahlergebnissen stärkste Einzelfraktion der studentischen Politik vor dem RCDS“ (S. 95), ohne die weder auf universitärer noch auf Bundesebene studentische Politik zu machen ist.

Trotz dieser eindrucksvollen organisationspolitischen Erfolge war Richard Meng von Anfang an das eigene Theoriedefizit bewußt, nämlich die Tatsache, „daß die Juso-HSG gegenüber den etablierten Studentenorganisationen bezüglich der theoretischen Fundierung ihrer Position nicht mithalten konnten“ (S. 24). Dieser Zustand hat sich im Zuge weiterer praktischer Erfolge keineswegs zum Besseren gewendet. „Der theoretische Standard der Grundsatzdiskussion bei den Juso-HSG vor Ort ist heute mit Sicherheit noch geringer als ... 1976.“ (S. 73) Meng kritisiert ausdrücklich „die Verbissenheit und auch Praxisferne“ (S. 48) der Theoriediskussion, die vor allem auf dem für eine zielstrebige Praxis so entscheidenden Gebiet wie der Staatstheorie (ob der Staat „ideeller Gesamtkapitalist“ IST oder aber ob er nur als solcher WIRKT?) „wenig Brauchbares zu Tage (brachte)“. (S. 49) Das Fehlen eines eigenen theoretischen Standorts führte zur „Orientierung der einzelnen Juso-HSG an in Konsequenz außerhalb der Jungsozialisten vertretenen Strategievorstellungen“. (S. 64) Die organisationspolitisch so offensiven und erfolgreichen Juso-HSG stellen daher keinen theoretischen Machtfaktor dar, von dem aus geistige Impulse nach außen dringen, sondern nur einen Brennpunkt oder ein Sammelbecken, in dem unterschiedliche, von außen kommende geistige Einflüsse aufeinandertreffen, was zur Folge hat, daß innerhalb einer einheitlichen Juso-Organisation „nahezu sämtliche theoretischen Grundsatzpositionen aus der Folgediskussion der Studentenrevolte“ vertreten werden, allerdings – wie es sich für auf Mäßigung bedachte Sozialdemokraten geziemt – nur „in abgeschwächter Form.“ (S. 74)

Als „der stringenteste Ansatz einer politischen Konzeption innerhalb der Juso-HSG“ (S. 65) wird zwar seit dem 1976 erfolgten Übertritt der aus dem SHB kommenden Jusos die Stamokap-Theorie offen-

siv vertreten; das hat allerdings zur „Fraktionierung selbst in Fragen der Theoriediskussion“ geführt. (S. 46) Die daraus folgende Zweckentfremdung der Theorie für die innerorganisatorische Personalpolitik, die „Unterordnung der Theoriediskussion unter innerverbandliche Machtausinandersetzungen“ (S. 53), hat gewiß das ursprünglich vorhandene Interesse an Theorie so weit verdrängt, daß „Theorie- und Strategiediskussion nur eine untergeordnete Rolle (spielt)“. (S. 71) Richard Meng bestätigt den Treffen der Jusos auf Bundesebene, „daß ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzungen selten sind. Die Diskussionen ... sind von Fraktionsinteressen stärker bestimmt als von Diskussionsinteressen. ... Man trifft sich vornehmlich zum Abstimmen.“ (S. 111)

Erschwert wird eine fruchtbare theoretische Auseinandersetzung innerhalb der Juso-HSG sowie die Entwicklung einer eigenständigen theoretischen Position, die offensiv nach außen vertreten werden könnte, auch deshalb, weil „die Ansätze einer theoretischen Fundierung“ der Position der nicht zur Stamokap-Fraktion gehörenden Jungsozialisten „bisher nirgends in einer für die praktische Arbeit verwertbaren Form zusammenfassend formuliert worden (sind)“. (S. 68) Richard Meng verweist zwar auf einige Faktoren, die nach seiner Meinung „verhindern, daß es eine ausformulierte politische Konzeption“ der nicht zur Stamokap-Fraktion gehörenden Juso-HSG gibt (S. 71), aber er nennt nicht die wichtigste Ursache für das Fehlen einer solchen theoretischen Position, nämlich ein Phänomen, das als theoretische Sprachlosigkeit des Reformismus charakterisiert werden kann.

Richard Meng gehört zu jener Juso-Fraktion, „die sich locker um den sogenannten Malenter Kreis“ gruppiert und deren Anhänger von den konsequent marxistischen Fraktionen tadelnd, von anderen Sozialdemokraten und auch von Teilen der Presse lobend als „Reformisten“ oder „Reformsocialisten“ bezeichnet werden. Angesichts dieser Zuordnung des Autors zu den „Reformisten“ dürfte es verwirrend wirken, wenn Meng die Ergebnisse der „Abgrenzungsdiskussion“, in der sich die Juso-HSG von anderen Gruppen, vor allem von den Anfang der siebziger Jahre dominierenden orthodox-marxistischen Studentenverbänden MSB-Spartakus und SHB, abgrenzten, wie folgt zusammenfaßt: „Nicht zuletzt in Abgrenzung zu den letztlich reformistischen Demokratisierungsforderungen der DKP-Verbände im Hochschulbereich betonten die Juso-HSG von Anfang an die Grenzen der Durchsetzung antikapitalistischer Strukturereformen.“ (S. 26) Da es bei diesen

Abgrenzungsdiskussionen nicht um die positive Formulierung eines eigenen theoretischen Ansatzes ging, wußten die Jusos schließlich nur, „was sie alles nicht wollten“, nämlich: „Dogmatismus, gewerkschaftliche Orientierung, Reformismus.“ (S. 39) Aber selbst bei der Erarbeitung jener theoretischen Positionen, die die Juso-HSG verwarfen, spielten geistige Einflüsse von außen eine entscheidende Rolle. „Im Laufe der Debatten um die theoretische Selbstfindung der Hochschulgruppen wurden mangels existenter eigener Theorieansätze Anleihen bei theoretisch nahestehenden bzw. sympathischen Positionen gemacht.“ (S. 39) Dazu gehörten allerdings keine Anleihen von der reformistischen Arbeiterbewegung, SPD und Gewerkschaften, die ihr theoretisches Licht unter den Scheffel stellen, sondern von jenen links von der DKP stehenden Gruppen bürgerlicher Akademiker, die auch die DKP als reformistisch entlarven und verwarfen.

Wenn Meng den Stamokap-Gruppen vorwirft, daß von ihnen „auch der unkritischste Reformismus in Kauf genommen wird“ (S. 85), so kennzeichnet er damit den Reformismus grundsätzlich als eine von Sozialisten zu verwerfende Position. Hinter dem verwirrenden und paradoxen Phänomen, daß ausgerechnet ein zu den „Reformisten“ zählender Jungsozialist den Begriff „Reformismus“ oder „reformistisch“ nur negativ benutzt, um damit die theoretischen Positionen seiner Gegner zu verurteilen, die zuerst gegen ihn den Reformismus-Vorwurf erhoben hatten, steckt mehr als nur eine begriffliche Unklarheit, nämlich jene bereits erwähnte theoretische Sprachlosigkeit des Reformismus. Dafür sind aber gewiß nicht die „reformistischen“ Jusos allein verantwortlich zu machen. Wenn selbst der „Reformist“ Meng Reformismus nur als negativen Abgrenzungsbegriff verwendet, dann deshalb, weil im universitären Bereich dieser Begriff überhaupt nur noch bekannt ist, weil ihn ständig seine Gegner gebrauchen und mit einem für alle Sozialisten negativen Inhalt füllen. Der Reformismus ist zwar noch immer die stärkste und einflußreichste Richtung der organisierten Arbeiterbewegung, aber als theoretischer Begriff spielt er nur noch Dank der ständigen Kritik seiner Gegner eine Rolle.

Die Hinweise auf theoretische Defizite sollen keineswegs den Wert der praktischen Erfolge der Juso-HSG schmälern, die ja tatsächlich in kurzer Zeit den dominierenden Einfluß des MSB-Spartakus und seines getreuen Dauerpartners SHB entscheidend zurückgedrängt haben. Darüber hinaus hatte das Fehlen eines eigenen Theorieansatzes sogar den Vorteil, daß Richard Meng nie seine persönliche Betroffen-

heit und Irritation hinter tröstenden theoretischen Floskeln zu verbergen suchte und ein schonungslos ehrliches und authentisches Bild vom desolaten Zustand der Studentenbewegung zeichnete, von der desorientierten und resignativen Stimmung breiter Kreise der Studenten, die verzweifelt nach einer neuen geistigen Orientierung suchen. Und da er keine Erfolgsbilanz vorzulegen versuchte, hat er auch keine heile Juso-Welt vorgetäuscht, sondern realistisch aufgezeigt, daß die Jungsozialisten im Hochschulbereich diese geistige Orientierung nicht zu bieten vermögen, weil sie selbst Bestandteil dieser irritierten und suchenden Generation sind.

Aber so sehr das Fehlen eines eigenen Theorieansatzes auch dazu beitragen mag, ein authentisches Bild vom Zustand der Studentenbewegung und der Akademischen Linken zu zeichnen, so deutlich wird es andererseits, daß ohne eine fundierte theoretische Position kaum etwas getan werden kann, um diesen desolaten Zustand zum Besseren zu wenden. Richard Meng bringt zwar in seiner scharfen Kritik an Dogmatisierungstendenzen die ganz persönliche Abneigung eines undogmatischen Studenten gegen die nicht nur politisch, sondern auch menschlich verheerenden Konsequenzen dogmatischen Denkens und Verhaltens zum Ausdruck. Aber er setzt sich kaum in einer rationalen Analyse mit den Inhalten der verworfenen Theorien auseinander, geschweige daß er eine konstruktive Alternative zu den kritisierten Konzepten anbietet. Dabei fällt auf, daß er sich – wie übrigens die Jusos überhaupt in ihren spärlicher gewordenen theoretischen Diskussionen – zwar mit allen möglichen Theorieansätzen aus der Akademischen Linken auseinandersetzt, aber nicht mit der theoretischen Tradition der reformistischen Arbeiterbewegung, also der SPD und der Gewerkschaften. Nicht einmal zur Abgrenzung, Präzisierung oder Weiterentwicklung des eigenen konsequent sozialistischen Standorts findet eine kritische Auseinandersetzung mit dem Sozialismuskonzept des Godesberger Programms und den gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen der Gewerkschaften statt. Unklar bleibt dabei aber, ob diese Theorietradition nur unbekannt ist, oder ob sie – im Gegensatz zu den Theorien der Akademischen Linken – von vornherein als gegenstandslos und für Jusos unzumutbar und nicht diskussionswürdig angesehen wird.

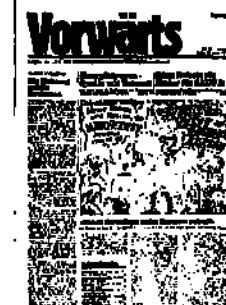
In beiden Fällen wäre die entscheidende Ursache dafür in der theoretischen Sprachlosigkeit des Reformismus zu sehen, die allerdings bis vor kurzem kaum seine praktische Wirksamkeit beeinträchtigte. Denn da in einer Phase ständig steigenden Lebens-

Nicht so chic und nicht so dick wie andere Wochenzeitungen. Aber seine Leser sind der Zeit um manche Information voraus. Und um einige Perspektiven.

Da schlägt das Pendel wieder kräftig nach rechts und keiner will gehört haben, was die Uhr geschlagen hat. Im Gegenteil, die politischen Ohrenschützer sind dabei, mit Geheimtip-Waldschenken im Altmühltal und allerlei glitzerndem Disco-Look florierende Ziviliation zu verbreiten.

In all dem verwirrenden Informationswirrwarr geht für unsere Begriffe viel Wichtiges unter. Deshalb beschränken wir uns auf das Wichtige, Gesellschaftspolitik, Kulturpolitik und vor allem die Politik selbst.

Unsere Haltung ist eindeutig sozialdemokratisch.



Wer den Vorwärts ein paarmal liest, wird keinen Zweifel haben, diese Zeitung hat eine eindeutige Perspektive. Wer den Vorwärts noch nicht kennt, sondern nur die Vorurteile über ihn, der sollte ihn persönlich kennenlernen. Er ist eine Alternative zu Ihrer

Wochenzeitung. Das heißt, er ist nicht wie Ihre Wochenzeitung. Nicht so dick, nicht so chic. Vielleicht liest sich alles auch ein ganz klein wenig mühsamer. Aber der Lohn ist eine umfassende Information zur Lage der Dinge. Machen Sie den Versuch. Er ist kostenlos und dauert drei Wochen. Wenn Sie ihn dann weiterlesen wollen, kostet er für ein ganzes Jahr nur DM 84,-. Also etwa den Bruchteil der Reise zur Geheimtip-Waldschenke im Altmühltal. Nichts gegen die Reise. Aber unsere bietet Ihnen mehr Perspektive. Wenn Sie das vorziehen, schicken Sie uns bitte den Coupon.



KONTAKT-COUPON

Bitte einschicken an: Neuer Vorwärts Verlag, Postfach 200910, 5300 Bonn 2
Schicken Sie mir drei Wochen lang kostenlos und unverbindlich den Vorwärts. Wenn Sie danach (innerhalb von 10 Tagen) nichts von mir hören, erhalte ich den Vorwärts wöchentlich zum Preis von DM 84,- pro Jahr.

Jetzt haben Sie die Wahl zwischen Geschenkern, die es nur beim Vorwärts gibt:
Die Mark-Klammer, mit der Sie alle Papiere fest im Griff haben.
Oder die Platte mit dem Strauß-Wehner-Redequell.
Oder die Vorwärts-Zeitungs-Stange.
(Bitte Zutreffendes ankreuzen)



Name _____
Straße _____
Ort _____
Unterschrift _____

KA

standards die praktischen Ergebnisse reformistischer Politik für sich selber sprachen, bedurfte diese gegenüber den breiten Bevölkerungsschichten keiner zusätzlichen theoretischen Begründung. Das die Reformpolitik tragende politische Bewußtsein entstand damals also quasi naturwüchsig. Doch dieser Mechanismus, der reformistisches Bewußtsein produziert, wirkt nicht mehr gegenüber jenen Bevölkerungsgruppen, deren politisches Bewußtsein in starkem Maße im Hochschul- und Bildungsbereich über alternative theoretische Konzepte und Weltbilder geprägt wird.

Daraus lassen sich einige Thesen ableiten: Wenn die Sozialdemokraten in einem Dialog die Kluft zu den sich in einer zweiten Kultur orientierenden Gruppen überbrücken wollen, brauchen sie dazu weit mehr als nur den guten Willen, die Bereitschaft zum Zuhören und das Angebot einer besseren Politik. Dann brauchen sie auch die Fähigkeit zum theoretisch begründeten Widerspruch und zur theoretischen Begründung ihrer politischen Konzeption.

Eine von Richard Meng herausgearbeitete Schwäche der Jusos ließe sich sogar in einen Vorteil für einen fruchtbaren Dialog verwandeln. Das Theoriedefizit im Hochschulbereich hatte ja zur Folge, daß ein Teil der Jusos sich an orthodox-marxistischen Positionen orientiert, andere aber zumindest mit einem Bein, vor allem aber mit dem Herzen, im Lager der Grünen stehen. Der Dialog zwischen den zwei Kulturen könnte also als innersozialdemokratische Diskussion geprobt werden. Richard Meng stellt auch jene Idee eines alternativen Politikverständnisses dar, das die Grünen für viele parteiverdrossene Menschen so attraktiv macht. An reformistischen Konzepten orientierte Sozialdemokraten könnten durchaus wichtige Elemente dieses alternativen Politikverständnisses ernstnehmen und teilweise sogar zur Erweiterung ihres eigenen Politikverständnisses nutzen. Andererseits müßten sie aber auch in der Lage sein, die Defizite sowie die realitätsfernen und praxisverhindernden Elemente dieses alternativen Politikkonzeptes schonungslos zu kritisieren und ein realitäts- und praxisbezogenes Konzept zu vermitteln.

Gegenwärtig ist die Bereitschaft zu einem ernsthaften Dialog in Teilen der Akademischen Linken bereits größer als die Fähigkeit der Sozialdemokratie, diese für ihre künftige Mehrheitsfähigkeit so wertvolle Chance zu nutzen. Um diese Chance konstruktiv zu nutzen, brauchte die SPD nur ihren eigenen Anspruch einzulösen, daß der demokratische Sozialismus nicht nur eine praktisch-politische, sondern auch eine geistig-theoretische Kraft und Bewegung darstellt.



**VEREINIGTE
STAATEN VON
AMERIKA**

Peter Corterier: Deutsch-amerikanische Beziehungen — Krisengerede oder politische Kooperation?

Krise, Malaise, Zerwürfnis und Zerfall sind heute gängige Vokabeln, um den Zustand der deutsch-amerikanischen Beziehungen wie des Bündnisses insgesamt zu beschreiben. Vor allem eine konservativ orientierte Betrachtungsweise gefällt sich offensichtlich darin, den Zerfall des westlichen Bündnisses und die Erosion der deutsch-amerikanischen Beziehungen festzustellen. Man spürt die Lust am Untergang. Die Diagnose: Schwäche des Westens und zunehmende Stärke der Sowjetunion. Die Therapie: Abkehr von der Entspannungspolitik und eine Politik des Westens, die ausschließlich auf Aufrüstung setzt.

Das dahinter stehende Argumentationsmuster klingt nur allzu vertraut. Es dient dazu, durch Schüren erneuter Kriegsängste alles das loszuwerden, was konservativer Politik ohnehin seit Beginn des vergangenen Jahrzehnts im Wege stand und nun ein für allemal ausgetrieben werden soll. Im Bündnis mit ähnlich gerichteten Strömungen in den USA, vor allem der zunehmend einflußreicher werdenden neo-konservativen Schule, werden die Schuldigen auch gleich frei Haus mitgeliefert. Sie befinden sich fast ausnahmslos in den eigenen Reihen, d. h. im Westen: Führungsschwäche des amerikanischen Präsidenten, schwache europäische Regierungen, bündnisinterne Zwistigkeiten, Hineinwirken Moskaus in die westliche Öffentlichkeit. Die so vorgenommene Analyse konzentriert sich denn auch weniger auf Entwicklung einer gemeinsamen westlichen Strategie nach Afghanistan als vielmehr auf die Schaffung entsprechender innenpolitischer Verhältnisse. Strategisch-politisches Denken wird durch stramme Haltung ersetzt. Ist diese erreicht, wird sich schon alles richten. Solange sie noch nicht durchgesetzt ist, besteht angeblich Anlaß zu Mißtrauen und Vorsicht.

Der parallele Wahlkampf in den USA und in der Bundesrepublik treibt dabei seltsame Blüten. Jüng-

stes Ergebnis: Andeutungen aus amerikanischer Quelle über neutralistische Tendenzen in der Bundesrepublik. Diese These wurde selbstverständlich von der bisherigen Opposition in bewährtem Zusammenspiel begierig aufgegriffen, um sie sogleich innenpolitisch auszuschlachten. Der Neutralitätswortwurf, der auch in der Spielart des Begriffs „Selbstfinnlandisierung“ oder „Finlandisierung“ auftaucht, ist in der Tat Ausdruck einer tiefsitzenden Malaise über die Bündnispolitik. Das darin zum Ausdruck kommende Mißtrauen über den politischen Kurs der Bundesrepublik ist jedoch nicht nur ungerechtfertigt; es stellt eine politische Selbstverstümmelung des Bündnisses dar, wie sie schlimmer nicht sein kann.

Wie unsinnig derartige Verdächtigungen sind, geht aus der einfachen Überlegung hervor, daß die Bundesrepublik, wollte sie wirklich neutralistischen Tendenzen folgen, ihr politisches Gewicht und ihren politischen Handlungsspielraum auch gegenüber der Sowjetunion einbüßen würde. Nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten und in der Europäischen Gemeinschaft kann sie ihre Sicherheit finden und dazu beitragen, Konflikte abzubauen oder wenigstens einzudämmen. Daß es im Verlauf der Krisen in Afghanistan, Iran und jetzt auch im Nahen Osten zu unterschiedlichen Auffassungen im Bündnis über den Kurs westlicher Politik in den verschiedenen Krisenregionen sowie gegenüber der Sowjetunion gekommen ist, hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß die Entspannungspolitik in Europa im vergangenen Jahrzehnt bemerkenswert erfolgreich war, während ihr auf globaler Ebene der Erfolg weitgehend versagt blieb, wenn man von der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom Mai 1972 einmal absieht.

In dieser Erklärung wurden zwar eine Reihe von Grundsätzen auch über das Verhalten der beiden Weltführungsmächte in der Dritten Welt niedergelegt, Instrumente aber, die eine globale Stabilitätspolitik beider Mächte erlaubt hätten, konnten im Unterschied zu Europa nicht geschaffen werden. In Europa haben das Berlin-Abkommen, die Ostverträge, die innerdeutschen Vereinbarungen und die KSZE-Schlußakte zu einer qualitativen Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses geführt.

Daß Europa eine stabile Region der Welt ist, ist im wesentlichen ein Ergebnis der Ausgleichsbemühungen seit 1969, und Sozialdemokraten haben einen entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung. Ostpolitik, SALT, KSZE und MBFR waren und sind Prozesse, die auf der Basis eines festen politischen Konsenses im westlichen Bündnis zustande gekommen und entwickelt worden sind. Zu erinnern ist in

diesem Zusammenhang auch an den Harmel-Bericht von 1967 und an das „Signal von Reykjavik“. Beides ist auf westlicher Seite entwickelt worden und hat zu einer gemeinsamen Politik des Bündnisses gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten geführt. In dieser Phase der Ost-West-Beziehungen waren die Interessen im westlichen Bündnis gegenüber dem Osten parallel und komplementär, während es in der Zeit davor, Mitte der sechziger Jahre, erhebliche Unterschiede und Gegensätze im Bündnis – etwa zwischen Frankreich und den USA – gab.

Die europäische Schlußfolgerung lautet denn auch nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, daß die Sowjetunion nicht mit dem Abbruch der Entspannungspolitik zu bestrafen ist, sondern daß gerade wegen der Instabilität und der Krisen in der Dritten Welt der Versuch gemacht werden müsse, die Entspannungspolitik weltweit zu sichern. Das würde, selbst wenn man die sowjetische Truppenpräsenz in Afghanistan nicht hinzunehmen bereit ist, die weitere Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zur Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit einschließen, während die Auffassung, daß der Preis, den die Sowjetunion für ihre Intervention zu zahlen habe, auch in einem partiellen oder gar totalen Abbruch der Zusammenarbeit der Weltmächte zur Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit bestehen solle, nicht akzeptabel ist. Daß im Falle einer solchen Entwicklung erhebliche Gefahrenmomente entstehen würden, liegt auf der Hand. Ein ungehemmter Rüstungswettlauf der beiden Supermächte und ihrer Verbündeten von den konventionellen bis hin zu den strategischen Nuklearwaffen könnte bald lebensgefährlich werden.

Niemand kann ein Interesse daran haben, Spannungen und Krisen auszuweiten. Die Spannungen, die sich jetzt in Süd-West-Asien aufgrund der sowjetischen Invasion in Afghanistan ergeben haben, sind gefährlich genug. In Europa, wo sich die beiden Weltmächte und ihre Verbündeten direkt gegenüberstehen, könnten derartige Spannungen schnell zur großen Konfrontation zwischen West und Ost führen.

Niemand hat jemals bestritten, daß die Entspannungspolitik militärisches Gleichgewicht voraussetzt. Dazu müssen die notwendigen Verteidigungsleistungen erbracht werden. Die Leistungen der sozial-liberalen Koalition auf diesem Gebiet in den vergangenen zehn Jahren können sich schon lassen: Wir waren es, die die Bundeswehr während unserer Regierungsverantwortung auf die Umfangstärke gebracht haben, die die Opposition in der NATO immer versprochen hat, ohne das Versprechen je einzulösen.

Während unserer Regierungsverantwortung ist der Verteidigungsetat praktisch verdoppelt worden. Wir haben Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr auf einen modernen Stand gebracht und werden diesen halten.

Wir haben die Struktur unseres Verteidigungsetats so verändert, daß er jährlich im intensiven Bereich über 30 % aufweist. Wir haben die Wehrpflicht aufrechterhalten und zusätzlich die Mobilisierungsmaßnahmen verbessert. Wir haben kontinuierlich der Türkei materielle Hilfe geleistet und jetzt erneut die Führung bei einer weltweiten Hilfsaktion für dieses Land übernommen. Wir Sozialdemokraten waren es, die auf ihrem Bundesparteitag in Berlin geholfen haben, den *Doppelbeschuß* der NATO über nukleare Mittelstreckenwaffen politisch möglich zu machen.

Die Bundesrepublik ist ein Staat des Westens. Wir sind nicht Mittler zwischen Ost und West, sondern im Bündnis mit den Vereinigten Staaten und eingebettet in die Europäische Gemeinschaft. Wir haben allerdings auch eigene Interessen, die sich aus der besonderen politischen, geographischen und militärischen Lage der Bundesrepublik ergeben.

In Berlin z. B. gilt es, die Lebensfähigkeit dieser Stadt, die u. a. mit Transitstraßen und Luftkorridoren aufrechterhalten werden muß, zu sichern. Die Kontakte der Menschen in beiden deutschen Staaten dürfen nicht abreißen, wenn wir ein weiteres Auseinanderleben verhindern wollen. Die Grenzlinie zwischen den beiden deutschen Staaten ist zugleich die Grenze der sich gegenüberstehenden Bündnisssysteme. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung beider deutscher Staaten für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa. Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, haben dies zuletzt bei ihrem Zusammentreffen in Belgrad zum Ausdruck gebracht. Sie waren dort übereinstimmend der Auffassung, daß Europa „ein Zentrum des Friedens in der Welt“ bleiben müsse. Die Bundesrepublik bemüht sich im Zuge der Entspannungspolitik darum, den in Osteuropa lebenden Deutschstämmigen die Ausreise und Familienzusammenführungen in größerem Umfang zu ermöglichen.

Menschliche Erleichterungen sind jedoch nur erreichbar, wenn die Grundlagen der Entspannungspolitik und die in diesem Rahmen abgeschlossenen Vereinbarungen von uns eingehalten werden. Bündnisssysteme müssen politisch so flexibel sein, daß sie die Wahrnehmung legitimer nationaler Interessen zulassen. In dem Maße, wie die Wahrnehmung berechtigter Interessen eingeschränkt wird, entstehen bünd-

nisinterne Konflikte, die sich im Endergebnis als politische Schwächung auswirken können. Die Atlantische Allianz hat im vergangenen Jahrzehnt trotz unterschiedlicher nationaler Interessen mit Erfolg einen Konsens herbeigeführt, der ihr ein gemeinschaftliches Handeln nach außen, insbesondere im Verhältnis zur Sowjetunion sowie bei allen Ost-West-Verhandlungen ermöglicht hat. Ja man kann sogar sagen, daß die Ost-West-Entspannungspolitik des Bündnisses dem Westen erst die Entwicklung einer gemeinsamen Haltung ermöglicht hat.

Ein Abweichen von diesem politischen Konsens, der dem Bündnis immerhin über mehr als zehn Jahre ein gemeinschaftliches oder jedenfalls abgestimmtes Vorgehen ermöglicht hat, muß notwendigerweise zu bündnisinternen Spannungen führen, wenn die Gründe dafür nicht allen Bündnismitgliedern gleichermaßen zwingend erscheinen. Die Dreifach-Krise in Afghanistan, Iran und im Nahen Osten stellt das Bündnis in der Tat auf eine harte Probe, aber es wäre gut, in den Bemühungen um einen politischen Konsens über die gemeinsame Strategie des Westens zur Bewältigung dieser Dreifach-Krise im Auge zu behalten, daß die Schärfe im Ton keinen ausreichenden Ersatz für politische Handlungsfähigkeit darstellt.

Über die Ziele und Aufgaben, die uns im Bündnis heute vorgegeben sind, besteht weitgehend Übereinstimmung. Kurz- und mittelfristig geht es darum

- die Geiseln im Iran zu befreien,
- die sowjetischen Truppen aus Afghanistan herauszubekommen,
- SALT II zu ratifizieren und Verhandlungen über nukleare Waffensysteme mittlerer Reichweite einzuleiten,
- eine angemessene Verhandlungslösung in der Frage der Autonomie für die besetzte Westbank und den Gaza-Streifen zu finden.

Die längerfristigen Ziele in Verbindung damit bestehen darin,

- das politische und militärische Gleichgewicht in der Golfregion wieder herzustellen,
- Afghanistan aus dem Wettstreit der Großmächte herauszuhalten und seine traditionelle Stellung als neutraler und blockfreier Staat zu sichern,
- einen erneuten Rüstungswettlauf im Nuklearwaffenbereich interkontinentaler und kontinentaler Reichweite zu verhindern,
- eine umfassende Friedensregelung im Nahen Osten herbeizuführen.

Friedenssicherung, Ausgleich zwischen Nord und Süd, Rohstoff- und Energiesicherung, sowie die Ge-

währleistung unserer sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit bleiben auch nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan die drängenden Probleme unserer Zeit. Sie werden sich nicht ohne die Zusammenarbeit mit der anderen Großmacht verwirklichen lassen. Daraus erklärt sich die mangelnde Bereitschaft vieler Europäer, die Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Iran, den Getreideboykott, den Olympiaboykott sowie die Handelsbeschränkungen gegenüber der Sowjetunion mitzutragen. Es liegt auf der Hand, daß Boykott- und Sanktionsmaßnahmen sowohl im Falle des Iran als auch der Sowjetunion Zielkonflikte aufwerfen, die die Entwicklung einer gemeinsamen Politik des Westens in den genannten Bereichen stark behindern. Zu den wenigen Ländern, die sich voll hinter die von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Sanktionsmaßnahmen gegenüber dem Iran sowie den Olympia-Boykott gestellt haben, gehört die Bundesrepublik Deutschland. Sie hat der Solidarität mit den Vereinigten Staaten eindeutig Vorrang gegenüber möglichen Beeinträchtigungen ihrer eigenen Interessen gegeben und hat erneut bewiesen, daß sie sich von niemand in Westeuropa an praktischer Solidarität gegenüber den USA übertreffen läßt.

Weder hier noch in den Vereinigten Staaten sollte dies jedoch Anlaß zur Selbstzufriedenheit sein. Eine überzeugende Bündnispolitik braucht einen breiteren Konsens als den zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik. Für die Bewältigung der zukünftigen Aufgaben der Atlantischen Allianz ist eine sorgfältige Arbeitsteilung notwendig, die das Ergebnis einer gemeinsamen Willensbildung sein muß. Dies bedeutet nun allerdings nicht, jenem Zerbild zu entsprechen, das die Kritiker Europas angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten in den Ost-West-Beziehungen sogleich entworfen haben: daß nämlich Arbeitsteilung auf ein Monopol der Europäer auf die Entspannung und ein Monopol der Amerikaner auf die Verteidigung hinauslaufe, frei nach dem Motto, hier Zuckerbrot, dort Peitsche.

In Wirklichkeit geht es darum, auf militärischem Gebiet jene Aufgaben deutlich zu machen, die Europa zur Gewährleistung seiner eigenen Sicherheit auf dem eigenen Kontinent übernehmen kann, wenn die Vereinigten Staaten gezwungen sein sollten, ihre militärischen Kräfte stärker auf andere Regionen der Welt zu konzentrieren. Eine Grenze dieser Form der Arbeitsteilung wird jedoch dadurch gezogen, daß der Grundsatz der gemeinsamen Verteidigung Europas erhalten bleibt und eine deutsche Präsenz außerhalb des NATO-Bereichs nicht infrage kommt. Innerhalb

dieser Grenze ist Arbeitsteilung nicht nur möglich, sondern sogar notwendig. Die globale militärisch-konventionelle Handlungsfähigkeit der Vereinigten Staaten ist durch europäische Beiträge weder zu ersetzen noch wettzumachen.

Die Vereinigten Staaten werden sich in diesem Zusammenhang auch zu fragen haben, ob ihre militärische Handlungsfähigkeit auf Dauer ohne die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht oder ohne grundlegende Verbesserungen der Einsatzfähigkeit ihrer Streitkräfte möglich ist. Diese Frage hat sich bereits beim Aufbau der „Rapid Deployment Forces“ gestellt, die für den Einsatz in entfernten Gebieten geplant sind. Europa kann kein Interesse daran haben, daß die konventionelle Handlungsfähigkeit der Vereinigten Staaten geschwächt wird. Eine Arbeitsteilung, die Amerika auf eine nukleare Rolle und Europa auf eine konventionelle Rolle beschränken würde, ist nicht im Bündnisinteresse. Arbeitsteilung muß schließlich *politisch* auf einem gemeinsamen Konzept beruhen. Sie darf nicht dazu führen, daß auf politischer Ebene innerhalb des Bündnisses Entspannungs- und Konfrontationspolitik nebeneinander und von verschiedenen Bündnispartnern betrieben werden. Die Atlantische Allianz kann kein Interesse daran haben, daß das in Europa erreichte Maß an Stabilität wegen krisenhafter Entwicklung in anderen geographischen Bereichen aufs Spiel gesetzt wird. Die gegenteilige These, daß Europa keine Insel der Entspannung bleiben darf, wenn es in anderen Teilen der Welt brennt, ist im Zeitalter nuklearer Waffen unhaltbar. Die Diskussion über Teilbarkeit oder Unteilbarkeit der Entspannung darf nicht dazu führen, daß das westliche Bündnis Positionen bezieht, die auf eine Unteilbarkeit von Spannungen hinauslaufen.

Europa und die Vereinigten Staaten müssen sich schließlich auf dem Wege der Arbeitsteilung in eine Lage versetzen, in der zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele auch unterschiedliche Beiträge anerkannt werden. Die Nahost-Erklärung vom 13. Juni 1980 ist ein Beispiel dafür. Es geht nicht darum, eine politische Konkurrenz zwischen den USA und Europa zu erzeugen, sondern den Friedensprozeß im Nahen Osten zu stützen, der mit dem Camp-David-Abkommen eingeleitet wurde. Die Nahost-Erklärung der Neun stellt keine Alternative zu diesem Prozeß dar, sondern soll die beteiligten Parteien dabei unterstützen, durch Bereitschaft zum Ausgleich und durch Kompromißfähigkeit eine friedliche Lösung herbeizuführen. Die Neun haben in ihrer Erklärung durchaus Elemente gefunden, die als Brücke und Stütze

zur Herbeiführung einer globalen Lösung dienen können. Dies gilt z. B. für den Gewaltverzicht als Grundlage einer Nahost-Regelung.

Entscheidend für die Wirksamkeit der Arbeitsteilung im Bündnis ist ein funktionierender Konsultationsmechanismus. In der Erklärung von Ottawa aus dem Jahre 1974 haben sich die Bündnispartner gegenseitige Konsultation zugesichert. Was fehlt, ist die Bereitschaft und Fähigkeit, im konkreten Fall die Konsultationspflicht im Bündnisinteresse wirksam werden zu lassen. Dazu sollten die administrativen Voraussetzungen auf beiden Seiten des Atlantiks verbessert werden. Der Umgang mit der EG ist keine einfache Prozedur. Umgekehrt fehlt es aber auch in den Vereinigten Staaten an administrativen Grundlagen, um mit dieser – zugegeben – schwierigen Gemeinschaft umzugehen. Die Fähigkeit der Atlantischen Allianz zu Krisenmanagement muß auf eine dauerhafte Grundlage gestellt werden. Auch wenn es im Verlauf der Krise im Iran und Afghanistan und einer kritischen Entwicklung im Nahen Osten im atlantischen Verhältnis zu Meinungsverschiedenheiten im Hinblick auf die zu verfolgende politische Strategie und das zu vertretende Konzept gekommen ist, können die folgenden Feststellungen wohl nach wie vor als übereinstimmende Auffassungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik gelten:

1. Auch und gerade in Krisen bleibt ein funktionie-

render Ost-West-Dialog lebenswichtig für uns alle.

2. Entspannungspolitik setzt das Gleichgewicht im militärischen Bereich voraus. Die notwendigen militärischen Leistungen erbringen wir im Bündnis mit den Vereinigten Staaten.

3. Die Bemühung um das militärische Gleichgewicht ist ein dynamischer Prozeß, den wir primär durch das Instrument der Rüstungskontrolle zu sichern versuchen wollen, d. h. wir verschließen uns den verteidigungspolitischen Notwendigkeiten nicht, wollen sie aber in einem politischen Gesamtzusammenhang sehen.

4. Wir verfolgen im Bündnis eine gemeinsame Sicherheitspolitik, die unterschiedliche außenpolitische Bedingungen in einzelnen Bündnisstaaten durchaus gelten läßt. Es gibt jedoch keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Bündnis. Die politisch-strategische Kopplung und Verklammerung zwischen Europa und den USA bleibt Grundlage der Bündnispolitik.

5. Die Ratifizierung des SALT II-Vertrags liegt im wohlverstandenen Interesse aller Bündnispartner. Nur im Falle seiner Ratifizierung sind erfolgreiche Verhandlungen auch über Nuklearwaffen mit mittlerer Reichweite zu erwarten. Für die westliche Verteidigung stellt der Vertrag eine Grundlage dar, die die Verteidigungsleistungen des Bündnisses in berechenbaren Größenordnungen beläßt.

George Günther Eckstein: US-Gewerkschaften unter neuer Führung

Im November 1979 trat der 85jährige, schwerkranke George Meany von der Leitung des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes, der AFL-CIO, zurück, die er mit starker Autorität ein Vierteljahrhundert lang ausgeübt hatte. Zum Nachfolger wurde erwartungsgemäß sein engster Mitarbeiter, der 57jährige Lane Kirkland, bisheriger Sekretär des Dachverbandes, gewählt. Dieser überfällige Amtswechsel könnte sich als Symbol einer zu Ende gehenden Epoche und zugleich als beschleunigender Faktor in der Neuorientierung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung erweisen. Gewiß, Institutionen sind schwerfällig, und der Autorität der Verbandsspitze sind durch

die weitgehende Autonomie der Einzelgewerkschaften Grenzen gesetzt; und gegenüber dem unverblümt autoritären Meany, der jahrzehntelang als „Mr. Labor“ auftreten konnte, wirkt der in der Gewerkschaftsbürokratie aufgestiegene Kirkland eher wie ein diplomatischer Intellektueller, der seine Argumente mit Orwell-Zitaten schmückt.

Kirkland ist zweifellos sensibler gegenüber den tiefgreifenden Veränderungen der amerikanischen Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten, gegenüber den Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft und der relativen Position der Gewerkschaften. Kurzum: Im Wandel des sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Klimas, in dem die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten haben, kommt die Anpassung einer in vieler Hinsicht konservativen Institution an die neuen Verhältnisse keineswegs zu früh. Schon die Zahlen

sprechen dafür: Nach einer kürzlich von der Forschungsabteilung der AFL-CIO veröffentlichten Untersuchung ging der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten (einschließlich der außerhalb des Dachverbands stehenden Gewerkschaften) an der Gesamtzahl der Beschäftigten von 27 % im Jahre 1958 auf 25 % im Jahre 1968 und 21,4 % im Jahre 1978 zurück. Die Zahl der Beschäftigten stieg in diesen 20 Jahren um 36 Millionen; die Gewerkschaften nahmen nur um 2 Millionen Mitglieder zu.

Einige Ursachen

Für diesen relativen Rückgang gibt es mehrfache Gründe:

1. Die Ausdehnung der Verwaltung in der nachindustriellen Gesellschaft und die Automatisierung vieler Produktionsprozesse verringerten den Anteil der Produktionsarbeiter auf 31 % der insgesamt Beschäftigten, während der Anteil der Angestellten auf 48 % und der der Arbeiter im Dienstleistungsgewerbe auf 12,5 % stieg.

2. Der Zustrom der Frauen auf den Arbeitsmarkt war, unter dem Einfluß der Frauenbewegung und dem Wunsch bzw. der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Lebensstandards in einer Periode steigender Preise, außerordentlich stark: Von 7 Millionen zusätzlich Beschäftigten in den letzten drei Jahren waren zwei Drittel Frauen.

3. Mit der Ausbreitung der multinationalen Firmen ist eine zunehmende internationale Arbeitsteilung in der Produktion verbunden. Auch kleinere Firmen der Leichtindustrie, wie Elektronik und Konfektion, verlagern ihre Teilfertigung in lohn niedrige Länder Ostasiens und Lateinamerikas; im Lande selbst ist die Verlagerung vieler Betriebe vom Nordosten und Mittelwesten in den gewerkschaftsfeindlichen Süden und Südwesten festzustellen.

Eine starke Gewerkschaft wie die der Automobilarbeiter (UAW) konnte bei der Organisation der Beschäftigten solcher verlagelter Betriebe immerhin die Neutralität der Geschäftsführung von General Motors erreichen: die Textilarbeitergewerkschaft dagegen kämpft seit Jahren vergeblich um die Organisation in südstaatlichen Betrieben des zweitgrößten Textilkonzerns J. P. Stevens. Selbst in den wenigen Fällen, wo die Gewerkschaft trotz unglaublicher und umgesetzlicher Schikanen in einzelnen Betrieben die Stimmenmehrheit erlangte, verstanden es die Firmenleitungen bis heute, den Abschluß von Tarifverträgen zu verweigern. Ganz allgemein hat sich die Haltung der Unternehmer neuerdings verhärtet. Die reaktionäre „National Association of Manufacturers“

(NAM) hat einen „Rat für gewerkschaftsfreie Umwelt“ gegründet. Eine neue Berufsgruppe von „Labor Relations Consultants“ (Berater für Gewerkschaftsangelegenheiten) ist auf den Plan getreten, u. a. mit Broschüren wie: „Gewerkschaften – Wie kann man sie vermeiden, schlagen, zu-Tode-verhandeln, mit ihnen auskommen, sie wieder loswerden?“ Die Fälle häufen sich, in denen Gewerkschaften bei Abstimmungen das Recht der Vertretung der Belegschaften verlieren.

Mit der Absicherung durch Sozialgesetze und in Ermangelung einer ideologischen Motivierung ist die Bedeutung der Gewerkschaften vor allem bei den Jungarbeitern zurückgegangen. Andere, von vielen Gewerkschaften lang vernachlässigte Anliegen sind bei ihnen in den Vordergrund getreten: Gesundheitsschutz, Sicherheit am Arbeitsplatz, Gestaltung des Arbeitsprozesses.

Unter solchen Umständen konnten viele alte Fach- und Industriegewerkschaften bestenfalls ihre schrumpfende Position defensiv halten. Es kam zu Zusammenschlüssen in rückgängigen Gewerben (Eisenbahnen, Textil- und Konfektionsindustrie, Einzelhandel und Fleischverarbeitung); Aufschwung gab es nur in einzelnen sich ausweitenden Gewerbebranchen (Dienstpersonal im Gesundheitswesen, Kommunikationswesen, Lehrer und andere öffentlich Bedienstete). Dazu außerhalb des Dachverbandes die beiden stärksten Gewerkschaften: die im Teamster-Bund um einen Kern von LKW-Fahrern organisierten Gruppen von Hafenarbeitern, Lagerhauspersonal usw.; die UAW, die über die Arbeiter der Automobilindustrie hinaus auch das technische und Büropersonal zu erfassen begonnen hat. Im übrigen nehmen Berufsverbände wie die der Polizei und der Feuerwehr sowie die National Education Association (Nationaler Erzieher-Verband) offen gewerkschaftlichen Charakter an.

Ansätze zur Neuorientierung

George Meany war gegenüber der zahlenmäßigen Schwächung der Gewerkschaften ziemlich gleichgültig; er versuchte vor allem, ihre politische Schlagkraft durch finanzielle und organisatorische Unterstützungen von Politikern bei den Wahlen und durch laufende Lobby-Tätigkeit auszubauen. Eine der ersten Initiativen Kirklands war die Aufforderung an die drei wichtigsten außerhalb der AFL-CIO stehenden Gewerkschaften – Teamster, UAW und Bergarbeitergewerkschaft –, in den Gesamtverband zurückzukehren – eine Einladung, der vermutlich bald Folge geleistet wird. Das würde die AFL-CIO sowohl organi-

satorisch wie finanziell erheblich stärken und die von Kirkland geplante Organisierungskampagne fördern. Im übrigen drängt Kirkland auf stärkere Heranziehung von Frauen und Farbigen auf allen Ebenen der Gewerkschaftsorgane selbst, bis in die Spitzengremien hinein.

Außenpolitisch hatte die AFL-CIO unter Meany in der Dritten Welt eine enge Hilfestellung zum State Department bezogen, und im übrigen stur an ihrer Kalte-Krieg-Einstellung festgehalten. Letztere wird zwar weitgehend von Kirkland geteilt, aber flexibler gehandhabt. So trat er vorbehaltlos für die Ratifizierung des SALT II-Vertrages ein, befürwortete die Rückkehr der USA in die Internationale Arbeitsorganisation der UNO (ILO) und wird wohl auch in absehbarer Zeit den Wiedereintritt in den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) vollziehen. Die Rückkehr der UAW in den Zentralverband würde zweifellos zu einer Lockerung in dessen internationaler Politik beitragen. Doch darf man nicht vergessen, daß die große Masse der amerikanischen Arbeiterschaft außenpolitisch eher reaktionär, zumindest aber desinteressiert ist.

Politische Perspektiven

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung sieht sich als Vertreterin der Arbeitnehmerinteressen innerhalb eines nicht in Frage gestellten kapitalistischen Systems. Als solche hat sie nie sozialistische Zielsetzungen vertreten, ja sich nicht einmal Forderungen wie die nach Mitbestimmung in den Betrieben oder in den Aufsichtsräten der Großunternehmen zu eigen gemacht. Der kürzlich erfolgte Eintritt des Präsidenten des UAW, Douglas Fraser, in den Aufsichtsrat der Chrysler Corporation wird von vielen als Präzedenzfall betrachtet, ist es aber insofern kaum, als er auf dem 230 Millionen-Beitrag der Gewerkschaft zur Sanierung der vom Bankrott bedrohten Autofirma beruht.

Etwas anderes ist die Mitgestaltung und die Einflußnahme bei der staatlichen Konjunkturpolitik. So nahm Kirkland die Aufforderung Jimmy Carters zur Beteiligung an einem (mit Vertretern von Gewerkschaften, Unternehmern und Regierung) paritätisch besetzten Ausschuß zur Ausarbeitung von Richtlinien für die freiwillige Lohn- und Preispolitik im Jahre 1980 zum Anlaß, als Gegenleistung die Mitsprache der Gewerkschaften bei den kommenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen, einschließlich der Ausarbeitung des Bundeshaushalts, zu erwirken.

1979 waren die Löhne nur um 7,5 % gestiegen, die Preise dagegen um 13 % (und seither noch stärker).

Gleichwohl willigten die Gewerkschaftsvertreter für 1980 in eine Lohnspanne zwischen 7,5 und 9,5 % ein. Wenige Tage nach der Annahme dieses Ausschuß-Vorschlags durch die Regierung brüskierte Carter die Gewerkschaftsvertreter mit der Vorlage eines revidierten „ausgeglichenen“ Budgets für 1981. Dieses sieht gegenüber dem ursprünglichen Etatvorschlag neben einer merklichen Erhöhung der Benzinsteuern Kürzungen von insgesamt 13 Mrd. \$ vor – fast ausschließlich bei den Sozialausgaben, während das kräftig erhöhte Militärbudget unangetastet blieb. Die Gewerkschaftsführer reagierten auf diese für Carter typische Mißachtung des „nationalen Übereinkommens“ mit Empörung; noch zurückhaltend war die Formulierung Kirklands: „Unser Vertrauen in die Zusagen der Regierung ist von ernsthaften Zweifeln erschüttert.“

Einige prominente Gewerkschaftsführer – Fraser von der UAW, Winpisinger von der IAM (Metall), Tyler von der ILGWU (Damenkonfektion) – hatten in den letzten Jahren selbständig Versuche unternommen, Koalitionen mit anderen linken und liberalen Gruppen ins Leben zu rufen. Ihre Bemühungen gerieten aber bald ins Stocken, hauptsächlich aus Mangel an Mitteln und/oder Interessen. (Winpisingers Gewerkschaft unterstützt außerdem finanziell die Arbeit eines linken „Thinktanks“, des „Institute for Policy Studies“ in Washington.)

So bleibt bis auf weiteres im politischen Feld für die Gewerkschaften nichts anderes als die übliche Lobby-Tätigkeit sowie der Einsatz im kommenden Wahlkampf bzw. die Einflußnahmen bereits auf die Aufstellung der Kandidaten. Was die Nominierung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten betrifft, so konnte sich die bei den Funktionären ursprünglich weitverbreitete Stimmung für Kennedy nicht recht durchsetzen. Das hätte sich allenfalls ändern können, wenn die Rezession zu einer drastischen Zunahme der Arbeitslosigkeit geführt hätte. Nur dann wäre auch die Wiederaufstellung Präsident Carters, der sich immer mehr die konservativen Argumente in der Wirtschaftspolitik zu eigen gemacht hat, ernsthaft in Frage gestellt gewesen.

Dann wäre er auch nicht wie im Wahlkampf 1976 auf die aktive Unterstützung der Gewerkschaften angewiesen und infolgedessen noch weniger als bisher geneigt gewesen, ihnen politische Zugeständnisse zu machen. So dürfte sich das Schwergewicht des gewerkschaftlichen Einsatzes auf die Wahlen zum Kongreß konzentrieren, um wenigstens hier den konservativen Trend aufzuhalten.

Bernd W. Kubbig: Die demokratischen Sozialisten in den USA formieren sich

Von einem erheblichen „Ruck nach rechts“ in den Vereinigten Staaten als Folge des Vietnam-Krieges und der Watergate-Krise ist in den letzten Jahren oft die Rede gewesen. Kaum beachtet werden jedoch die Bemühungen linksliberaler Kräfte, die die vielgeschmähten Inhalte eines demokratischen Sozialismus umzusetzen versuchen – das jedenfalls ist das Ziel des „Democratic Socialist Organizing Committee“ (DSOC), einer linken Gruppe innerhalb der Demokratischen Partei, die in den USA von sich reden macht.

Sozialismus ist in den Vereinigten Staaten fast seit jeher ein Reizwort und ein Fremdkörper geblieben. Es erscheint zunächst verwunderlich, daß das größte kapitalistische Imperium mit seinen tiefen Klassengegensätzen und großen wirtschaftlichen Krisen nur eine blasse sozialistische Opposition am Rande hervorgebracht hat.

Die Tatsache, daß die Verwirklichung sozialistischer Entwürfe in den USA gescheitert ist, wird kaum auf „Roastbeef und Apfelkuchen“ (also auf Wohlstand und Wohlgenährtheit) zurückzuführen sein, wie dies der Soziologe Sombart zu Beginn dieses Jahrhunderts in seiner Studie, „Warum gibt es keinen Sozialismus in den Vereinigten Staaten?“, behauptet hatte. Vielmehr hat die vergleichsweise liberale politische Situation in den USA eine Einigung der Arbeiter zu einer bedeutsamen Partei mit verhindert. Während im Europa des letzten Jahrhunderts die krassen Klassenfronten klar waren und zu politischen Aktionen anfeuerten, versuchten die Parteien der herrschenden Klasse in Amerika erfolgreich, die Forderungen der Arbeiter zu integrieren und zu absorbieren. In den Slogans von Freiheit, Wohlstand und Gleichheit für alle, die natürlich die Wirklichkeit in den USA verschleierte, aber gleichzeitig eine tiefgreifende Wirkung auf das amerikanische Selbstverständnis hatten, gab sich der Kapitalismus „sozialistisch“. Jeder konnte Kapitaleigner werden. Utopische Bewegungen, die statt Klassenkampf den Kampf für den Erwerb von freiem Land für alle forderten, huldigten einem Radikalismus im Unternehmer-Gewande.

Ein weiterer wichtiger Faktor, der eine Einigung der Arbeiterbewegung verhinderte – und hierin ist der wesentliche Unterschied zur Entwicklung in West- und Mitteleuropa zu sehen – entstand durch die kulturellen, ethnischen, sprachlichen und religiö-

sen Unterschiede der Einwanderer. Da die Lohnabhängigen ihre Vorgesetzten und/oder Kapitaleigner vorwiegend als Mitglieder der gleichen ethnischen Gruppe ansahen, nahmen sie deren unterschiedliche und gegensätzliche gesellschaftliche Stellung und Funktion kaum wahr.

Schließlich hat die Sozialistische Partei durch ihr Sektierertum, ihre Unfähigkeit zu Kompromissen mit anderen progressiven Kräften, selbst zur eigenen Wirkungslosigkeit beigetragen. Zwischen 1850 und 1890 gab es ein paar Tausend Sozialisten (fast alle deutsche Einwanderer), die isoliert von den übrigen Amerikanern und ihren Problemen wie auf einer – natürlich deutschsprachigen – Insel lebten; während der großen wirtschaftlichen Erschütterungen und nach 1930 verstand sich die Sozialistische Partei als strikte Alternative zu Franklin D. Roosevelts Demokratischer Partei, mit der Folge, daß viele Sozialisten ihre Partei verließen und sich dem reformerischen Programm Roosevelts anschlossen. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg haben sozialistische Gruppierungen keine bedeutende Rolle gespielt; eine Ausnahme stellt bis zu einem gewissen Grade die Anti-Vietnamkriegs-Bewegung dar.

Im gegenwärtigen Spektrum linker und linksliberaler Gruppen und Grüppchen hat das „Democratic Socialist Organizing Committee“ (DSOC) in den USA Beachtung gefunden. Anders als die „Socialist Workers Party“ und die „Socialist Labor Party“ sind die DSOC's keine eigenständige Partei, sondern bilden den linken Flügel der Demokratischen Partei. Das DSOC wurde 1973 gegründet, die 200 Mitglieder der „ersten Stunde“ kamen sämtlich aus der Anti-Vietnam- und der Bürgerrechtsbewegung. Die Gründungsmitglieder hatten sich von der Sozialistischen Partei wegen unterschiedlicher Auffassungen über den Vietnam-Krieg und über die Unterstützung des Präsidentschaftskandidaten im Wahlkampf 1972 losgesagt. Streitpunkt war u. a. die Frage gewesen, wie der Vietoong und die Aktivitäten Ho-Tschi-Minhs zu beurteilen seien; die DSOC's warfen dem vietnamesischen Führer vor, in den dreißiger Jahren unliebsame Trotzlisten umgebracht und in den fünfziger Jahren tausende von Bauern während der Zwangskollektivierung getötet zu haben.

Was den Wahlkampf von 1972 anbelangt, so unterstützten die späteren DSOC's den linksliberalen Kandidaten McGovern, dessen Wahl die Verwirklichung fortschrittlicher Zielsetzungen am ehesten versprach. Die Sozialistische Partei hingegen unterstützte Richard Nixon – eine Tatsache, die, wie Michael Harrington, der Gründer, Vorsitzende und Theoreti-

ker des „Committee“ in seiner lesenswerten „sozialen Autobiographie“ schreibt, so bizarr sei, daß sie nur für Forscher auf dem Gebiet politischer Pathologie von Bedeutung sei.

Die DSOC's nennen sich „der linke Flügel des Möglichen“. Hierin manifestiert sich weniger ein Programm als eine Strategie, die unverkennbar die Handschrift Michael Harringtons trägt, der zur Zeit einzigen herausragenden Gestalt des organisierten amerikanischen Sozialismus. Die demokratischen Sozialisten wollen bewußt innerhalb der „Massenbewegung der demokratischen Linken“ tätig sein, wie es in ihrem Entwurf von Leitsätzen heißt. Das ist die Hauptschlußfolgerung, die Harrington aus seiner Analyse der Sozialistischen Partei zieht; das traditionelle Sektierertum der Linken nennt er die „große und dauernde Sünde“ des amerikanischen Sozialismus. Das zentrale Element seiner Strategie ist es daher, geeignete Bündnispartner zu finden. Dieses sind neben dem fortschrittlichen Flügel innerhalb der Demokratischen Partei die Gewerkschaften, Minderheiten, Aktive in der Frauen- und Bürgerrechtsbewegung, Umweltschützer und linksliberale Intellektuelle.

In ihrer Bündnispolitik haben die DSOC's bereits einige beachtliche Erfolge verzeichnen können. Zu ihren prominenten Mitgliedern (deren Aufgabe es natürlich sein soll, mit ihrem Namen neue Mitglieder anzuziehen) gehören der international bekannte Theologe Harvey Cox, die Feministin Gloria Steinem und der Bürgerrechtler James Farmer. Ein demokratischer Abgeordneter des US-Congresses – der erste demokratische Sozialist im Repräsentantenhaus seit 1926 – ist ebenfalls DSOC-Mitglied. Darüber hinaus pflegt die Führung des „Committee“ informelle Kontakte zu einigen liberalen Abgeordneten und Senatoren, unter ihnen Edward Kennedy. Aber von Einfluß, der in Entscheidungen des Kongresses zu Buche schlägt, kann man – noch – nicht sprechen.

Allerdings haben die DSOC's innerhalb der Demokratischen Partei erste Erfolge erzielen können, als auf dem Parteitag von 1978 in Memphis einige ihrer Resolutionen unverändert oder modifiziert angenommen wurden; sie sprachen sich für einen staatlichen Energiekonzern und für eine Inflationspolitik aus, die die Preiskontrolle durch die Multis abbauen soll. Der Chef der 960 000 Mitglieder umfassenden Metallarbeiter-Gewerkschaft, William Winpisinger, und zwei Vizepräsidenten der 1,4 Millionen Mitglieder starken Automobilarbeiter-Gewerkschaft gehören ebenfalls zum DSOC; gute Beziehungen hat das „Committee“ auch zur Gewerkschaft öffentlicher

Angestellter mit 1,2 Millionen Mitgliedern. Seit ihrer ersten Jahresversammlung von 1977 sind DSOC-Mitglieder in Schulausschlüssen, Stadträten und in Parlamenten einiger US-Staaten vertreten. Beachtenswert aber ist vor allen, daß das „Committee“ in den letzten sechs Jahren seine Mitgliederzahl mehr als verzehnfachen konnte. Auch wenn 3000 Menschen in den USA noch keinen sozialistischen Sommer ausmachen, so signalisiert der Erfolg der DSOC's doch, daß die Berührungsangst gegenüber allem, was Sozialismus heißt, abzunehmen beginnt und daß somit langsam ein Gegengewicht gegen die konservativen Tendenzen entsteht.

Die unmittelbaren und mittelfristigen Ziele der DSOC's sind von ihrer Bündnispolitik bestimmt. Während sich ein Teil der Vietnam-Kritiker der sechziger Jahre stark auf die amerikanische Außenpolitik konzentriert hatte, stehen nun innenpolitische Forderungen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, auf dem Programm, die die gegenwärtige ökonomische Misere in den USA widerspiegeln: Vollbeschäftigung, Steuergerechtigkeit, ein nationales Gesundheitsprogramm und ein garantiertes Einkommen für Arbeitslose. Diese Programmpunkte überraschen zunächst als Hauptziele einer demokratisch-sozialistischen Gruppierung, da sie das Programm einer jeden Partei sind, die sich zu einem sozialen Wohlfahrtsstaat im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung bekennt. Die Nahziele zeigen, wie stark sich die DSOC's an die Programmpunkte der Demokratischen Partei anlehnen, andererseits aber auch darauf drängen, daß diese Ziele ernsthafter und stärker als bisher angestrebt werden.

Zu den langfristigen Zielen der DSOC's gehört die „strukturelle und tiefe Umgestaltung“ der wirtschaftlichen Verhältnisse in den USA. Es ist allerdings unklar, was „strukturell“ meint und wie „tief“ die Veränderung sein soll – gegenwärtig wohl nicht allzu umfassend, wenn man sich die moderaten Forderungen der DSOC's nach verstärkter Kontrolle über die Multis im Energiebereich ansieht, die in keiner Weise an der bisherigen Struktur der Konzerne rütteln.

Der Schwerpunkt auf dem zweifelsohne schwer zu beschreibenden Fernziel des demokratischen Sozialismus liegt auf dem Wort Demokratie; sie wird zu Recht als „einzige Garantie“ für die Verwirklichung des Sozialismus verstanden, der sowohl eine Alternative zu den bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnungen als auch zum „real existierenden Sozialismus“ der Staaten Osteuropas darstellen soll. Im Hinblick auf die Demokratisierung wirtschaftlicher Macht gibt es für das DSOC keine Universalmethode

als Allheilmittel – die Vergesellschaftung der Industrie wird allzu vorsichtig als eine mögliche Perspektive angesehen.

Es ist verständlich, daß eine Gruppierung, die dabei ist, Voraussetzungen für eine politische Einflußnahme zu schaffen, darauf achten muß, daß sie mögliche Bündnispartner durch Reizwörter nicht abschreckt. Die Kunst der DSOC's wird – und das gilt für alle Parteien und Gruppierungen, die verändernd wirken und nicht im politischen Abseits stehen wollen – darin bestehen, das Gleichgewicht zwischen der sozialistischen Vision und der konkreten Tagespolitik zu halten. Harrington, der von einem fortwährenden Balanceakt auf dem Drahtseil zwischen eben diesen beiden Polen gesprochen hat, ist sich des Problems sehr bewußt.

Gegenwärtig liegt allerdings der Akzent zu wenig auf dem Wort Sozialismus; die Grenzen der DSOC's sind nach links hin zu klar gezogen. Oftmals erscheinen sie regelrecht abgeschottet, nach rechts hingegen sind sie wohl zu offen, wenn man etwa liest, wie positiv Harrington die konservative Gewerkschaftsführung George Meanys beurteilt. Wenn die DSOC's ihrem Namen als demokratische Sozialisten gerecht werden wollen, werden sie um eine theoretische Auseinandersetzung mit den anderen Parteien links von ihnen nicht herumkommen. Nur ein durchdachteres und präzisiertes Programm wird sie in die Lage versetzen, innerhalb der Demokratischen Partei neue, eigenständige Schwerpunkte demokratisch-sozialistischen Inhalts zu setzen.



EUROPA

Belgien: Regierungsinflation

„Unsere wirtschaftliche Inflationsrate haben wir auf fast sechs Prozent gedrückt, dafür gibt es jetzt eine Inflation der Minister“, kritisierte ein Brüsseler Parlamentarier die Regierungsneubildung von Ministerpräsident Martens. In der Tat: Zwar hat Martens nach nur 45tägiger Krise, in deren Verlauf der belgische Staat in ein völliges Verwaltungschaos zu versinken drohte, die Quadratur des Kreises oder, wie eine belgische Zeitung meinte, die Vereinigung von Feuer und Wasser geschafft, doch andererseits präsentiert König Baudouin ein Sonntagskabinett, das es eigentlich jedem recht machen sollte. Ergebnis: 36 Minister und Staatssekretäre der klassischen Dreierkoalition aus Christdemokraten, Sozialisten und Wallonen. Damit könnte allein das Kabinett bei Abstimmungen in der belgischen Kammer die nur 35 Mann starke Opposition überstimmen. Kein Wunder, daß die belgischen Steuerzahler und Wähler aber vor allem eine neue Regierung präsentiert bekamen. So hat zwar diese „Notkoalition“ die politisch starken

Kräfte im Lande angesichts der wirtschaftlichen und damit natürlich politischen Staatskrise zusammengeschweißt, doch die Kontroversen zwischen der Regierung und den „Pressure Groups“ sind fraglos verschärft worden.

Gleichwohl grenzt die Regierungsbildung in Brüssel schon an einen Jongleurakt der Sonderklasse, denn Wilfried Martens mußte nicht nur die ideologischen und Spracheninteressen, sondern auch die regionalen Belange unter einen Hut bringen. So gibt es jetzt eine nationale Kernregierung mit 20 Mitgliedern und vier Teilregierungen, denen noch einmal 16 Minister und Staatssekretäre angehören. Interessant ist zweifellos, daß wider Erwarten nach den langen Verhandlungen zwischen den Parteien keiner der Präsidenten ein Regierungsamt angestrebt oder erhalten hat. Das Kernkabinett ist weitgehend mit Ministern der alten Regierung Martens besetzt, allerdings erhielten die umstrittenen Ressortchefs Gramme (Innere) und Val Eslande (Justiz) den Laufpaß.

Die vier Teilregierungen sind mit Gruppenvertretern besetzt worden. Dabei gibt es eine Teilregierung der Flamen, die sowohl für kulturelle als auch wirtschaftliche Fragen zuständig ist. Die frankophone Sprach- und Kulturgemeinschaft hat demgegenüber drei Extragremien, die einmal für die gesamte Gemeinschaft, sodann für den Raum Brüssel und schließlich für die Wallonie zuständig sind. Doch nicht nur wegen der Größe, sondern zwangsläufig auch wegen der Unübersichtlichkeit dieser Regierungsinflation sind die strukturellen Konflikte des

belgischen Ministerpräsidenten bereits vorprogrammiert.

Nur wenige Tage nach der Kabinettsvereinbarung marschierten rund 20 000 Lehrer aus Stadt und Land durch Brüssel und protestierten gegen die geplanten Kürzungen der Haushaltsmittel um 2,2 % für den Bildungsetat. Problematisch geworden ist dadurch besonders die Festanstellung von rund 1 500 neuen Pädagogen, die vermutlich ab Sommer dieses Jahres arbeitslos sein werden. Überdies hat die Regierung bisher kein überzeugendes Konzept für einen Abbau der katastrophalen Haushaltsverschuldung anbieten können. Schon der letzte Etat war nur noch durch Millionenanleihen auf den ausländischen Kapitalmärkten abzudecken gewesen. Und schließlich gibt es auch noch keine abgestimmte Gesetzesvorlage für eine Neuordnung des Sozialversicherungswesens.

Kein Wunder also, daß sich die Gewerkschaften auf den Plan gerufen fühlen und dabei – der Not gehorchend – wieder zu stärkerer Zusammenarbeit gefunden haben. Monatlang waren die freien Gewerkschaften (FGTB) und die christlichen Gewerkschaften (CSC) in der Frage der Lohnforderungen und auch der Kürzung der Sozialausgaben zerstritten. Der Ärztestreik vor einigen Monaten hatte die Kluft eher vertieft; jetzt jedoch, da sie ein Verwischen der parteipolitischen Gegensätze und eine gemeinsame Front aller Regierenden gegen die Arbeitnehmerorganisationen wittern, wollen sie ein gemeinsames Konzertierungsprogramm ausarbeiten. Wilfried Martens, der schon mit seiner eigenen christsozialen Partei genug Probleme hat, ist um seine Arbeit nicht zu beneiden.

Rainer Burchardt

Dänemark: Energieprobleme

Im September haben die dänischen Sozialdemokraten ihren Parteitag. Einer der Hauptpunkte wird die Diskussion über ein neues Arbeitsprogramm sein. Ein wesentlicher Abschnitt der Programmvorlage, die der Vorstand der Partei vorgelegt hat, beschäftigt sich mit der Energiepolitik unter der Prämisse, daß die Entwicklung im Energiebereich den dänischen Wohlstand reduziert hat.

Eine wesentliche Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Dänemarks sind die gewaltigen Steigerungen der Energiepreise. Dazu kommt, daß die Sicherheit der Energieversorgung eines der gravierenden Probleme ist, die notwendigerweise zu klären sind, um die Voraussetzung für die dänische Wohlfahrtsgesellschaft zu erhalten.

Hauptziel in der Energiepolitik ist nach der Formulierung des dänischen Parteivorstandes, die Energieversorgung weiterhin als wesentliche Grundlage zur wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft zu erhalten. Und das bedeutet in dieser Verbindung, unter den gegebenen Umständen das Ziel anzustreben, den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und der Zunahme des Energieverbrauches weniger zwingend zu machen. Es muß möglich sein, durch zielbewußte und gemeinsame Anstrengungen Lösungen zu finden, die die Abhän-

gigkeit von importiertem Öl reduzieren können.

Auf der internationalen Ebene will die dänische Sozialdemokratie dafür arbeiten, Stabilität in der Versorgung durch eine Zusammenarbeit zwischen der internationalen Energieagentur und den ölproduzierenden Länder zu schaffen. Aber gleichzeitig muß ihrer Meinung nach besondere Rücksicht auf die Energiesituation der Entwicklungsländer genommen und die multinationalen Energiegesellschaften einer verstärkten Kontrolle unterworfen werden.

Auf nationaler Ebene tritt die dänische Sozialdemokratie für erhöhte Versorgungssicherheit durch direktes Engagement der Gesellschaft bzw. des Staates im ganzen Energiesektor ein. Ziel ist ein konsequentes, sparsames Wirtschaften mit der Energie durch langfristige Planung und Lenkung. Über die Möglichkeiten des Einsatzes von „neuen“ regenerativen Energieformen muß durch besondere Forschungsanstrengungen Klarheit gewonnen werden.

Als weitere Energiequelle für Dänemark bietet sich die Kernkraft an. Aber bis auf weiteres soll wegen der großen Unsicherheit, die noch auf diesem Gebiet herrscht, ihr Einsatz verschoben werden. In der Vorlage des Arbeitsprogramms steht deshalb, die Bemühungen um eine mehr beruhigende Abklärung der Probleme um die Kernkraft sollen fortgesetzt werden, weil die Kernkraft auf längere Sicht von positiver Bedeutung für die dänische Energieversorgung sein könne. Man werde versuchen, die Entscheidungsprobleme sowohl durch Deponierungsverabre-

dungen mit anderen Ländern wie auch durch dänische Aktivitäten zu lösen. Die Sicherheitsfrage soll weiter so offen diskutiert werden, daß eine zusammenfassende Beschlußgrundlage über die Einführung von Kernkraft durch eine Volksabstimmung möglich wird.

Darüber hinaus wird vor allem der Akzent auf energieeinsparende Maßnahmen gesetzt, um den

Energieimport zu mindern. Hier denkt man in erster Linie an den Ölimport. Als Teil von berufs- und beschäftigungsfördernden Plänen, die das Parlament auf Vorschlag der Regierung beschlossen hat, sind recht beachtliche Beträge sowohl für die Energieforschung wie auch für Energiesparmaßnahmen enthalten.

Gorm Bramsnaes

Frankreich: Merkwürdigkeiten

Wahrscheinlich werden die französischen Staatsrechtler, die sich seit Jahren bemühen, die von General de Gaulle im Jahre 1958 entworfene und im Jahre 1962 revidierte Verfassung zu kommentieren, nie zu einem endgültigen Ergebnis kommen. Die Hauptfrage: Wer regiert eigentlich die Republik?

Eine merkwürdige Frage, so scheint es. In der Verfassung steht nämlich klipp und klar, daß das Regieren, wie es auch die Logik will, der Regierung zusteht. In der Praxis allerdings sieht das ganz anders aus. In Frankreich regiert nämlich der Staatspräsident, und er allein. Er ernennt nicht nur den Regierungschef und seine Minister, wie es ihm zusteht; er, und er allein, bestimmt auch die Grundsätze der Politik, und kein anderer legt fest, wie die Außen- und Innenpolitik zu handhaben ist, und zwar bis in die letzten Details.

Der Regierungschef und dessen Minister sind nur seine Erfüllungsgehilfen. Das geht so weit, daß der Staatspräsident, der seit dem Jahre 1962 vom Volke gewählt wird, im Elysée, seinem Amtssitz, so etwas wie über eine okkulte Regierung verfügt: Für jeden Zweig des öffentlichen Lebens verfügt der Staatspräsident über Sachbearbeiter, die den zuständigen Ministern Direktiven erteilen. Diese sind dann nur die ausführenden Organe.

Man könnte sich natürlich die Frage stellen: Warum auch nicht? Letzten Endes verfügt auch der amerikanische Präsident über große Vollmachten, und es ist deshalb noch nie jemandem eingefallen, den demokratischen Charakter der amerikanischen Verfassung in Zweifel zu ziehen. Der Unterschied ist allerdings gewaltig: Der amerikanische Kongreß, das Repräsentantenhaus und der Senat, können jede wichtige Entscheidung des Präsidenten mit einer Zweidrittelmehrheit zunichte machen. In Frankreich

sieht es anders aus: Das Parlament kann allenfalls die Regierung stürzen, dann aber verfügt der Staatspräsident über die Möglichkeit, das widerstrebende Parlament aufzulösen: Er selbst bleibt davon unberührt; denn das französische Parlament ist zu einer Institution geworden, die von der sozialistischen Opposition nicht zu Unrecht als eine „Registrierkammer“ bezeichnet wird.

Um nun zu einer Revision dieses Zustandes zu gelangen, der darauf zurückzuführen ist, daß die Verfassung praktisch auf einen Mann – nämlich de Gaulle – zugeschnitten war, schlägt die Sozialistische Partei vor, die Verfassung in einem Sinne zu revidieren, der der Regierung und dem Parlament wieder größere Rechte verleiht: zwar soll der Präsident das Recht behalten, die großen Linien der Innen- und Außenpolitik zu bestimmen, aber Regierung und Parlament sollen, wie es einer Demokratie geziemt, wieder voll und ganz die ihnen zustehenden Vollmachten erhalten.

Es soll damit einer französischen „Merkwürdigkeit“ ein Ende gesetzt werden.

An „Merkwürdigkeiten“, wie sich französische Politiker ausdrücken, fehlt es allerdings in Frankreich nicht: So sind sich zwar im Prinzip alle darüber einig, daß die aus der Zeit Napoleons stammende übermäßige Zentralisierung des Landes, die dazu geführt hat, daß alles bis in die letzte Kleinigkeit in Paris von der Zentralgewalt entschieden wird, beseitigt werden müßte; Aber der Staatsoberhaupt sorgt dafür, daß die geschaffenen Regionalparlamente nur Beschlüsse fassen können, die von den Präfekten, den Vertretern der Pariser Staatsgewalt, nicht in Abrede gestellt werden.

Darauf ist es zurückzuführen, daß in den letzten Jahren in den verschiedenen französischen Provinzen, in der Bretagne, in Korsika und anderswo, Bewegungen entstanden sind, die mit immer größerer Entschiedenheit das Recht auf ihre „Eigenart“ fordern. Mit anderen Worten: Es bildet sich so etwas

wie eine „föderalistische“ Strömung, die mit immer größerer Kraft den vorherrschenden „Jakobinismus“ in Frage stellt. In einigen Jahren, so meinen Beobachter der französischen Politik, könnte Frankreich vielleicht eine „Bundesrepublik“ werden.

Vorläufig allerdings ist es noch nicht so weit: Der Staatspräsident allein entscheidet darüber, wo und in welcher architektonischen Form in Paris oder anderswo, z. B. ein Museum errichtet werden soll. Er, und kein anderer, legt selbstherrlich fest (und läßt es allenfalls die Regierung wissen), ob dieser oder jener Fall zu den Akten gelegt werden soll oder nicht: So kann man jede Wette darauf eingehen – um nur ein Beispiel zu nennen –, daß man niemals erfahren wird, warum der Abgeordnete Jean de Broglie, ein enger Freund des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing, ermordet wurde und warum die französische Justizverwaltung alles getan hat, diese „Affäre“ zu verdunkeln. Desgleichen wird man kaum je erfahren, warum der französische Arbeitsminister Robert Boulin Selbstmord verübt hat und ob er – zu Recht oder nicht – den gegenwärtigen Justizminister beschuldigen durfte, ihn zu dieser Verzweiflungstat getrieben zu haben. Und ebenso wird man sich wohl darin fügen müssen, nie zu erfahren, warum die Staatspolizei in die Büroräume der oppositionellen

satirischen Wochenzeitung „Le Canard Enchaîné“ eindringen durfte, um dort Mikrophone anzubringen, und warum die (bekannten) Täter nicht vor Gericht gestellt werden durften: Dafür hat der Staatspräsident gesorgt; die Sache wurde „zu den Akten“ gelegt.

Die Liste dieser „Merkwürdigkeiten“ ist so lang, daß es vieler Seiten bedürfte, um sie auch nur oberflächlich darzustellen. Die französischen Sozialisten sind zu der Feststellung gelangt, daß in Frankreich „die Willkür“ die Macht ergriffen habe. Auch wenn man der Tatsache Rechnung trägt, daß eine Opposition, die an die Macht strebt, die Neigung hat, die Dinge schlimmer darzustellen, als sie in Wirklichkeit sind, wird man zugeben müssen, daß die Vorwürfe nicht aus der Luft gegriffen sind.

Als de Gaulle noch unbestritten seine Macht ausübte, warf ihm eines Tages ein bekannter Politiker vor, „einsam“ zu herrschen und sich um die Auffassungen der Regierung, des Parlaments und der Öffentlichkeit nicht zu kümmern. Dieser Politiker hieß – Giscard d'Estaing. Er wird nicht gern an diesen Vorgang erinnert. Das mag verständlich sein. Der Staatspräsident ist „Gaullist“ geworden. Das ist eine der „Merkwürdigkeiten“, die niemand erwartet hatte.

Gustav Stern

Griechenland: Die wirtschaftlichen Probleme werden noch größer

Die neue griechische Regierung von Georg Rallis muß einen Monat nach ihrer Bildung durch eine geeignete Wirtschaftspolitik die schweren wirtschaftlichen Probleme Griechenlands zu lösen versuchen. Ihr Erfolg bei den nächsten Wahlen im November 1981 hängt hauptsächlich hiervon ab. Diese Probleme sind nicht neu: Die Regierung des jetzigen Präsidenten der Republik, Karamanlis, hatte schon versucht, sie in den Griff zu bekommen und ist daran gescheitert. Die neue Regierung muß deshalb die alten Probleme durch neue Maßnahmen zu lösen versuchen.

Wie schwierig die ökonomische Lage ist, kann an den wirtschaftspolitischen Zahlen abgelesen werden: Die Inflation wird 1980 ungefähr 25 % erreichen, und sie zeigt eher Zeichen von Beschleunigung als von

Beruhigung. Im Mai 1980 betrug die Preisstärkung 1,3 % gegenüber dem Vormonat im Vergleich zu 1,1 % im Mai 79. Die Zahlungsbilanzsituation wird sich weiter innerhalb 1980 verschärfen. Man erwartet einen Passivsaldo von 2,8 Mrd. \$ für dieses Jahr. Bis jetzt wurde ein großer Teil des Passivsaldo der griechischen Handelsbilanz durch einen Aktivsaldo der Leistungsbilanz kompensiert. Dieser Aktivsaldo war den Erträgen aus dem Tourismus, der Handelsmarine und den Überweisungen der griechischen Gastarbeiter im Ausland zu verdanken. Während der zweiten Hälfte von 1979 und den ersten Monaten von 1980 stagnierten jedoch die Überweisungen der Gastarbeiter, und die Erträge der Handelsmarine zeigten sogar einen Rückgang, da die griechische Handelsmarine immer mehr gezwungen ist, ausländische Seeleute wegen des Mangels an griechischen Seeleuten zu beschäftigen. Andererseits ist Griechenland weiterhin auf Importe von Investitions- sowie dauerhaften Konsumgütern und Ölimporten angewiesen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nur scheinbar besser, da die Arbeitslosigkeit mit ungefähr 3-4% niedriger als in den meisten Industrieländern zu sein scheint. Aber es gibt verdeckte Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Bereichen mit einer hohen Zahl von Beschäftigten, wie in der Landwirtschaft. Darüber hinaus ist die Arbeitsproduktivität in vielen Wirtschaftssektoren gering, sie erreicht nicht einmal 50% der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität der gleichen Wirtschaftssektoren in der EG. Die griechische Wirtschaft zeigt hauptsächlich strukturelle Probleme. Weite Bereiche können als „unproduktiv“ angesehen werden. In einem Land mit etwa 9 Mio. Einwohnern gibt es heute fast 1 Mio. Rentner, 800 000 Beschäftigte im Zwischenhandel oder Zwischendienstleistungsbereich (die den Handels- und Produktionsablauf eher belasten als fördern), 1. Mio. Beschäftigte im Dienstleistungsbereich (von denen eine nicht unerhebliche Zahl beim „Staat“ beschäftigt ist, der zum „Arbeitgeber des Notfalls“ geworden ist) und nur 500 000 Industriearbeiter und 300 000 Landarbeiter/Landeseigentümer mit ausreichender Produktivität. Der Rest der Landarbeiter/Landeseigentümer ist unterbeschäftigt. Ihre Arbeitsproduktivität liegt weit unter dem Durchschnitt, da die Flächen, die sie besitzen und bearbeiten, zu klein sind, um eine effiziente Produktion zu ermöglichen.

Die griechische Wirtschaft hatte bis jetzt zwei Sicherheitsventile: Sie war durch hohe Einfuhrzölle vor der Konkurrenz des Auslands geschützt und konnte ihre Arbeitspotentialüberschüsse exportieren. Der Protektionismus trug tatsächlich zur Industrialisierung Griechenlands beim, andererseits förderte er die

Ineffizienz der inländischen Produktion und die Erhaltung veralteter Technologien und Organisationsformen.

Die Öffnung der griechischen Wirtschaft zur EG (schrittweise und nach bestimmten Übergangsperioden für sensitive Produkte) schaltet das erste Sicherheitsventil aus. Die internationale Lage und die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums der Industrieländer haben schon seit einigen Jahren das zweite Sicherheitsventil blockiert. Der Strom der zurückkehrenden Arbeiter übertrifft bereits die Zahl der ausreisenden Arbeiter.

Zur Zeit des Protektionismus war die griechische Wirtschaftspolitik durch starke interventionistische Maßnahmen, wie Preisfestsetzungen, Exportsubventionierung, sowie ein sehr breites System von wirtschaftlichen Anreizen und Kreditselektionierung charakterisiert. Die Lenkung der inländischen Nachfrage, der Produktion und des Angebots, zum Teil durch direkte Eingriffe, hatte freien Wettbewerb weitgehend ausgeschaltet. Man versuchte gleichzeitig, die Exporte durch Subventionen und Anreize sowie durch eine Reihe von vereinbarten oder de facto Abwertungen der Drachme zu fördern.

Die bisher verfolgte Wirtschaftspolitik ist nach der Eröffnung der griechischen Wirtschaft zum internationalen und EG-Wettbewerb im Rahmen des EG-Beitritts, zum Scheitern verurteilt. Der Übergang vom Protektionismus zum freien Wettbewerb, vom Interventionismus zur Marktwirtschaft mit Globalsteuerung ist sicher nicht leicht. Es scheint aber der einzige Weg in der heutigen Lage zu sein.

Großbritannien: Außerordentlicher Parteitag der Labour Party

Der Mai war für die britische Arbeiterbewegung ein ereignisreicher, wenn auch nicht gerade ein erfolgreicher Monat. Den 14. 5. hatte der TUC (der britische Gewerkschaftsbund) zum „Tag der Aktion“ gegen die Wirtschaftspolitik der Konservativen erklärt. Aber die Gewerkschaften waren weit davon entfernt, ihre Macht zu beweisen, über die die Tories noch immer murren; die Unterstützung war sehr schwach, und der Tag endete als ein beachtlicher

Propaganda-Sieg für Mrs. Thatcher. Obwohl er schlecht organisiert worden war und sein allzu allgemein gehaltenes Motto wahrscheinlich ein Fehler war, ist es darüber hinaus eine Tatsache, daß die meisten Briten bislang noch nicht über Wohlfahrtskürzungen, Arbeitslosigkeit oder die hohe Inflationsrate verärgert sind. Ein paar Tage später schien jedoch die neue Jahresinflationsrate von 21,8% die Bemühungen des TUC zu rechtfertigen: unerwartete Unterstützung kommt jetzt von einer zunehmenden Zahl von Industriellen, die sich insbesondere über die hohen Zinssätze und den Wechselkurs Sorgen machen. Ein führender Hersteller im industriellen Mittelengland sagte: „Die Regierung mag von dem

Phoenix sprechen, der sich aus der Asche erhebt – aber was ist, wenn es gar keine Asche gibt?"

Am letzten Montag fand ein Außerordentlicher Parteitag der Labour Party statt. Ursprünglich geplant als Diskussionsveranstaltung über Alternativen der Labour Party zur Wirtschaftspolitik der Tories ging er jedoch unvermeidlich über diesen Rahmen hinaus und riß viele alte Wunden wieder auf. Die Links-Rechts-Auseinandersetzung wurde neu angeheizt und ist noch immer zu spüren. Die Beratungen konzentrierten sich auf zwei miteinander eng verbundene Problembereiche: Parteiprogramm und Änderung der Statuten in Richtung auf mehr Demokratie nach innen und mehr Basisbeteiligung. Weil die nächste Labour-Regierung eine programmatische Aussage, die vom linken Parteiflügel durchgesetzt wurde, in wesentlichen Aussagen ignorieren könnte, muß die Linke mehr tun, als nur die Diskussion über das Programm zu gewinnen. Sie muß ihre Politik auch durchsetzen.

Sie will dies durch drei verschiedene Reformen des Partei-Statuts erreichen: Zunächst möchte sie, daß der Parteiführer von einem Wahlgremium gewählt wird, das die gesamte Partei umfaßt, nicht nur den gemäßigeren parlamentarischen Flügel. Zweitens möchte sie eine jährliche, obligatorische Wahl der Parlamentsmitglieder, von der sie sich eine radikalere Fraktion erhofft, die einer „sich irrenden Führung“ kritisch statt unterstützend gegenüberstehen würde. Ferner möchte sie, daß das eher linke „National Executive Committee“ der Partei allein das Recht hat, das Wahlmanifest herauszugeben, wodurch die Beteiligung eines Schattenkabinetts und das Veto des Parteiführers entfallen würden.

Viele andere sozialdemokratische Parteien haben bekanntlich einige oder alle diese Vorschläge problemlos inkorporiert – ein echtes Verdienst. Die Labour-Rechte bekämpfen sie, weil das Reformziel letztendlich die Anbindung der Führung an ein radikales Programm ist. Anders ausgedrückt: In der briti-

schen Labour Party findet ein Kampf um die Macht statt.

Was die Programmpolitik angeht, enthielt das für den Außerordentlichen Labour-Parteitag erarbeitete Diskussionspapier Vorschläge wie: mehr Verstaatlichung, Wiederverstaatlichung ohne Entschädigung, Einfuhrkontrollen, obligatorische Planungsabkommen, Preiskontrollen, keine unabhängigen atomaren Abschreckungswaffen oder Cruise Missiles in Großbritannien und keine Kooperation mit der EG. Obwohl es ein linkslastiges Dokument war, fand sich die Parteiführung formal zu einer Unterstützung für den Augenblick bereit. Danach kamen natürlich Vorbehalte und Einschränkungen.

Unbestreitbarer Sieger des Parteitags war der Linke Tony Benn, der nun zum ersten Mal als der wahrscheinliche künftige Chef der Partei in Erscheinung trat.

Benn wurde bisher nicht als ernst zu nehmender Bewerber um den Posten des Parteiführers angesehen, da er unter den Parlamentsmitgliedern nicht genug Unterstützung hatte. Seine Anhänger sind eher die tonangebenden Leute in den Wahlkreisen. Wenn diese ihr Wahlgremium erhalten, könnte Tony Benn bei einiger Unterstützung durch die Gewerkschaften leicht zum Parteichef gewählt werden. Aber es ist unwahrscheinlich, daß es zwischen ihm und Jim Callaghan zu einer direkten Auseinandersetzung kommt (obwohl sie in ihren Reden zumindest auf dem Parteitag eine Generalprobe abhielten).

Einige Gewerkschaften sind inzwischen der Meinung, Jim Callaghan solle weiterhin Parteichef bleiben, um einige Zeit nach den nächsten Wahlen zurückzutreten. Dies würde die Chancen eines (alternativen) Denis Healey, des Erzfeindes der Gewerkschaften, zunichte machen, und danach würden sie, die Gewerkschaften, auf ein Wahlgremium drängen – und damit auf einen Parteichef Tony Benn.

Elizabeth Hartley-Brewer

Irland: Auf dem Weg zum „Nationalen Konsens“

Führer der Gewerkschaften und der Arbeitgeber in Irland haben sich auf Verhandlungen über ein umfassendes Abkommen über Einkommen, Wirt-

schaft, soziale Entwicklung und die damit zusammenhängenden Probleme verständigt. Das neue Abkommen wird im Frühjahr in Kraft treten, falls die Verhandlungen erfolgreich verlaufen. Das Zustandekommen wird als entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft des Landes angesehen.

Im Juli 1979 wurde von der Regierung, den Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen nach

mehr als sechs Monaten des Feilschens und Verhandels, wozu in einer Phase auch die völlige Ablehnung des Initiativ-Vorschlags durch die Gewerkschaften gehörte, das erste Abkommen ratifiziert. Das Abkommen war in der Geschichte der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen Irlands der erste Versuch, zu einer umfassenden Vereinbarung der sogenannten Sozialpartner über eine breite Palette von Sachverhalten einschließlich der Einkommen zu gelangen. Ziel war, der Bedeutung eines integrierten Aktionsprogramms zu praktischer Anerkennung zu verhelfen, das die besten Möglichkeiten für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Förderung des Wachstums und des sozialen Fortschritts bietet und gewährleistet, daß der daraus resultierende Nutzen innerhalb der Gemeinschaft gerecht verteilt wird.

Nun, da die Wiederaufnahme der Verhandlungen bevorsteht, richtet die Gewerkschaftsbewegung ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Implikationen dieses neuen Anlaufs. Es stellt sich die Frage, ob die stärkere Einbeziehung der Gewerkschaften in den Prozeß der Gestaltung der nationalen Politik und das höhere Maß an Verantwortung, das daraus entsteht, sich in wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt für die Arbeitnehmer auch angemessen bezahlt gemacht haben.

Die wirtschaftliche und soziale Situation ist alles andere als gut. Trotz der im Abkommen vorgesehenen Beschäftigungsmaßnahmen nimmt die Arbeitslosigkeit zu und wird gegen Jahresende die Zahl 100 000 übersteigen. Arbeitskräfteüberhänge in den traditionellen Industrien werden sich auf die neuen Arbeitsplätze, die durch staatlich subventionierte ausländische Investitionen geschaffen wurden, in fast vollem Umfang auswirken.

Die Inflation, von der Regierungspolitik angeheult, kehrt zu dem bestürzenden Niveau von Mitte der 70er Jahre zurück. Die Höhe der Zinssätze in Irland – die sich heute auf ungefähr 20 % belaufen – führen unmittelbar zu Arbeitskräfteüberhängen und zur Schließung von Fabriken. Das Wachstum geht aufgrund der Weltrezession und den rapide steigenden

Kosten aller Art dramatisch zurück. Die Aussichten, denen alle Partner des Abkommens gegenüberstehen, sind nicht gerade rosig.

Der Haushalt wurde in vielen Bereichen einschneidend gekürzt, einschließlich des Wohnungsbaus, der Gesundheitsdienste und des Erziehungswesens. Die Wohnungskrise in den großen urbanen Zentren nimmt mit schwerwiegenden Folgen für den Lebensstandard vieler tausend Menschen zu. Verbesserte Sozialleistungen wurden durch Kürzungen und Verzögerungen auf anderen Gebieten des Sozialprogramms ausgeglichen. Die im Haushalt von 1980 enthaltenen Steuererleichterungen entsprachen nur einem Teil der Ziele der Gewerkschaftsbewegung und ernteten Kritik, weil sie die Wohlhabenden zu Lasten der normalen Steuerzahler begünstigten. Die Führung des Gewerkschaftsverbandes forderte die Regierung erneut auf, ihre Forderung nach mehr Arbeitsplätzen, Staatsinitiativen und sozialem Fortschritt zu berücksichtigen.

Es versteht sich, daß die Frage von Lohnverhandlungen und Einbeziehungen der Gewerkschaften in die Gestaltung der nationalen Politik heftig diskutiert wird.

Innerhalb der Arbeiterbewegung wird das Argument vorgebracht, daß – während das Konzept des Abkommens gut sei – einige sehr große Änderungen innerhalb des Systems stattfinden müssen, wenn es ein wirklich fortschrittliches Element der nationalen Entwicklung sein soll. Zwei Dinge vor allem werden als notwendig angesehen. Erstens müsse der Versuch einer umfassenden Wirtschafts- und Sozialplanung gemacht werden, der auf den klar definierten Zielen beruhe, die mit einer stärkeren Beteiligung des Staates verfolgt werden. Zweitens sei eine mehr formal institutionalisierte Struktur, um die Sozialpartner entsprechend den Leitlinien des nationalen Wirtschafts- und Sozialrates zusammenzubringen, notwendig. Beteiligung der Gewerkschaften müsse zu einem fundamentalen und konstitutionellen Teil der Struktur werden und nicht ein ad hoc Ergebnis jährlicher Verhandlungen bleiben.

Tony Brown

Italien: Wahlen zu den Regional- und Kommunalparlamenten

Nach einem Wahlkampf, in dem mit Polemiken und Verdächtigungen nicht gespart wurde, in dem

hingegen die Sachaussagen weitgehend auf der Strecke blieben, wurden in Italien am 8. und 9. Juni fast überall neue Regional- und Kommunalparlamente gewählt. Die wichtigsten Ausnahmen waren die Regionen mit Sonderstatus (Val d'Aosta, Trentino Alto Adige, Friuli, Sardinien und Sizilien) sowie zwei Großstädte (Rom und Genua), wo die Legislatur-

perioden einen anderen Rhythmus haben.

Mehr als 42 Millionen Italiener, weit über drei Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung insgesamt hatten 15 Regionalregierungen, 86 Provinzialregierungen und 6590 Gemeinderäte zu wählen. Die Wahlbeteiligung lag in allen Fällen unter dem Rekord von 1975 mit über 92 % im Mittel, zudem fiel sie, wie üblich, von Norden nach Süden scharf ab. Die Ergebnisse müssen sowohl auf die Regionalwahlen von 1975 als auch auf die Parlamentswahlen von 1979 bezogen werden, da einmal die hohe Zahl der Wahlberechtigten diesem Umhang den Charakter einer Testwahl über die Regierungskoalition II von Francesco Cossiga gab und dies auch von den Parteien zumindest stillschweigend so verstanden wurde. Die Democrazia Cristiana erzielte knapp 37 %, was eine Zunahme von mehr als 1 % gegenüber 1975 und einem Verlust von gut 1 % gegen 1979 bedeutet. Die Kommunisten konnten mit 31,5 % fast das Ergebnis des Vorjahres erreichen, büßten aber gegenüber 1975 fast 2 % ein. Die Gewinner der Wahl schlechthin sind die Sozialisten, die mit 12,7 % sich sowohl gegenüber 1979 (9,9 %) als auch gegenüber 1975 (12,0 %) erheblich verbessern konnten. Republikaner und Sozialdemokraten hielten ihren Stimmenanteil stabil (rund 3 % für die PRI) bzw. konnten ihn gegenüber 1979 erheblich verbessern und fast das Ergebnis von 1975 einstellen (PSDI 1975: 5,6 %; 1979: 3,7 %; 1980: 5,0 %). Die vielfach vorhergesagte Niederlage der Linkskoalition in den Großstädten wie Turin und Neapel blieb aus. Die Sozialisten konnten in ihrer Hochburg Mailand, im Wahlkreis von Parteichef Bettino Craxi, sogar die Traummarke von fast 20 % erreichen.

Luxemburg: Mutmaßungen über Thorn

Geht er, oder geht er nicht? Diese Frage beschäftigt zur Zeit die politischen Kreise in Luxemburg. Gemeint ist Gaston Thorn, Luxemburgs „diplomatische Allzweckwaffe“, wie eine Zeitung ihn vor kurzem betitelte.

Der ebenso zungenschnelle wie politisch agile Thorn ist seit 1968 Außenminister des Großherzogtums und dürfte damit hinter Gromyko einer der dienstältesten Minister dieser Zunft sein.

Vorangegangen war dieser Wahl eine Kampagne, in der alles mögliche dominierte, nur nicht die spezifischen regionalen und kommunalen Probleme. Eines der zentralen Themen war und ist der Terrorismus, der am 1. Juni in Gestalt des bekannten Mailänder Journalisten Walter Tobagi ein neues Opfer forderte sowie der Verdacht, daß prominente Politiker bis hin zu Regierungschef Cossiga sich der Begünstigung schuldig gemacht hätten. Ein geständiger Terrorist, Roberto Sandalo, behauptete, Cossiga habe letztlich dem stellvertretenden DC-Generalsekretär Carlo Donat Cattin den entscheidenden Wink gegeben, damit dessen im Untergrund lebender Sohn Marco, gegen den Haftbefehl vorlag, sich ins Ausland absetzen konnte. Cossiga bestritt dies energisch und wurde am 28. Mai vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß von diesem Verdacht freigesprochen, was jedoch die Kommunisten nicht hinderte, die notwendigen Unterschriften zu sammeln, um eine formelle Verurteilung Cossigas durch beide Kammern des Parlaments zu erreichen – eine Prozedur ähnlich dem „Impeachment“, das der US-Kongreß seinerzeit gegen Richard Nixon angestrengt hatte. Unter der Last von Verwicklungen zwischen politischen und persönlichen Belastungen legte Donat Cattin am 30. Mai sein Parteiamt nieder. Aber der Freispruch durch den Untersuchungsausschuß ermöglichte es Cossiga, ohne Prestigeverlust die Rolle des Gastgebers bei wichtigen Konferenzen im zuendegehenden Halbjahr der EG-Präsidentschaft Italiens wahrzunehmen, so beim europäischen Gipfel am 12. und 13. Juni im Venedig.

Holger Quitting

Von 1974 bis 1979 war Thorn gleichzeitig Staatsminister (Premierminister) einer sozialistisch-liberalen Koalition. Nach dem Mißerfolg der Sozialisten bei den 1979er Wahlen ging Thorns liberale Partei eine Koalition mit der Christlich-Sozialen Volkspartei ein, was dem 1974 abgewählten Premierminister Pierre Werner eine zweite Karriere als Regierungschef einbrachte, und Thorn neben seinem Außenamt zum stellvertretenden Regierungschef degradierte.

Doch das Kohabitieren der beiden „starken“ Männer Luxemburgs in der gleichen Regierung geht nicht ohne Spannungen ab. Die beiden Rivalen belauern sich wie zwei auf den gleichen Knochen

scharfe Kettenhunde. Keiner traut dem andern, und Werner weiß, daß Thorn auf Revanche sinnt.

Von CSV-Seite werden deshalb regelmäßig Verdächtigungen über Thorns Loyalität gegenüber der Regierung hervorgebracht. So entbrannte in den jeweiligen Parteizeitungen der beiden Regierungsparteien eine heftige Polemik darüber, wer denn in der Regierung die Fahne trage, und wer die Musik mache. Es ist deshalb ein offenes Geheimnis, daß Thorn nur widerwillig die Regierungsbank in Luxemburg drückt, und er brennend gerne ein anderes, profiliertes politisches Amt übernehmen möchte.

Seit er 1975 die Vollversammlung der Vereinten Nationen präsidiert durfte, fühlt Thorn sich ohnehin zu höheren Weihen berufen. Und wenn in den letzten Jahren ein internationaler Spitzenjob in der Debatte war, etwa die Nachfolge des Josef Luns als NATO-Generalsekretär, dann wurde Gaston Thorn immer als Mitbewerber gehandelt.

Als letztes Jahr die Bezeichnung des ersten Präsidenten des direkt gewählten Europäischen Parlaments anstand, war Thorn wie selbstverständlich Kandidat.

Er hatte auch gute Chancen, und die Sozialisten hatten sich von Brandt bis Mitterrand eher für Thorn ausgesprochen, doch fiel dieser in seiner eigenen Fraktion durch. Thorn, obwohl Vorsitzender der Liberalen Internationale wie auch der Vereinigung der Europäischen Liberalen und Demokraten, scheiterte ganz knapp in einer fraktionsinternen Abstimmung gegen die neoliberale Kandidatin Giscard d'Estaing, Simone Weill. (Den Ausschlag gaben übrigens die

FDP-Europaparlamentarier, die zugunsten der Kandidatin Giscard umfielen, wofür sich Martin Bange- mann den Vorsitz der Liberalen Fraktion einhandelte.)

Thorn blieb folglich Minister in Luxemburg. Seine nächste Chance sah er in der Nachfolge von Roy Jenkins als Präsident der Anfang 1981 zu erneuernden EG-Kommission. Doch wenn anfänglich Thorns Chancen recht gut standen, sieht es nach dem Europäischen Rat von Venedig nicht mehr so günstig aus.

Thorn war dort von den Benelux-Ländern als Kandidat für Jenkins Nachfolge vorgeschlagen worden. Er schien auch die Unterstützung der meisten Regierungschefs zu haben, darunter diejenige von Helmut Schmidt und selbst die von Mrs. Thatcher. Doch dann forderte Giscard d'Estaing den belgischen Premier Martens auf, das belgische Kommissionsmitglied, Graf Davignon, als Kandidat für das erste Amt in Brüssel zu präsentieren, was dieser prompt tat. Damit standen sich zwei Kandidaten aus dem Benelux-Raum gegenüber, und der Rat vertagte seine Entscheidung. Giscard's Manöver scheint einen doppelten Zweck zu verfolgen. Einerseits wird in Luxemburg angenommen, er wolle Thorn gewissermaßen dafür bestrafen, daß dieser es gewagt hatte, gegen die französische Herzdame Simone Weill um den Vorsitz im Europaparlament anzutreten. Andererseits will Giscard womöglich durch die gegenseitige Blockierung Thorn – Davignon den Weg für einen dritten, einen Kompromißkandidaten freimachen – den EVP-Vorsitzenden Tindemans.

Robert Goebbels

Niederlande: Die Christdemokratie – Entkonfessionalisierung und Rechtswende

Die parteipolitischen Verhältnisse in den Niederlanden machen auf Ausländer meist einen etwas verwirrenden Eindruck. Mit einer Vielfalt von Parteien und Gruppierungen – z.Zt. sind mehr als zehn im Parlament vertreten – ist die holländische Politik immer eine recht bunte Angelegenheit gewesen. Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist die starke Mischung von Religion und Politik, die traditionell mit am meisten zum vielfarbigen Charakter

der Parteipolitik in diesem Lande beigetragen hat. Dabei geht es zugleich um die wichtigste Konzentration politischer Macht. Denn zwei der vier protestantischen Parteien haben zusammen mit der großen katholischen Partei etwa sechzig Jahre lang eine Mehrheit der Wähler organisiert und demzufolge das Zentrum politischer Macht in Holland beherrscht.

Die Stärke christlicher Politik in Holland ist es immer gewesen, daß sie nicht nur kirchliche und konservative Interessen vertreten hat – das hätte ihre Basis viel zu sehr eingeengt –, sondern auch sozial-emanzipatorische.

Zwei der drei großen christlichen Parteien – die katholische Volkspartei (KVP) und die orthodox-calvinistische Anti-Revolutionäre Partei (ARP) – haben

lange gewichtige Arbeitnehmerflügel gehabt. Dazu gehörten jeweils eigene Gewerkschaften, die zusammen durchaus größer waren, als der sozialistische Gewerkschaftsbund.

Zwar war die Hauptstoßrichtung ihrer Sozialpolitik gewöhnlich gegen sozialistisches organisatorisches Werben und gegen sozialistische Lösungen (d.h. z.B. gegen Staatsinterventionismus) gerichtet, aber zugleich machte diese eigene Arbeiterbasis die christlichen Parteien gewissermaßen empfindsam und aufnahmebereit für die „soziale Frage“. Auf protestantischer Seite bildete eine paternalistisch-soziale Bibelauslegung dabei das ideologische Fundament, bei den Katholiken hatte die Enzyklika Rerum Novarum einen gewissen Einfluß.

Diese sozial-emanzipatorische Prägung der christlichen Politik, wie beschränkt sie auch war, hat immer, wenn notwendig, eine Basis für einen Kompromiß mit den Sozialisten geschaffen. Zwei davon haben sich in der Geschichte als besonders wichtig erwiesen. 1917 tauschten die Konfessionellen ihre Unterstützung des allgemeinen Wahlrechts für sozialistische Hilfe bei der finanziellen Gleichberechtigung der konfessionellen Schulen ein – und das ist der Grund, weshalb heute etwa 70% der holländischen Schulen nicht-staatlich sind: Eine erhebliche Machtbasis für die konfessionellen Parteien.

Und nach 1945 haben Sozialisten und Konfessionelle zusammen in sogenannten römisch-roten Regierungen den sozialen Versorgungsstaat aufgebaut. Auf diese Weise gelang es gleichzeitig den christlichen Parteien, weitergehende sozialistische Pläne

aufzufangen. Als aber 1958 die Sozialisten eine Bodenreform durchführen wollten, um damit einen politischen Einfluß auf die Bodennutzung zu ermöglichen, war die Liebe zwischen den Koalitionspartnern schnell vorbei. Die Sozialisten mußten die Regierung verlassen und haben bis 1973 warten müssen, bevor sie wieder eine Regierungsbeteiligung erobern konnten. Inzwischen hatten sich die Verhältnisse ziemlich entscheidend geändert, auch in der vorher so abgekapselten Welt der konfessionellen Organisation. Kurz zusammengefaßt: Holland säkularisiert sich.

In der niederländischen katholischen Welt war offensichtlich die Emanzipation am weitesten fortgeschritten. Die Katholische Kirche änderte sich innerhalb von zehn Jahren von einer festen Bastion des Rom-treuen Traditionalismus zu einem Laboratorium für anti-autoritäre, basis-demokratische, sittlich-libertäre, theologisch-horizontale und gesellschaftlich-progressive Tendenzen, die schnell großen Einfluß gewannen. Das alte katholische Gebäude brach zusammen, Schulen und Vereine öffneten ihre Türen für Andersdenkende. Die katholischen Gewerkschaften schlossen sich mit dem (auch radikaler gewordenen) sozialistischen Gewerkschaftsbund zur Einheitsgewerkschaft FNV zusammen.

Aus Untersuchungen geht hervor, daß mehr als die Hälfte der PvdA-Wähler sich zum Christentum bekennen. Auch in Holland wird offensichtlich der Begriff „Christdemokratie“ immer weniger automatisch mit dem Begriff „christliche Politik“ gleichgesetzt.

Martix Jop

Mitarbeiter dieses Heftes

Prof. Dr. Karl Ganser

Leiter der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

Klaus Peter Bruns

SPD-MdL; Landrat; Vorsitzender der Agrarsozialen Gesellschaft

Dr. Dietrich Sperling

SPD-MdB; Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Günter Halden

Österreichischer Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft

Hansmartin Simpfendorfer
SPD-MdB

Prof. Dr. Friedrich Schäfer

SPD-MdB; stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Reinhard Schubert

rechtspolitischer Referent bei der SPD-Bundestagsfraktion

Walter Seuffert

Rechtsanwalt; ehemaliger Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes

Prof. Dr. Sven Papcke

Professor für Soziologie an der Universität Münster

Hans-Joachim Schabedoth

stellv. Landesvorsitzender der hessischen Jungsozialisten

Dr. Horst Heimann

Dozent bei der Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Peter Corterier

SPD-MdB; Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

George Günther Eckstein

Publizist

Bernd W. Kubbig

Mitarbeiter bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung